

# zivilschutz magazin



# Das Zivilschutz-Magazin und der „Altpapierberg“

„Was man schwarz auf weiß besitzt, kann man getrost nach Hause tragen“ – so hieß es früher und so heißt es auch noch heute, wenn der Wert des geschriebenen und gedruckten Wortes gegenüber dem gesprochenen herausgestellt werden soll.

Das vorstehende „geflügelte Wort“ stimmt seit einiger Zeit nur noch bedingt – nicht etwa weil das gedruckte Wort heute nicht mehr soviel gilt wie früher. Umweltbewußte Bürger sind zunehmend auch mit „schwarz auf grau“ zufrieden, ja oftmals sogar zufriedener. „Die verstärkte Verwendung des Recyclingpapiers ist ein gutes Beispiel dafür, daß überhöhte Qualitätsansprüche . . . im Interesse an unserer Umwelt auf ein vernünftiges Maß herabgesetzt werden können“, meinte Bundesinnenminister Gerhart Rudolf Baum kürzlich in einem Interview zum Thema „Umweltschutz“.

Es geht also um das sogenannte Umweltschutz- oder Recyclingpapier – auf dieses

Papier ist zum ersten Male der Inhalt des Zivilschutz-Magazins gedruckt worden.

Dieser Entscheidung sind zahlreiche Diskussionen vorausgegangen; ob man dem Leser ein solches graues Papier zumuten kann, ob die Attraktivität der Zeitschrift leidet, ob der Eindruck entstehen könnte, es müsse mit aller Macht gespart werden – alles Fragen, auf die man nicht ohne weiteres mit Ja oder Nein antworten kann.

Wir meinen aber, daß gerade eine Fachzeitschrift für die Bereiche Zivil-, Katastrophen- und Selbstschutz schon wegen der zahlreichen Berührungspunkte mit dem Umweltschutz und besonders im Hinblick auf das gestiegene Umweltbewußtsein vieler Bürger auch auf einem umweltfreundlichen Papier gedruckt werden sollte. Der Streit, ob Recyclingpapier tatsächlich so umweltschonend hergestellt wird oder vielleicht eher umweltbelastend ist, konnte durch Untersuchungen eindeutig geklärt

werden. Das Bundesministerium des Innern: „Die Einführung des Umweltschutzpapiers erfolgte vor dem Hintergrund, daß der Einsatz von Altpapier anstelle von Zellstoff und Holzschliff bei der Papierherstellung – unter Berücksichtigung des Aufwandes für die Zellstoff- und Holzschliffherzeugung – folgende Vorteile bringt:

- Energieeinsparung zwischen ca. 40 bis 70 Prozent
- geringer Frischwasserverbrauch
- geringere Gewässerbelastung mit sauerstoffzehrenden Stoffen
- geringere Luftverunreinigung
- Entlastung der Abfallbeseitigung.“

Diese Fakten sprechen für sich. „Von den 10 Millionen Tonnen des 1980 in der Bundesrepublik verbrauchten Papiers müssen 6 Millionen Tonnen als Abfall beseitigt werden. Die recyclinggerechte Herstellung von Druckerzeugnissen und die breite Verwendung von Recyclingpapier kann zu einer spürbaren Verringerung dieses ‚Altpapierberges‘ beitragen“, betont der Bundesinnenminister. Gegenwärtig beträgt der Anteil des Umweltpapiers am Gesamtverbrauch graphischer Papiere weniger als 0,4 Prozent. Der Innenminister strebt mittelfristig eine Steigerung auf etwa 5 Prozent an.

„Im Vordergrund sollte der Wille stehen, durch einen Verzicht auf überhöhte Qualitätsansprüche . . . zu einer Umwelt- und Ressourcenschonung beizutragen“, damit schließt eine Untersuchung über die Eignung des Umweltschutzpapiers, in der festgestellt wurde, daß sich dieses Papier nach allen üblichen Verfahren beschreiben und bedrucken läßt, sich zum Kopieren und Mikroverfilmen eignet.

Was ist demnach an diesem Papier anders? Es ist grau – und daran kann man sich, so meint die Redaktion, sicherlich gewöhnen. In vielen Bereichen wird verstärkt Umweltpapier verwendet, der Umweltministerrat der EG empfiehlt es ebenso wie die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). „Schwarz auf grau“ werden wir sicherlich künftig häufiger getrost nach Hause tragen.

Vielleicht wird der schon erwähnte „Altpapierberg“ ein wenig niedriger. Wir – und wir möchten unsere Leser mit einschließen – versuchen, dazu einen kleinen Beitrag zu leisten.

Die Redaktion

## STELLENAUSSCHREIBUNG

Der Bundesvorstand des Arbeiter-Samariter-Bundes Deutschland e.V. sucht für seine Bundesgeschäftsstelle in Köln ab sofort

### einen Referenten

für das Aufgabengebiet

- Katastrophenschutz
- Humanitäre Auslandshilfe
- Rettungswesen
- Sanitätswesen
- Technische Leitung

Es wird hierfür ein Mitarbeiter gesucht, der in der Lage ist, dieses Aufgabengebiet zielgerecht auszubauen. Besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf dem Aufbau eines humanitären Auslandshilfsdienstes des ASB.

Von Vorteil ist, wenn der Bewerber bereits

- Erfahrungen als Technischer Leiter, Fachdienstleiter oder Einsatzleiter hat und seine organisatorischen Fähigkeiten verwaltungstechnisch umsetzen kann,
- eine entsprechende Ausbildung bei einer KatS-Schule oder eine adäquate Ausbildung bei einer anderen Organisation / Institution absolviert hat und über
- eine Lehrberechtigung in Erster Hilfe verfügt.

Die Vergütung erfolgt nach BAT. Bei der Wohnungsbeschaffung sind wir behilflich.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind zu richten an:

**ASB-Bundesgeschäftsstelle,  
Sülzburgstr. 146, 5000 Köln 41**

# zivilschutz magazin



1/82 Januar

ISSN 0173-7872

## Impressum

Herausgegeben im Auftrag des  
Bundesministeriums des Innern vom  
Bundesverband für den Selbstschutz  
Eupener Straße 74, 5 Köln 41  
Telefon: (0221) 49881

## Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz  
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich,  
im Juli/August als Doppelnummer.

## Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

## Redaktion:

Jochen von Arnim  
Waltraud Nettersheim  
Günter Sers

## Layout:

Jan Peter Lichtenford  
4020 Mettmann

## Druck, Herstellung und Vertrieb

A. Bernecker,  
Postfach 140, 3508 Melsungen  
Tel.: (05661) 8086, Telex: 09-9960

## Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41  
Postfach: 450247, Ruf (0221) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die  
Redaktion. Für unverlangt eingesandte  
Beiträge keine Gewähr. Nachdruck  
einzelner Beiträge, auch im Auszug,  
nur mit Quellenangabe und mit  
Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge  
geben die Meinung der Verfasser  
wieder und müssen nicht unbedingt  
mit der Auffassung der Redaktion  
übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.  
Abonnement jährlich DM 33,60,  
zzgl. Versandkosten

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind  
6,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten.  
Die Kündigung eines Abonnements  
kann nur zum Schluß eines Kalender-  
vierteljahres erfolgen. Sie muß bis  
spätestens an dessen erstem Tag  
beim Vertrieb eingehen. Bestellungen  
beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im  
Falle höherer Gewalt oder bei  
Störung des Arbeitsfriedens besteht  
kein Anspruch auf Haftung.

## Inhalt

„Vorsorge – in Planung und Praxis“ 6  
Politiker und Fachleute diskutierten  
lebenswichtige Fragen –  
Der 3. Internationale Kongreß anlässlich  
der „Sicherheit '81“ in Stuttgart.

„Kampf der Ölpest“ 15  
Ölschadenbekämpfung durch das  
Technische Hilfswerk – Eine Aufgabe  
zur Unterstützung des friedensmäßigen  
Katastrophenschutzes.

„Der Einsatz von Fernkopiergeräten  
im Zivilschutz“ 18  
Eine Alternative zur herkömmlichen  
Kommunikation – Der Warndienst  
sammelte bereits Erfahrungen.



„Rettungshubschrauber und  
Notarztwagen – gleichwertige oder  
konkurrierende Rettungsmittel?“ 48  
Eine interessante Untersuchung:  
Entscheidend ist der zeitliche Vorteil.

„Das rote ‚S‘ im gelben Kreuz –  
Zeichen der Hilfe für Polen“ 51  
ASB-Aktion „Lebensmittel für Polen“  
gestartet.

„Tagebuchnotizen eines  
Rettungsanitäters“ 53  
Ein Zivildienstleistender berichtet über  
seinen Dienst bei der JUH.

„Rettungsdiensteinsatz bei  
Strahlenunfällen“ 55  
Modellehrgang an der Katastrophen-  
schutzschule Bayern.

„Die Steuer dient der Grundfinanzie-  
rung der Freiwilligen Feuerwehren“ 57  
Sachstandsbericht des DFV zur  
Feuerschutzsteuer.

„Schweres Schiffsunglück auf dem  
Neckar“ 59  
DLRG-Rettungsschwimmer probten  
den Ernstfall.

„Das Minimagazin“ U 3  
In diesem Monat: Safety first im  
Bergungsdienst.



# Umschau

## THW-Ehrenzeichen für Staatssekretär Robert Ruder

Im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung in der Oberreinhalle in Offenburg überreichte Staatssekretär Dr. Siegfried Fröhlich im Namen des Bundesministers des Innern dem Staatssekretär im Innenministerium von Baden-Württemberg, Robert Ruder, das Ehrenzeichen der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk in Silber. Staatssekretär Ruder nahm diese hohe Auszeichnung im Beisein des Direktors der Bundesanstalt THW, Dipl.-Ing. Hermann Ahrens, des THW-Landesbeauftragten für Baden-Württemberg, Dipl.-Ing. Rolf Schneider, und einer großen Anzahl ehrenamtlicher THW-Angehörigen aus Südbaden entgegen.

In seiner Laudatio würdigte Staatssekretär Dr. Fröhlich die Verdienste Ruders, der durch sein Engagement für das THW „einen vorbildlichen Beitrag zur Verwirklichung eines einheitlichen Katastrophenschutzes“ geleistet habe. Ruder habe sich bereits als Mitglied des baden-württembergischen Landtages und als Vorsitzender des Unterausschusses „Innere Sicherheit“ in konsequenter Weise nicht nur für das THW, sondern auch für einzelne THW-Ortsverbände, vor allem in seinem Heimatkreis Ortenau, eingesetzt. Als Staatssekretär im Innenministerium von Baden-Württemberg habe er das THW weiter unterstützt. Dank seiner Bemühungen habe das THW heute seinen festen Platz im



Staatssekretär Dr. Fröhlich, Bundesministerium des Innern, überreicht dem Staatssekretär im baden-württembergischen Innenministerium, Ruder (links), das THW-Ehrenzeichen in Silber.

Katastrophenschutz des Landes Baden-Württemberg gefunden.

Anhand von Beispielen konnte Staatssekretär Dr. Fröhlich wesentliche Fortschritte im Bereich des Katastrophenschutzes aufzeigen. Die materielle Fortschritte allein garantieren jedoch nach Auffassung Dr. Fröhlichs noch kein wirksames Hilfeleistungssystem. Eine „straffe und praktikable Organisation, eine qualifizierte Führung, motivierte Helfer und der Wille aller zur Zusammenarbeit“ seien hierbei unverzichtbare Voraussetzungen. Es sei, so Dr. Fröhlich, ein wesentlicher Verdienst Ruders, daß diese Konzeption eines einheitlichen Hilfeleistungssystems in Baden-Württemberg in nachahmenswerter Weise verwirklicht worden sei.

Staatssekretär Robert Ruder betonte in seiner Dankesrede, daß er die Auszeichnung als Ansporn empfinde, die begonnene Arbeit fortzusetzen. Er habe sich immer wieder persönlich davon überzeugen können, daß das THW qualitativ gute Arbeit leiste und mit den anderen Organisationen hervorragend zusammenarbeite, zum Beispiel bei den Hochwasserkatastrophen im Lande, bei der Erdbebenkatastrophe auf der Schwäbischen Alb und erst kürzlich beim Brand des Krankenhauses in Achern.

Das Technische Hilfswerk, so Ruder abschließend, gehöre darüber hinaus auch zu den Kräften der Gesellschaft, die dazu aufgerufen seien, jungen Menschen, die bereit seien, anderen zu helfen, Ziele vorzugeben.

## Innensenator Fröhlich würdigte Einsatz ehrenamtlicher Helfer bei Bremer Hochwasserkatastrophe

Der „Tag des Helfers“ war für den Bremer Innensenator Helmut Fröhlich ein willkommener Anlaß, den ehrenamtlichen Helfern und hauptamtlichen Kräften seinen Dank auszusprechen, die bei der Hochwasserkatastrophe im März 1981 ihren Einsatzwillen und ihre Fähigkeit zu helfen unter Beweis gestellt hatten.

Rund 250 Helfer der im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen hatten sich zu dem Senatsempfang im Festsaal des Rathauses versammelt. Senator Fröhlich nannte den Einsatz der Helfer ein „lebendiges Beispiel für staatsbürgerliches Engagement“, das mehr wiege als „eine noch so perfekte staatliche Organisation“. Der Innensenator erwähnte als Beispiel nicht nur den

Einsatz während des Hochwassers in Bremen, sondern auch die vielfältigen Einsätze der Organisationen im Ausland, so unter anderem im italienischen Erdbebengebiet.

Im Bereich der Zusammenarbeit zwischen den Katastrophenschutz-Organisationen und den staatlichen Stellen sieht Fröhlich noch Möglichkeiten einer Verbesserung. Die Vorsorge des Staates für den Fall der größten Katastrophe, die der Menschheit drohe, den Krieg, sieht Fröhlich als eine Verpflichtung gegenüber dem Bürger an. Aber auch dem einzelnen Bürger müsse seine Verantwortung bewußt gemacht werden, für den Fall nicht ausschließbarer Katastrophen und Notzeiten eigene Vorsorge zu treffen.

## Bilanz der Hubschrauber-Rettungsflügeinsätze des Katastrophenschutzes im Jahre 1981

Rund 17500 Einsätze im Rettungsdienst haben Piloten des Bundesgrenzschutzes mit Hubschraubern des Katastrophenschutzes im Jahre 1981 geflogen. Dabei erhielten über 8000 Patienten direkt am Unfallort erste ärztliche Hilfe bzw. wurden schwerverletzt in Krankenhäuser geflogen. Seit Beginn des Luftrettungsdienstes im Jahre 1971 wurden damit insgesamt rd. 100000 Einsätze geflogen und mehr als 80000 Patienten ärztlich versorgt.

Der Ausbau des Hubschraubernetzes für den Katastrophenschutz konnte 1981 abgeschlossen werden. Auf 18 Luftrettungsstationen sind Hubschrauber des Katastrophenschutzes eingesetzt. Die Hubschrauber des Katastrophenschutzes, die von Piloten des Bundesgrenzschutzes geflogen und auch vom Bundesgrenzschutz gewartet werden, sind an Krankenhäusern stationiert, die für den Einsatz im Rettungsdienst rund um die Uhr Notärzte bereithalten. Die Hilfsorganisationen (Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsches Rotes Kreuz, Johanner-Unfall-Hilfe, Malteser-Hilfsdienst, kommunale Feuerwehren), die im Einzugsbereich der zentralen Rettungsleitstelle den bodengebundenen Rettungsdienst betreiben, stellen für den Hubschrauber-Einsatz die Rettungssanitäter. Jeder Hubschrauber – innerhalb von zwei Minuten einsatzbereit – ist mit dem notwendigen medizinisch-technischen Gerät für die ärztliche Versorgung der Notfallpatienten ausgestattet.

Die vom Bundesministerium des Innern getragenen Gesamtkosten der Beschaffung der Hubschrauber belaufen sich auf

63 Mio. DM. Der Bund beteiligt sich außerdem mit einem Anteil von rd. 25 Prozent an den Betriebskosten der Hub-schrauber.

Bundesinnenminister Gerhart Rudolf Baum wertete die sehr gute Zusammenarbeit sämtlicher beteiligter Institutionen und Organisationen auf der Ebene von Bund, Ländern und Kommunen sowie der Hilfsorganisationen des Katastrophenschutzes als Musterbeispiel eines leistungsfähigen kooperativen Föderalismus.

### **NRW-Innenminister Dr. Schnoor stellte weiteres Feuerlöschboot in Dienst**

Nordrhein-Westfalens Flotte von Feuerlöschbooten erhielt Zuwachs: In Wesel stellte Innenminister Dr. Herbert Schnoor am Samstag, dem 9. Januar 1982, das Feuerlöschboot „Wesel“ in Dienst. Es wird der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wesel übergeben.

Das Feuerlöschboot „Wesel“ ist das zweite einer Reihe von sechs Neubauten, die das Land in Auftrag gegeben hat und die im Laufe der nächsten drei Jahre fertiggestellt werden sollen. Der erste Neubau fährt bereits seit Juli 1981 im Dienst der Bonner Feuerwehr. Die schnelleren und mit modernsten technischen Mitteln ausgerüsteten Boote ersetzen künftig sieben kleine, ehemals vom Land beschaffte Boote, die zur Abwehr der Gefahren auf den nordrhein-westfälischen Wasserstraßen – Brände, Havarien, Explosionen oder ausgelaufene Flüssigkeiten und Chemikalien – nicht mehr ausreichen.

Das rund 1,7 Millionen Mark teure Boot hat eine Wasserverdrängung von 25 Tonnen. Es ist 19,70 Meter lang, 4,80 Meter breit und hat einen Tiefgang von 1,15 Meter. Zwei Dieselmotoren von je 487 kW (650 PS) verleihen ihm eine Höchstgeschwindigkeit von 45 km/h.

### **Schneller und sicherer ans Ziel mit ALI**

Nach einem eineinhalbjährigen Versuchsprogramm ist die vom Bundesministerium für Forschung und Technologie mit 14 Mio. DM geförderte Erprobung eines Zielführungssystems mit fahrzeuginterner Zieleingabe und Ausgabe von Wegeempfehlungen abgeschlossen worden. Mit 400 Versuchsteilnehmern wurden im Autobahnnetz des Ruhrgebietes die technisch-wirtschaftli-

chen und die psychologisch-physiologischen Aspekte des von zwei namhaften Industrieunternehmen entwickelten Autofahrer-Leit- und Informationssystems untersucht.

Und so funktioniert ALI: Das Fahrzeug ist mit einem Bordgerät ausgestattet, dem der Fahrer bei Fahrtbeginn sein Fahrziel eingibt. Am Straßenrand installierte Mikrocomputer geben den Zielwunsch an eine zentrale Datenverarbeitungsanlage weiter, die mit Hilfe eines Rechenprogramms den günstigsten Fahrweg ermittelt und dem Fahrer mitteilt. Auf die gleiche Weise erhält der Fahrer Geschwindigkeitsempfehlungen sowie Hinweise auf Stau-, Nebel- und Glättegefahren, mit denen er auf seiner Strecke rechnen muß.

Die praxisgerechte Erprobung hat den Nachweis erbracht, daß der Informationsaustausch zwischen Fahrzeug und Fahrbahn und umgekehrt funktioniert und die entwickelte Software die gestellten Anforderungen erfüllt. Die begleitenden Untersuchungen haben gezeigt, daß mit dem Anzeigesystem im Fahrzeug keine unzumutbare Informationsbelastung für den Autofahrer verbunden ist. Es konnte auch gezeigt werden, daß mit einem vereinfachten System die Fahrzeuggeschwindigkeit mit ausreichender Genauigkeit erfaßt wird.

Die gewonnenen Erkenntnisse rechtfertigen Überlegungen für eine stufenweise Realisierung. Dabei zielt die Entwicklung darauf ab, ein integriertes Verkehrsbeeinflussungssystem zu verwirklichen, das den größten Gesamtnutzen bringt. Wichtig ist daher, Investitionen im Straßenverkehr bereits heute so anzulegen, daß eine spätere Nutzung für fahrzeuginterne Informationssysteme möglich ist.

### **DLRG warnt: Vorsicht auf Eisflächen!**

Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft richtet an alle Eltern die dringende Bitte, ihre Kinder vor dem leichtsinnigen Betreten von Eisflächen zurückzuhalten. Jeder sollte mit dafür sorgen, daß eine Eisfläche erst dann betreten wird, wenn sie dafür offiziell freigegeben worden ist.

Eine Eisfläche kann ohne Bedenken betreten werden, wenn sie eine Stärke von mindestens 8 cm, bei starkem Besuch von 10 cm und bei Benutzung von Schlitten eine Stärke von 12 cm hat. Besonders vorsichtig sei man jedoch bei Eisflächen, die mit Schnee bedeckt sind. Sie haben infolge des aufsteigenden Grundwassers meistens eine verminderte Tragfähigkeit.

Ereignet sich trotz allem ein Unfall, dann gilt in erster Linie: Ruhe behalten, erst überlegen, dann handeln! Ein Rettungsversuch ohne Hilfsmittel hat in den meisten Fällen wenig Aussicht auf Erfolg. Bretter, Bohlen, Tische, Türen, Leitern usw. sind geeignete Hilfsmittel, um eine möglichst große Fläche zu belasten und somit den Druck auf die Eisfläche pro Quadratmeter zu verringern. Aus diesem Grund soll sich der Retter auch nie stehend der Einbruchsstelle nähern. Im Notfall können auch mehrere Retter – auf dem-Bauch liegend – eine Kette bilden und dann dem Eingebrochenen ein Kleidungsstück zureichen, an dem er sich festhalten kann.

### **Wohnhaus von Explosion zerstört**

Bei der Explosion eines Wohnhauses in Wiesbaden erlitten zwei Bewohner schwere Verletzungen. Durch die Explosion, deren Ursache noch unbekannt ist, wurde das Haus völlig zerstört und die



umliegenden Gebäude teilweise schwer beschädigt. Erst nach dem Einsatz von Rettungshunden konnten die Verletzten aus den Trümmern geborgen werden.

### **Erhöhung der Einsatzkraft durch Übungen und Ausbildung**

Fürth. Nachdem zahlreiche Übungen auf Zugebene gute Ergebnisse brachten, führte die 1. Feuerwehrbereitschaft Fürth jetzt eine Alarmübung auf Bereitschaftsebene durch. Als Übungslage war ein durch einen Flugzeugabsturz entstandener Brand im Waldgelände angenommen

worden. Die Einheiten der Bereitschaft erhielten den Auftrag, ein Übergreifen des Brandes auf ein Krankenhaus und ein Erholungsheim zu verhindern. Weitere Aufgabe war die Suche nach einer in dem Waldgebiet vermißten Jugendgruppe.

Während zwei Züge zum Schutz der Gebäude eingesetzt wurden, übernahmen die restlichen drei Züge der Bereitschaft die Vermißtensuche. Der Ablauf der Übung wurde von THW und BRK gestellten Schiedsrichtern aufmerksam verfolgt. Der Oberbürgermeister der Stadt Fürth, Kurt Scherzer, sowie Ordnungsreferent Alfred Fischer nahmen ebenfalls als Beobachter an der Übung teil.

**Moers – Kreis Wesel.** Der Überprüfung der Alarm- und Einsatzbereitschaft und der Schulung der Einsatzkräfte diente eine Alarmübung des KatS-Fernmeldezug Moers – Kreis Wesel. Es war angenommen worden, daß sich Feuerwehr, Hilfsorganisationen und Polizei in einem Großeinsatz befänden und der Unterstützung durch die Regieeinheit bedürften. Nach der Alarmierung durch die Rettungsleitstelle trafen die Einsatzkräfte an den Sammelpunkten ein und rückten mit ihren Fahrzeugen zur Einsatzstelle ab. Dort wurden Fernmeldeverbindungen aufgebaut und Fernmeldebefehlstellen eingerichtet. Durch die Übung konnte ein Überblick über die Alarmierungszeiten und die Einsatzstärke des Fernmeldezug gewonnen werden.

**Fürth.** Aufgrund der Erfahrung, daß bei größeren Übungen die Fernmeldeverbindungen überlastet sind, werden bei der 1. Feuerwehrbereitschaft Fürth die Ausbildung der Melder besonders gefördert und die für diese Aufgabe vorgesehenen Kräfte zusätzlich ausgebildet. Für die Teilnehmer eines entsprechenden Lehrganges stellte sich im Rahmen einer Nachtübung die Aufgabe, mit Hilfe vorgegebener Marschrichtungszahlen einer bestimmten Route durch ein Wald- und Berggelände zu folgen. Die Leistungen der Teilnehmer lassen auf ein gutes Endergebnis dieser Schulung hoffen.

### Hochwasser verursachte Katastrophalarm

Regen und Schneeschmelze haben zum Jahresbeginn 1982 zu erhöhten Wasserständen der Flußläufe geführt, dabei kam es in weiten Gebieten der Bundesrepublik zu Überschwemmungen. Am



„Land unter“ am Rheinufer in Köln: Die Schiffsanleger ragten hoch aus den Fluten.



In Bernkastel-Kues überschwemmte die Mosel große Teile des Ortes.

**Vorbeugender Hochwasserschutz am Frankfurter Römerberg: Die Feuerwehr legte einen Schlauch als „Wassersperre“ aus.**

schlimmsten betroffen waren Nordbayern und Südwestdeutschland. In Coburg wurde Katastrophalarm ausgelöst, nachdem der Pegel der Itz den kritischen Stand von 3,50 Meter bereits um 60 Zentimeter überschritten hatte. In Rheinland-Pfalz und im Saarland stiegen Mosel und Saar um mehrere Meter über ihren normalen Wasserstand und überfluteten zahlreiche Ortsteile und Uferstraßen. Die Frankfurter Feuerwehr legte am Römerberg einen 1,50 Meter dicken Schlauch, der mit Wasser gefüllt war, als transportablen Damm gegen die steigenden Mainfluten aus. Außerdem wurden hier, wie in den anderen gefährdeten Gebieten auch, Sandsackbarrieren zur Sicherung ufernaher Gebäude errichtet. Infolge des Hochwassers kam die Schifffahrt auf zahlreichen Flüssen, darunter auch die Rheinschifffahrt, zum Erliegen.



## MdB Möllemann: Mitwirkung der Kommunen in der zivilen Verteidigung unzureichend

„Nicht nur die militärische Verteidigungsbereitschaft, sondern auch eine angemessene zivile Verteidigung tragen zur Abschreckung und damit zur Entspannung bei. Militärische Verteidigung ohne die zivile Komponente könnte nicht voll wirksam werden“, erklärte der F.D.P.-Bundestagsabgeordnete Jürgen W. Möllemann in einem Statement. Im Bereich der zivilen Verteidigung müssen Bund, Länder, Kreise und Gemeinden ihren Anteil leisten. Nach Feststellungen des sicherheitspolitischen Sprechers der F.D.P.-Bundestagsfraktion kommen die wenigsten Kreise und Gemeinden ihren Pflichten nach. Dies sei wesentlich auf die wenigen Mitwirkungsmöglichkeiten der Kreistage und Stadträte zurückzuführen, obwohl, so meint Möllemann, gerade hier der Schutz der Bevölkerung dem Bürger direkt und hautnah gegenübertritt.

Für die zivile Verteidigung ist der Verwaltungschef nicht Politikern, sondern ausschließlich seiner Aufsichtsbehörde verantwortlich. Nach Ansicht der Liberalen sei es deshalb verständlich, daß Politikern die Übersicht fehle und sie bei der erforderlichen personellen und materiellen Ausstattung der kommunalen Stellen nicht sonderlich engagiert sind. Für Möllemann steht jedoch außer Frage, daß die zivile Verteidigung auf eine breite Unterstützung in der Bevölkerung angewiesen ist. Diese Unterstützung könne aber letztlich nur erreicht werden, wenn der Bürger und die ihn repräsentierenden Politiker über den Zweck der Maßnahmen unterrichtet werden.

Auch Möllemann will nicht, daß die Stadträte und Kreistage an der Durchführung von Maßnahmen der zivilen Verteidigung unmittelbar beteiligt werden, den darunter könne die notwendige und bundesweite straffe, einheitliche Führung verlorengehen. Bei der Förderung der zivilen Verteidigung aber sollen nach den Vorstellungen von Möllemann Kommunalpolitiker ihre Verantwortung deutlich machen.

Einen ersten Erfolg erreichte Möllemann jetzt: In vielen Gemeinden und Kreisen wurden Politikern Auskünfte über den Stand der zivilen Verteidigung verweigert. Der Bundesminister des Innern, Gerhart Rudolf Baum, betont, daß die Verwaltungen Auskunft zu geben haben, falls dies im Einzelfall nicht durch besondere Geheimhaltung ausgeschlossen ist. Wachsendem Interesse der Öffentlichkeit dürfe nicht durch eine zu restriktive Informationspraxis entgegengewirkt werden. Wenn Auskünfte ohne stichhal-

tige Gründe verweigert würden, könnten die Politiker sich an die Aufsichtsbehörden wenden. Möllemann will dazu ermutigen, diese Möglichkeiten voll auszunutzen.

## Aktuelle Termine

Das Minimax-Schulungszentrum in Urach teilt die Daten des Schulungsprogramms 1982 mit:

Seminar „Betrieblicher Brandschutz“ für Brandschutzverantwortliche aus Industrie, Handel und Verwaltung:

16.–19. März 1982

11.–14. Mai 1982

31. August bis 3. September 1982

21.–24. September 1982

Seminar „Brandschutz-Praxis“ für Brandschutzpraktiker aus Industrie, Handel und Verwaltung sowie Absolventen des vorhergehenden Seminars:

20.–23. April 1982

25.–28. Mai 1982

7.–10. September 1982

28. September bis 1. Oktober 1982

Seminar „Brandschutz-Technik“ für Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit, Sicherheitsbeauftragte, Werkfeuerwehrkommandanten, Werkschutzleiter sowie für Absolventen der Seminarreihen 1 und 2:

27.–30. April 1982

1.–4. Juni 1982

5.–8. Oktober 1982

Seminar „Baulicher Brandschutz“ für Brandverhütungingenieure, Leiter von Baubehörden, Versicherungsfachleute, Sicherheits- und Planungsingenieure, Technische Aufsichtsbeamte von Berufsgenossenschaft und Gewerbeaufsichtsamtern sowie für Absolventen der Seminarreihen 1, 2 und 3:

20.–22. Oktober 1982

Seminar „Brandschutz-Führungsseminar“ für Absolventen der Seminarreihen 1 bis 4 zum Erwerb des Brandschutz-zertifikats sowie für Entscheidungsträger und Kostenstellenverantwortliche:

26.–29. Oktober 1982

Seminar „Brandschutz aktuell“ für Absolventen der Seminare 1 bis 5:

3.–5. November 1982

Informationen: Preussag AG, Minimax, Schulungszentrum, Stuttgarter Straße 140, 7432 Urach 1, Tel.: (071 25) 1831.

## BVS-Arbeitstagung „Frauenarbeit“ in Freudenberg

Die Fachgebietsleiterinnen für Frauenarbeit der BVS-Landesstellen trafen sich Ende November 1981 nach zweieinhalbjähriger Pause zu einer Arbeitstagung in



Empfang der Stadt Freudenberg (von rechts): stv. Bürgermeister Siebel-Achenbach, BVS-Abteilungsleiter Gessert, Landesstellenleiter Eykmann, 1. Beigeordneter Kerstin und die BVS-Sachbearbeiterin für Frauenarbeit, Weißenhagen.

Freudenberg. Ziel der Tagung war die Intensivierung der Frauenarbeit im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des BVS. Insbesondere sollte nach neuen Wegen und Möglichkeiten gesucht werden, Frauen für den Selbstschutzgedanken zu motivieren.

Nach der Begrüßung durch die Tagungsleiterin, Brigitte Weißenhagen, Sachbearbeiterin für Frauenarbeit in der BVS-Bundeshauptstelle, gab der Leiter der Fachabteilung, Verwaltungsdirektor Heinz Gessert, einen kurzen Überblick über die Situation des BVS und die Arbeit des Verbandes im Jahr 1982.

Im Verlauf der Tagung stellte Frau Weißenhagen eine Reihe gezielter Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit vor, mit denen Frauen auf Möglichkeiten zur Mitwirkung im Selbstschutz aufmerksam gemacht werden sollen. In der anschließenden Diskussion wurden die Realisierungsmöglichkeiten erörtert. Dabei wurde deutlich, daß Erfolge nur dann erzielt werden können, wenn auch innerhalb des Verbandes das Bewußtsein für diese Problematik geweckt und die Bedeutung erkannt wird.

Die Arbeitstagung wurde beendet mit Diskussionen über verbandsinterne Neuregelungen sowie einem Referat des nordrhein-westfälischen BVS-Landesstellenleiters, Peter Eykmann, über die „Mitarbeit der Frau im Zivilschutz unter gesellschaftspolitischen Aspekten“.

Aus Anlaß der Arbeitstagung fand im „Alten Rathaus“ der Stadt Freudenberg ein Empfang statt, zu dem Bürgermeister und Stadtdirektor eingeladen hatten.

Dabei stellte der stv. Bürgermeister, Henning Siebel-Achenbach, die Bedeutung des Selbstschutzes für die Gemeinde heraus. Abteilungsleiter Gessert unterstrich dies in seinen anschließenden Ausführungen. Er hob dabei den BVS als Service-Unternehmen der Gemeinden in Sachen Selbstschutz hervor und betonte, daß die Ergebnisse einer solchen Tagung letztlich den Gemeinden zugute kommen.

Politiker und Fachleute diskutierten lebenswichtige Fragen

## Vorsorge – in Planung und Praxis

Der 3. Internationale Kongreß anläßlich der „Sicherheit '81“ in Stuttgart – Eine Zusammenfassung der Fachreferate

Unter der Kurzbezeichnung „Sicherheit '81“ fand auf dem Stuttgarter Messegelände am Killesberg vom 12. bis 26. September 1981 zum dritten Male diese Messe mit Katastrophenschutz-Ausstellung und Fachkongreß statt (das Zivilschutz-Magazin berichtete über den Demonstrationsteil in seiner Oktober-Ausgabe 1981). Bei dem mehrtägigen 3. Internationalen Fachkongreß diskutierten Politiker, Fach- und Führungskräfte des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens wiederum Schwerpunkte des Sicherheits- und Zivilschutzbereichs. Die Redaktion hat sich bemüht, die wesentlichen Aspekte der für ihren Leserkreis interessanten Vorträge zusammenfassend in einem auswahlenden Überblick darzustellen.

Die vollständige Dokumentation aller Einzelreferate kann von der Landesstelle für Betriebsschutz e.V. Hockenheimer Str. 41 c, 7000 Stuttgart 1, bezogen werden.

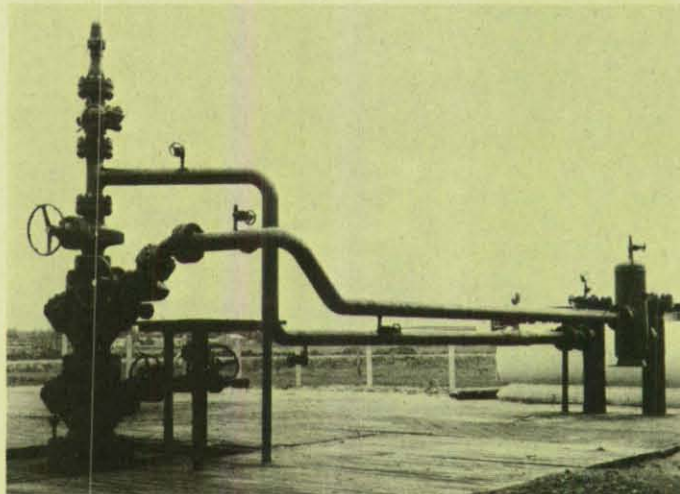
### Zivilschutz – eine humanitäre und technische Aufgabe

Referent: Dr. H. J. Jentsch, MdB, Bonn

Zivilschutz gehört zu denjenigen politischen Themenkreisen, die nur wenige Bürger bewegen: Die Möglichkeit militärischer Auseinandersetzungen wird vielfach verdrängt. Wer sich für den Zivilschutz einsetzt, muß von zwei Grundüberzeugungen getragen sein:

- Krieg als potentielle Bedrohung kann nicht ausgeschlossen werden.
- Schutzmaßnahmen haben auch im Falle eines Krieges am Ende des zweiten Jahrtausends einen Sinn.

Zivilschutzmaßnahmen sind Kriegsverhütungsmaßnahmen. Sie erhöhen die Glaubwürdigkeit der Abschreckung, weil ein Staat, der seine Bevölkerung schutzlos läßt, mit seinen militärischen Vorkehrungen nicht glaubwürdig sein kann. Militärische und zivile Vorsorge wären allerdings im Falle der totalen atomaren Auseinandersetzung überflüssig: So richtig diese Erkenntnis ist, so sicher ist aber auch, daß keiner der Verantwortlichen in dieser Welt diesen Extremfall herbeiführen will. Der Extremfall



In unterirdischen Kavernen – hier ist nur der Kavernenkopf sichtbar – werden Erdölvorräte gelagert; Ende 1980 waren es insgesamt 20,1 Millionen Tonnen Rohöl und Mineralölprodukte.

des ewigen Friedens ist genauso unsicher wie der Extremfall des totalen Atomkrieges unwahrscheinlich ist. Viel wahrscheinlicher sind Auseinandersetzungen, die zwischen diesen beiden Extremfällen liegen und bei denen Vorsorge durchaus sinnvoll ist. Teilsschutz darf nicht deshalb unterlassen bleiben, weil Vollschutz nicht möglich ist.

Um ein Mindestmaß an Schutz und zugleich eine glaubwürdige Verteidigungsbereitschaft sicherzustellen, muß es entscheidende Fortschritte geben:

- Vervollständigung des Warndienstes
- Verbesserte Aufklärung der Bevölkerung über die Bedeutung der Sirensignale
- Erweitertes Schutzraumbauprogramm
- Erneute Diskussion einer Schutzraumbaupflicht
- Erhebliche Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung im Spannungs- und Verteidigungsfall.

Zivilschutz lebt vom Willen des Staates und jedes einzelnen, das zu tun, was an Vorsorge für den Ernstfall möglich ist.

### Energieversorgung in Krisenzeiten

1950 betrug die Importabhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland in der Energieversorgung wegen des hohen Anteils heimischer Kohle nur 6 Prozent. Heute sind wir zu fast zwei Dritteln von Energieein-

fuhren aus dem Ausland abhängig. Dieser Zustand wird sich auch in den 80er und 90er Jahren trotz aller Bemühungen um Einsparung und Mobilisierung der inländischen Reserven nicht wesentlich ändern. Somit gewinnen Fragen nach der Sicherheit und Sicherung unserer Energieversorgung besondere Bedeutung.

### Energieversorgung in Krisenzeiten – Öl

Referent: Dr. M. Ehrhardt, Esso AG, Frankfurt

Die Mineralölbestände in der Bundesrepublik Deutschland betragen Mitte 1981 einschließlich der Lagerhaltung privater Verbraucher ca. 60 Millionen Tonnen. Sie lagen damit um etwa 3 Millionen Tonnen niedriger als im Sommer 1980.

Um die Sicherheit der Versorgung mit Rohöl und Mineralölprodukten auch in Krisenzeiten zu gewährleisten, hat die Bundesregierung ein – am 1. August 1978 wirksam gewordenes – Gesetz über die Bevorratung mit Erdöl und Erdölzeugnissen erlassen. Danach haben sich Bundesregierung und Mineralölwirtschaft geeinigt, eine Pflichtbevorratung zu mehr als zwei Drittel dem Erdölbevorratungsverband (EBV) – einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft – zu übertragen. Mitglieder des EBV sind Hersteller und Importeure bevorratungspflichtiger Ölprodukte.

Für diese ausgewählten Erzeugnisse – in Höhe der im Vorjahr im Laufe von 65 Tagen



eingeführten oder hergestellten Menge – übernimmt der EBV die Bevorratung. Darüber hinaus halten die Hersteller zusätzliche Vorräte in Höhe der im letzten Jahr durchschnittlich an 25 Tagen hergestellten Mengen. Die Kosten der Pflichtbevorratungsmengen werden seit dem 1. Dezember 1978 in den Verbraucherrechnungen als „gesetzlicher Bevorratungsbeitrag“ ausgewiesen. Außerdem hält die Bundesregierung eine eigene, selbstfinanzierte Reserve von zur Zeit 7 Millionen Tonnen Rohöl.

Am 31. Dezember 1980 waren auf dem Gebiet der Bundesrepublik insgesamt 20,1 Millionen Tonnen Rohöl und Mineralölprodukte eingelagert, 3,4 Millionen Tonnen mehr als 1979. Der EBV hält heute 18 Millionen Tonnen Öl mit einem Bestandswert von 4,6 Mrd. DM. Der Krisenmechanismus tritt in Kraft, wenn die Internationale Energieagentur (IEA) einen Versorgungsausfall von 7 Prozent des durchschnittlichen Verbrauchs der letzten neun Monate einzelner Mitglieder oder der Gemeinschaft der Mitgliederländer feststellt. In diesem Fall müssen die Mitgliederländer ihren Ölverbrauch um 7 Prozent einschränken. Erreicht das Defizit mehr als 12 Prozent, muß der Verbrauch um 10 Prozent gedrosselt werden.

Die Differenz wird durch Inanspruchnahme der Pflichtvorräte gedeckt, die im allgemeinen auf eine Reichweite von 90 Tagen des Netto-Mineralöl-Importbedarfs festgelegt sind. Jedes Land kann allerdings innerhalb dieser Deckungsmaßnahmen noch höhere Verbrauchseinschränkungen vornehmen.

## **Energieversorgung in Krisenzeiten – Gas**

**Referent: Dr. L. Eckert, Ruhrgas AG, Essen**

Beim Primärenergieaufkommen hatte das Erdgas in der Bundesrepublik Deutschland 1980 einen Anteil von 16,3 Prozent. Damit liegt die Erdgasquote unter dem internationalen Durchschnitt. Langfristig rechnet die deutsche Gaswirtschaft mit einem auf etwa 18 Prozent steigenden Erdgasanteil am Primärenergieverbrauch.

Die Bundesrepublik Deutschland bezieht ihr Gas von Ländern, aus denen sie kein oder nur wenig Öl importiert. Auch für die nächsten Jahrzehnte ist abzusehen, daß unser Erdgas überwiegend aus vergleichsweise sicheren westeuropäischen Bezugsquellen kommen wird.

Neue Fördertechniken und die jüngsten Explorationserfolge im Inland gewährleisten, daß dabei auch deutsches Erdgas langfristig in bedeutendem Umfang zur Verfügung stehen wird. Bei einem Eigenanteil von 30 Prozent stammen derzeit 83

Prozent des Gases aus westeuropäischen Quellen. Zusätzliche Beschaffungsmöglichkeiten bieten sich für die Zukunft auch im außereuropäischen Bereich. Bei der Auswahl potentieller Bezugsquellen wird die deutsche Gaswirtschaft auf eine ausgewogene Risikostreuung achten.

Für die Versorgungssicherheit gelten die von gegenseitigen hohen finanziellen Verpflichtungen getragenen Vertragsbedingungen und die langfristigen Lieferverträge im internationalen Erdgasgeschäft als besonders positiv. Weiter hat die Aufteilung der Importprojekte auf mehrere westeuropäische Gesellschaften den Vorteil, daß jede einzelne Gesellschaft sich an einer größeren Zahl von Beschaffungsprojekten beteiligen und damit die Bezugsquellen im Interesse der Risikoverminderung weiter diversifizieren kann. Entscheidend für die Versorgungssicherheit sind auch die große Zahl der Einspeisestellen und die Vermaschung des Transportnetzes, wobei die Bundesrepublik Deutschland im europäischen Erdgasverbund aufgrund ihrer Lage eine zentrale Stellung einnimmt.

Es ist also durchaus möglich, bei Ausfall einer großen Versorgungsquelle durch Änderung der Gasflußrichtung die Versorgung aufrechtzuerhalten. Zusätzlich besteht die Möglichkeit

- einer Erhöhung der Bezüge aus deutschen und niederländischen Feldern
- des Einsatzes von Untertagespeichern
- der Umschaltung von technisch darauf vorbereiteten Großkunden auf lagerfähige Zweitenergie oder auf Verbundstrom.

Auch bei einer Totalunterbrechung der russischen Lieferungen (derzeitiger Anteil 17 Prozent, geplanter Anteil 30 Prozent) bliebe die Lage nach den Untersuchungen der deutschen Gaswirtschaft undramatisch und wäre beherrschbar. Sollte es dennoch einmal zu einer nicht mit den vorhandenen Möglichkeiten zu bewältigenden Zuspitzung kommen, stünde ein rechtliches Maßnahmenbündel aus

- Energiesicherungsgesetz
  - Gassicherungsverordnung
  - Wirtschaftssicherstellungsgesetz und
  - Gaslastverteilungsverordnung
- zur Bewältigung der Lage zur Verfügung.

## **Energieversorgung in Krisenzeiten – Strom**

**Referent: Dr. E. Hagenmeyer, Energieversorgung Schwaben AG, Stuttgart**

Im Gegensatz zur Öl- oder Gasversorgung muß bei der elektrischen Energieversorgung der Strom im gleichen Augenblick

erzeugt werden, in dem er vom Verbraucher abgenommen wird. Speichermöglichkeiten für elektrische Energie in nennenswertem Umfang existieren derzeit nicht. Um etwaigen Netzzusammenbrüchen zuvorzukommen, haben die Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) ihre Netze bereits sehr früh zum Westeuropäischen Verbundnetz zusammengeschlossen. Sämtliche Partner stellen innerhalb dieses Verbundnetzes kurzfristig Reserveleistung zur Verfügung.

Die Elektrizitätsversorgung unterliegt in Normalsituationen dem „Energiewirtschaftsgesetz“ vom 13. Dezember 1935 mit seinen entsprechenden Verordnungen (vom 21. Juni 1979). Während Mangelsituationen gilt das „Energiesicherungsgesetz“ vom 20. Dezember 1974 mit den Verordnungen

- Elektrizitätsverwendungsverordnung (Entwurf vom 12. Januar 1981)
- Elektrizitätssicherungsverordnung (Entwurf vom 10. Juli 1981).

Im Spannungs- und Verteidigungsfall gelten das „Energiewirtschaftsgesetz“ und das „Wirtschaftssicherstellungsgesetz“ vom 1. Juli 1965 mit ihren Verordnungen und Verwaltungsvorschriften. So sieht die „Kraftwerksbevorratungsverordnung“ vor, daß in Kraftwerken mit einer Leistung mit mehr als 100 Megawatt mindestens für 30 Tage Brennstoff vorhanden ist. Tatsächlich verfügen die EVU jedoch über erheblich größere Vorräte an Brennstoff. Die „Elektrizitätssicherungsverordnung“ sieht die prioritäre Versorgung bei großflächigen Netzabschaltungen vor.

Das elektrische Versorgungssystem ist durch äußere Einflüsse leicht verwundbar. Die EVU haben deshalb durch organisatorische und planerische Maßnahmen vorgesorgt, um Störungen so schnell wie möglich zu beseitigen. Wichtige organisatorische Maßnahmen zur Überwindung von Mangelsituationen sind vorbereitet:

- Sparappelle an die Bevölkerung über die Medien
- Abschaltpläne, um den Mangel gleichmäßig auf alle Verbraucher zu verteilen.

Während des Katastropheneinsatzes sind die EVU im Bereich der Fachdienste angesiedelt, um bei Bedarf mit eigenen Mitteln die Energieversorgung sicher- bzw. wiederherzustellen.

Mit baulichen Maßnahmen zum Objektschutz werden Anlagen aller Art gegen Auswirkungen des Spannungs- und Verteidigungsfall, gegen Naturkatastrophen, aber auch gegen Gewalttätigkeit geschützt.

## Nahrungsmittelversorgung in Krisenzeiten

Ein Blick in die Vergangenheit und eine kritische Wertung der Gegenwart beweisen deutlich die Notwendigkeit einer Krisenvorsorge im Ernährungsbereich. Legislative und Exekutive haben dazu wichtige Voraussetzungen geschaffen, die aber alleine nicht ausreichen, diese Vorsorge zu realisieren. Dazu ist es unerlässlich, daß letztlich die Gesamtheit der Bevölkerung solche Maßnahmen bejaht und bereit ist, zum eigenen vorbeugenden Schutz im notwendigen Umfang ihren Beitrag zu leisten.

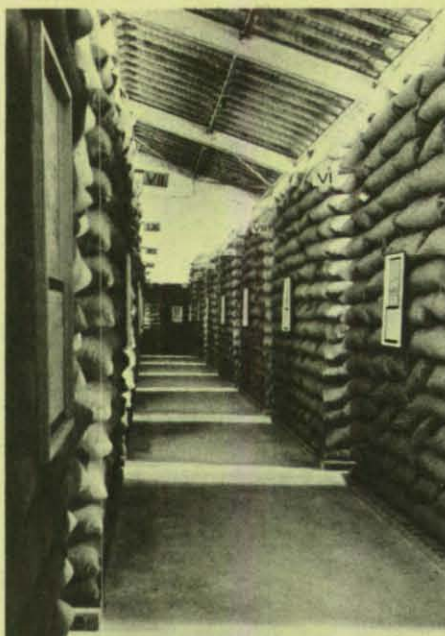
## Versorgung aus der Sicht des Bundes

**Referent: Dr. G. v. Heydebrand und der Lasa, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bonn**

Zur Planung und Durchführung der in einem Krisenfall erforderlichen Maßnahmen bedarf es rechtlicher Grundlagen – einerseits zur Regelung von Behördenzuständigkeiten, andererseits wegen der dann unumgänglichen Eingriffe in die Rechtssphäre des einzelnen und in den freien Wirtschaftsverkehr. Mit dem Erlass des Ernährungssicherstellungsgesetzes von 1965 wurde der erste und grundlegende Schritt dazu getan.

Als Rahmengesetz unterscheidet es zwischen Rechtsetzungsermächtigungen für den Verteidigungsfall und für wirtschaftliche Krisen in Friedenszeiten. Durch bereits heute anwendbare Verordnungen wurde den Inhabern der für die Ernährungssicherstellung besonders wichtigen Betriebe die Pflicht auferlegt, alle fünf Jahre Angaben über Produktions- und Lagerkapazitäten, über Vorräte und Bestände sowie über den sachlichen und personellen Bedarf zu machen. Der Hauptzweck besteht darin, konkrete Planungsunterlagen für den örtlichen und regionalen Bereich zu bekommen. Eine weitere Verordnung, die Ernährungsbewirtschaftungsverordnung, regelt die Verteilung ernährungs- und landwirtschaftlicher Erzeugnisse in einem Bewirtschaftungsfall. Grundpfeiler des in ihr niedergelegten Bewirtschaftungssystems sind eine Verfügungsbeschränkung und eine Abgabepflicht für alle in der Anlage zu dieser Verordnung aufgeführten bewirtschafteten Erzeugnisse.

Die Bundesregierung hält die laufende Nahrungsmittelversorgung für ausreichend gesichert. Der Selbstversorgungsgrad der Bundesrepublik liegt bei dem derzeitigen Produktionsstand und Verbrauch einschließlich der Erzeugung aus eingeführten Futtermitteln bei etwa 87 Prozent. Ohne die Erzeugung aus ausländischem



Die Zivile Verteidigungsreserve, die Bundesreserve Getreide und die EG-Interventionsbestände dienen der Bewältigung möglicher Versorgungsschwierigkeiten.

Futter läge er bei 70 Prozent. Für die einzelnen landwirtschaftlichen Erzeugnisse ergeben sich allerdings unterschiedlich hohe Versorgungsgrade.

In Krisenzeiten muß zumindest mit zeitweiligen Einfuhrstörungen, darüber hinaus aber auch mit regionalen Versorgungsschwierigkeiten gerechnet werden. Ergänzend zu den Beständen in der Landwirtschaft und am Markt werden in öffentlicher Hand folgende Vorräte gehalten:

- Die Bundesreserve Getreide
- Die Zivile Verteidigungsreserve
- Die EG-Interventionsbestände.

Besondere Bedeutung kommt neben diesen öffentlichen Vorräten der freiwilligen, privaten Lebensmittelbevorratung zu.

## Vorbereitungen eines Landes zur Ernährungssicherstellung

**Referent: Dr. R. Wandel, Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Umwelt und Forsten, Baden-Württemberg, Stuttgart**

Paragraph 15 des Ernährungssicherstellungsgesetzes verpflichtet unmittelbar die Länder, Kreise und Gemeinden, alle „organisatorischen, personellen und materiellen Voraussetzungen zur Ernährungssicherstellung zu schaffen“. Dies mag verdeutlichen, vor welche Schwierigkeiten die Verwaltung gestellt wird. Es kommt hinzu, daß die Ernährungssicherstellung in Krisenzeiten und im Verteidigungsfall nicht isoliert betrachtet werden darf.

Die externe Betriebsmittelabhängigkeit der Land- und Ernährungswirtschaft ist offensichtlich. Ohne Energie, Wasser und weite-



Besondere Bedeutung kommt der privaten Lebensmittelbevorratung zu: Hier ein Mustervorrat für 14 Tage.

re substantielle Betriebsmittel ist in unserer hochtechnisierten Wirtschaft jegliche Produktion nahezu ausgeschlossen. An eine Umstellung auf vereinfachte Produktionsweisen kann während einer Krise nicht gedacht werden.

Der Gesamtkomplex der Ernährungssicherstellung ist ferner durch fortschreitende Strukturwandlungen sehr erschwert. Die deutliche Differenzierung der Bundesrepublik in Ballungsgebiete und landwirtschaftliche Erzeugungsgebiete bringt für die Sicherstellung der Ernährung große Probleme. Denn für diesen Aufgabenkomplex gibt es kaum noch sinnvolle Verwaltungsgrenzen. So könnte es durchaus sinnvoll sein, die Grenzen der Ernährungsverwaltung – sich gegenseitig überlagernd – den Produktions- und Verarbeitungsgebieten anzugleichen.

Die Überlegungen zur Zuständigkeitsabgrenzung führen in Verbindung mit vertieften Aufgaben- und Strukturanalysen zu weiteren grundsätzlichen Erkenntnissen, die für das Funktionieren der Ernährungssicherstellung wichtig sind. Die Umstellungsprozesse von der Marktwirtschaft auf die Planungs- und Lenkungswirtschaft im Falle der Lebensmittelbewirtschaftung wird auf jeden Fall mit Schwierigkeiten verbunden sein, da in der öffentlichen Verwaltung diesbezügliche Fachkenntnisse nur auf wenige Beamte in speziellen Funktionen konzentriert sind. In enger Zusammenarbeit mit der Ernährungs- und Landwirtschaft wird es jedoch möglich sein, die fehlende sektorale Gliederung und die Unterbesetzung der Ernährungsverwaltung zu überspielen.

Großfirmen mit Leitfunktionen werden in Abstimmung mit den Verwaltungen die

großen und für die Ballungszentren lebenswichtigen Versorgungsströme unterhalten und damit Stockungen vermeiden können.

### **Landwirtschaftliche Produktion und Möglichkeiten der Bedarfsdeckung**

**Referent: Prof. Dr. F. Golter, Bauernverband Baden-Württemberg e.V., Stuttgart**

Die Versorgungslage bei Nahrungsmitteln beträgt in der europäischen Gemeinschaft zur Zeit rund 103 Prozent, nach Abzug der importierten Futtermittel nur noch 89 Prozent. In der Bundesrepublik Deutschland liegt der Selbstversorgungsgrad zwischen 85 und 88 Prozent, auf eigener Futtergrundlage dagegen nur bei 72 bis 73 Prozent. Das entspricht einer Versorgung auf dem Niveau der 50er Jahre – oder: 7 Millionen deutsche Verbraucher müssen heute mit importierten Nahrungsmitteln versorgt werden, ohne Futterimporte sogar 16 Millionen.

Bei der Beurteilung der Ernährungssicherung darf auch die kritische Entwicklung der Welternährungslage nicht vernachlässigt werden. Heute sind die Weltgetreidevorräte auf weniger als 14 Prozent des jährlichen Verbrauchs zusammenschmolzen. Nach Expertenmeinungen sollten aber wenigstens 17 bis 20 Prozent Sicherheitsvorräte angestrebt werden.

Es ist sehr fraglich, ob die derzeitigen Nahrungs- und Futtermittelimporte auch in Krisenzeiten zur Verfügung stehen. Unterstellt man, daß ein um ein Viertel reduzierter Nahrungsverbrauch keine nachteiligen Auswirkungen auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung hat, dürfte auch bei Ausfall der Importfuttermittel eine ausreichende Nahrungsmittelversorgung gewährleistet sein. Aber:

- Es dürfen beim Transport und bei der Verteilung von Nahrungsmitteln keine wesentlichen Störungen entstehen.
- Die Intensität der landwirtschaftlichen Produktion muß auf dem bisherigen Niveau bleiben.
- Weitere betriebliche Konzentrationen in der Landwirtschaft müssen vermieden werden.

Entscheidend und lebenswichtig ist die Erhaltung einer ausreichenden Produktionsbereitschaft. Dies hängt weitgehend davon ab, ob es gelingt, die bäuerliche Landwirtschaft zu erhalten und die Entwicklung anfälliger Großbetriebe zu verhindern. Gelingt es nicht, die derzeitige Tendenz aufzuhalten, kann sich eine extrem anfällige industrielle Agrarproduktion entwickeln, die bei der geringsten Störung total ausfällt.

### **Lebensmittelbedarfsdeckung aus der Sicht der Ernährungswirtschaft**

**Referent: S. Schweikert, Verband des Nahrungsmittelgroßhandels Baden-Württemberg e.V., Stuttgart**

Im Vergleich zu der Situation im Zweiten Weltkrieg und in den Nachkriegsjahren steht die Bundesrepublik Deutschland heute vor einer völlig veränderten Situation. Dies ist bei den Überlegungen zur Lebensmittelbedarfsdeckung und bei der Regelung durch Gesetz- und Ordnungsgeber zu berücksichtigen.

Die Konzentration in der gesamten Ernährungswirtschaft hat einen Grad erreicht, der die Bewältigung der auf die Verwaltung und die Ernährungswirtschaft zukommenden Aufgaben im Krisen- und Bewirtschaftungsfall sehr erschwert. Viele Daten, die vor fünf Jahren nach der Ernährungswirtschafts-Meldeverordnung erfaßt worden sind, sind überholt, weil die Unternehmen teils nicht mehr bestehen, teils ihre Betriebe zusammengelegt haben und neue Märkte und Standorte dazugekommen sind.

In einem Bewirtschaftungsfall gewinnt das Nachbarschaftsgeschäft für den Verbraucher an Bedeutung. Damit wächst auch die Zustellfunktion des Nahrungsmittelgroßhandels, der zur Warenbeschaffung auf einen einsatzfähigen Fuhrpark angewiesen ist.

Eine gesunde Mischung von Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben ist aus verschiedenen Gründen für die bundesdeutsche Volkswirtschaft von großer Bedeutung. Dies ist möglicherweise unter dem Gesichtspunkt der Ernährungssicherung in Krisenzeiten zu spät erkannt worden. Angesichts der Kostenentwicklung gilt für alle Vertriebsformen des Lebensmittelhandels das Bestreben, das Warenlager so schnell wie möglich umzuschlagen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, gibt es für die Vorratshaltung keine steuerlichen Anreize. Eine ausreichende Lagerhaltung aber könnte Staat und Bevölkerung vor Krisen bewahren helfen.

### **Ernährungswirtschaftliche und agrarpolitische Überlegungen**

**Referent: Prof. Dr. A. Henze, Institut für Agrarpolitik und landwirtschaftliche Marktlehre der Universität Hohenheim, Stuttgart-Hohenheim**

Das Problem der Sicherstellung der Versorgung in Krisenzeiten erfordert ein Abwägen zwischen Kosten der Vorsorgemaßnahmen in Nichtkrisenzeiten und Nutzen in Krisenzeiten. Bei lebensnotwendigen Gütern wie Nahrungsmitteln gilt es zwar als

unumstritten, daß für Krisensituationen Vorsorge zu treffen ist.

Gegen eine Sicherstellung in Höhe des derzeitigen Nahrungsverbrauchs sprechen jedoch außer Kostenüberlegungen auch ernährungswissenschaftliche Gründe. Vergleicht man den derzeitigen Verbrauch mit der durchschnittlichen ernährungsphysiologischen Optimalnorm, so läßt sich eine Überernährung der Bundesbürger von mehr als 15 Prozent feststellen. Der Abbau dieser Überernährung wäre von Vorteil und würde zu nicht unerheblichen Kosteneinsparungen im Gesundheitswesen führen.

Das Verbrauchsniveau ließe sich durch Abbau der quantitativen Überernährung über eine allgemeine Verbrauchsreduzierung von 15 Prozent und durch Einschränkung des Energieanteils tierischer Produkte von 40 auf 25 Prozent vermindern. Insgesamt wäre im Rahmen einer noch optimalen Ernährungsweise eine Reduzierung des Verbrauchsniveaus um etwa ein Drittel auf etwa 66 Prozent möglich.

Das Ausmaß der Nahrungsmittelversorgung in Krisenzeiten hängt allerdings auch davon ab, inwieweit die übrigen Produktionsmittel, insbesondere die Primärenergieträger und Düngemittel, zur Verfügung stehen. Die Bedeutung der Agrarproduktion würde es rechtfertigen, die Landwirtschaft in einer Krisensituation vorrangig mit Energie zu versorgen.

### **Medizinische Versorgung im Katastrophenfall**

Das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit gehört zu den Grundrechten eines jeden Menschen. Im Rahmen der Daseinsvorsorge ist es staatliche Aufgabe, eine ausreichende medizinische Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Dies gilt besonders für Krisenzeiten.

### **Vorbereitungen zur medizinischen Versorgung**

**Referent: Dr. med. H. Mutschler, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung Baden-Württemberg, Stuttgart**

Das Gesundheitswesen der Bundesrepublik Deutschland gehört zu den bestausgebauten der Welt. Im Normalfall gewährleistet es eine umfassende medizinische Versorgung. Auch wenn im Katastrophenfall jeder Arzt und jedes Krankenhaus zur Hilfeleistung verpflichtet ist und diese Hilfe sicherlich geleistet wird, so ist doch ohne vorherige Planung keine umfassende medizinische Versorgung der Opfer zu erwarten.



Eine ausreichende Vorratshaltung an Medikamenten gehört zu den staatlichen Vorsorgemaßnahmen.

Besonders drei Punkte nehmen in der Vorbereitungsphase eine Schlüsselstellung ein:

- Planung der Bereitstellung von geschultem Personal.
- Genügend Vorratshaltung an Sanitätsmaterial einschließlich Medikamenten.
- Gezielte Fortbildung der Ärzteschaft in Katastrophenmedizin.

Im Bemühen um Fortbildung auf dem Gebiet der Katastrophenmedizin sind zahlreiche Veranstaltungen mit gutem Erfolg durchgeführt worden. Dennoch – so notwendig diese Art der informativen Fortbildung als Grundlage späteren Handelns ist – muß sich für den Kreis besonders interessierter und befähigter Ärzte als zweite Stufe eine zusätzliche Schulung als ärztliche Führungskraft anschließen.

Katastrophenmedizin erfordert von jedem Arzt ein erhebliches Umdenken von der üblicherweise auf die Einzelperson bezogenen optimalen Individualmedizin. Die harte Notwendigkeit der Auswahl hat das einzige Ziel, die Zahl der Verluste an Menschenleben so gering wie möglich zu halten. Dabei besteht im Ernstfall ein krasses Mißverhältnis zwischen Behandlungsbedürftigkeit und Behandlungsmöglichkeit.

Zweifelloos ist in den letzten Jahren ein positiver Bewußtseinswandel in der Frage der Katastrophenmedizin und dazu notwendiger vorsorglicher Maßnahmen eingetreten.

Nun gilt es, bundesweit und bundeseinheitlich, ein systematisches Konzept für die Aus- und Fortbildung sowohl des ärztlichen Nachwuchses als auch der Ärzte und des medizinischen Personals zu entwickeln und in besonderem Maße ärztliche Füh-

rungskräfte für den Katastrophenfall heranzubilden. Und nicht zuletzt sind eingehende Überlegungen notwendig, um die Bevorratung und Versorgung mit Sanitätsmaterial zu gewährleisten.

## Erstmaßnahmen in einer Katastrophensituation

Referent: Prof. Dr. med. R. Dölp, Städtische Kliniken, Fulda

Nicht nur die durch die Weltpresse gehenden Großkatastrophen führen allein zu einer Auflösung der medizinischen Versorgung, bereits ein Unfallgeschehen mit Anfall mehrerer Schwerverletzter kann Ausmaße einer lokalen Katastrophe annehmen. Immer wird es sich um die ärztliche Behandlung von Notfallpatienten in Ausnahmesituationen handeln. Zum Notfallpatienten wird derjenige, dessen Vitalfunktionen – Atmung, Herz-Kreislauf – infolge eines Traumas oder einer lebensbedrohlichen akuten Erkrankung gestört sind. Hinzurechnen sind auch solche Patienten, bei denen mit einer lebensbedrohlichen Störung als Folge eines akuten Ereignisses zu rechnen ist.

Die Tätigkeit des Arztes in einer Katastrophensituation erfordert ein Umdenken: Die medizinische Normalpflicht muß in Konkurrenz treten zu den in einer Katastrophe notwendigen Aufgabe der auf den einzelnen Patienten ausgerichteten Hilfeleistung. In einer solchen Situation gilt keine Dienstweisung; der Arzt ist nur seinem Gewissen verpflichtet. Darüber hinaus hat er neben der Bewältigung medizinischer Probleme eine Reihe taktischer Aufgaben zu erfüllen, deren Lösung erst die rein ärztliche Versorgung erlauben, d. h. das Bestmögliche für die größte Anzahl von Verletzten zur rechten Zeit zu tun.

Es erweist sich als nützlich, die Möglichkeiten der ärztlichen Katastrophenhilfe in drei Phasen einzuteilen. Die erste Phase, die Isolationsphase: Das Schadensereignis

bricht unvorhergesehen und innerhalb kurzer Zeit über einen nicht vorbereiteten oder ungenügend geschützten Bevölkerungsteil herein. Spontane Selbstschutzaktionen durch Laien gehören zu den ersten Maßnahmen und entscheiden über das Überleben. In der zweiten Phase, der Rettungsphase, kommt es bereits zu einer organisierten Hilfe. Ärztliche Aufgabe dabei ist, eine Sichtung (Triage) der Patienten vorzunehmen. Diese Maßnahme ist mit einem Filtervorgang zu vergleichen und bedarf nicht nur einer erheblichen Qualifikation, sondern auch der Kenntnisse über Transportmöglichkeiten sowie Aufnahmekapazität und Leistungsfähigkeit rückwärtiger Einrichtungen. In der dritten Phase schließlich, der Wiederherstellungsphase, wird der Einsatz von Spezialisten notwendig, die durch gezielte Behandlungstechniken eine Genesung und Rehabilitation des Patienten betreiben.

Die bei der Triage vorzunehmende Einteilung der Patienten nach Dringlichkeitsstufen gilt natürlich nur für den Fall begrenzten Transportraums. Es wird nicht verkannt, daß gerade die Sichtung bei Massenankunft von Erkrankten oder Verletzten immer mit den stärksten moralischen Bedenken verbunden sein wird. Je intensiver Rettungssanitäter eine Ausbildung in qualifizierten lebensrettenden Maßnahmen erfahren haben, desto mehr kann der ärztliche Bereich entlastet werden. Ärztliche Maßnahmen können sich dann auf Sofortmaßnahmen bei Verletzten der Dringlichkeitsstufe I (Patienten mit Behandlungspriorität) beschränken; der Arzt gewinnt dann Zeit, sich vermehrt den Fällen der Stufe V zuzuwenden.

Für den medizinischen Bereich sollte als primäres Ziel gelten, das Chaos auf den Katastrophenraum zu begrenzen und nicht auf die Umgebung übergreifen zu lassen. Dies wird nicht immer gelingen, da auch die Umstellung eines Krankenhauses auf den Katastrophenbetrieb – wenn nicht bereits



Bei Übungen der Sanitätsdienste werden oftmals auch Ärzte mit in den praktischen Ablauf einbezogen.

vorsorglich geplant – vielerlei Probleme aufwirft.

Von entscheidender Bedeutung ist aber neben einer zumindest auf der Ebene eines Bundeslandes einheitlich durchgeführten Katastrophenplanung die wiederholte Aktualisierung in Form von Übungen und Diskussionen der Koordinationsmaßnahmen.

Sehr wesentlich ist ferner, daß die persönliche Situation den Ansprüchen gerecht wird, d.h. daß eine entsprechende Aus-, Weiter- und Fortbildung Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt, und daß Wiederholungen das Erworbene sichern.

Grundlage für die Katastrophenmedizin muß die Notfallmedizin sein. Jede Aktivität zur Verbesserung der Notfallmedizin wird zwangsläufig zu einer Verbesserung der Vorbereitung auf eine Katastrophensituation führen.

### Probleme bei Verbrennungen

**Referent: Prof. Dr. med. R. Hettich, Universitätsklinik Tübingen**

In der Bundesrepublik Deutschland führt bereits der gleichzeitige Anfall mehrerer Schwerverbrannter zu unlösbaren Problemen, da die drei von den Berufsgenossenschaften eingerichteten kleinen Verbrennungszentren nicht einmal die Behandlung der berufsbedingten Verbrennungen voll übernehmen können. Die Bundesrepublik verfügt derzeit für die Behandlung von 20000 Verbrennungen pro Jahr über 32 Spezialbetten, von denen 24 von den Berufsgenossenschaften verwaltet werden.

Gerade bei Massenanfall ist es entscheidend, daß der richtige Patient zur Weiterbehandlung an die richtige Stelle gebracht wird. Seit Juni 1981 existiert daher in Hamburg eine „Zentrale Anlaufstelle für die Vermittlung von Schwerverbrannten“ (Tel.: 040/24828838), die jederzeit über den aktuellen Bettennachweis verfügt und dadurch eine rasche Vermittlung einleiten kann.

Für das Organisationsteam bei einer Großkatastrophe ist außer der Kenntnis der Bettenkapazität auch das Wissen über die Verfügbarkeit von Transportmitteln und die Befahrbarkeit der Transportwege eine wichtige Voraussetzung für die Planung. Der Hubschrauber dient nicht nur als sicherstes und schnellstes Transportmittel für Brandverletzte, sondern mehr noch für die schnelle Beförderung des ärztlichen Personals sowie des Infusions- und Verbandmaterials.

Am Katastrophenort wird es praktisch nicht möglich sein, sich ein genaues Bild über die Tiefe und die prozentuale Verteilung der Verbrennungsgrade verschiedener

thermischer Verletzungen zu verschaffen. Das wichtigste Kriterium für die Prognose muß deshalb die Flächenausdehnung der Verbrennung sein. Für jede Behandlung sind absolut sterile Bedingungen Voraussetzung. Gerade im Katastrophenfall wird die sehr pflegeintensive Verbrennungsbehandlung durch die Anwendung der sogenannten „Gerbungsbehandlung“ enorm vereinfacht. Ihre wichtigsten Argumente lauten:

- Einschränkung der subjektiven Schmerzhaftigkeit und der daraus resultierende günstige Einfluß auf die Streß- und Schockentwicklung bei den betroffenen Patienten

- Verminderung des Eiweiß-, Wasser- und Elektrolytverlustes an der verbrannten Körperoberfläche

- Aufrechterhaltung steriler Verhältnisse über einen Zeitraum von zwei bis drei Wochen.

Dies führte gerade im Katastrophenfall zu einem erheblichen Zeitgewinn und zu einem erheblich verringerten Personalbedarf bei wesentlich reduziertem pflegerischen Aufwand.

### Betrieblicher Brandschutz

Verantwortung für Leben und Gesundheit der Mitarbeiter und Verantwortung für die Erhaltung der Arbeitsplätze bedingen vor-

beugende Überlegungen zur Abwendung und Selbsthilfe bei betrieblichen Brandkatastrophen. Zu den vorbeugenden Maßnahmen gehört die betriebliche Katastrophenschutzplanung, die jedoch nur dann wirkungsvoll ist, wenn sie den jeweiligen betrieblichen Gegebenheiten und der öffentlichen Umgebung genau angepaßt ist.

### Betriebliche Katastrophenschutzplanung

**Referent: Dr. E. Merz, Fa. Carl Freudenberg, Weinheim**

Ziel jeder Katastrophenschutzplanung ist die Sicherstellung der lebenswichtigen Belange der Gemeinschaft. Bei einer allgemeinen Katastrophe im öffentlichen Bereich sind zur Erreichung dieses Zieles andere Maßnahmen erforderlich als bei einer betrieblichen Katastrophe. Im Betrieb kann erheblich gezielter geplant werden, da Ort und Umfang von Katastrophen eher vorhersehbar sind. Ob sich eine Krisensituation für den betroffenen Betrieb als Katastrophe auswirkt, hängt wesentlich von der vorhandenen Betrieblichen Katastrophenschutz-Organisation ab.

Ihre Aufgaben:

- Organisation vorhandener betrieblicher Kräfte zur Gefahrenabwehr unter einheitlicher Leitung



**Schneller und sicherer Einsatz betrieblicher Kräfte bei der Gefahrenabwehr: Ausbildung und Übung sind wichtige Voraussetzungen.**

- Schneller und sicherer Einsatz von geschulten und erfahrenen Mitarbeitern
- Schnelle Verfügbarkeit von Einsatzmitteln
- Sicherstellung aller Möglichkeiten der Vorbeugung
- Vernünftiger wirtschaftlicher Aufwand bei Übungen
- Bildung eines gemeinsamen Verantwortungsgefühls der gesamten betrieblichen Gemeinschaft.

Grundlage der betrieblichen Katastrophenschutzplanung ist die Betriebs- oder Werkanalyse. Sie enthält:

- Lage der einzelnen Gebäude und deren Verwendung mit Hinweis auf die Anzahl der in ihnen untergebrachten Mitarbeiter
- Hinweis auf besondere Gefahren, wie Brand- oder Explosionsgefahr, Lagerung von Chemikalien oder sonstigen gefährlichen Arbeitsstoffen, Radioaktivität
- Beschreibung der Wasser-, Gas- und Stromversorgung
- Auflistung der Brandmelde- und Lösch-einrichtungen.

Allerdings ist es erforderlich, durch praxisnahe Übungen die betriebliche Katastrophenschutzplanung auf Zweckmäßigkeit und Vollständigkeit zu überprüfen und durch ständige Aktualisierung auf dem laufenden zu halten. Dazu ist ein sorgfältiger Übungsplan ebenso notwendig wie das Anlegen einer Mängelliste, in der alle Schwachstellen eingetragen werden.

## Brandschutz im Betrieb

**Referent: Dipl.-Ing. W. Steuer, Fa. Bayer AG, Leverkusen**

Bei neu zu planenden Betrieben beginnt der Brandschutz schon bei der Auswahl des Grundstücks, der Zuordnung von Gebäuden und in der Planung von Gebäudeabständen. Doch die Verzahnung zwischen Planung, Brandschutzberatung und anzuwendender Technik findet mit der Fertigstellung des Gebäudes und seiner Betriebseinrichtung noch kein Ende. Parallel zu dieser Brandschutzprophylaxe muß das Verhalten der Betriebsangehörigen bei Brand und Unfall geschult werden.

Die Betriebsfeuerwehr muß als äußerste Klammer in diesem Sicherheitskonzept betrachtet werden. Sie kommt zum Einsatz, wenn alle anderen Vorsorgemaßnahmen versagt oder nicht ausgereicht haben.

Um im Gefahrenfall die Rettung von Personen zu gewährleisten, gilt den Flucht- und Rettungswegen ein besonderes Augenmerk. Brandschutztechnische Trennung

von Gebäuden oder Gebäudeteilen verhindern das Übergreifen von Bränden auf benachbarte Bauabschnitte. Brandmelde- und Löschsyste-me verhindern im Verbund mit bautechnischen Maßnahmen und günstigen Baustoffen ein schnelles Ausbreiten von Entstehungsbränden. Um bei Brand, Unfall oder außergewöhnlichen Betriebsstörungen auf das richtige Verhalten der Betriebsangehörigen einwirken und um Abwehrmaßnahmen gezielt einleiten und koordinieren zu können, leisten betriebliche Alarmpläne wesentliche Unterstützung.

Die Summe aller vorgenannten Maßnahmen gilt als Gesamtkonzept des Brandschutzes im Betrieb. Zusätzliche Maßnahmen wie Absprachen mit den zuständigen Behörden für Störfalleinwirkungen vom Betrieb auf die Umgebung ergänzen dieses Konzept.

Eine Besonderheit stellt das Hilfsangebot im Hinblick auf mögliche Schäden beim Transport gefährlicher Güter bzw. bei Bränden mit eigenen Produkten außerhalb des Werkes im Rahmen eines Transportunfall-Informationssystems dar.

## Betrieblicher Brandschutz aus der Sicht der Aufsichtsbehörde

**Referent: Dipl.-Ing. H. Schäfer, Innenministerium Baden-Württemberg, Stuttgart**

Nach § 31 Feuerweggesetz kann ein Bürgermeister in Baden-Württemberg Betriebe mit erhöhter Brand- und Explosionsgefahr oder anderen besonderen Gefahren verpflichten, die für die sofortige Selbsthilfe erforderlichen Feuerwehrräte und Feuerlöschanlagen auf eigene Kosten zu beschaffen und zu unterhalten. Dies setzt eine entsprechende Ausbildung von Betriebsangehörigen voraus.

Der Begriff „Betriebsfeuerwehr“ in § 22 des Feuerweggesetzes hat eine zweifache Bedeutung. Einmal ist es der Oberbegriff für alle nichtöffentlichen Feuerwehren, deren Träger zumeist private Unternehmen sind. Sie können von Betrieben und Verwaltungen nach eigenem Ermessen aufgestellt, ausgerüstet und ausgebildet werden. Gesetzliche Bestimmungen dafür bestehen nicht. „Die Verpflichtung der Gemeindefeuerwehr zur Hilfeleistung bleibt durch die Einrichtung einer Betriebsfeuerwehr unberührt“ (§ 22 Abs. 1 FWG).

Dagegen haben Werkfeuerwehren in Betrieben und Verwaltungen die Aufgaben der Gemeindefeuerwehr in vollem Umfang allein zu erfüllen. Wegen dieser besonderen Stellung kann die Werkfeuerwehr ihre Aufgabe nur von einer staatlichen Stelle übertragen bekommen. Das Antragsrecht

einzelner Betriebe, ihre Betriebsfeuerwehr als Werkfeuerwehr anerkennen zu lassen, ist nicht auf Betriebe bestimmter Art beschränkt. Jedoch kann die Aufsichtsbehörde Betriebe oder Verwaltungen mit erhöhter Brand- oder Explosionsgefahr oder anderen besonderen Gefahren verpflichten, eine Werkfeuerwehr zu unterhalten.

Durch diese Einrichtung kommen auf die Unternehmen nicht unerhebliche Probleme zu. So gilt es beispielsweise zu entscheiden, ob hauptberufliche Kräfte notwendig sind oder die Aufgaben auch von Werksangehörigen wahrgenommen werden können, die im Betrieb überwiegend andere Tätigkeiten ausüben. Zusätzlich bedarf die Frage der ständigen Alarmierbarkeit – was insbesondere außerhalb der Arbeitszeit Probleme aufwerfen kann – einer Regelung.

Die Entscheidung zur Einrichtung einer Werkfeuerwehr berührt Gemeinde und Gemeindefeuerwehr unmittelbar, da dadurch der Betrieb aus dem Zuständigkeitsbereich der örtlichen Wehr herausgenommen wird. Wie bei der Gemeindefeuerwehr hängt auch die Leistungsfähigkeit einer Werkfeuerwehr maßgeblich von ihrem Leiter ab. Seine Bestellung bedarf deshalb der Bestätigung der unteren Verwaltungsbehörde. An den Leiter werden die gleichen Anforderungen gestellt wie an Personen, die entsprechende Funktionen in der Gemeindefeuerwehr wahrnehmen.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben sind die Feuerwehren vielfach auf gegenseitige Hilfe angewiesen. Oft verfügen die Werkfeuerwehren über Spezialfahrzeuge und -geräte für die Bekämpfung besonderer Gefahren im Betrieb. Eine Unterstützung kann für eine Gemeindefeuerwehr bei besonderen Einsätzen sehr wichtig sein.

Für Einsätze der Werkfeuerwehr außerhalb des Betriebes besteht ein Anspruch auf Kostenerstattung gegen die Gemeinde. In Sonderfällen ist es möglich, einer Werkfeuerwehr die Aufgaben einer Gemeindefeuerwehr zu übertragen. Dies kommt allerdings nur dann in Betracht, wenn ein ausreichender öffentlicher Brandschutz nicht gewährleistet ist.

## Betrieblicher Brandschutz aus der Sicht der öffentlichen Wehr

**Referent: Dipl.-Ing. H. Hertel, Oberbranddirektor, Stuttgart**

Die Versicherer unterscheiden für die Brandschadensstatistik drei Gefahrengruppen: Großgewerbe, Landwirtschaft und sogenannte einfache Gefahren. Im Großgewerbe einschließlich der Industrie

liegt der Bereich, den der betriebliche Brandschutz abdecken soll. Die unterschiedlichen Risiken lassen sich unschwer durch Schadensziffern darstellen. An den Arbeitsplätzen gibt es weit weniger Brandtote und Brandverletzte als anderswo, obwohl im öffentlichen Brandschutz, der ja gerade auch den privaten Bereich der Gemeindebewohner schützen soll, der Personenschutz eindeutigen Vorrang vor dem Sachschutz hat und die baurechtlichen Vorschriften aus diesem Grund entsprechend gefaßt sind.

Nicht zuletzt sind die Erfolgszahlen in den Betrieben einer intensiveren Aufklärungsarbeit zu verdanken. Grundsätzlich muß sich die öffentliche Wehr auf die Aufgaben vorbereiten, die sich ihr von den Betrieben her in ihrem Einsatzbereich stellen. Ausstattung, Ausbildung und organisatorische Maßnahmen wie Einsatz- und Angriffspläne, Alarmprogramme, Tabellen über gefährliche Stoffe, Vermittlung des Führungswissens, Orts- und Betriebskenntnis wurden verbessert oder werden als Möglichkeiten von den öffentlichen Wehren immer besser genutzt.

Ein wesentlicher Fortschritt im betrieblichen Brandschutz ist im Bereich des vorbeugenden baulichen Brandschutzes zu verzeichnen. Dort werden die Weichen gestellt, die bei einem Brand entweder zu einem frühen Löscherfolg führen oder aber das Großschadensereignis vorprogrammieren. Größe der Brandabschnitte, Brandwiderstandsfähigkeit der Bauteile, das Brandverhalten der Baustoffe, Zugänglichkeit der Anlagen und vor allem ihre Nutzungsart sind die maßgebenden Faktoren, die zusammen mit Lösch- und Meldeanlagen die Beurteilungsgrundlage für einen sachgerechten baulichen Brandschutz bilden.

Die erfolgreiche Bekämpfung eines Brandes setzt eine frühe Meldung und unverzügliche Alarmierung voraus. Schon manches Schadenfeuer hat überhand genommen, weil dieser Grundsatz nicht befolgt wurde. Die größeren Werkfeuerwehren gehen davon aus, daß bereits fünf Minuten nach Alarmierung der Werklöschzug jeden Punkt der Werksanlage erreichen muß. Verspätete Weiterleitung von Alarmen, die durch nicht durchgeschaltete Frühwarnanlagen ausgelöst werden, entwertet diese weitgehend.

Die Gemeinde hat die Ausstattung der öffentlichen Wehr an den vorgegebenen örtlichen Verhältnissen zu messen. Abgesehen von Kommunen mit rein ländlichem Charakter finden wir heute fast überall Gewerbe- und Industrieansiedlungen, die das Brandrisiko und damit die Ausstattung der öffentlichen Feuerwehr bestimmen. Feuerwehrführung und Betriebsleitung müssen sich gemeinsam auf ihre Aufgaben bei Einsätzen im Betrieb vorbereiten, beispiels-

weise durch Erarbeiten von Alarm- und Einsatzplänen.

Auch für Fragen des vorbeugenden Brandschutzes sollte der Kommandant der Gemeindefeuerwehr oder sein Beauftragter für eine Beratung verfügbar sein. Umgekehrt kommt dem betrieblichen Brandschutz gerade auf dem Gebiet der gefährlichen Stoffe – spätestens jetzt mit der Störfallverordnung – eine sehr große Bedeutung zu. Dies gilt sowohl für die Störfallplanung wie für die Störfallabwehr.

### **Vorsorgende bauliche Maßnahmen für Katastrophenfälle**

Ungeschützte Menschen können im Frieden durch Katastrophen aller Art oder im Verteidigungsfall infolge von Waffenwirkungen verletzt oder getötet werden. Schutzmaßnahmen müssen in der Lage sein, die Zivilbevölkerung vor den Schadenswirkungen einer Katastrophe oder eines Krieges zu bewahren.

### **Einwirkungen auf Schutzräume bei Katastrophen**

**Referent: Dr. H. Schlesinger, Bundesamt für Zivilschutz, Bonn**

Katastrophen können durch Naturereignisse, menschliches oder technisches Versagen ausgelöst werden. Im Verteidigungsfall sind Waffeneinwirkungen Ursache der Schadensereignisse. Aus diesem Grund muß auch der Krieg als Katastrophenfall betrachtet werden, der sich nur durch eine stärkere Intensität des Schadens von den vorgenannten Katastrophen unterscheidet. So wirken beim Einsatz konventioneller und nuklearer Waffen sowohl deren Primärwirkung als auch deren Sekundärwirkung auf den ungeschützten Menschen. Zusätzliche Primärwirkungen treten dann auf, wenn chemische oder biologische Kampfstoffe sowie Strahlungswaffen zum Einsatz kommen.

Zwei Waffengruppen können im Hinblick auf ihre Wirkungen unterschieden werden:

- Solche, die sowohl organisches Leben als auch anorganisches Material schädigen. Dies sind konventionelle und nukleare Waffen herkömmlicher Bauart.
- Waffen, die bevorzugt organisches Leben beeinträchtigen. Dazu gehören chemische und biologische Kampfstoffe sowie Strahlungswaffen.

Im Volltrefferbereich kann ein Schutz entweder gar nicht oder aber nur unter sehr hohem materiellen und finanziellen Aufwand erstellt werden. Mit wachsendem Ab-

stand zum Zentrum werden jedoch die Schutzaufwendungen proportional zum Wirkungsabfall geringer. Die Qualität des Schutzes bestimmt den Grad der Schädigung in Abhängigkeit vom Abstand zum Maximum.

Grundsätzlich lassen sich nachstehende Schutzsysteme unterscheiden:

- Vollschutzräume des verstärkten Schutzes bewahren den Menschen weitgehend vor Schäden
- Grundsutzräume schützen nur in bestimmtem Abstand vom Wirkungszentrum gegen Trümmer, Brand, Strahlung und chemische Kampfstoffe
- Teilschutzräume gewähren entweder nur Trümmer-, Brand- oder Strahlenschutz bzw. Schutz vor chemischen Waffen, aber auch Kombinationen dieser Teilschutzarten sind denkbar
- Behelfsschutzräume sind behelfsmäßig hergerichtete Wohn- und Kellerräume, die in größerer Entfernung zum Wirkungszentrum einen anteiligen Schutz gegen Trümmer, Brand, Strahlung oder chemische Kampfstoffe bieten
- Selbstschutzmaterial schützt den Körper kurzzeitig auf dem Weg zu Schutzräumen oder auf der Flucht aus Gebieten höherer Schadstoffkonzentration.

Aus der Leistungsfähigkeit der einzelnen Schutzsysteme und deren Kosten lassen sich Aussagen über den Nutzen unter besonderer Berücksichtigung der Schädigungsdauer machen. Gerade im Hinblick auf die aufzuwendenden Kosten bietet das Konzept des Grundsutzes optimale Schutzwirkung.

### **Schutzbaukonzeption in der Bundesrepublik**

**Referent: Dipl.-Ing. Kiehne, Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn**

Der Konzeption für den baulichen Zivilschutz in der Bundesrepublik Deutschland liegen folgende Erkenntnisse zugrunde:

- Gegen die Wirkungen bestimmter Waffen gibt es keinen absoluten Schutz
- Der Bereich totaler Zerstörung durch diese Waffen ist jedoch relativ begrenzt
- Insbesondere ABC-Waffen entwickeln über große Gebiete hinweg Wirkungen, gegen die auch relativ einfache Schutzmaßnahmen wirkungsvoll, technisch machbar und wirtschaftlich vertretbar sind.

Auf der Grundlage dieser Erkenntnis wurde der sogenannte Grundschutz zum Kernstück der Schutzbaukonzeption in der Bundesrepublik.



Linkes Bild: Ein mit Sitz-Liege-Kombinationen ausgestatteter Großschutzraum in Bremen.

Der private Schutzraumbau: Der Bundesverband für den Selbstschutz informiert über Konstruktion und Nutzung.

Das Schutzbau-Förderungsprogramm des Bundes sieht dabei folgende Maßnahmen vor:

- Bau von Hausschutzräumen (7 bis 50 Plätze)
- Bau von Großschutzräumen als Mehrzweckanlagen (300 bis 3000 Plätze)
- Nutzbarmachung vorhandener Bunker und Stollen aus dem Zweiten Weltkrieg.

Der Bau von Hausschutz- und Großschutzräumen wird mit Zuschüssen und Steuervergünstigungen gefördert. Die Nutzbarmachung gehört zu den Bauaufgaben des Bundes.

### Bauteilbemessung von Schutzräumen

Referent: Prof. Dr.-Ing. Ehm, Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn

Schutzräume des Grundschatzes sollen gegen herabfallende Trümmer, Brandeinwirkung, radioaktive Niederschläge sowie in begrenztem Umfang gegen biologische und chemische Kampfmittel schützen.

Aus diesen Anforderungen ergeben sich von der „Normalbauregel“ abweichende statisch-dynamische Bemessungswerte für die Schutzräume. Neben der Trümmerkomponente als statischer Ersatzlast müssen Druckstoßbeanspruchungen mit einkalkuliert werden. Ihre Berechnung entspricht einer Katastrophenbemessung, d. h. bei Auftreten des Spitzenüberdrucks dürfen die Erschöpfungszustände der einzelnen Bauteile gerade eintreten, ohne daß die Teile aber einstürzen.

Im Katastrophenfall muß mit Trümmerbildung über dem Schutzraum gerechnet werden, verbunden mit der besonderen Gefahr, daß diese Trümmer wie Meiler abbrennen können. Dies führt zu besonders langanhaltenden Temperatureinwirkungen bei relativ geringen Temperaturen.

Daraus ergibt sich als Bemessungskriterium eine Begrenzung der Oberflächentemperatur an der Schutzrauminnenseite, besonders der Decke.

Da bei größeren Meilerbränden mit langen Standzeiten ein vollkommener konstruktiver Wärmeschutz einmal technisch schwer zu realisieren und darüber hinaus unwirtschaftlich ist, kommt es in vielen Fällen darauf an, im Bereich der ersten 48 Stunden einen unzulässigen Temperaturdurchgang zu verhindern. Gefährliche Temperaturerhöhungen der Raumluft müssen durch Sandfilter – die eine große Wärmekapazität besitzen – reduziert werden. Auch die Abschlüsse von Schleusen sollten so gefertigt sein, daß sie auch nach einer Brandbeanspruchung gasdicht bleiben.

Gefahren aus radioaktivem Niederschlag erfordern Maßnahmen für einen strahlenhygienisch unbedenklichen Daueraufenthalt bis zu 14 Tagen im Schutzraum. Als Dosisleistung der Rückstandsstrahlung werden für den Grundschatz 1000 R/Stunde planerisch angenommen. Um diesen zu hoher Strahlenbelastung führenden Wert auf ein erträgliches Maß zu reduzieren, muß ein Schutzfaktor von mindestens 100 erreicht werden. Da nach einem Daueraufenthalt im Schutzraum noch eine zusätzliche Strahlennachbelastung bei anschließendem Aufenthalt im Freien mit in Betracht gezogen werden muß, sollte die Strahlenbelastung im Schutzraum über 14 Tage 50 Rem nicht übersteigen.

Die Wirksamkeit eines gegebenen Materials gemessen an der Verringerung der Gamma-Strahlungsintensität läßt sich durch die „Zehntelwertsdicke“ darstellen. Diese Größe beschreibt die Dicke eines Materials, das nach Durchdringung die Stärke der einfallenden Strahlung auf ein Zehntel ihres Anfangswertes abschwächt.

Die Gefahren der Streustrahlung erfordern eine entsprechende Sicherung aller Öffnungen in den Umfassungsbauteilen. Durch zweckmäßige Ausbildung der Zugänge, wie mehrfache Abwinkelungen, lassen sie sich verringern.

### Raumlufttechnische Konzeptionen

Referent: Dipl.-Ing. Bong, Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn

Um das Innenraumklima in zumeist dicht belegten Schutzräumen erträglich zu gestalten, bedarf es einer zumindest ausreichenden lufthygienischen Versorgung der Insassen. Für die Aufrechterhaltung des Lebens ist die Luft in ihrer natürlichen Zusammensetzung eine Grundbedingung. Ihre Qualität steuert maßgeblich die meisten klimaphysiologischen Reaktionen des Menschen.

Als Hauptbewertungsgröße für die Luftverunreinigung in einem Schutzraum wird der Kohlendioxidgehalt der Atemluft gewählt. Er führt bei Überschreitung eines Grenzwertes zu Gesundheitsschäden und bei stark überhöhter Konzentration über zehn Prozent zum Tod.

Aus diesem Grund muß die im Schutzraum verbrauchte Luft ständig abgeführt und durch Frischluftzufuhr erneuert werden. Einige Faktoren, die das Raumklima und die chemische Zusammensetzung der Schutzraumluft wesentlich beeinflussen:

- Temperatur und Feuchtigkeit der Außenluft
- Größe, Form und Lage des Schutzraums
- Außenluftvolumenstrom der raumlufttechnischen Anlage
- Temperatur und Feuchtigkeit im Schutzraum vor Belegung
- Wärmeabgabe und Stoffwechsel, Sauerstoffverbrauch, erzeugte Kohlensäure, Größe, Alter, Geschlecht, Tätigkeit und Kleidung der Insassen
- Thermische Eigenschaften der Schutzraumwandung
- Physiologische und psychologische Reaktionen der Schutzrauminsassen auf die jeweilige Situation
- Witterungsverhältnisse der Schutzraumumgebung.



# Kampf der Ölpest

Eine Aufgabe zur Unterstützung des friedensmäßigen Katastrophenschutzes –  
Zwei Beispiele aus Kiel und dem Kreis Ostholstein

Der Verfasser stellt nachstehend die Ölschadenbekämpfung im THW-Geschäftsbereich Kiel vor, die sowohl von der technischen Ausstattung her als auch im Zusammenwirken mit Dienststellen der Katastrophenabwehr modellhaften Charakter trägt. (Red.)

## Im Grundsatz

Im Sinne der Vorgabe durch die Stärke- und Ausstattungsnachweisungen (STAN) ist die Mitwirkung bei der Ölschadenbekämpfung bei den Instandsetzungszügen des Technischen Hilfswerks anzusiedeln, das sind im Geschäftsbereich Kiel:

1. der 4. Instandsetzungszug Kiel (Standort Kiel)
2. der 1. Instandsetzungszug Ostholstein (Standort Neustadt/H.)

## Instandsetzungszug – AÖ-Gruppe

### Aufgaben

Der Instandsetzungszug (IZ) führt zur Behebung von Gefahren und Notständen im Rahmen des Katastrophenschutzes unaufschiebbare, behelfsmäßige Instandsetzungsarbeiten an Versorgungsleitungen, unter anderem auch an Ölanlagen und Abwassernetzen durch, die zum Schutze und zur Versorgung der Bevölkerung sowie zur Fortführung lebenswichtiger Betriebe dringend notwendig sind.

Er unterstützt andere Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes im Rahmen seiner Möglichkeiten.

Die Abwasser-Ölschadenbekämpfungsgruppe (AÖ-Gruppe) führt durch:

- Mitwirkung bei der Ölschadenbekämpfung und -beseitigung, z.B. bei Unfällen, Absaugen von ausgelaufenem Mineralöl, (Wasserflächen, Straßen usw.), Auffangen von ausgelaufenem Mineralöl
- Abdichten von Leckstellen an Mineralölbehältern, Sicherung von Kanaleinläufen und Schachtdeckeln
- Eindämmen von freifließendem Mineralöl durch Ölsperren auf ölverseuchten Vorflutern, Bächen und sonstigen Gewässern
- Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung von Ölschäden,

## STAN-Ausstattung

Zur Ausstattung der AÖ-Gruppen gehören u.a.

eine Ölumfüllpumpe zur Förderung von Ölschlamm, von Viskosen oder schäumenden Medien, von Wasser oder entsprechenden Mischungen.

Max. Ansaughöhe: 9 m

Max. Druckhöhe: bis rd. 30 m

Max. Mengenleistung: rd. 32 cbm/h.

E-Motor 380 V, Ex EG 3, 1480 UPM

eine Unterwassertauchmotorpumpe 380 V, 2,2 kW-Drehstrommotor ex. bei 1,35 m Förderhöhe = 43 cbm/h Leistung, bei 4,00 m Förderhöhe = 36 cbm/h Leistung

ein Ölwehr-Notbesteck mit Dichtschnellverschluss, mit Holzkeilen, Kegeln und Gummistopfen sowie Straßeneinlauf- und Schächtabdeckung aus PVC

eine Schmutzwasserhandpumpe NW 50, 60 Ltr./min

verschiedenes Gerät, wie z.B. Ölbindersieb-schaukeln, Tankdichtungsstopfen und -keile, 100 Meter Schlauchfolie für Flüssigkeitslagerung, 100 Quadratmeter Kunststoffolie für Deponierzwecke, Ölbindemittel und sonstiges Zubehör.

## Ölwehr im THW-Ortsverband Kiel

### Grundausrüstung

Im Jahre 1975 wurde durch das THW ein Prototyp „Ölwehr“ zusammengestellt, der anlässlich der Leistungsschau des Technischen Hilfswerks im Oktober 1975 in Kiel-Schilksee vorgeführt werden konnte.

Mit dieser Ausstattung wird wirksame Hilfe bei Ölschäden auf dem Wasser geleistet. Sie umfaßt: 120 Meter Itecran-Ölsperre Typ „Trinkwasser“, eine Indux-Vacuum-



Die schwimmende Ölsperre ist in kürzester Zeit ausgebracht und auch wieder eingeholt.

Pumpe, Typ 3 BN, drei Slurp-Öl-Skimmer komplett mit Regulierung, Schlauchmaterial usw., 30 Meter ölabsorbierende Netzschlauchsperrre, drei selbstaufrichtende Mineralölaufangbehälter (3000 Liter Inhalt), verschiedenes Zubehör wie Ölbindersieb-schaukeln, Einweg-Schlauchfolien, Warnschilder, Wathosen etc.

Zur Gewährleistung der nötigen Mobilität stellte die Organisation einen eigenen LKW 7,5 Tonnen mit einem Einachs-Hänger 1,5 Tonnen bereit. Zusätzlich steht ein Mehrzweckboot mit Aubo, verlastet auf Trailer, zur Verfügung.

### Weitere Entwicklung

Die Ölsperrenausrüstung versetzte die mit der Aufgabe betraute AÖ-Gruppe des 4. Instandsetzungszuges Kiel in die Lage, Ölschäden durch die schwimmende Sperre einzugrenzen bzw. zu kanalisieren. Mit den Slurp-Öl-Skimmern wurde das Absaugen des Ölfilms von Wasseroberflächen ermöglicht, mit den Auffangbehältern bzw. mit der Schlauchfolie die Zwischenlagerung bis zum Abtransport durch Saugwagen praktiziert.

Aus der besonderen Gefährdungslage an der Kieler Förde, am Nord-Ostsee-Kanal mit Schleusenanlagen und Bunkeranlage, Werftanlagen ziviler und militärischer Art sowie Hafenbetrieb im Innen-Fördebereich ergaben sich die ersten Einsätze des Technischen Hilfswerks. Daraus erwuchs eine positive Zusammenarbeit mit dem für die Sicherheit der Bundeswasserstraßen zuständigen Amt für Land- und Wasserwirtschaft in Kiel.

Öffentliche Mittel standen dem Amt für Land- und Wasserwirtschaft (ALW) aus dem Programm der vier norddeutschen Küstenländer für die Beschaffung von Ölwehrgerät zur Verfügung. Auch hier entwickelte sich aus gemeinsamer Überlegung des ALW Kiel und des THW Kiel der Prototyp einer Ölwehr, die nach ihrer Beschaffung dem Ortsverband Kiel des THW per Überlassungsvereinbarung zur Wartung, Ausbildung und Einsatznutzung übergeben wurde.

### Ölwehrgerät ALW

Geräteumfang: ein Mopmatic-Wringer, Typ 1003, 380 V, 0,75 kW, mit Verstellantrieb, 75 m Mopkordel

ein Stromerzeuger BSKA 5 – 5 kVA

drei Satz Anker, komplett mit Anker- und Ausgleichbojen

drei Mop-Umlaufrollen

ein Einachs-Hänger, 1,2 t Gesamtgewicht in Spezialausführung.

### Funktion des Mopmatic-Wringers Typ 1003

Der Mopmatic-Wringer ist das einzige Ölwehrgerät, das gleichzeitig im horizontalen und vertikalen Betrieb arbeitet. Eine ölmagnetische Kunststoffkordel hoher Reißfestigkeit wird im Endlosbetrieb durch Antriebs- und Preßwalzen gezogen, wobei eine dreifache Kordelführung möglich ist. Im Vertikalbetrieb hängt die Kordel vom Gerät aus in das Medium hinein, der Horizontalbetrieb wird durch schwimmende Umlaufrollen gewährleistet.

Die ölmagnetische Kordel nimmt die Ölschicht bzw. den Ölfilm von der Wasseroberfläche auf. Auf dem Wege zu den Walzen des Gerätes tropft das Wasser ab, durch die Preßwalzen wird das Öl ausgepreßt und in einem Auffangbehälter gesammelt.

Der Wasseranteil ist gering; er kann überdies durch Ablassen aus dem Auffangbehälter je nach Stand der Separation ausgetrennt werden.

Aus dem Auffangbehälter des Gerätes erfolgt die Abteilung in Sammelbehälter bzw. Schlauchfolien zum späteren Abtransport. Durch Verstell-Antrieb wird die Kordelgeschwindigkeit der Ölbeschaffenheit angepaßt, von sieben cm/sec bis 49 cm/sec.

Je nach Art des geförderten Mediums liegt die Wringerleistung bei 1 700 bis 3 800 Liter Öl je Stunde.

### Ölwehrkonzeption Kiel

Grundausrüstung des THW und Ausstattung des ALW bilden eine Einsatz Einheit, die durch Verlastung auf geländegängigen LKW weitgehend mobil ist. Der Mopmatic-Wringer Typ 1003 mit Aggregat BSKA 5 wurde auf dem Einachs-Hänger in einsatzbereiter Anordnung fest montiert. Dem liegt zugrunde, das Gerät in der Abmessung so zu gestalten, daß der Transport über die Tore der geschlossenen Schleusenammern des Nord-Ostsee-Kanals gewährleistet ist.

Die ehrenamtlichen Helfer des Instandsetzungszuges werden durch die Organisation auf Anforderung alarmiert und stehen in kürzester Frist zur Verfügung. Einsatzanforderungen ergehen durch das Amt für Land- und Wasserwirtschaft, durch Wasserschutzpolizei oder Berufsfeuerwehr. Die Leistungsabrechnung erfolgt nach dem Verursacher-Prinzip mit dem Schädiger auf Grund der Richtlinien des THW für das Verfahren der Abrechnung wirtschaftlicher

Leistungen und Einsätze. Konzeption und Zusammenarbeit haben sich bewährt.

### Ölwehr im Kreis Ostholstein

#### Entwicklung der Ölwehr im Kreis Ostholstein

Steigendes Umweltbewußtsein führte zu sorgfältiger Beobachtung und Meldung von Ölschäden, die früher leichter übersehen wurden. Der Kreis Ostholstein, hier ist das Amt für öffentliche Sicherheit zu nennen, erkannte die Notwendigkeit der zentralen Ölschadenbekämpfung. Rund 185 Kilometer Ostseeküste mit Wirtschaftss- und Sporthäfen und eine Vielzahl von Binnenseen zeigen auch die Gefährdung des Fremdenverkehrskreises auf.

Eine zentrale Ausstattung, für die der Kreis Ausschuß eine Investitionssumme von mehr als 100 000 DM für das Jahr 1981 bereitstellte, muß den Erfordernissen der Ölwehr sowohl in hafen- oder küstennahen Bereichen als auch an den oft unzugänglichen Binnenseen und Wasserläufen gerecht werden.

In Zusammenarbeit zwischen dem Kreis Ostholstein, dem Technischen Hilfswerk und einem international erfahrenen Lieferunternehmen wuchs das „Modellpaket“ der Ölwehr im Kreis Ostholstein. Der Landrat des Kreises Ostholstein übergab am 5. November 1981 die Ausstattung zur Nutzung an den 1. Instandsetzungszug Ost-

holstein im THW-Ortsverband Neustadt/Holstein.

#### Ölwehr-Gerät Kreis Ostholstein

Das komplette „Paket“ der Ölwehrausrüstung wird nachstehend aufgeführt, wie es aus der Erfahrung zusammengestellt wurde, um die Palette der möglichen Einsatzforderungen abzudecken.

#### Grundgerät

Ein Mopmatic-Wringer Typ 1003 komplett, eine INDUX-Vacuum-Pumpe ein Combi-Skimmer, Edelstahl sechs ITEECRAN-Ölsperren „Fluß“, 20 Meter lang sechs ITEECRAN-Ölsperren „Fluß“, 10 Meter lang zwei Flexitanks, 3000 Liter ein Stromerzeuger Typ BSKA 5 zwei Mineral-Ölbehälter, offene Ausführung.

#### Spezial-Ausstattung

Vier Ölsperren-Zwillingsbefestigungsendstücke „Fluß“ vier Übergangsstücke „Trinkwasser“/„Fluß“ drei Spezial-Zwischenstücke „Fluß“ vierzehn Alu-Gelenk-Kupplungsschienen „Fluß“ zwei Ölsperren-Magnetbefestigungen zwölf Tragetaschen für Ölsperren zwei Packsäcke für Flexitank vier Saug/Druckschläuche 2" für Skimmer

**Der Mopmatic-Wringer im Einsatz: Sehr gut erkennbar ist die Kunststoffkordel, die durch die Preßwalzen gezogen wird.**



zwei Kupplungsschlüssel  
 zwei Schmutzfangrechen  
 zwei Ölbinderäumschaufeln  
 drei Mop-Umlaufrollen  
 drei Baas-Baal-Anker  
 drei Ankerbojen  
 drei Ausgleichbojen.

#### Sonstiges Zubehör

Zehn Wetterschutzanzüge  
 zehn Paar Gummistiefel, knielang  
 zehn Paar Gummistiefel, hüftlang  
 ein Warnschild „Explosionsgefahr“  
 ein Warnschild „Ölunfall“  
 zwei Gehörschutz-Kapseln  
 ein Ekoperl-Strahlrohr mit Saugschlauch  
 ein Absperrschieber C  
 eine Alu-Stufenleiter  
 eine Handpumpe  
 eine Ausstattung Standrohr komplett mit  
 einem Druckschlauch C, und einem Strahl-  
 rohr C  
 fünf Reduzierstücke  
 verschiedene Gerätekisten  
 zwei Sandschaufeln.

#### Verbrauchsmaterial

100 Meter Einweg-Schlauchfolie mit Kupp-  
 lung und Blindstutzen  
 200 m<sup>2</sup> Einwegfolie  
 zehn Sack ITEESS-Ölbinderwürfel –  
 444 – W  
 zehn Sack ITEESS-Ölbinderwürfel –  
 553 – G  
 vier Stück-Netzschlauchsperrern  
 150 Meter Mopmatic-Kordel Ø 150 mm.

#### Funktion der Ölsperre „Fluß“

Diese Ölsperren bestehen aus PVC-be-  
 schichtetem Polyestergewebe in beson-  
 ders stabiler Qualität. Standardlängen von  
 10 oder 20 Metern sichern bei einem Ge-  
 wicht von zwei kg/m die Handlichkeit.  
 Von einer Sperrhöhe von insgesamt  
 70 cm befinden sich 30 cm über und 40 cm  
 unter Wasser, senkrecht stabilisiert durch  
 eingelegte Gewichte und Schwimmkörper  
 in Schwimmblasen. Einzellängen werden  
 mit Spezialkupplungsschienen zur benö-  
 tigten Gesamtlänge gekuppelt, schnell ins  
 Wasser gebracht und durch Leinenzug  
 oder Boot/Schlauchboot mit Aubo als  
 Sperre in Position gebracht. Die Veranke-  
 rung erfolgt mit besonderen Befestigungs-  
 elementen, z. B. Haftmagneten, mit zusätz-  
 licher Sicherungsmöglichkeit durch Anker  
 und Bojen oder Seile. Die Zugfestigkeit des  
 Materials von 4,6 Tonnen erlaubt das Aus-  
 bringen langer Sperren. Verbindungsele-  
 mente zur Koppelung mit anderen Systeme-  
 men und die Überfahrbarkeit der Sperre mit  
 leichten Booten erweitern die Einsatzmög-  
 lichkeiten.

Mit Ölsperren werden treibende Ölfelder  
 eingefangen, Hafenbecken gesperrt oder  
 in fließenden Gewässern die Schadstoffe  
 zum Aufnahmegerät hin kanalisiert.

#### Slurp- bzw. Combi-Skimmer:

In der Verbindung Induxpumpe-Combi-  
 Skimmer ist ein Universalgerät zum „Ab-

schlüpfen“ pumpenfähiger Verunreinigen-  
 gen von Wasseroberflächen gegeben, das  
 vergleichbar der Wirkungsweise eines  
 Staubsaugers die Schadstoffschicht auf-  
 nimmt.

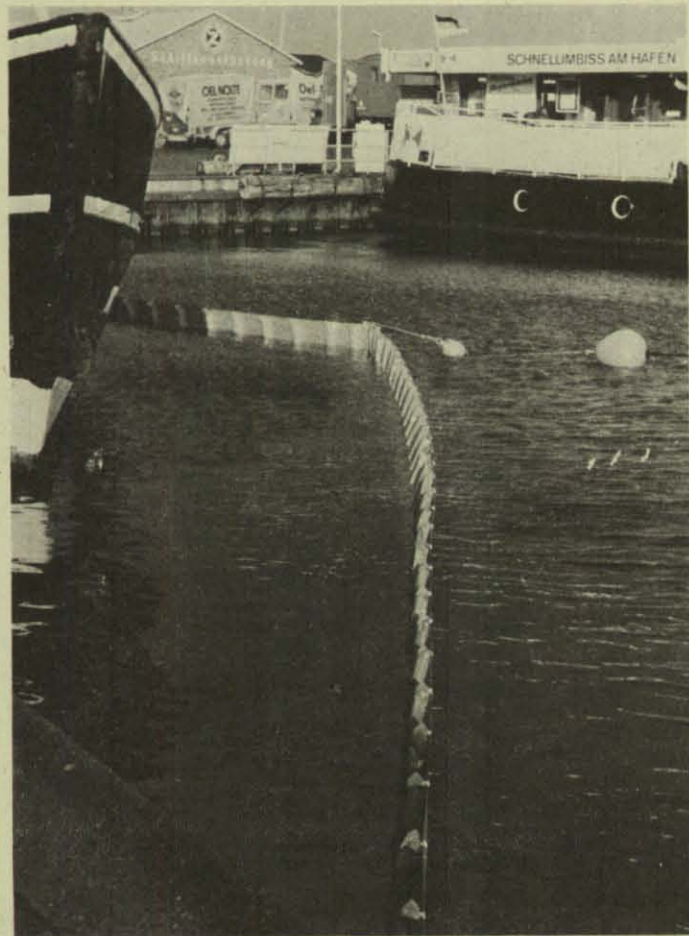
Combi-Skimmer können zu Batterien zu-  
 sammengefaßt werden, wobei die Sauglei-  
 tung einer Induxpumpe entsprechend re-  
 guliert werden kann. In Abhängigkeit von  
 der Pumpe leistet ein Combi-Skimmer bis  
 zu 16000 l/h Flüssigkeits-Gesamtmenge.

#### Konzept der Ölwehr im Kreis Ostholstein

Für das „Paket“ der Ölwehr-Ausstattung  
 stellt der THW-Ortsverband Neustadt zwei  
 LKW und einen Einachs-Hänger zur Trans-  
 portbewältigung im Einsatzfall.

Der Hänger, 1,5 Tonnen, wurde in Eigenlei-  
 stung zu einer Einsatzeinheit mit dem Mop-  
 matic-Wringer und dem Aggregat zusam-  
 mengebaut, die minutenschnell am Ein-  
 satzort den Betrieb aufnimmt. Dabei be-  
 währt sich das Konzept der Anhängerverla-  
 stung, da unzulängliche Uferbereiche an  
 Binnenseen oft nur mit Treckern der Land-  
 wirtschaft als Zugfahrzeuge erreicht wer-  
 den können.

Im Kreis Ostholstein fordern die Gemein-  
 den/Ämter die Ölwehr über die Rettungs-  
 leitstelle des Kreises an. Die ehrenamtli-  
 chen Helfer der AÖ-Gruppe des 1. In-  
 standsetzungszuges Ostholstein sind mit  
 Funkalarmempfängern ausgestattet und  
 nach Alarmruf kurzfristig einsatzbereit.



Eine im Hafen ausge-  
 brachte und verankerte  
 Ölsperre.

#### Zusammenfassung

Mit den Ölwehrausstattungen in den THW-  
 Ortsverbänden Kiel und Neustadt (Ge-  
 schäftsführerbereich Kiel) zeigt sich das  
 Ergebnis positiver Zusammenarbeit zwi-  
 schen Behörden des Katastrophenschut-  
 zes und dem THW. Dem friedensmäßigen  
 Katastrophenschutz gilt die Aufmerksam-  
 keit des THW im Interesse der Motivation  
 der freiwilligen Helfer wie im Interesse des  
 Gemeinwohls.

Mit den über die STAN-Ausstattung des  
 THW hinausgehenden Ausstattungen ste-  
 hen den Helfern wertvolle Gerätschaften  
 zur Verfügung. Sie werden auf Grund von  
 Vereinbarungen für Ausbildungs- und  
 Übungszwecke in den Ortsverbänden ge-  
 nutzt.

Positiv ist zu vermerken, daß sowohl die in  
 Kiel als auch die in Neustadt stationierten  
 Ölwehren auf Anforderung auch für andere  
 Bedarfsträger (Landkreis/kreisfreie Städte)  
 eingesetzt werden.

Die Erfahrungen sind es wert, über den  
 örtlichen Bereich hinaus bekannt zu wer-  
 den, um Anregung für die Gestaltung in  
 anderen Regionen zu geben.

## Der Einsatz von Fernkopiergeräten im Zivilschutz

Der Warndienst sammelte bereits Erfahrungen im Telefaxdienst der Deutschen Bundespost –  
Vorlagen werden originalgetreu wiedergegeben – Drei Minuten Übertragungsdauer für ein DIN-A4-Blatt

### Fernkopieren – warum?

Nachrichten werden auf den unterschiedlichsten Übermittlungswegen ausgetauscht. Die Art und Weise der Kommunikation zwischen Sender und Empfänger wird im wesentlichen von Inhalt und Form der zu übertragenden Nachricht sowie den vorhandenen und wirtschaftlichsten Übertragungswegen bestimmt. So haben sich in der Vergangenheit für die Sprachkommunikation das Telefon, für die Textkommunikation der Fernschreiber als die am häufigsten benutzten Nachrichtenträger herausgestellt.

Nachteile dieser Nachrichtenträger sind, daß bei der Sprachkommunikation eine Weiterleitung der Nachricht an weitere Bedarfsträger in der Regel mit Informationsverlusten verbunden ist. Bei der Textkommunikation ist nachteilig, daß die Nachricht auf einen geeigneten Datenträger (Brief, Lochstreifen) geschrieben werden muß und erst dann übertragen werden kann. Zusätzlicher Arbeitsaufwand und Zeitverluste sind dabei nicht zu vermeiden. Schwierigkeiten treten bei dieser Art von Textkommunikation besonders dann auf, wenn Skizzen, Zeichnungen, Sammellisten, Meßwerte, Diagramme u.ä. schnell zu übermitteln sind.

Hier bietet sich nun als Alternative das Fernkopieren an, d.h. die Möglichkeit, mit der Faksimile-Technik Schrift und Graphik originalgetreu ohne Umsetzung auf einen besonderen Datenträger zu übertragen. Dabei werden die Abbildungen vorlagengetreu mit Fernkopierern über das Fernsprechnetz übermittelt. Das ist möglich durch die fotoelektrische Zerlegung der Vorlage in Rasterpunkte und deren Umwandlung in elektrische Signale, die übertragen werden.

### Wie kann man fernkopieren?

Fernkopiergeräte sind international bereits seit einiger Zeit in den Bereichen der Bild-, Dokumenten- und Wetterkartentelegrafie im Einsatz. Zunehmend gewinnen sie auch im kommerziellen Bereich an Bedeutung. Die Verwendung in internationalen Kommunikationsketten machte es erforderlich, für Sender und Empfänger sowie den Übertragungskanal gemeinsame Übertragungsnormen festzulegen. Die CCITT (Comité Consultatif International Télégraphi-

que et Téléphonique), eine ständige Einrichtung der Internationalen Fernmeldeunion, hat für Fernkopierer international standardisierte Gerätenormen vorgeschrieben, die eine weltweite Verkehrsabwicklung zwischen Geräten gleicher Norm zulassen.

Fernkopierer können in öffentlichen oder privaten Fernsprechnetzen eingesetzt werden. Die Deutsche Bundespost bietet seit 1979 als neue Dienstleistung den **Telefaxdienst** an. Dieser neue Dienst bietet jedermann die Möglichkeit, nach einheitlichen Normen Vorlagen mit Fernkopierern im öffentlichen Fernsprechnetz der Deutschen Bundespost zu übertragen.

Diese Fernkopierer gehören zur international standardisierten Gerätegruppe 2 (nach CCITT). Sie benötigen eine einheitliche Übertragungsdauer von drei Minuten je DIN-A4-Blatt. Darüber hinaus ist auch das Fernkopieren mit Anschlüssen gleichen Standards in anderen Ländern möglich.

Telefaxanschlüsse können jederzeit beantragt werden. Aber auch jeder bereits vorhandene Fernsprechnetzanschluß oder Nebenanschluß einer Fernsprechnetzstellenanlage kann grundsätzlich in einen Telefaxanschluß umgewandelt werden.

Die Deutsche Bundespost (DBP) vermietet Fernkopierer. In diesem Fall wird der Fernkopierer von der Bundespost unterhalten und instandgehalten. Es ist jedoch auch möglich, Fernkopierer privat über den Handel zu beschaffen. Hierbei trägt der Telefaxteilnehmer selbst Sorge für Unterhaltung und Instandhaltung. Private Fernkopierergeräte für den Telefaxdienst sind vom Fernmelde-technischen Zentralamt der DBP zugelassen und abgenommen.

Weiterhin können private Fernkopierergeräte auf den von der Deutschen Bundespost angemieteten Fernsprechnetzwegen eingesetzt werden. Dies erfordert jedoch Geräte mit Zusatzeinrichtung, die einen wahlweisen Betrieb auf Wählleitungen oder auf OB-Leitungen zulassen.

### Einsatzmöglichkeiten im Zivilschutz

Die Nachrichtenübermittlung im Bereich des Zivilschutzes wird überwiegend mit den traditionellen Kommunikationseinrichtungen Telefon, Funksprechgerät und Fernschreiber abgewickelt. Lediglich im

Bereich des Warndienstes werden seit langem auch Hell-Schreiber, d.h. Fernschreibergeräte nach dem Prinzip der Bildtelegrafie, verwendet.

Diese Nachrichtenmittel genügen in der Regel auch den Anforderungen der unmittelbaren Kommunikation und Befehlsgebung zwischen Führungsstellen und Einheiten/Einrichtungen.

In den Bereich der Lageerfassung, Lageauswertung und Lagedarstellung fallen jedoch viele Mengendaten (Bestandsmeldungen, Meßwerte, Sammellisten) und auch grafische Daten (Lageskizzen, Zeichnungen) an, deren Übermittlung als Spruch- oder Fernschreiben problematisch, wenn nicht ganz unmöglich ist. Oft ist der Einsatz eines Melders hier die einzige Lösung.

Überall dort, wo Daten dieser Art zwischen Führungsstellen unverzüglich und möglichst originalgetreu übertragen werden müssen, bietet sich der Fernkopierer an. In folgenden Bereichen der Führung erscheint seine Anwendung besonders nützlich:

#### Lageerfassung

- Übermittlung von Skizzen und Erkundungsergebnissen
- Logistische Bedarfsmeldungen
- Sammelmeldung von Meßwerten

#### Lagedarstellung

- Umsetzen der Lageskizzen auf Folien zum Auflegen auf die Lagekarte
- Übertragen von Folienzeichnungen von der Karte an andere Stellen
- Fertigen von Fotokopien

#### Befehlsgebung

- Schnelle Übermittlung handschriftlicher Weisungen und Skizzen
- grafische Übermittlung von Meß- und Spüraufträgen
- Übersendung von Einsatzunterlagen (Pläne, Fotos, Kartenausschnitte).

Der Einsatz der Fernkopierer zwischen den Führungsstellen aller Ebenen wird im Bereich des Zivilschutzes hauptsächlich im öffentlichen Fernsprechnetz, d.h. im Telefaxdienst, abzuwickeln sein. Dabei kann es

z. B. zweckmäßig sein, die im Bereich der öffentlichen Verwaltung für den friedensmäßigen Betrieb vorhandenen Fernkopierer im Ernstfall in die Befehlsstellen zu bringen, wo sie an vorbereitete Anschalt-einrichtungen für Telefaxanschlüsse angeschlossen werden.

Zusätzliche Aufwendungen für die Beschaffung können dann entfallen. Der Aufstellungsort muß dabei nicht immer die Fernmeldezentrale sein. Beim Einsatz geräuscharmer und geruchsfreier Fernkopierer ist eine Aufstellung an den Arbeitsplätzen, ja sogar im Lagezentrum selbst, durchaus zweckmäßig, da somit verzugslos zwischen den Entscheidungsträgern direkt Nachrichten ohne Umsetzung ausgetauscht werden können.

Für den Telefaxdienst oder privaten Fernkopierbetrieb können verwendet werden:

- Fernkopierer mit manueller Betriebsweise, bei denen für den Verbindungsbau sowie für die Einleitung und Beendigung der Übertragung beim Absender und Empfänger eine Bedienungskraft mitwirkt;

- Fernkopierer, die als automatische Empfangskopierer arbeiten können, d. h. nur auf der Sendeseite wirkt eine Bedienungskraft mit.

Für den taktischen Einsatz im Zivilschutz sind Geräte mit automatischer Empfangsmöglichkeit zu bevorzugen. Beim Einsatz auf OB-Leitungen sind Fernkopierer mit einer OB-Zusatzeinrichtung erforderlich.

Erfolgt kein Fernkopierbetrieb, kann der Telefaxanschluß für den normalen taktischen Fernsprechbetrieb genutzt werden.

### Einsatz der Fernkopierer im Warndienst

Im Bereich des Warndienstes wurden Faksimile-Geräte (Hell-Schreiber) alter Art für die Übertragung der Wetterlage und der Kommunikationslage eingesetzt. Diese alte Technik erforderte jedoch lange Übertragungszeiten, die die vorhandenen Fernsprechstromwege unverhältnismäßig hoch belasteten.

Fernkopierer neuerer Technik wurden dann erstmals für die Übertragung von Warnmeldungen an die Warndienste der NATO-Nachbarstaaten erprobt.

Die Erfahrungen aus diesen Einsätzen von Faksimile-Geräten führten zu der Entscheidung, im gesamten Bereich des Warndienstes Fernkopierer einzusetzen und die alten, aussonderungsreifen Hell-Schreiber durch Geräte der neuen Technik zu ersetzen.

Nach mehrjähriger Erprobung der verschiedenen Fabrikate wurde 1980 ein von einer deutschen Firma vertriebenes Gerät ausgewählt, das dem Pflichtenheft des

Warndienstes voll entsprach. Bei diesem Gerät handelt es sich um einen in Halbleitertechnik ausgeführten Fernkopierer. Sende- und Empfangsteil sind in einem flachen Kunststoffgehäuse untergebracht. Die Mechanik ist auf ein Minimum reduziert. Das Gerät ist nicht reparaturanfällig.

Dieser Fernkopierer kann mit allen Fremdfabrikaten korrespondieren, die der CCITT-Empfehlung für die Telefaxgruppe 2 entsprechen. Die Bildübertragung kann von Hand und der Empfang wahlweise von Hand oder automatisch eingeleitet werden. Der Sender arbeitet mit einem optoelektronischen Bildabtaster, der Empfänger benutzt ein thermisches Wiedergabeverfahren. Der Druckvorgang verursacht keinerlei Geruchsentwicklung und ist geräuscharm (wichtig für den Betrieb in Bunkern und in engen Arbeitsräumen).

Die Verkehrsabwicklung erfolgt im Halbduplex-Betrieb, d. h. es wird wechselseitig gesendet und empfangen. Je nach der gewünschten Wiedergabequalität können hohe oder mittlere Übertragungsge-

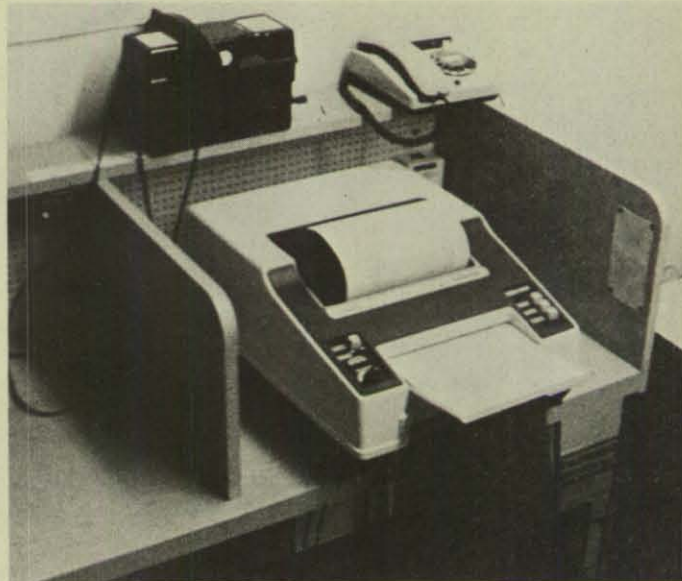
schwindigkeiten (zwei, drei oder vier Minuten für eine DIN-A4-Seite) gewählt werden. Bei kleineren Vorlageformaten (DIN A5, DIN A6) verringern sich die Übertragungszeiten entsprechend.

Wichtig für die Lagebildübertragung ist die Möglichkeit, Folienzeichnungen direkt übertragen zu können. Die Bedienung des Gerätes ist einfach und bedarf keiner besonderen Ausbildung. Bei Bedarf ist das Gerät auch als normaler Fotokopierer zu verwenden.

Für die besonderen Einsatzzwecke des Warndienstes verfügt das Gerät über einen Zusatz für den OB-Betrieb. Der Beschaffungspreis des Gerätes liegt übrigens weit unter dem Preis eines normalen Fernschreibgerätes.

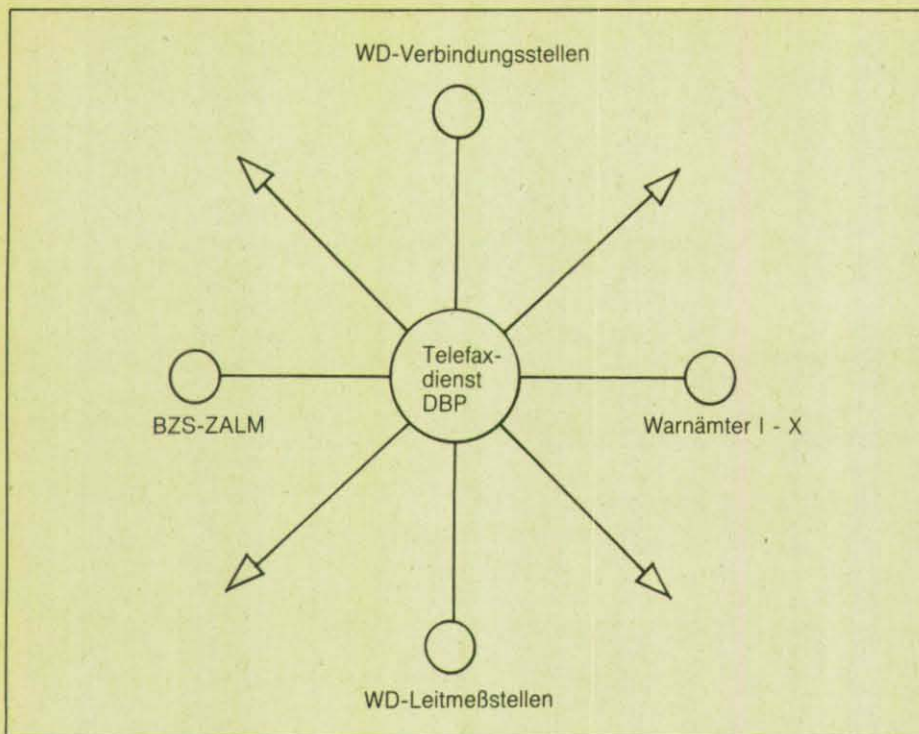
Im Warndienst werden Fernkopiergeräte im Telefaxdienst der DBP zum Nachrichtenaustausch zwischen den zehn Warnämtern, vier Warndienst-Verbindungsstellen, dem Bundesamt für Zivilschutz und künftig auch den 40 Warndienst-Leitmeßstellen

Fernkopiergerät, eingerichtet für den OB-Betrieb.

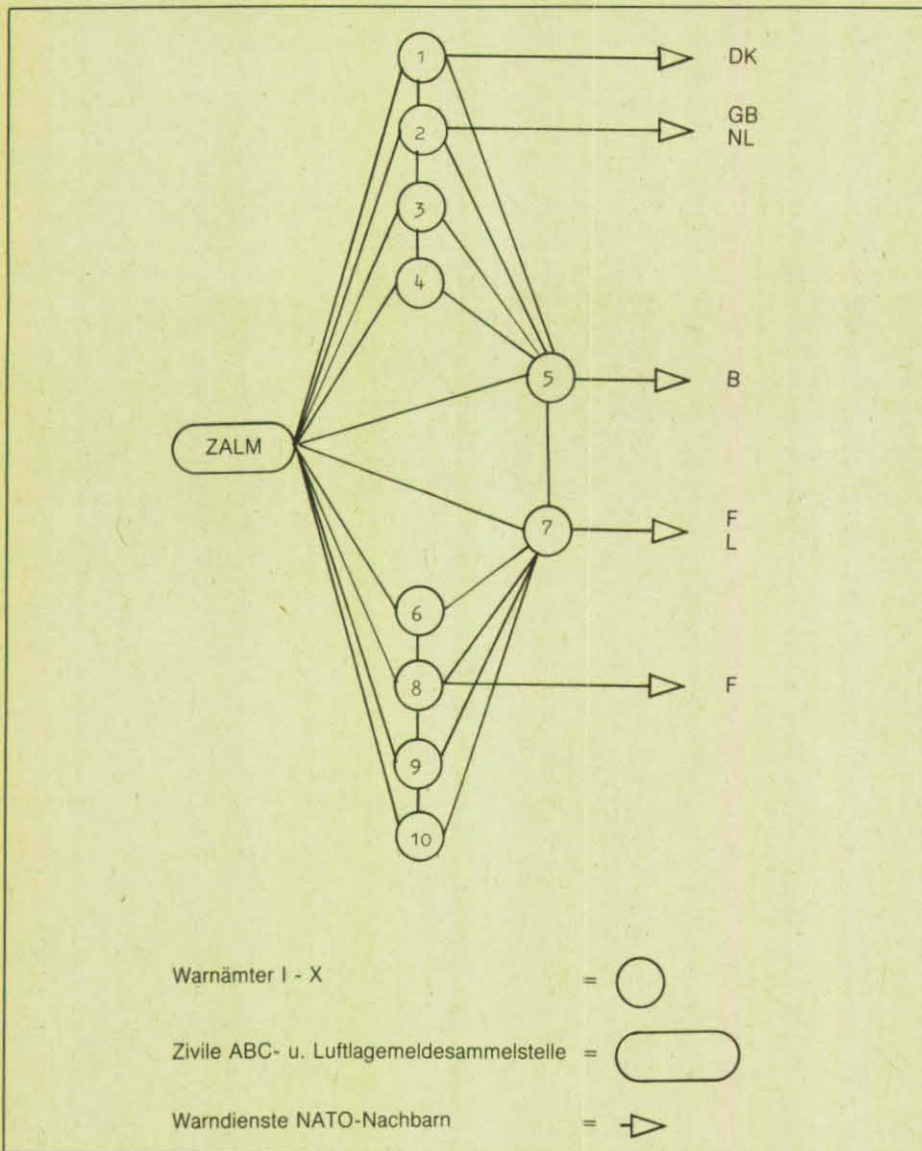


Fernkopiergerät im Sendebetrieb.





Prinzip des Fernkopierbetriebs des Warndienstes im Telefaxdienst der Deutschen Bundespost.



Prinzip des Fernkopierbetriebs auf dem WD-Verständigungsnetz.

eingesetzt. Über den Telefaxdienst kann der Warndienst auch mit seinen Partnern, den Befehlsstellen auf Landes-, Bezirks- und Kreisebene fernkopieren, soweit dort Telefaxanschlüsse eingerichtet sind.

Neben dem Einsatz im Telefaxdienst der DBP betreibt der Warndienst in seinem Verständigungsnetz (von der DBP angemietete Dauer- bzw. Reserve-Fernsprechstromwege) ein eigenes Fernkopiernetz. Dieses Netz verbindet die Warnämter untereinander und mit der Zivilen ABC- und Luftlagemeldesammelstelle (ZALM), ermöglicht den OB-Fernkopierbetrieb mit den NATO-Nachbarwarndiensten in Dänemark, Großbritannien, den Benelux-Staaten und mit Frankreich. Ferner ist der Austausch von Wetterdaten zwischen dem Zentralamt des Deutschen Wetterdienstes in Offenbach (DWD) und dem Warndienst möglich.

Die im Warndienst zur Zeit eingesetzten Fernkopierer sind teilnehmereigene Geräte. Ihre Wartung und Unterhaltung durch Fachpersonal der Warnämter ist bisher problemlos. Der Einsatz der Geräte hat sich auch bei Dauerempfang bewährt.

Die taktische Verwendung, primär für die Lagebildübertragung und das Übermitteln von Nachrichten auf Vordrucken sowie von Meßwertsammlisten, hat in kurzer Zeit zu einer Beschleunigung und Vereinfachung von Arbeitsverfahren geführt. Zur Zeit wird geprüft, ob der friedensmäßige Schriftverkehr durch den Einsatz von Fernkopierern nicht auch rationeller gestaltet werden kann.

### Zusammenfassung

Der Einsatz von Fernkopiergeräten im Telefaxdienst der DBP oder auf angemieteten Fernsprechnetzen bietet der Führung im Zivilschutz neue Möglichkeiten der Nachrichtenabwicklung. Besonders bei der Übertragung von Mengendaten und grafischen Mitteilungen ist das Fernkopiergerät eine Alternative zu den herkömmlichen Nachrichtenmitteln. Die guten Erfahrungen des Warndienstes mit Fernkopiergeräten sollten Anlaß zu Überlegungen sein, auch in den anderen Bereich des Zivilschutzes den Einsatz von Fernkopiergeräten in Betracht zu ziehen.

### Quellenverzeichnis

Faltblatt „Der Telefaxdienst der DBP“ (FTZ B 14-4 Nr. 132 [6/79])

FTZ-Richtlinie 18 R 52

Normblatt DIN 32742 Teil 5

DeTeWe-Produktinformation 7160

Fernkopierer confax

## Zwischen Nord- und Ostsee

**Lieth.** Vor den Vertretern des Kreisverbandes Dithmarschen des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages hielt BVS-Dienststellenleiter Ingram Bonny (Itzehoe) einen Vortrag über den Auftrag und die Aufgaben des BVS, insbesondere im Bereich der Gemeinden. Der Präsident des Deutschen Landkreistages, Buhse, führte aus, daß die Amtsvorsteher laut Gesetz die Aufgaben haben, den Selbstschutz in der Gemeinde aufzubauen, zu fördern und zu leiten. Buhse hob in diesem Zusammenhang die Bemühungen des Kreises hervor, den Selbstschutz im Landkreis Dithmarschen auf einen guten Stand zu bringen.

**Norderstedt.** Zu einer lebhaften Diskussion zwischen den Referenten und den Besuchern einer Veranstaltung, zu der die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) in die Kirchengemeinde Schalom in Norderstedt eingeladen hatte, kam es vor allem bei der Frage, ob es Sinn hat, Vorkehrungen zum Schutz vor den Auswirkungen eines mit atomaren Waffen geführten Krieges zu treffen.

Als Referenten nahmen teil ein Vertreter der Hamburger Ärztinitiative gegen Atomenergie, eine Vertreterin der Ar-

beitsgemeinschaft Zivilschutz der Hamburger Friedensorganisation sowie Dieter Hoberg, Leiter der BVS-Dienststelle Neumünster.

Zur Diskussion standen einerseits die in erster Linie vom Vertreter der Ärzteinitiative verflochtene These, bei einem möglichen Atomkrieg sei jeder vorbeugende Schutz sinnlos und – als Gegensatz – die Auffassung, daß vorbeugende Maßnahmen sehr wohl sinnvoll seien.

Vor allem wies Dieter Hoberg nachdrücklich darauf hin, daß der Atomkrieg nur eine der möglichen Bedrohungsformen sei. Hoberg gab dabei einen breiten Einblick in die Arbeit und den Auftrag des BVS.

**Kiel.** Seit der großen Schneekatastrophe vor zwei Jahren gibt es in Schleswig-Holstein ein „Fest der Helfer“. Der Ministerpräsident des Landes, Dr. Gerhard Stoltenberg, dankte damals erstmalig in dieser Form allen ehren- und hauptamtlichen Helfern der Katastrophenschutzorganisationen und caritativen Verbände für ihren aufopferungsvollen Einsatz. Die gute Idee fand so großen Anklang, daß das Fest nunmehr erneut stattfand. Zwar ohne „katastrophalen“ Anlaß, dafür aber genauso herzlich. „Denn“, so der Ministerpräsident, „Hel-

fen ist eine so gute Sache, das ist schon Anlaß genug zum Feiern.“

Unter der bewährten Leitung von Show-Master Hans Rosenthal „stieg“ die Fete der 6000 am 27. November 1981 in der Kieler Ostseehalle. Mit dabei waren auch rund 100 haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter aus dem gesamten Bereich der BVS-Landesstelle. Besonderer Gag des Abends: Ein „Freiwilliger“ aus dem Zuschauerraum, der sich auf Bitten von Hans Rosenthal gemeldet hatte, mußte eine komplette Hochzeitsgesellschaft in die Ostseehalle lotsen. Zum Gaudium der Zuschauer gelang ihm dies tatsächlich. Die Freude auf allen Seiten war groß – beim Brautpaar über eine gewonnene Reise sowie einen Klönnachmittag mit Ministerpräsident Stoltenberg, beim Kandidaten – es war übrigens ein Rettungssanitäter – über die glückliche Lösung seiner Aufgabe und beim Publikum über den gelungenen Abend.

**Kiel.** In der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt Kiel sollen zwei alte Hochbunker wieder instandgesetzt werden. Schon im Januar beginnen die Arbeiten am Schutzbauwerk am Schützenpark, später folgt dann der Bunker in der Hohenrade. Insgesamt ist von der Bundesregierung die Instandsetzung von vier Bunkern in Kiel genehmigt worden.

# Hamburg

## Berichte aus Hamburg

**Hamburg-Mitte.** Der Leiter des Bezirksamtes Hamburg-Mitte, Jungesblut, hatte im September 1981 die Bevölkerung der Ortsteile Hamm, Billstedt und Hamburg-Mitte mit einer Postwurfsendung zur Teilnahme an Selbstschutz-Grundlehrgängen aufgerufen. In dem Aufruf hieß es: „Zu den Aufgaben des Bezirksamtes und damit zu den Pflichten des Amtsleiters gehören u. a. der Aufbau und die Förderung des Selbstschutzes. Bereits verhältnismäßig einfache Grundkenntnisse genügen, um gesundheitliche und materielle Schäden zu mildern oder ganz zu verhindern. Doch der gute Wille allein nutzt nicht viel. Deshalb veranstaltet der BVS in Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt Hamburg-Mitte laufend kostenlose zwölfstündige Selbstschutz-Grundlehrgänge. Falls Sie als Teilnehmer an einem solchen Kursus interessiert sind, senden Sie bitte die an-

liegende Antwortkarte ausgefüllt zurück.“

Von ca. 79600 Aufrufen kamen rund 900 Anmeldungen zurück. Bis Anfang Dezember wurden in acht Lehrgängen 183 Teilnehmer ausgebildet. Für die weiteren Interessenten werden ab Januar 1982 weitere Selbstschutz-Grundlehrgänge durchgeführt.

**Hamburg.** Zu einem Senatsempfang Ende des Jahres für Angehörige der Bundeswehr, ehrenamtliche Helfer der Katastrophenschutz-Organisationen und der Zivilverteidigung waren auch Mitarbeiter der BVS-Dienststellen Hamburg-Süd und Hamburg-Nord in das Hamburger Rathaus eingeladen worden. In einer Ansprache brachte 1. Bürgermeister von Dohnanyi seinen besonderen Dank für die gute Zusammenarbeit zum Ausdruck.

Als Vertreter der Katastrophenschutz-

Organisation dankte der Katastrophenschutzbeauftragte der JUH, Riepe, dem Bürgermeister für die Einladung und führte aus: „Es wird für uns immer schwieriger, Kameraden zu finden, die sich neben ihrer beruflichen Tätigkeit und dem überreichen Freizeitangebot in hohem Maße für die Allgemeinheit einsetzen und damit zum Wohle unserer Stadt beitragen. Wir betrachten es daher als hohe Auszeichnung für unsere gemeinsam erbrachte Leistung, daß uns die Zuschüsse des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg für das Jahr 1982 trotz Haushaltsschwierigkeiten kaum gekürzt wurden. Wir möchten nicht unerwähnt lassen, daß besonders im vergangenen Jahr die Zusammenarbeit mit den für den Katastrophenschutz zuständigen Fachbehörden ausgesprochen gut war. Wir werden weiterhin mit aller Kraft für das Gemeinwohl unserer Stadt und unseres Staates eintreten und versuchen, Schaden von ihm abzuwenden.“

## Quer durch Niedersachsen

**Göttingen.** Am 4. November 1981 beging Otto Schütze, Fachbearbeiter der BVS-Dienststelle Göttingen, sein 25jähriges Jubiläum im öffentlichen Dienst. Schütze war von 1956 bis 1970 Zeitsoldat bei der Bundeswehr. Seine anschließende Mitarbeit im BVS führte ihn über die BVS-Dienststellen Lüneburg und Hannover zur Dienststelle Göttingen. In einer kleinen Feierstunde überreichte BVS-Landesstellenleiter Sohl dem Jubilar eine Dankurkunde.

**Wolfsburg.** Großes Interesse weckte die Fahrbare Zivilschutzausstellung des BVS bei Schülern der berufsbildenden Schulen in Wolfsburg. Die Schüler hatten im Gemeinschaftskundeunterricht das Thema „Krieg“ durchgesprochen, und so waren die Vorträge der BVS-Mitarbeiter eine gute Möglichkeit, sich über die Wirkungen von Angriffswaffen und Schutzmöglichkeiten zu informieren.

**Hannover.** In einer kleinen Feierstunde überreichte BVS-Landesstellenleiter Sohl CDU-Landtagsabgeordneten Anton Teyssen die BVS-Ehrendadel. Seit mehr als zehn Jahren ist Teyssen Gastreferent bei Informationsseminaren des Verbandes. Durch sein Fachwissen und sein Engagement gelingt es ihm immer wieder, Seminarteilnehmern die Vielschichtigkeit der Probleme der zivilen Verteidigung und des Zivilschutzes zu verdeutlichen.

**Hannover.** Norbert Koy übernahm am 1. Oktober 1981 die BVS-Dienststelle Hannover. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte der BVS-Dienststelle Wilhelmshaven wurde der Leiter der Fahrbaren Zivilschutzausstellung (FZA), Werner Pietz, beauftragt.

**Cuxhaven.** Vor wenigen Wochen fand in Cuxhaven unter Leitung von Staatssekretär Chory (Niedersächsisches Sozialministerium) die Gründungsverammlung eines Regionalarbeitskreises für Arbeitssicherheit statt. Mitglieder sind Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Katastrophenschutz-Organisationen, Gewerbeaufsichtsamt, Berufsgenossenschaften und die BVS-Dienststelle Cuxhaven.

Durch Vorstandsbeschluß wurden die Arbeitsgruppen „Konferenzen“, „Ausstellungen“ sowie „Schulen und begleitende Veranstaltungen“ gebildet. Den Vorsitz in allen Gruppen führt ein Vertreter der BVS-Dienststelle.

Durch den Landesarbeitskreis für Arbeitssicherheit, dessen Vorsitzender der niedersächsische Sozialminister ist, wurde für das Jahr 1982 die Landessicherheitskonferenz nach Cuxhaven vergeben.

Die BVS-Dienststelle erhofft sich von einer Beteiligung im Regionalarbeitskreis ein verstärktes Interesse an Selbstschutz-Maßnahmen in Betrieben und Behörden.

**Cuxhaven-Oxstedt.** Die BVS-Dienststelle Cuxhaven führte im vergangenen Jahr für die Mitarbeiter des Marine-Munitionsdepots Informationsveranstaltungen durch. Die Resonanz war sehr groß: Fast alle Teilnehmer wollen in diesem Jahr BVS-Fachlehrgänge besuchen.

**Oldenburg.** Einer Einladung der BVS-Dienststelle Oldenburg zu einem informativen Gespräch über das Thema „Zivilverteidigung, Zivilschutz, Selbstschutz“ waren die Oldenburger Ratsmitglieder Marianne Weber, Waldtraut Scheibert (CDU) und Margret Werhan (F.D.P.) gefolgt. BVS-Dienststellenleiter

Heinz-Günter Freese gab einen Überblick über die gesetzlichen Aufgaben des BVS und erläuterte den Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit der BVS-Dienststelle für 1982, Frauen zu Hilfeeinstellungen und humanitären Maßnahmen anzuregen und sie für eine ehrenamtliche Mitarbeit im BVS zu gewinnen.

In Oldenburg sind für 1982 Straßenaktionen, Aufklärungsveranstaltungen und Ausstellungen des BVS in Zusammenarbeit mit der Stadt Oldenburg geplant. Die Ratsherrinnen erklärten sich bereit, die Arbeit des BVS zu unterstützen.

**Oldenburg.** Die Mitglieder des Ortsverbandes Oldenburg II im Deutschen Hausfrauen-Bund nahmen an einer Vortragsveranstaltung der BVS-Dienststelle Oldenburg mit dem Thema „Allein gegen Gefahren“ teil. Unter dem Begriff „Selbstschutz der Bevölkerung“ zeigte BVS-Dienststellenleiter Freese anhand zahlreicher Beispiele auf, welche Vorsorgemaßnahmen jeder Bürger – vorbeugend und abwehrend – zu seinem persönlichen Schutz treffen kann. Eine Besichtigung des Hilfskrankenhauses unter dem Schulzentrum „Am Flötensteich“ war der Veranstaltung vorausgegangen.

**Oldenburg.** 34 Schülerinnen und Schüler des Graf-Anton-Günther-Gymnasiums nahmen an einer BVS-Informationsveranstaltung teil. Ziel dieser Veranstaltung war, das Problembewußtsein für die Selbsthilfe zu wecken, Denkanstöße zu geben und die Bedeutung des Selbstschutzes aufzuzeigen.

Eine sehr objektive Diskussion zu Themen des Zivil- und Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland schloß sich an. Alle Teilnehmer erklärten sich bereit, an einem Selbstschutz-Grundlehrgang teilzunehmen.

# Nordrhein-Westfalen

## Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

**Leverkusen.** Die ehrenamtlichen Ausbildungskräfte der BVS-Dienststelle Leverkusen besuchten die Werksfeuerwehr eines namhaften Chemiewerks. In einem eindrucksvollen Diavortrag zeigte

der Leiter der Wehr die Gefahrenquellen in einem Chemiewerk auf. Dabei ging er auch auf die in enger Zusammenarbeit mit der örtlichen Berufsfeuerwehr entwickelten Alarmierungspläne für die Bevölkerung und die umfangreichen Schadenabwehrpläne ein. Eine Besichtigung des beachtlichen Fahrzeugbestandes in

einer der vier über das Werkgelände verteilten Feuerwachen rundeten den Besuch ab.

**Vlotho.** 80 Mitarbeiter der Stadtverwaltung Vlotho ließen sich in vier Grund-



lehrgängen über Selbstschutzmaßnahmen informieren. Stadtoberverwaltungsrat Kölling, selbst bei den praktischen Übungsteilen aktiv, hob in einem Gespräch mit der Presse die seit Jahren gute Zusammenarbeit mit der BVS-Dienststelle Herford hervor und unterstrich den guten Ausbildungsstand seiner Mitarbeiter im Selbstschutz.

**Meschede.** Im Rahmen eines einwöchigen Seminars in der Jugendherberge Arnsberg nahmen fünf weibliche und 47 männliche Nachwuchskräfte einer namhaften Firma in Meschede an zwei Selbstschutz-Grundlehrgängen teil. Die Theorie wurde durch praktische Übungen ergänzt, an denen sich die Jugendlichen mit Freude beteiligten.

**Dortmund.** Zum zehnten Male fand in der Westfalenhalle die größte Verbrauchermesse des Landes statt. Die Besucherzahlen von 1980 wurden um 30% übertroffen. Mit seinem Ausstellungs-



Mit seinem Ausstellungsstand war der BVS auch dieses Mal günstig plaziert.

stand war der BVS recht günstig plaziert, so daß über 19500 Personen Informationen zum Thema „Selbstschutz ist Vorsorge“ erhielten. Durch entsprechende Filmvorführungen wurde die Ausstellung ergänzt.

**Mülheim.** Die F.D.P.-Ratsfraktion Mülheim/Ruhr wurde von BVS-Dienststellenleiter Friedhelm Schillo über Vorsorgemaßnahmen für die Bevölkerung im

Hinblick auf einen Verteidigungsfall informiert. In einem Planspiel mit den Stationen Krise, Spannungs- und Verteidigungsfall wurden Schwächen aufgezeigt und Lösungen erarbeitet. Hans Robertz – Fraktionsvorsitzender und Mitglied des Ausschusses für Zivile Verteidigung – betonte: „Die zivile Verteidigung ist nicht ohne den Selbstschutz denkbar. Der Selbstschutz aber funktioniert nur mit einer informierten Bevölkerung.“

Die Fraktionsmitglieder hoben hervor, daß der Selbstschutz-Berater wichtige Aufgaben hat. Frau Schwechten – stv. Fraktionsvorsitzende – führte aus: „Insbesondere die gewählten Volksvertreter und Parteimitglieder, die im Frieden Gemeinschaftsaufgaben als selbstverständlich wahrnehmen, sollten im Verteidigungsfall die Aufgaben eines Selbstschutz-Beraters übernehmen, denn dann geht es ums Überleben der Bevölkerung.“

**Boitrop.** In der Krankenpflegeschule des Kath. Krankenhauses Marienhospital in Boitrop sind im Ausbildungsplan für Kinderpflegeschülerinnen im Unterkursus schon seit Jahren der Selbstschutz-Grundlehrgang und der Fachlehrgang „Sanitätsdienst“ als fester Bestandteil eingeplant. Diese Lehrgänge werden von der BVS-Dienststelle Gelsenkirchen durchgeführt. In diesem Jahr wurden erstmals für alle Schülerinnen der Fachlehrgang „Brandschutz“ für den Mittelkursus und der Selbstschutz-Ergänzungslehrgang „Strahlenschutz“ für den Oberkursus in den Ausbildungsplan aufgenommen.

**Köln.** Mit dem Ausstellungsstand „Der Schutzraum – Ihre Sicherheit“ beteiligte sich die BVS-Dienststelle Köln an der BHW-Sonderschau „Bauen, Modernisieren, Finanzieren“ auf dem Messegelände in Köln. In den zweieinhalb Tagen der Ausstellung informierten die BVS-Mitarbeiter rund 400 Besucher über die vielfältigen Möglichkeiten des privaten Schutzraumbaus.

**Wesel.** Eine BVS-Informationstagung in Körtlinghausen, an der Führungskräfte der Landfrauenvereinigung des Kreises Wesel teilgenommen hatten, wirkte nach: Im Anschluß an dieses Seminar entwickelte sich eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Vorstand und der Frauenfachbearbeiterin der BVS-Dienststelle Wesel, Reinhard. Nach mehreren Informationsvorträgen in Vorstandssitzungen und bei anderen Zusammenkünften wurde angeboten, für das Winterhalbjahr 1981/82 versuchsweise Selbstschutz-Ausbildungen in den ein-

zelnen Landfrauenvereinigungen durchzuführen.

Ab Anfang 1982 wird die BVS-Dienststelle Selbstschutz-Grundlehrgänge im gesamten Kreisgebiet durchführen. Bisher sind insgesamt 33 Veranstaltungen geplant.

**Münster.** Das provisorische Jugendzentrum „Kotten“ in Kinderhaus drohte aus allen Nähten zu platzen: Über 200 Motorradfahrer hatten sich zu den „Ersten Motorradtagen Münster“ auf den Wege in die westfälische Metropole gemacht. Ausgestattet mit einem 14teiligen Stadtplan-Puzzle kurvten die Motorradfans durch Münsters Innenstadt, stets auf der Suche nach einer der zehn Stationen. Mitarbeiter von MHD, BVS, der Polizei, der AOK Münster und zahlreiche Helfer des Jugendzentrums stellten das Wissen und Können der Fahrer auf eine harte Probe.

**Dortmund.** Nach einem Vortrag mit dem Thema „Selbstschutz – Ihre Vorsorge“ durch BVS-Mitarbeiter Wilhelm Weißenhagen kam es im Kreisvorstand der CDU-Frauenvereinigung zu einer lebhaften Diskussion, in der vor allem die ungenügende Information über Maßnahmen des Selbstschutzes durch die Verwaltungen kritisiert wurde. Auch die unbefriedigende Lage des Schutzraumbaus (so gibt es in Dortmund nur einen öffentlichen Schutzraum mit 1500 Plätzen) wurde diskutiert.

Insbesondere sollten nach Auffassung der Frauen öffentliche Schutzräume vermehrt bereitgestellt werden und privaten Bauherren ein Anreiz gegeben werden, Schutzräume zu bauen. Z. B. könne man Bauherren bei der Vorlage von Bauunterlagen durch Informationsschriften auf die Möglichkeit zur Errichtung eines Schutzraumes hinweisen.

Diese Auffassung der Kreisfrauenvereinigung setzte sich auch beim 40. Kreisparteitag der CDU des Kreisverbandes Dortmund durch. In einem Antrag wurde die Verbesserung des Selbstschutzes in Dortmund gefordert. Rat und Verwaltung werden gebeten, die Möglichkeiten des Selbstschutzes verstärkt bekanntzumachen, mehr Schutzräume bereitzustellen und Bauherren besser zu informieren.

**Münster.** Es zeichnet sich immer deutlicher ab, daß die Straßenaktionen des BVS von den Bürgern der Gemeinden angenommen werden. Vor allem der Filmwagen und die praktischen Darstellungen von Selbstschutzmaßnahmen finden reges Interesse. Die zunächst oberflächliche Kontaktaufnahme mit dem Zuschauer geht dabei sehr schnell in ein

ausführliches Beratungsgespräch über. Ferner lassen sich bei diesen Gesprächen die Inhalte der ausgelegten BVS-Informationsschriften gut erläutern.

Die vom Bürger selbständig ausgeführten praktischen Übungen aus Teilen des Selbstschutz-Grundlehrgangs wecken sehr oft den Wunsch nach einer Teilnahme an einem kompletten Grund- oder Ergänzungslehrgang. So wurden im Bereich der BVS-Dienststelle Münster in den vergangenen Monaten aufgrund der abgegebenen Meldungen eine Reihe von zusätzlichen Selbstschutz-Grundlehrgängen durchgeführt.

**Olpe.** Zu einem festen Bestandteil vieler Veranstaltungen ist inzwischen der Informationsstand der BVS-Dienststelle Olpe geworden. Auf Anforderung der Städte und Gemeinden beteiligte sich der BVS innerhalb von vier Monaten 17mal mit einem Informationsstand an verschiedenen Veranstaltungen. Ca. 20000 Besucher sahen Demonstrationen aus dem Selbstschutz-Grundlehrgang und Filme des BVS.

In 930 Einzelgesprächen konnten Fragen über Selbstschutzmaßnahmen geklärt werden, wobei die Gewinnung von Teilnehmern an einem Selbstschutz-

Grundlehrgang das Hauptziel aller Veranstaltungen war.

**Viersen.** Am 10. November 1981 um 8.45 Uhr wurden die Bürger der Stadt Viersen in den Ortsteilen Dülken und Süchteln durch Sirenenengeheul aufgeschreckt. Was war passiert? Ein Defekt in einem Schaltrelais hatte den Alarm ausgelöst. Von einigen Sirenen war „ABC-Alarm“ zu hören, andere wiederum gaben „Luftalarm“. Dazwischen hörte man auch das Sirensignal „Entwarnung“. Nach 13 Minuten schwiegen die Sirenen.

Wie reagierten Bevölkerung, Behörden und Betriebe? Die Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Viersen gingen dieser Frage nach: Die Telefon-Anschlüsse von Polizei und Feuerwehr waren während des Alarms durch Anrufe aus der Bevölkerung ständig blockiert. Viele Passanten im Stadtkern eilten nach Hause, um ihr Rundfunkgerät einzuschalten – die einzig richtige Reaktion, die auf Anfrage auch von Behörden und Betrieben mitgeteilt wurde. Der WDR unterbrach seine laufende Sendung schon während des Alarms und meldete, daß eine technische Störung die unterschiedlichen Sirensignale ausgelöst hat. Die Meldung wurde nach einigen Minuten wiederholt.

Auch Radio Luxemburg informierte seine Hörer über den technischen Defekt.

**Düsseldorf.** Zum fünften Male wurden mit den Lohnsteuerkarten fast 300000 Merkblätter des städtischen Zivilschutzamtes verteilt. Oberbürgermeister Josef Kürten und Oberstadtdirektor Gerd Högener appellierten darin an die Bevölkerung, sich bei Unfällen, Bränden und Katastrophen nicht ausschließlich auf Hilfe anderer zu verlassen. In der Gefahr sollte sich jeder zunächst selbst helfen können.

Im Merkblatt werden Regeln über selbstschutzmäßiges Verhalten gegeben. Die Sirensignale und wichtige Telefonnummern sind diesem Merkblatt ebenfalls zu entnehmen.

**Viersen.** 42 Fachlehrgänge des betrieblichen Katastrophenschutzes (BKO) führte die BVS-Dienststelle Viersen durch. Aufgrund der guten Resonanz sollen weitere 15 Lehrgänge folgen. Außerdem haben sich 60 leitende Angestellte zur Fachausbildung bereiterklärt. Neben der BKO-Fachausbildung werden in den großen Betrieben für die technischen und kaufmännischen Nachwuchskräfte Selbstschutz-Grundlehrgänge durchgeführt.

# Hessen



## Hessenspiegel

**Wiesbaden.** Die BVS-Dienststelle Wiesbaden bildete in drei Veranstaltungen die Mitarbeiter des größten Wiesbadener Hotels im Brandschutz aus. Die Ausbildung soll die Sicherheit für Gäste und Bedienstete des Hotels im Hinblick auf Brand- und Explosionsgefahren erhöhen.

Nach einem Lehrgespräch über die Grundlagen des Brandschutzes, mit Schwerpunkt „Verhalten bei Bränden in Hochhäusern“ wurde den Teilnehmern der Film „Brandschutz im Selbstschutz“ gezeigt. Es schloß sich eine Hausbege-



Die Hotelbediensteten konnten das Abblößen brennender Kleidung an einer Brandübungspuppe ...

hung an, bei der alle vorhandenen Brandschutzeinrichtungen gezeigt und auf mögliche Gefahrenstellen hingewiesen wurde. Das Ablöschen brennender Bekleidung an einer Brandübungspuppe sowie die Bekämpfung eines Flüssigkeitsbrandes mit Pulverlöschern rundeten das Fachprogramm ab.

In einem Abschlußgespräch wurde die Notwendigkeit einer Brandschutzausbildung sowohl von den Teilnehmern als auch von der Geschäftsleitung hervorgehoben. Es sollen nun drei Brandschutztrupps aufgestellt und vom BVS ausgebildet werden.



... und das Bekämpfen eines Flüssigkeitsbrandes üben.

**Herbstein/Lanzenhain.** Im Auftrag der Stadt Herbstein führte die BVS-Dienststelle Fulda ein Informationsseminar mit dem Thema „Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten“ im Dorfgemeinschaftshaus durch. BVS-Mitarbeiter Hattalla ging in seinem Referat auf die modernen Waffensysteme ein und unterrichtete über Schutzmaßnahmen.

**Wiesbaden.** Als Helfervertreter bei der BVS-Landesstelle Hessen wurden am 12. Dezember 1981 gewählt: Helfervertreter: Peter Breitmeier (BVS-Dienststelle Darmstadt); 1. Stellvertreter: Günter Greulich (BVS-Dienststelle Frankfurt); 2. Stellvertreter: Alfred Wels (BVS-Dienststelle Wetzlar).

**Ober-Ramstadt.** Die BVS-Dienststelle Darmstadt beteiligte sich neben dem DRK und der Bergwacht an einem „Tag der offenen Tür“ der Freiwilligen Feuerwehr des Ober-Ramstädter Stadtteils Wembach-Hahn. Zahlreiche Gäste, unter ihnen Landrat Dr. Franz Hermann Kappes, informierten sich über die Aufgaben der Organisation und besichtigten die ausgestellten Geräte.

## Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

**Bitburg.** Im Mittelpunkt einer Veranstaltung des Landesverbandes des Kyffhäuserbundes Rheinland-Pfalz in Bitburg stand das Thema „Selbstschutz“. Referent war Gerhard von Leoprechting, Leiter der BVS-Dienststelle Trier. Zuvor begrüßte Landesvorsitzender Merkel die zahlreichen Gäste, unter ihnen Bürgermeister Hallet, die Beigeordneten Heinz Schmitz und Reinhard Böer, Repräsentanten der Stadtratsfraktionen und die Vertreter des Kyffhäuserbundes auf Bezirks- und Kreisebene.

Merkel wies auf die Bedeutung des Selbstschutzes hin und führte aus, daß sich Katastrophen selten ankündigten, sondern plötzlich über die Menschen hereinbrechen. Dafür gelte es, Vorsorge zu treffen. In der anschließenden Diskussion zeigten die Teilnehmer beson-

deres Interesse an den praktischen Vorsorgemaßnahmen und dem Schutzraumbau.

**Kaiserslautern.** Am Samstag, dem 5. Dezember 1981, begrüßte Hilmar Matheis, seit 1. Oktober 1981 Leiter der BVS-Dienststelle Kaiserslautern, in Anwesenheit von Landesstellenleiter Awizus die ehrenamtlichen Mitarbeiter aus dem Dienststellenbereich. Die Helfer waren auch zusammengekommen, um aus ihrer Mitte einen Helfervertreter zu wählen, der ihre Interessen gegenüber der BVS-Dienststelle vertritt.

Gewählt wurden:

Willy Schroeter, Pirmasens, als Helfervertreter; Werner Fuck, Idar-Oberstein, als 1. Vertreter und Ingrid Perlick, Otterbach, als 2. Vertreter.

Im Rahmen der Veranstaltung wurde BVS-Mitarbeiter Neuroth mit der BVS-Ehrennadel ausgezeichnet. Neuroth ist seit 1966 ehrenamtlich als BVS-Lehrer tätig und tritt jetzt in den Ruhestand. Seine ruhige, liebenswürdige und sachliche Art brachte ihm Anerkennung und Lob, auch von der jüngeren Generation.

**Kaiserslautern.** „Dienst im Katastrophenschutz“ heißt eine neue Broschüre der Stadt Kaiserslautern, die die wesentlichen Bestimmungen über die Mitarbeit im Katastrophenschutz zusammenfaßt. Die Broschüre wurde jetzt vom zuständigen Dezernenten, Dr. Horst Schöttler, in Anwesenheit von Vertretern der Katastrophenschutz-Organisation der Öffentlichkeit vorgestellt. Hierbei bot sich BVS-Dienststellenleiter Matheis die Möglichkeit, die Aufgaben des BVS zu erläutern.

# Saarland

## Saarland-Rundschau

**Bosen.** Zustimmung fand in einem BVS-Informationseminar für Führungskräfte der Freiwilligen Feuerwehr der Vorschlag, künftig auch Politiker zu bitten, an solchen Veranstaltungen teilzunehmen. Erstmals referierte in diesem Seminar Bundestagsabgeordneter Hans-Werner Müller über die Bedeutung der zivilen Verteidigung aus politischer Sicht. Müller ging auf Äußerungen von Bundesinnenminister Gerhart R. Baum ein, wonach im Bereich des Zivilschutzes noch vieles zu tun sei. Als dringende Notwendigkeit bezeichnete der Abgeordnete neben der Verbesserung des Katastrophenschutzes auch die Intensivierung der Aufklärung der Bevölkerung über den Selbstschutz. Müller hob hervor, daß die Glaubwürdigkeit der Gesamtverteidigung von allen erkannt und anerkannt werden müsse. Ein funktionsfähiger Selbstschutz trage hierzu entscheidend bei. Deshalb müsse bei allen Vorsorgeüberlegungen die Selbsthilfe der Bevölkerung im Vordergrund stehen.

**Merzig.** Die Vertreterinnen der CDU-Frauenvereinigung Merzig waren einer Einladung der BVS-Landesstelle Saarland zu einem Informationsseminar „Zivilschutz“ gefolgt. BVS-Landesstellenleiter Koch gab einen Überblick über die

Aufgaben des Verbandes sowie über die besondere Stellung des Selbstschutzes. Ergänzend hierzu machte Ministerialrat Hans Grundmann anschließend die erfolgreichen Bemühungen des Landes beim Aufbau des Katastrophenschutzes ebenso deutlich wie die beabsichtigten Verbesserungsvorhaben, wozu auch der Ausbau des ABC-Schutzes im Kreis Merzig-Wadern gehört.

Besondere Aufmerksamkeit widmeten die Teilnehmerinnen den Ausführungen von BVS-Fachlehrer Canaris über Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten sowie dem Referat der Fachgebietsleiterin „Frauenarbeit“, Demuth, über die Bedeutung der Frau im Selbstschutz. Bundestagsabgeordneter H. W. Müller referierte über die zivile Verteidigung aus politischer Sicht.

Beeindruckt von den Fachaussagen sprachen sich die Vertreterinnen der CDU-Frauenvereinigung dafür aus, von dem Informations- und Ausbildungsangebot des BVS mehr Gebrauch zu machen.

**Saarbrücken.** Einen ausgesprochen kritischen, aber dennoch aufgeschlossenen Personenkreis konnte BVS-Landesstellenleiter Koch zu einem Zivilschutz-Seminar begrüßen: Kommunalpolitiker aus verschiedenen Städten und Gemeinden des Saarlandes, die sich nicht nur über den umfangreichen Aufgabenbereich des BVS, sondern auch über die

zivile Verteidigung in der Bundesrepublik Deutschland einen Überblick verschaffen wollten.

Ministerialrat Grundmann referierte über den Stand des Katastrophenschutzes im Saarland sowie über die eingeleiteten führungstechnischen Verbesserungen; BVS-Mitarbeiter Canaris unterrichtete über Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten, Ministerialrat Dipl.-Ing. Klein über bauliche Schutzmaßnahmen.

In diesem Seminar stand die Intensivierung des Selbstschutzes in den Gemeinden im Vordergrund. Landesstellenleiter Koch machte deutlich, daß ohne die Mitwirkung des Bürgers ein effektiver Zivilschutz nicht möglich sei. Der Selbstschutz bilde das Kernstück, und es sei an der Zeit, daß sich die Gemeinden verstärkt dem Aufbau und der Förderung des Selbstschutzes annehmen. Wesentliche Hilfe biete hierbei der BVS, der in der Vergangenheit mit viel Eigeninitiative sowohl die Behörden und Betriebe als auch die Gemeinden tatkräftig unterstützt habe.

In der abschließenden Aussprache bezogen die Seminarteilnehmer eine positive Stellung zum Selbstschutz. Sie sprachen sich einmütig dafür aus, in ihren Stadt- bzw. Gemeindebereichen zum Aufbau des Selbstschutzes beizutragen. Erfreulich war außerdem die Tatsache, daß einige Kommunalpolitiker bereit waren, die Aufgaben eines Selbstschutzberaters zu übernehmen.

## Südwest aktuell

**Ulm.** Auf Anregung des Bauberaters der BVS-Dienststelle Ulm, Hans Klapper, wurden 33 Besitzer von Schutzräumen zu einem Selbstschutz-Grundlehrgang eingeladen. 24 Bürger nahmen das Angebot an und besuchten im Januar 1982 einen Lehrgang. Sie waren der Überzeugung, daß zu dem baulichen Schutz ein fundiertes Wissen über das Verhalten bei Katastrophen und im Verteidigungsfall hinzukommen müsse.

**Göppingen.** Hans Klapper (Bauberater der BVS-Dienststelle Ulm und Selbstschutz-Berater der Stadt Göppingen), seit 20 Jahren BVS-Mitarbeiter, wurde von Bürgermeister Dr. Jürgen Christ, Dezernent für Zivil- und Katastrophenschutz der Stadt Göppingen, geehrt: „Wir sehen in Ihnen den Fachmann für die Selbstschutz-Beratung“, führte Christ aus. Klapper habe in Göppingen und Umgebung dazu beigetragen, den Selbstschutzgedanken in der Bevölkerung zu fördern. Der Leiter der BVS-Dienststelle Ulm, Helmut Falk, über-

brachte die Glückwünsche des Verbandes und überreichte eine Urkunde.

Ebenfalls erhielten die BVS-Mitarbeiter Paul Paetschke für 20jährige und Anton Schmalz für 10jährige Mitarbeit eine Ehrenurkunde.

**Philippsburg.** Einen Beitrag zum Gelingen der Selbstschutzwoche in Philippsburg leistete die Standortverwaltung, indem sie ihr jährliches Selbstschutz-Ausbildungsprogramm in die Veranstaltungswoche vom 21. bis 28. November 1981 integrierte. Daß der Selbstschutz keinen Selbstzweck verfolgt, zeigte eine Übung anlässlich der Selbstschutzwoche, die von folgender Lage ausging:

Eine Gasexplosion hatte mehrere Gebäude am Marktplatz und in der Schlachthausstraße beschädigt und in Brand gesetzt. Da die Einsatzkräfte der Feuerwehr nicht ausreichten, wurde vom Hauptverwaltungsbeamten Nachbarschaftshilfe angefordert.

Um 13.20 Uhr wurde bei der Standortverwaltung der Alarm ausgelöst. Wenig später rückte der Behördenselbstschutz

mit 22 Helfern und Geräten zur Einsatzstelle aus. Am Schadensort zeigte sich der gute Ausbildungsstand dieser Mannschaft: Die Bergungsstaffel drang mit fünf Helfern zur Bergung von „Verletzten“ über eine Leiter in das stark zerstörte Gebäude ein. Die Brandschutzstaffel führte einen gezielten Löschangriff durch, und die Helfer der Sanitätsstaffel richteten eine Verletztenablage ein und übernahmen die von Brandschutz- und Bergungsstaffel aus dem Schadensbereich geborgenen „Verletzten“ zur weiteren Betreuung.

Viele Bürger beobachteten die Übung und konnten sich von den guten Leistungen der Staffeln überzeugen.

**Mannheim.** Wieder einmal war die BVS-Dienststelle Mannheim bei der Nordbayerischen Industriemesse in Sinsheim mit einem Informationsstand vertreten. Die Bevölkerung hatte Gelegenheit, sich eine Woche lang über Selbstschutzmaßnahmen zu informieren. Rund 700 Personen ließen sich über die Möglichkeiten des privaten Schutzraumbaus beraten.

# Bayern

**Straubing.** 29 Behördenselbstschutzleiter nahmen in Straubing an einem Brandschutzlehrgang teil. Nach einem theoretischen Unterricht demonstrierten Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Deggendorf das Ablöschen brennender Personen, das Löschen von Flüssigkeitsbränden sowie die Brandbekämpfung mit der Einstellspritze. Alle Teilnehmer hatten danach die Möglichkeit, sich an den Löschübungen zu beteiligen.

**Straubing.** In einem zweitägigen Lehrgang bildeten die Mitarbeiter der Fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstelle der BVS-Dienststelle Deggendorf Nonnen des Elisabeth-Krankenhauses Straubing im Brandschutz aus. Mit Begeisterung waren die Schwestern bei der praktischen Ausbildung dabei. Sie bilden jetzt eine eigene Brandschutzstaffel im Krankenhaus.

**Kaufbeuren.** Otto Hildebrand, BVS-Dienststellenleiter in Kaufbeuren, trat aus Altersgründen in den Ruhestand.



Zur Einführung des neuen BVS-Dienststellenleiters Schmalz erschien auch Landesstellenleiter Kopsieker (rechts).

Sein Nachfolger wurde Willibald Schmalz, zuletzt bei der BVS-Landesstelle Bayern tätig. Neben BVS-Landesstellenleiter Günther Kopsieker nahmen auch Oberbürgermeister Rudolf Krause sowie Anton Hebel als Vertreter des Landratsamtes und die Mitarbeiter der BVS-Dienststelle an der Verabschiedung und Amtseinführung teil.

Kopsieker würdigte die Verdienste Hildebrands und überreichte ihm eine Dank-

urkunde. Der Scheidende gehörte dem Verband schon 1956 als ehrenamtlicher Helfer an. Er wurde später Dienststellenleiter in verschiedenen bayerischen Städten. Dem neuen Dienststellenleiter, Schmalz, wünschte Kopsieker viel Erfolg für seine Arbeit. Oberbürgermeister Krause dankte Hildebrand für die geleistete Arbeit als Leiter einer BVS-Dienststelle, der eine beachtliche Bedeutung zukomme.

**Buchloe.** In Anwesenheit zahlreicher Vertreter des öffentlichen Lebens eröffnete Erster Bürgermeister Gert Daisenberger die BVS-Ausstellung „Der Mensch in Gefahr“ in der Schalterhalle der Buchloer Raiffeisenbank und betonte, daß es vor allem darum gehe, die Bevölkerung auf die Belange des Selbstschutzes aufmerksam zu machen. „Wenn die Bombe fällt, existiert sowieso nichts mehr“, sei seiner Meinung nach eine falsche Auffassung, und die Ausstellung, mit der damit verbundenen Information über den Selbstschutz, könne wichtige Akzente hinsichtlich Wissens-



Eröffnet wurde die Ausstellung in der Schalterhalle der Raiffeisenbank Buchloe durch Ersten Bürgermeister Gert Daisenberger (links), der von BVS-Dienststellenleiter Willibald Schmalz begrüßt wurde.

vermittlung und Anstoß zur Bewußtseinsbildung setzen.

Die Ausstellung motivierte den Bürgermeister und die Kommunalpolitiker, an einem Vortrag „Der Selbstschutz in der Gemeinde“ teilzunehmen. Zudem hat sich die Stadt Buchloe bereiterklärt, einen allgemeinen Selbstschutzauftrag bei der Verteilung der Lohnsteuerkarten als Merkblatt beizufügen.

**Marktobendorf.** Nicht Selbstschutzhysterie erzeugen, sondern ein vernünftiges Maß an Einsicht wecken: Es kann nicht schaden, wenn man sich im Notfall zu helfen weiß. Dieses Ziel hatte eine



Die Sieger des BVS-Sicherheitswettbewerbs erhielten einen Ehrenteller.

Selbstschutzwoche in Marktobendorf, in deren Verlauf die Bürger Gelegenheit hatten, an einer Reihe verschiedener Veranstaltungen teilzunehmen.

Den Auftakt zu der von der Stadt Marktobendorf und der BVS-Dienststelle Kaufbeuren durchgeführten Selbstschutzwoche bildete eine Ausstellung im Foyer des Rathauses unter dem Motto „Zivilschutz“. Über den „Zivil- und Selbstschutz aus aktueller Sicht“, Thema einer gutbesuchten Plenumsdiskussion, äußerten sich zum Teil sehr kontrovers die Bundestagsabgeordneten Dr. Skarpelis-Sperk, Kurt Roßmanith, Landtagsabgeordneter Otto Werner, Landrat Adolf Müller sowie BVS-Dienststellenleiter Willibald Schmalz.

Vor welche Probleme die Landwirtschaft im Katastrophenfall gestellt ist, zeigte eine Informationsveranstaltung zum „Tag der Frau“ auf, die auch vom bayerischen Bauernverband unterstützt wurde.

Ferner konnten alle Interessenten bei den täglichen Straßenaktionen vor dem Rathaus, bei praktischen Demonstrationen, Filmvorführungen und durch persönliche Beratung ihre Kenntnisse in Frage des Selbstschutzes vertiefen.

In Zusammenarbeit mit der Polizei, der Feuerwehr, dem BRK und dem ABC-Zug Ostallgäu hatte der BVS zum Ausklang der Selbstschutzwoche einen Sicherheitswettbewerb organisiert. 51 Bürger nahmen daran teil. In diesem achteiligen Test waren theoretische und praktische Kenntnisse zur Absicherung von Unfallstellen, zur Wiederbelebung und Brandbekämpfung sowie das Selbstschutzwissen gefordert. Die meist jugendlichen Teilnehmer erwiesen sich als sehr fachkundig.

Die Veranstaltungen anlässlich der Selbstschutzwoche waren gut besucht. Dies ist nicht zuletzt auf die gute Zusammenarbeit der Stadt Marktobendorf, dem Landratsamt Ostallgäu und der BVS-Dienststelle Kaufbeuren zurückzuführen.

## GZS Berlin



### GZS jetzt im Deutschlandhaus

Das zweite Halbjahr 1981 war für die Gesellschaft für den Zivilschutz in Berlin mit erheblichen Problemen – was die Geschäftsstelle anbetrifft – belastet. Fast seit ihrem Bestehen hatte die GZS ihre Geschäftsräume in der außerordentlich günstig gelegenen Hardenbergstraße.

Der Mietvertrag wurde durch die Oberfinanzdirektion Berlin, der zuständigen Verwaltung, überraschend zum 31. Dezember 1981 gekündigt. Als Begründung wurde angeführt, daß die Deckenbelastbarkeit in den Räumen, die als Lehrsäle bzw. Geräteräume genutzt wurden, nicht ausreichte.

Begonnen hatte alles sehr harmlos, nämlich mit einer Besichtigung durch Mitarbeiter der OFD und der Sondervermögens- und Bauverwaltung. Es folgten eine fachtechnische Prüfung im Hinblick auf die Belastbarkeit der Decken und eine Inaugenscheinnahme durch den neuen Mieter, das Bundesverwaltungsgericht. Ende September 1981 kam, was

kommen mußte – die Kündigung zum Jahresende.

Da der gesetzliche Kündigungsschutz nur zu Wohnzwecken genutzte Räumlichkeiten umfaßt, begann die Suche nach geeignetem Ersatz. Die Oberfinanzdirektion Berlin war behilflich und bot mehrere Objekte an. Nach Besichtigung und sorgfältiger Prüfung blieb als geeignet nur das Deutschlandhaus in Berlin 61 übrig. Die Lage ist nicht mehr ganz so zentral wie bisher, aber die neuen Geschäftsräume eröffnen mehr Möglichkeiten zur Erfüllung des satzungsgemäßen Auftrages der GZS. Insbesondere die für Sitzungen und Lehrveranstaltungen vorgesehenen Räume liegen günstig.

Für die ehrenamtlichen Mitarbeiter steht künftig ein Aufenthaltsraum zur Verfügung. Die Geräte und Verbrauchsmittel können besser als bisher gelagert werden. Befriedigend ist auch die Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln.

Soweit – so gut. Schon bei der ersten Besichtigung der neuen Geschäftsräume stand fest, daß die künftigen Miet- und Heizkostenzahlungen die bisherigen

Unkosten in den Schatten stellen würden. Zähe und langwierige Verhandlungen mit den zuständigen Stellen begannen. Obwohl die Gespräche noch keineswegs abgeschlossen waren, beschloß der Vorstand nach vorhergehender gemeinsamer Besichtigung, dem Vorschlag der OFD Berlin, die Geschäftsräume im Deutschlandhaus anzumieten, zu entsprechen.

Am 15./16. Dezember 1981 war es soweit. Was nicht niet- und nagelfest war, verschwand in großen Kartons, die zwei Tage später von einigen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern wenigstens teilweise wieder ausgepackt wurden.

Die neue Anschrift, wenn auch noch nicht die neue Telefonnummer, steht fest. Sie lautet:

Gesellschaft für den Zivilschutz  
in Berlin e.V.  
Stresemannstraße 90–120  
(Deutschlandhaus)  
1000 Berlin 61

Mitglieder, Freunde und Bekannte sind übrigens zur Besichtigung der neuen Geschäftsstelle herzlich eingeladen.

## „Flugzeugabsturz“ in Schwienkuhlen

Ausgangslage für eine großangelegte Alarmübung, an der insgesamt 120 Helfer von THW, Feuerwehr und DRK beteiligt waren, war der Absturz eines mit zehn Personen besetzten Transportflugzeugs in der Ortschaft Schwienkuhlen. Die brennenden Trümmer setzten zwei große Bauernhöfe in Brand, ein dritter war stark gefährdet. Vier Personen wurden in einem Bauernhaus eingeschlossen, über die Passagiere und die Besatzung des Flugzeugs lagen zunächst noch keine Informationen vor.

Ein großes Aufgebot von Helfern der Feuerwehren aus Ahrensböök, Gießenrade und der Kreisstadt Eutin sowie des THW-OV Eutin und des DRK eilten mit Einsatzfahrzeugen zur „Unglücksstelle“. Das THW baute in wenigen Minuten eine große Halogenscheinwerferanlage auf und leuchtete die „Schadenstelle“ weiträumig aus. Außerdem halfen die THW-Männer bei der Bergung der vom Feuer bedrohten Menschen.

Einsatzleiter Oberbrandmeister Schmidt und THW-Zugführer Radioff waren von dem guten Ausbildungsstand der THW-Helfer überrascht. Schmidt würdigte den ungewöhnlich schnellen Einsatz des Eutiner THW und der Feuerwehr C. B.

## Sturmflut-Einsatz 1981

Eine schwere Sturmflut bedrohte am 24. und 25. November 1981 die dänische und schleswig-holsteinische Westküste. Zwar entstanden schwere Schäden, insbesondere an alten Deichen; Deichbrüche wie in Dänemark hat es in Schleswig-Holstein jedoch nicht gegeben.

Die Insel Sylt wurde am stärksten in Mitleidenschaft gezogen. Hier wurde der Nössedeich und der Hindenburgdamm auf seiner Südseite schwer beschädigt. Aber auch der Deich Galmsbüll und die Halligen Oland und Langeneß wurden von der Flut hart getroffen.

Infolge der rechtzeitigen Sturmflutwarnung durch das Wetteramt Schleswig und das Deutsche Hydrographische Institut in Hamburg konnte in den beiden gefährdeten Westküsten-Kreisen Nordfriesland und Dithmarschen bereits frühzeitig die Alarmierung ausgelöst werden. Die THW-OV Husum, Friedrichstadt und Niebüll befanden sich am 24. November mit allen verfügbaren Kräften bis spät in die Nacht im Einsatz. Auch die Helfer

des Ortsverbandes Tönning waren alarmiert worden.

Schwerpunkte des Einsatzes der 110 THW-Helfer im Kreise Nordfriesland war zum einen das Bergen eines Fischkutters im Fähranleger Schlüttsiel, da dieser einen Deich und das Pumpwerk zu beschädigen drohte, und zum anderen der Transport von Sandsäcken an gefährdete Deichstellen im Raum Bredstedt/Niebüll, wo sie von den Helfern verlegt wurden.

Parallel zu diesen größeren Einsätzen wurden vom Sturm beschädigte Dächer befestigt und Bäume, die sturmgeschädigt waren, gefällt. Im benachbarten Kreis Dithmarschen beschränkten sich die Einsätze der THW-OV Büsum, Meldorf und Hochdonn-Burg im wesentlichen darauf, bei verschiedenen Arbeitsvorhaben des Amtes für Land- und Wasserwirtschaft in den Abend- und Nachtstunden vom 24. auf den 25. November Beleuchtungsanlagen zur Ausleuchtung von Schadenstellen zu installieren. V.

## THW-Übung in Dänemark

Unter Leitung ihres Ortsbeauftragten Günter Christiansen fuhren 56 Helfer des THW-OV Sörup mit sieben Einsatzfahrzeugen zu einer Wochenendübung über die deutsch-dänische Grenze nach Tinglev, wo sich die wohl größte und am besten ausgestattete dänische Schule für Zivilverteidigung befindet.

Nachdem am frühen Morgen des Abfertigtages noch letzte Vorbereitungen auf dem Gelände der THW-Unterkunft in Sörup getroffen worden waren, setzten sich die beiden Bergungszüge mit ihren Mannschafts- und Gerätekraftwagen in Bewegung. Bei Padborg passierte die Fahrzeugkolonne die deutsch-dänische Grenze. Nach einer Fahrt von etwa 20 Kilometern trafen die THW-Helfer in Tinglev ein, wo sie von J. P. Verner Thomsen, dem Leiter der Schule, begrüßt wurden.

Der Samstagnachmittag war dem Zeltaufbau, dem Erkunden des Geländes und ersten kleinen Übungen vorbehalten. Am Abend traf auch noch eine Abordnung der Civilforsvaret aus Apenrade ein, zu der die Helfer aus Sörup schon seit längerer Zeit kameradschaftliche Kontakte unterhalten. Mit Lagerfeuer, Grillwurst und was man sonst noch so braucht, um sich gegen naßkalte Witterung einigermaßen zu schützen, wurde der Abend des ersten Tages dieses

deutsch-dänischen Treffens gemeinsam verbracht.

Am Sonntagmorgen wurden die deutschen Gäste durch Schulleiter Thomsen in die Einrichtungen der Schule und die Übungsanlagen auf dem fast 50 Hektar großen Gelände eingewiesen. Die Helfer waren von dem, was sie zu hören und zu sehen bekamen, beeindruckt. Im Ausbildungssaal wurden die Gäste anhand eines großen Stadtmodells sowie Karten und einer Videoanlage informiert, wie Kräfte des dänischen Zivil- und Katastrophenschutzes eingesetzt werden, wie die Grundausbildung der Helfer erfolgt und wie Führungskräfte in der Befehlsgebung geschult werden.

Das Gelände der Schule, so erläuterte Thomsen beim Rundgang, ist so angelegt, daß alle Einsatzmöglichkeiten, wie Bomben-, Feuer- oder Gasalarm sowie Explosionskatastrophen jeder Art, durchgespielt werden können. Es gibt auf dem Schulgelände ganze Straßenzüge mit „Hausruinen“ der verschiedensten Bauart, Trümmergelände, Hindernisstreifen, und sogar Eisenbahnwaggons auf Schienen stehen zum Üben bereit. 50000 Personen – so erfuhren die Söruper – sind bisher an der Schule ausgebildet worden. Die Kurse dauern in der Regel zwei Wochen.



Mit großem Interesse besichtigen die THW-Helfer die Einrichtungen und die Übungsanlage der dänischen Zivilschutzschule.

Schulleiter Thomsen sieht im übrigen keine Schwierigkeiten hinsichtlich einer engeren Zusammenarbeit über die Landesgrenzen hinweg. Die Einrichtungen der Schule könnten vom THW genutzt werden, wenn die Landesregierung in Kiel bzw. das Innenministerium in Bonn mit der dänischen Regierung einen entsprechenden Vertrag abschließen würde. Von der dänischen Regierung seien die Voraussetzungen hierfür nach Verabschiedung des dänischen Zivilschutzgesetzes seit dem 1. Januar 1981 geschaffen.

Nach der Einweisung wurde bis zur Mittagspause ein intensiver Übungsbetrieb durchgeführt. Ein Bergungszug unter

Leitung von THW-Zugführer Bernd Meyer übte in drei Gruppen. Jede von ihnen hatte in einem begrenzten Teil des Geländes eine vermißte Person zu suchen und zu bergen. Eine Gruppe mußte dabei den beschwerlichen Weg über eine 100 Meter lange Trümmer-Hindernisstrecke unter erschwerten Bedingungen mit ABC-Schutzmaske zurücklegen. Über blockierte Straßen fanden sie schließlich ihre drei „Vermiß-

ten“, die wegen „schwerer Verletzungen“ jeweils auf Tragen geborgen werden mußten.

Ähnlich stellte sich die Aufgabe bei den Helfern des zweiten Bergungszugs unter Leitung von Zugführer Bernd Christiansen. Hier mußten die Helfer Personen aus mehrgeschossigen Gebäuden und aus einem halb zusammengebrochenen Haus bergen.

Die übrigen Gruppen hatten alle Hände voll zu tun und waren froh, als die Aufgaben gelöst und die Übung beendet war.

Ebenso reibungslos wie der Anmarsch erfolgte die Rückfahrt nach Sörup über die Grenze bei Padborg. THW-Ortsbeauftragter Christiansen war insgesamt mit dem Verlauf der Wochenendübung zufrieden. W.

# Hamburg



## Führungskräfte-seminar im Warnamt I

Zum jährlichen Führungskräfte-seminar des THW-Landesverbandes Hamburg waren 40 Bezirksbeauftragte und Einheitsführer in das Warnamt I gekommen. Zu Beginn des Seminars wurde eine Rückschau auf den THW-Bundeswettkampf 1981 gehalten. Am zweiten Tag wurden die Einheitsführer in Lehrgesprächen und Gruppenselbstarbeit in „Methodik der Ausbildung“ geschult. Die Bezirksbeauftragten erörterten mit dem Landesbeauftragten Fragen des Helferrechts, der Helferentschädigung sowie des Sonderurlaubs für Helfer.



Oberst i. G. Schweitzer (links) im Gespräch mit Warnamtsleiter Kneppenberg (Mitte) und THW-Landesbeauftragten Trautvetter.

Am Nachmittag hielt Oberst i. G. Schweitzer, Führungsakademie der Bundeswehr, einen Vortrag über Probleme der zivil-militärischen Zusammenarbeit.

Der dritte Seminartag schloß mit einer Aussprache zwischen dem Landesbeauftragten und den Einheitsführern und einer anschließenden Zusammenfassung der Arbeitsergebnisse. A. K.

## THW-Helferzeichen für Klaus-Dieter Göhle

Dem Leiter des Fachbereichs „Fernmeldedienst“ der Landesfeuerwehrschule Hamburg, Klaus-Dieter Göhle, wurde in einer Feierstunde vom THW-Landesbeauftragten Günter Trautvetter für besondere Verdienste das THW-Helferzeichen in Gold mit Kranz verliehen.



THW-Landesbeauftragter Trautvetter überreicht Klaus-Dieter Göhle die Auszeichnung.

Göhle hat beim THW-Bundeswettkampf 1981 den gesamten fernmeldetechnischen Einsatz geleitet und durchgeführt. Ohne seine Planung wäre ein sinnvoller Einsatz der Fernmeldemittel bei dieser Großveranstaltung nur sehr schwer möglich gewesen, da der THW-Landesverband Hamburg über keinen Fernmeldezug verfügt. Weiterhin bildet Göhle in seiner Freizeit das Stabhilfspersonal für den Landesverband-Koordinierungsstab aus.

Bei der Ehrung war die Berufsfeuerwehr Hamburg durch Ltd. Branddirektor Puchner vertreten, der Göhle zu der Auszeichnung herzlich gratulierte. A. K.

## Gute Zusammenarbeit mit Zentralwerkstätten

Jedes Jahr findet ein Gespräch mit der Technischen Abteilung der Hamburger Berufsfeuerwehr, den Leitern der beiden KatS-Zentralwerkstätten sowie mit den THW-Geschäftsführern des Geschäftsführerbereiches Hamburg statt. Dabei wird nicht nur über die Sorgen und Nöte der Organisation diskutiert, sondern auch über die Schwierigkeiten, die die Zentralwerkstätten in zunehmendem Maße, aufgrund finanzieller und personeller Probleme, haben.

Besondere Probleme gibt es schon lange nicht mehr zwischen den Zentralwerkstätten und den THW-Einheiten, da die Arbeiten der verschiedenen Materialerhaltungsstufen sowohl auf der Seite

des THW – Stufe 1 und Stufe 2 – als auch in den Zentralwerkstätten – Stufe 3 und 4 – fachlich einwandfrei abgewickelt werden können. Die Mitarbeiter in den Zentralwerkstätten sind auf die Belange der Katastrophenschutz-Organisationen sehr gut eingestellt; dies gilt auch und nicht zuletzt wegen der Anbindung an die Hamburger Berufsfeuerwehr.

So wurde auch für 1981 von beiden Seiten festgestellt, daß die gemeinsame Arbeit reibungslos funktioniert hat. Ltd. Branddirektor Puchner und seinen Mitar-



THW-Landesbeauftragter Trautvetter (links) dankt Ltd. Branddirektor Puchner für die gute Zusammenarbeit.

beitern dankte THW-Landesbeauftragter Günter Trautvetter für das stets kameradschaftliche Verhalten und die Unterstützung. Mit Sorge wird allerdings für 1982 die langfristige Forderung nach Abbau der Zentralwerkstätten betrachtet, eine Forderung, die von allen KatS-Einheiten in Hamburg nicht verstanden wird. G. T.

## THW Hamburg im Sturmfluteinsatz



THW-Helfer dichten mit Sandsäcken eine Durchquellung ab.

Morgens um 8.36 Uhr alarmierten die Funkmeldeempfänger die Mitglieder des Koordinierungsstabes des THW-Landesverbandes Hamburg: Die Feuerwehr-Einsatzleitung hatte die Wasserstandsstufe III ausgerufen. Schon vier Minuten später wurden die vorgesehenen THW-Einheiten alarmiert. Da die Sammelplätze für den Deichverteidigungseinsatz in allen Gebieten festgelegt sind, bedarf es nur eines Stichwortes, um die Einheiten

zu den richtigen Stellen in Marsch zu setzen.

365 Helfer sind in der sogenannten „Erstausstattung“ für die Deichverteidigung vorgesehen. Gegen 12.00 Uhr waren alle an den vorgesehenen Sammelstellen eingetroffen.

Um 14.15 Uhr wurde der Höchstwasserstand von 5,81 Meter über Normal-Null

erreicht. Dies war der zweithöchste Wasserstand seit der großen Flut von 1962. Die THW-Helfer waren in allen Deichverteidigungsgebieten damit beschäftigt, Treibgut, das die Deiche beschädigte, zu bergen und mit Sandsäcken Durchquellungen abzudichten. Nach rund 19 Stunden Einsatz kehrten die letzten Einheiten durchnäßt und erschöpft in die Unterkünfte zurück.

A. K.

## Bremen



### Katastrophenschutz Helfer üben gemeinsam

Auf dem Gelände des Standortübungsplatzes Schwanewede bei Bremen übten Helfer der Katastrophenschutz-Organisationen THW, MHD, JUH und ASB den Ernstfall. Insgesamt nahmen rund 150 Helfer mit 33 Fahrzeugen teil.

Die Übung kam durch eine Vereinbarung zwischen den Zugführern der beteiligten Organisationen zustande, ohne Einschaltung der übergeordneten Stellen.

Das Ergebnis konnte, bis auf kleine Schönheitsfehler, als befriedigend angesehen werden. Die Zugführer sind sich über eine Weiterführung dieser Idee und deren Ausbau einig.

Die Übung umfaßte zwei Abschnitte, je einen Einsatz vormittags und einen nach dem Mittagessen. Morgens wurden etwa 20 Verletztendarsteller in einem bunkerähnlichen Trümmerhaus versteckt. Die „Verletzten“ mußten dann durch das THW geborgen werden. Gleichzeitig übernahmen die Sanitätseinheiten die

Versorgung und Betreuung. Hierzu wurden auch Ärzte eingesetzt.

Da das Gelände durch den tagelangen Regen sehr aufgeweicht war, wurden an die Helfer und Kraftfahrer hohe Anforderungen gestellt. Nicht selten blieben Rettungswagen im Schlamm stecken und mußten herausgeschleppt werden. Am Nachmittag hatten die Helfer aus einem Bunkerkrater rund 40 „Verletzte“ zu bergen. Sanitäter und Ärzte nahmen noch an der Unglücksstelle eine Erstversorgung vor, die dann mit der Bergung durch das THW und den Abtransport in ein Hilfskrankenhaus abschloß. G. B.

### Neustädter THW sprengte Schornstein

Bremen, Sonnabend, 16.28 Uhr: Ein dumpfer Knall hallt über das Gelände des Bremer Zentralkrankenhauses an der St.-Jürgen-Straße. Danach einige Augenblicke spannungsgeladener Stille. Dann ein Ruck, und ein 20 Meter hoher Schornstein stürzt genau in die vorausberechnete Richtung. Nachdem sich die

Staubwolken verzogen haben und das Hornsignal zur Entwarnung ertönt, sieht man bei den Verantwortlichen zufriedene Gesichter: Die schwierige Aufgabe ist erfolgreich gelöst.

Die Vorbereitungsarbeiten hatten in den frühen Vormittagsstunden begonnen. Zunächst mußten Fallschlitze seitlich so in den Sockel des Schornsteins gestemmt werden, daß sie hinter dem Schwerpunkt des Schornsteins lagen, damit sie beim Fall die Kippkante bilden konnten. Anschließend wurden die Bohrlöcher für die Sprengladungen eingemessen und angelegt. Insgesamt bohrten die THW-Helfer 17 Löcher in das Mauerwerk des Schornsteinssockels. In diesen Löchern brachte man die zwischen 130 und 250 Gramm schweren Ladungen an. Gegen 16.00 Uhr wurde im Schornstein nach altem Brauch noch einmal ein Feuer entfacht, damit er seine „Seele aushauchen konnte“. Eine erste Ortsbegehung nach der Sprengung zeigte, mit welcher großer Präzision der Backstein-Riese umgekippt war. Wie an einer Schnur gezogen, hatte er sich „zu Boden gelegt“. U. W.

## Berlin



### Zurück aus Gambia

Auf dem Flughafen Tegel gab es einen „großen Bahnhof“, als die THW-Helfer Peter Preuß und Horst Wimmer nach dreiwöchigem Einsatz in Gambia, wo sie Sanitätsfahrzeuge des dortigen Gesundheitsdienstes repariert hatten, wieder in Berlin ankamen. Neben den Angehörigen waren auch die THW-Landesverbandsleitung und viele Helfer der THW-Bezirksverbände Tiergarten/Wedding und Kreuzberg/Neukölln zum Empfang erschienen. Fotografen und Journalisten umlagerten zunächst die Afrika-Heimkehrer, die trotz der langen Reise einen frischen und fröhlichen Eindruck machten.

Die Begeisterung über diesen Einsatz und die Gewißheit, eine gute Arbeit geleistet zu haben, ist verbunden mit der Hoffnung und Erwartung, daß auch bei weiteren Auslandseinsätzen Berliner THW-Helfer dabei sind. B.

### Auszeichnungen für Katastrophenschutz Helfer

Das vom Berliner Senat eingeführte Feuerwehr- und Katastrophenschutz-Ehrenzeichen in Silber und Gold wird alljährlich für 10- bzw. 25jährige aktive Mitarbeit in einer Katastrophenschutz-Organisation vom Senator für Inneres verliehen.

In einer Feierstunde im Gemeinschaftshaus Neukölln wurden jetzt durch Innenminister Heinrich Lummer 107 Berliner ausgezeichnet, davon 28 Helfer des THW. Sieben Helfer erhielten das Ehrenzeichen in Gold, 21 in Silber. B.



Insgesamt 28 THW-Helfer wurden ausgezeichnet – auch eine Helferin war unter den Geehrten.



## Lehrgang für Öffentlichkeitsarbeit

Auf dem Programm des Sachgebietsleiters für Öffentlichkeitsarbeit im THW-Landesverband Niedersachsen, Bormann, hatte der Lehrgang schon seit mehreren Jahren gestanden, aber immer wieder machten die knappen Finanzen einen Strich durch die Rechnung. Eine zusätzliche Mittelzuweisung im Spätsommer dieses Jahres machte es nun möglich, den ersten Lehrgang niedersächsischer THW-Helfer für Öffentlichkeitsarbeit in der zentral gelegenen Unterkunft des THW-OV Celle am 14. November 1981 durchzuführen.

Nach der Begrüßung durch den gastgebenden Ortsbeauftragten Heuer sowie einigen grundsätzlichen Ausführungen des Landesbeauftragten Leister wies das Tagesprogramm zwei Schwerpunkte auf. Zum einen hieß es, einen vom Referat THW 2 im Bundesamt für Zivilschutz erarbeiteten Richtlinienentwurf für die Öffentlichkeitsarbeit in den Ortsverbänden in einem möglichst freimütigen Gedanken- und Erfahrungsaustausch durchzusprechen, zum anderen wurde in einem Referat von Annegrit Eichhorn, Redakteurin bei der Celleschen Zeitung, gezielt die Zusammenarbeit mit der Lokalredaktion behandelt.

Frau Eichhorn weckte Verständnis für die Arbeit ihrer Berufskollegen und gab wichtige Hinweise für eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Journalisten, um eine bessere örtliche Selbstdarstellung des THW zu gewährleisten.

Die gute Resonanz der Veranstaltung bei den vierzig Teilnehmern wurde am Schluß deutlich, als man einhellig der Meinung war, den Lehrgang zu einer ständigen Einrichtung – möglichst im Ein-Jahres-Rhythmus – werden zu lassen. B.

## Behelfsbrückenbau in Bruchhausen-Vilsen

Fast 20 Festmeter steinharten Bongossiholzes wurden bei einer Großübung des THW-Geschäftsbereichs Syke in Bruchhausen-Vilsen von 80 Helfern zu Behelfsbrücken verbaut. Dieser ganztägige Einsatz bildete den Abschluß der Ausbildung „Holzbearbeitung“ bei den THW-OV Bassum, Syke, Nienburg und Sulingen.

Bereits morgens um 8.00 Uhr begannen die Helfer die von einem Mitarbeiter der



Hohe Anforderungen an Helfer und Gerät stellte der Behelfsbrückenbau aus Bongossiholz.

Katastrophenschutzschule Hoya entworfen und von einem Sägewerk vorgefertigten Bauteile für insgesamt vier Behelfsbrücken zusammenzubauen. Mit Spannweiten von zweimal zehn und zweimal sechs Metern gehören sie zwar nicht zu den größten ihrer Art, doch stellte die Bearbeitung des nahezu 300 Jahre alten, ungemein harten Bongossiholzes größte Anforderungen an Helfer und Gerät.

Als am Abend Bürgermeister und Gemeindedirektor die fertigen Bauwerke „abnahmen“, konnte sich als Gast auch der Leiter der Schule Hoya, Dr.-Ing. Kassner, vom guten Leistungsstand der THW-Helfer überzeugen. R.

## Fünf Ortsverbände bei Alarmübung im Einsatz

Ein zehnminütiges tektonisches Erdbeben im Raum Porta Westfalica-Vlotho mit erheblichen Gebäudeschäden sowie drohender Überflutung nach Beschädigung der Sperrmauer eines Rückhaltebeckens bildeten die Ausgangssituation für eine Großübung von THW-Ortsverbänden des Geschäftsbereichs Hameln.

Am Sonntagmorgen erfolgte die telefonische Alarmierung der THW-Bergungszüge Hameln, Rinteln, Bückeberg, Stadthagen und Holzminden – gestaffelt von 6.50 Uhr bis 7.10 Uhr, um ein möglichst zeitgleiches Eintreffen am Übungsort zu gewährleisten. Mit den Bergungshelfern rückten auch der Feldkabelbaurtrupp und die Führungsgruppe TEL Hameln sowie verschiedene Versorgungsdienstleistungen aus. Ziel war ein Übungsdorf auf dem Truppenübungsplatz im Röcker Feld bei Bückeberg, das hervorragend geeignet ist für das Bergen aus Höhen.

Wie sich herausstellte, muß der Zeitraum bis zur Herstellung der Marschbereitschaft der Einheiten mit ca. einer Stunde angesetzt werden. Der Übungs-

beginn verzögerte sich durch übermäßig lange Alarmzeiten in zwei Ortsverbänden, die mit ihrem kompletten Zug buchstäblich auf den „letzten Mann“ gewartet hatten. Überdurchschnittlich hoch – dies lag sicherlich daran, daß es ein Sonntag war – zählte die Teilnehmerstärke mit 180 von 190 alarmierten Helfern.

Während die Bergungsarbeiten nach der Fünf-Phasen-Technik mit Seilbahn, Ablassen mit lotrechter Trage, Leiterhebel, Leiter als schiefer Ebene, Ablassen mit dem Rollgliss-Gerät sowie Kennzeichnung der Gebäude durchgeführt werden konnten, mußte aus Zeitgründen der zweite Teil der Übung entfallen. Geplant waren Abstützungs- und Aussteifungsarbeiten in und an den beschädigten Gebäuden sowie das Übersetzen mit Schlauchbooten, Sandsackfüllung und -verbau und Wartungslauf der Pumpen. Dafür wurde als Abschluß der Übung ein improvisierter Wettkampf der Bergungsgruppen mit Ausleuchten einer Schadenstelle und Einsatz von Bohrhämmer und Motorsäge durchgeführt, der vom THW-OV Hameln gewonnen wurde.

Obwohl THW-Geschäftsführer Siebke nach Abschluß den Zweck der Alarmübung als erreicht ansah und den Ortsverbänden eine gute Einsatzbereitschaft bescheinigte, hatte er auch Kritik anzubringen. So schien es, daß einzelne Einheiten Anlaufschwierigkeiten hatten, sich in die Lage hineinzusetzen. Das äußerte sich u. a. dadurch, daß sie viel zu dicht am Schadensobjekt mit ihren Fahrzeugen aufgefahren waren. Auch muß die Befehlsgebung klarer und bestimmter gehandhabt werden. Dem Meldewesen wurde ebenfalls nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt. Nur ein Ortsverband hatte die in der Übungsordnung beigegebene Stärkemeldung schriftlich bei der Einsatzleitung abgegeben. Im Ernstfall aber ist die namentliche Erfassung für die Sicherheit der eingesetzten Helfer lebenswichtig. B.

## Katastrophenalarm für den THW-OV Brühl

Eine der größten Brandkatastrophen im Erftkreis ereignete sich Ende vergangenen Jahres. Gegen 22.30 Uhr wurde die Freiwillige Feuerwehr Erftstadt-Liblar alarmiert. Im hinteren Teil der Werkhalle einer Kunststoff-Recycling-Firma waren kleine Flammen und Rauch beobachtet worden. Zu diesem Zeitpunkt befand sich niemand auf dem Firmengelände.

In dem Gebäude lagerten große Mengen von Kunststoffabfall in übereinander gestapelten Containern. Bei einem ersten Löschangriff im vorderen Teil der Halle durch vier mit schwerem Atemschutz ausgerüstete Feuerwehrmänner brach die Dachkonstruktion über den freiwilligen Helfern zusammen. Die genaue Unglücksursache ist noch ungeklärt, vermutlich gaben die tragenden Teile durch eine Explosion, verbunden mit starker Hitzeentwicklung, nach. Die Trümmer begruben zwei Feuerwehrkameraden unter sich. Für sie kam jede Hilfe zu spät. Der dritte konnte nur schwer verletzt geborgen werden, und der vierte erreichte unverletzt den Ausgang. Währenddessen breiteten sich die Flammen weiter aus. Durch den Kunststoff entstand eine giftige Rauchwolke, wobei nur die günstige Windrichtung eine Evakuierung von Bürgern aus nahegelegenen Stadtteilen verhinderte.

Erst im Laufe des Mittwochvormittags wurden die Flammen unter Kontrolle gebracht und der THW-OV Brühl alarmiert. Die Helfer wurden am Arbeitsplatz benachrichtigt und trafen sich in der THW-Unterkunft. Um ca. 13.00 Uhr erreichte die erste Gruppe mit dem GWK und dem VW-Kombi die Einsatzstelle. Kurz darauf folgte die zweite Gruppe mit dem MKW. Zur Unterstützung wurde ein Rettungshund mitgeführt.

Den Helfern bot sich ein Trümmerberg aus Ziegeln und ein Gewirr von Stahlträgern. Nach aufwendigen Vorbereitungen, wie Herausschlagen der verbliebenen Ausmauerung zwischen den Stahlstützen im Torbereich durch ein Abbruchunternehmen und Durchtrennen des Obergurtes mit der Sauerstofflanze in ca. acht Metern Höhe durch die Berufsfeuerwehr Köln, konnte man mit der eigentlichen Bergung erst bei Einbruch der Dunkelheit unter Notstrombeleuchtung von der Längsseite der Halle aus beginnen.

Jeder Stahlträger, Dachbinder sowie die Kranbahn mußten mit Schneidbrennern



Die gesamte Dachkonstruktion der Halle war bei dem Brand eingestürzt.



Feuerwehrmänner und THW-Helfer in den Trümmern der Halle.

auseinandergetrennt, angeschlagen und mit Hilfe eines 65-Tonnen-Autokrans weggehoben werden. Es konnten nur jeweils zwei Helfer gleichzeitig mit den Brennschneidgeräten an der Schadensstelle arbeiten. Vorsichtiges und umsichtiges Arbeiten war wegen der unter Spannung liegenden Trägereile und der nicht ganz zu behebbenden Einsturzgefahr der noch stehenden Außenwandteile sowie einem Teil der nach unten hängenden Hallendecke an der Giebelseite notwendig.

Trotz der immer noch anhaltenden Rauchentwicklung und des Schaumteppichs zeigte der mitgeführte Rettungshund die richtige Spur. Gegen 2.30 Uhr in der Nacht zum Donnerstag wurde der erste Feuerwehrmann unter Trägern und einer Betondeckenplatte gefunden. Der zweite verunglückte Feuerwehrmann wurde in einigen Metern Entfernung am Donnerstagmorgen gegen 8.00 Uhr geborgen.

Der Einsatz des THW-OV Brühl wurde am 5. November 1981 um 10.00 Uhr, 21 Stunden nach Eintreffen an der Schadensstelle, beendet.

L. B.

## THW zu Gast beim holländischen Zivilschutz

Die Führungskräfte des THW aus dem Kreis Kleve hatten im November die Gelegenheit, eine verbunkerte Befehlsstelle des holländischen Zivilschutzes zu

besichtigen. Die Einladung der „Bescherming Bevolking“ Nimwegen, Provinz Gelderland, war ein weiterer Schritt in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, die bereits seit vielen Jahren besteht. So wurden bereits gemeinsame Übungen sowohl diesseits als auch jenseits der deutsch-holländischen Grenze durchgeführt.

An der Besichtigung nahmen neben dem Geschäftsführer des THW auch ein Vertreter des THW-Landesbeauftragten teil. Nach der Begrüßung wurde den deutschen Gästen bei einem Rundgang die verbunkerte und strahlensichere Einsatzleitstelle gezeigt. Dabei wurden ausführliche Erklärungen über die Funktion einer solchen Befehlsstelle in den Niederlanden gegeben.

In einem abschließenden Gespräch unterstrich der Vertreter des THW-Landesbeauftragten die Notwendigkeit einer wie hier im Kreis Kleve bestehenden grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit den Zivilschutz-Organisationen im Nachbarland und bedankte sich in Namen aller Teilnehmer für die Möglichkeit eines derart tiefen Einblicks in die Arbeit einer holländischen Einsatzleitstelle sowie des holländischen Zivilschutzes.

J. P. F.

## Jung Helfer errichteten zwei Blockhütten

Seit zehn Jahren unterhält der THW-OV Bonn-Beuel Jugendgruppen. Die Jung Helfer wachsen aus der Jugendgruppe in die Einsatzzüge hinein und bilden heute das Stammpersonal des Ortsverbandes. Viele haben bereits Führungsaufgaben übernommen.

Seit Bestehen der Jugendgruppen wurden jedes Jahr Fahrten zur Katastrophenschutzschule Hoya oder Jugendlager durchgeführt. Die Verantwortlichen stellten dabei immer wieder fest, daß eine Übernachtung im Zelt einige Probleme mit sich bringt. Was lag also näher, als nach einer festen Unterkunft zu suchen. Den beiden derzeit bestehenden Jugendgruppen blieb es vorbehalten, den langjährigen Plan im vergangenen Jahr zu verwirklichen.

Auf einem Grundstück der Gemeinde Blankenheim (Eifel) erhielt der Ortsverband die Erlaubnis, vier Blockhütten zu bauen. Für das Jugendlager hieß deshalb das Ziel: Errichtung von zunächst zwei Hütten, dabei Ausbildung in Holzbearbeitung.

Nach Aufbau des Zeltlagers – Küchenwagen und WC/Wasch-Container



Mit Begeisterung zimmerten die Jungheifer ihre Blockhütten.



Spaß in der zweiten Lagerwoche: „Wasserdienst“ stand auf dem Dienstplan der Beueler Jungheifer.

wurden mitgeführt – übernahm Jugendgruppenführer Frank Wieseder mit der „alten“ Jugendgruppe das Zuschneiden, Blatten und Zapfen der Fachwerkrahmen. Die neuen Jungheifer führten die Gründungsarbeiten, wie das Ausheben der Fundamente, das Betonieren und Aufsetzen der Fundamentrahmen, durch.

Als nach vier Tagen der erste Dachstuhl aufgerichtet werden konnte, kannte die Arbeitsfreude der Helfer keine Grenzen mehr. Das Nageln der Dachhaut und das Anbringen der Dachschindeln lief wie am Schnürchen, nachdem THW-Gruppenführer Strauch die vier Dachrinnen angeschlagen hatte.

Am Sonntag war Elternbesuchstag: Was dort an Lob geäußert wurde, schlug sich in einem zusätzlichen Taschengeld für die Jungheifer nieder. Erstaunlich war, wie die 14jährigen Jungheifer sich gegenseitig zu einer korrekten und sauberen Arbeitsweise anhielten. Nachdem die Türen und Fenster samt Glas eingesetzt worden waren, verbrachten die Jungheifer die beiden letzten Nächte in ihrer neuen Unterkunft. Jede Hütte ist für eine Gruppe vorgesehen, bietet aber für 15 Helfer Platz zum Übernachten.

In der zweiten Lagerwoche wurde wegen des schönen Wetters nur noch an den Vormittagen und in den Abendstunden gearbeitet. Die Gruppenführer hatten für die freie Zeit vorgesorgt: Es

standen Geländemärsche nach Karte sowie „Wasserdienst“ auf dem Freilinger See auf dem Programm. Trotz der vielen Urlauber fanden die Jungheifer noch einen Platz zum Üben mit Sturm- und Schlauchboot. Sch.

### THW-Amateurfilmer errang Goldmedaille

Damit hatte der Bereitschaftsführer des THW-OV Gütersloh, Werner Huch, nicht gerechnet: Bei den Amateurfilmtagen, die erstmals in Gütersloh durchgeführt wurden, errang sein eingereicherter Dokumentarfilm „Explosion in der Senne“ nicht nur den vielgelobten Pressepreis der Amateurfilmtage, sondern auch die Goldmedaille des Amateurfilmkreises.

16 Autoren hatten 24 ihrer besten Werke zur Prämierung eingereicht. Der 22minütige Film Huchs beinhaltet die Schilderung einer Übung des THW-OV Gütersloh, die in Zusammenarbeit mit dem Malteser-Hilfsdienst stattfand. Mit eindrucksvollen Bildern schildert der Film den Ablauf der Aktion, beginnend mit dem Alarm und endend mit einer Rückblende, die das Schminken der „Verletzten“ zeigt.

Huch hält das Geschehen im Ortsverband schon seit 1970 mit der Kamera fest. Unterstützt durch mehrere Helfer entstanden dabei hauptsächlich Filmberichte über Übungen des Ortsverban-



Bürgermeister Adolf Gräwe (links) überreicht THW-Bereitschaftsführer Werner Huch den Wanderpreis.

des. Es finden sich aber auch filmisch festgehaltene Feste und einige Lehrfilme unter den Werken des Amateurfilmers.

Besonders stolz ist der gesamte Ortsverband über den selbstgedrehten Spielfilm, konnten sich doch einige Helfer dabei zum ersten Mal als „Schauspieler“ produzieren.

Da der Pressepreis als Wanderpreis ausgeschrieben ist, hat sich Huch die Verpflichtung auferlegt, den Preis im nächsten Jahr zu verteidigen. In Vorbereitung ist ein Film mit dem Titel „Ein Tag im Leben des Ortsverbandes Gütersloh“, der die Arbeit im THW aufzeigen soll, angefangen von der Führungsgruppe „Bereitschaft“ über die drei Bergungszüge bis hin zur Versorgungsgruppe.

Vielleicht spornt dieses Beispiel den einen oder anderen Ortsverband zu ähnlicher Öffentlichkeitsarbeit an. M. N.

### Nachruf

Am 29. November 1981 verstarb plötzlich und unerwartet im Alter von 54 Jahren

#### Rudolf Hamm

Bereitschaftsführer des THW-OV Essen.

Hamm gehörte zu den ältesten und verdienstvollsten Führungskräften des Ortsverbandes Essen. Seit Januar 1953 THW-Helfer, hat er als „Mann der ersten Stunde“ bis zu seinem Tode in vorbildlicher Pflichterfüllung zum Wohle des Ortsverbandes gewirkt. Für seine herausragenden Leistungen wurde er mit dem THW-Ehrenzeichen in Silber ausgezeichnet. Wir bewahren Rudolf Hamm ein ehrendes Andenken.

Der Ortsbeauftragte, der Kreisbeauftragte, die Helfer und die Geschäftsführung des THW-OV Essen



## „Miteinander leben – einander verstehen“

... unter diesem Motto veranstaltete die Werner-Wicker-Klinik Reinhardshausen an einem Samstag eine Floßfahrt auf dem Edersee für 40 Rollstuhlfahrer. Der THW-OV Bad Wildungen hatte am Rehbach ein Floß gebaut, das mit drei Außenbordmotoren angetrieben wurde. Für die Sicherheit dieser Fahrt und deren reibungslosen Ablauf zeichneten der DLRG-Ortsverband Bad Wildungen und die DLRG-Station Rehbach verantwortlich.

Bereits am frühen Samstagvormittag wurden die Rollstuhlfahrer mit Spezialbussen von Reinhardshausen zum Rehbach am Edersee gefahren. Nachdem die Behinderten ihren Platz auf dem Floß eingenommen hatten und auch Begleiter, Ärzte und Pflegepersonal an Bord waren, ertönte das Kommando „Ablegen!“.

Dieter Lakkomy vom THW gab während der Fahrt einige Erläuterungen über die Entstehung und Bedeutung der Edertalsperre. Nach der Rückkehr von der mehr als dreistündigen Floßfahrt versammelten sich die Behinderten mit Freunden, Pflegepersonal und Begleitern auf dem Gelände des THW-OV Rehbach, um hier noch einen Nachmittag in froher Runde zu verbringen.

Der Chefarzt dankte den Mitarbeitern der Werner-Wicker-Klinik für die Hilfe, sein Dank galt auch dem THW-OV Bad Wildungen und den Mitarbeitern der DLRG.

G. A.

## Geburtstagswunsch ging in Erfüllung

Nach zehnjähriger Planung konnte der THW-OV Grünberg im Rahmen seiner Zwanzig-Jahr-Feier ein neues Unterkunftsgelände einweihen. Von Anfang an war der Ortsverband in unzureichenden Räumlichkeiten untergebracht und mußte sich damit abfinden, immer wieder behelfsmäßige Unterkünfte für seine

Zwecke umzubauen und instandzuhalten. Die Integration der THW-Baumaßnahmen in den vor Jahren durchgeführten Neubau der Gallushallen scheiterte, weil die Stadt zum damaligen Zeitpunkt allein die Kosten hätte tragen müssen. Danach gab es Schwierigkeiten mit der Bereitstellung von Bundesmitteln, und nur durch den unermüdlichen Einsatz des damaligen Bürgermeisters Herzog, der das Gelände, auf dem die heutige Gallushalle und der Feuerwehrstützpunkt sowie die THW-Unterkunft stehen, aus Privatbesitz für die Stadt erwarb, war es zu verdanken, daß diese Nachbarschaft der Hilfsorganisationen möglich wurde.

Ortsbeauftragter Helmut Nickel gab in seiner Begrüßungsansprache einen Überblick über das Geschehen in dem THW-Ortsverband.

Derzeit verfügt das THW in Grünberg über einen mit den neuesten Fahrzeugen ausgestatteten Bergungszug sowie einige Fahrzeuge und Anhänger für Sonderdienste.

Erster Kreisbeigeordneter Gerulf Herzog würdigte die Arbeit seines Amtsvorgängers Karl Anschütz, der dazu beigetragen hatte, den THW-OV Grünberg zu gründen. Schon damals bestand der Gedanke, eine gemeinsame Unterkunft für Feuerwehr und THW zu schaffen, um noch schneller gemeinsame Hilfe leisten zu können.

Unter den zahlreichen Ehrengästen bei der Einweihung der Unterkunft waren auch Bürgermeister Siegbert Damaschke, Kreisbrandinspektor Otto Schaaf, stv. THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Dietrich Franz sowie Vertreter von Polizei, Forstbehörde, Bundeswehr und befreundeter Hilfsorganisationen.

Sch.

## Holzbrücke erstellt

Der THW-OV Hünfeld hat nach einem Unwetter auf Ersuchen der Gemeinde Rasdorf eine Notbrücke über den Goldbach gebaut, um den landwirtschaftli-

chen sowie den Verkehr zu einem Jugendzeltplatz sicherzustellen. Die Holzbrücke wurde in einer Nachtübung unter der Oberleitung von Bauingenieur Ulrich Winkler und der Einsatzleitung von Klaus Eikermann erstellt. Dabei wurden die 36 THW-Helfer gleichzeitig damit vertraut gemacht, schwierige Arbeiten bei „Kunstlicht“ auszuführen.

Eingesetzt hatte der Ortsverband seinen Bergungszug mit drei Gruppen, eine Elektrogruppe, die die Baustelle mit elf Halogenscheinwerfern ausleuchtete und für Strom über ein Notstromaggregat sorgte, sowie den Verpflegungszug unter Truppführer Wolfgang Wehner, der um Mitternacht einen kräftigen Imbiß reichte.

J.

## Alarm auf dem Eichenberger Bahnhof

Eine nicht alltägliche Übung veranstalteten Technisches Hilfswerk, Deutsche Bundesbahn und die Freiwilligen Feuerwehren Neu-Eichenbergs an einem Wochenende: Angenommener Ernstfall war ein Pkw-Unfall im Bereich der Gleise und eine Gefährdung des Zugverkehrs. Zahlreiche Beobachter, unter ihnen Bürgermeister Gerhard Hannich, Kreisbrandmeister Hoffmann sowie Mitarbeiter der Deutschen Bundesbahn verfolgten die Übung.

60 Helfer der Feuerwehr und des THW waren am Bahnhof im Einsatz. Sie wurden von Angehörigen der Bundesbahn eingewiesen und zu den Einsatzorten gelotet. Zur Bekämpfung des Fahrzeugbrandes nahm das Löschfahrzeug Wasser aus einem Fischteich auf.

Anschließend wurde mit Rettungsschere und Spreizer das Bergen „verletzter“ Autoinsassen gezeigt.

Ein Beleuchtungstrupp des THW sorgte für Licht bei den Aktionen. Fachleute der Bundesbahn demonstrierten und erläuterten die Gefahren im Bereich von Fahrleitungen.

A. W.

# Rheinland-Pfalz



## Stadt Alzey ehrte THW-Helfer

Aus den Händen von Bürgermeister Dr. Buchheim erhielten 27 Helfer des THW-OV Alzey Urkunden sowie silberne und goldene Ehrennadeln der Stadt Alzey für

langjährige Verdienste zum Wohle der Stadt. Dr. Buchheim betonte in seiner Rede, die Stadt Alzey ehre gemäß einem Beschluß des Stadtrates erstmals Helfer des THW, weil man sich einig sei, daß die Arbeit dieser Organisation mit

den übrigen städtischen Hilfsorganisationen gleichzusetzen ist. Der THW-OV Alzey habe in den vergangenen Jahren in der Stadt und für die Stadt wertvolle Arbeit geleistet und sei mit Garant dafür, daß die Bürger ruhig schlafen könnten.



Bürgermeister Dr. Buchheim (Bildmitte) im Kreis der geehrten THW-Helfer.

Bisher habe man eine vorzügliche Aufgabenteilung und Zusammenarbeit unter den Alzeyer Hilfsorganisationen gehabt, so daß es für ihn als Bürgermeister eine Genugtuung sei, 27 aktive Helfer des THW mit Urkunden und Ehrennadeln auszuzeichnen.

THW-Ortsbeauftragter Lothar Bauer brachte in seiner Dankesrede zum Ausdruck, man sei sehr stolz auf diese Auszeichnung und bleibe auch künftig bemüht, zum Wohle der Stadt und ihrer Bürger tätig zu sein. Die Ehrung trage dazu bei, die Helferschaft des Ortsverbandes auch für ihre weiteren Aufgaben zu motivieren.

THW-Landesbeauftragter Dr.-Ing. Friedrich Dölbor beglückwünschte nicht nur die geehrten Helfer und Führungskräfte, sondern auch den Bürgermeister und den Stadtrat von Alzey zu dieser Idee der Auszeichnung. Dr. Dölbor wies darauf hin, daß die Stadt mit dieser Ehrung die Arbeit der ehrenamtlichen Helfer auszeichne und das THW als mit den anderen Hilfsorganisationen gleichrangig anerkenne. Bisher sei eine äußere Anerkennung der Leistung von THW-Helfern durch kommunale Einrichtungen sehr selten. D.

### Nachteinsatz des THW-OV Worms

Um 20.30 Uhr wurde der THW-OV Worms von der Polizei alarmiert, um im Wormser Vorort Heppenheim ein vom Einsturz bedrohtes Haus abzustützen. 20 Helfer des Bergungszugs und zehn Helfer des Instandsetzungszugs mit VW-Kombi, Lkw, zwei MKW und dem GWK fuhren zum Einsatzort.

Die der Straßenseite zugewandte Giebelseite eines anderthalbstockigen Wohnhauses hatte sich um etwa 30 Zentimeter gesetzt und war um etwa 40 Zentimeter nach außen weggerutscht, so daß die gesamte Giebelwand sich dem Inneren des Hauses zugeneigt hatte.

Eine Gruppe wurde zu Absprießarbeiten innerhalb des Hauses eingesetzt, um einen Einsturz des Giebels, der zur voll-

ständigen Zerstörung des Hauses geführt hätte, zu vermeiden. Gleichzeitig wurde der Mauerfuß gegen weiteres Abgleiten zur Straße von einer zweiten Gruppe abgestützt. Die Helfer des Instandsetzungszugs transportierten inzwischen das gesamte Mobiliar der Bewohner in benachbarte Häuser und Scheunen.

Gegen 21.00 Uhr wurde die Schadensstelle ausgeleuchtet. Die gesamten Abstützungs- und Unterfangarbeiten waren gegen 24.00 Uhr beendet. B. H.

### THW-Einsatz nach Gasexplosion

Im Rhein-Neckar-Raum ereigneten sich in letzter Zeit vier schwere Gasexplosionen, davon allein zwei im Frankenthaler Vorort Studernheim. Bei einem dieser tragischen Unfälle wurde ein anderthalbstockiges Haus derart stark beschädigt, daß es einzustürzen drohte. Trotz mehrerer Hilfsangebote der THW-Führungskräfte erfolgte die Alarmierung des Bergungszugs erst mit gut einstündiger Verspätung. Da aber bereits vor der eigentlichen Alarmierung von den Führungskräften Vorbereitungen getroffen worden waren, konnte das THW frühzeitig mit drei Fahrzeugen und 17 Helfern, mit Abstützmaterial ausgerüstet, ausrücken.

Nachdem der Schadensumfang festgestellt worden war, wurde sofort mit den

Abstützarbeiten begonnen. Die Explosion hatte das ganze Haus in seiner vollen Länge durchgeschlagen. Selbst in dem am weitesten vom Zentrum der Explosion gelegenen Schlafzimmer wurde die Decke angehoben und ein Fensterpfosten herausgedrückt sowie ein Teil des Daches abgedeckt. Am Haus wurden die THW-Helfer mit allen Schadenselementen konfrontiert: Rutschfläche, Schichtung, „Puppenhaus“, angeschlagener Raum sowie ausgeblasene Wände mit Randtrümmern.

Die Feuerwehr hatte die schwerverletzte Hausbewohnerin bereits geborgen und den Entstehungsbrand gelöscht. Die Abstützung des Hauses erfolgte durch Strebstützen, Schwelljoch mit Unterzug und Aussteifungen der Fensteröffnungen. Anschließend wurden aus den Schuttmassen die persönlichen Wertgegenstände und Dokumente der inzwischen ihren Verletzungen erlegenen Hausbewohnerin geborgen. Der Einsatz des THW endete spät in der Nacht.

Noch in derselben Nacht begannen die Stadtwerke damit, die Straße unmittelbar vor dem Haus aufzureißen, um die angerissene Gas-Hauptleitung instanzzusetzen. Dabei verschob sich das angeschlagene Haus noch weiter, der Total-einsturz wurde lediglich durch die Abstützungen des THW verhindert. Nach Abschluß der polizeilichen Untersuchungen wurde das Gebäude eine Woche später abgerissen. C. A.



Die Abstützung des Hauses erfolgt u. a. durch Strebstützen.



Die THW-Helfer bergen den Hausrat und Wertgegenstände.

## Hochwasser in Saarbrücken

Ein Donnerstag im Herbst 1981: Wieder Hochwasser im Saartal, aber diesmal höher, so hoch wie es nur alle zehn Jahre einmal auftritt! Schon um 13.00 Uhr steht bei einem Pegelstand von 4,80 Metern die Saarbrücker Stadtautobahn unter Wasser. Um 14.00 Uhr tritt der Katastrophenschutzstab zusammen, um 19.15 Uhr wird Katastrophenalarm ausgelöst. Und das Wasser steigt und steigt; zeitweise bis zu 60 Zentimeter in der Stunde! Um Mitternacht ist bereits ein Pegelstand von 7,84 Metern erreicht, fünf Meter über dem Normalstand.

Mehr als 1200 Helfer von Feuerwehr, THW und Rotem Kreuz rücken zum Einsatz aus, besonders zu den Schwerpunkten in der Saarbrücker Innenstadt, in Fechingen und in Großrosseln.

Schon gleich zu Anfang sind alle THW-Ortsverbände des Stadtverbandes Saarbrücken beteiligt, verstärkt durch Gruppen mit Pumpen aus Merzig, Saarlouis, St. Wendel, Nohfelden, Nonnweiler, Neukirchen, Illingen, Spiesen-Elversberg, Blieskastel-Aßweiler, Theley und Freisen. Insgesamt sind am ersten Tag fast 300 THW-Helfer in zahlreichen Einzelgruppen bei der Arbeit.

Etwa 30 Pumpen sind dort eingesetzt, wo in Kellern oder Wohnungen der Wasserstand niedrig gehalten werden muß, um empfindliche Geräte, elektrische Anlagen oder wertvolle Dinge zu schützen. Natürlich kann bei dem Ausmaß des Hochwassers nur an wenigen kritischen Stellen Hilfe geleistet werden. Wo es notwendig ist, werden diese Arbeiten unterstützt durch Sandsack-Barrieren. Von früh bis spät füllen Helfer Sandsäcke und bringen sie an die Einbaustellen.

Besonders schlimm sieht es in Großrosseln aus. Dort steht das ganze Zentrum meterhoch unter Wasser, und das THW übernimmt mit fünf Booten die Evakuierung der Menschen aus den überfluteten Häusern. Selbst die Zollbeamten am Grenzübergang müssen ihre Diensträume verlassen. Die THW-Boote werden in Großrosseln Verkehrsmittel Nummer 1.

Der Einsatz von Feuerwehr und THW wird vom KatS-Stab in Saarbrücken koordiniert und geleitet. Hier laufen alle Schadensmeldungen zusammen und werden gesichtet. Dann werden unter Berücksichtigung der Gesamtlage und der verfügbaren Kräfte die Einsatzbefehle an die Einheiten gegeben. Ohne die

früher häufig auftretende Hektik arbeitet der Stab jetzt schon recht routiniert. Die Vertreter des THW im Stab, die sich im Zwölf-Stunden-Rhythmus ablösen, haben über Telefon Verbindung mit der Leitstelle in Saarbrücken-St. Arnual.

Der Einsatz der Einheiten, Stärkemeldungen, Lageberichte, alles klappt viel besser und schneller als bei früheren Hochwasserkatastrophen. Aber auch die Helfer draußen zeigen, daß sie bereit sind, sich einzusetzen, und daß sie ihr Handwerk verstehen. Sie beschränken sich nur darauf, den Wasserspiegel niedrig zu halten, solange das Wasser nicht fällt. Und das dauert lange! Ein langsames Absinken um 14 Zentimeter bis Freitagmittag, dann steigt das Wasser erneut an und steht am Freitagabend bis 7,96 Meter, nur etwa ein Meter niedriger als beim letzten großen Hochwasser im Mai 1970.

Die ganze Zeit über stehen jetzt ständig rund 100 THW-Helfer an den eingesetzten Pumpen. In bestimmtem Rhythmus werden sie ausgewechselt und durch frische Kräfte ersetzt. Überall dort stehen sie bereit, wo irreparable Schäden entstehen können oder unersetzbare Güter gefährdet sind.

Erst am Samstagmorgen, als der Hochwasserspiegel langsam, dann immer schneller zu sinken beginnt, kann eine Pumpe nach der anderen abgeschaltet werden. Noch wird eine Anzahl Helfer in Bereitschaft gehalten, aber die Helfer aus dem nördlichen Saarland können abrücken.

Am Samstag um 17.00 Uhr wird der THW-Einsatz beendet. Das Auspumpen von überfluteten Kellern, die sich nicht selbst beim Rückgang des Hochwassers entleeren, kann jetzt von der Feuerwehr allein übernommen werden. Die THW-Helfer können – nach zweitägigem Einsatz – mit dem Gefühl abrücken, durch ihren Einsatz an den Brennpunkten gemeinsam mit den anderen Hilfskräften größere Schäden abgewendet zu haben.

D. M.-P.

## Zehn Jahre THW-OV Spiesen-Elversberg

Doppelten Grund zum Feiern hatte der THW-OV Spiesen-Elversberg: Der Ortsverband feierte sein zehnjähriges Bestehen sowie die offizielle Übergabe der neuen Unterkunft in Spiesen. Das viertägige Festprogramm wurde eingeleitet mit einem Platzkonzert des Spielmannszugs der Freiwilligen Feuerwehr Elvers-



Nach dem Feldgottesdienst zeichnet Hauptsachgebietsleiter Jochum verdiente Helfer des Ortsverbandes aus (von links): Ortsbeauftragter Hans Müller, Gerd Jochum, Klaus Gabel, Thomas Schmitt, Hans-Werner Stoffer, Helmut Ganz, Zugführer Werner Kaufmann und Helfersprecher Gerd Weißgerber.

berg und des Freien Fanfarenzugs Spiesen.

Als Dank für ihr Verständnis für den nicht immer vermeidbaren Lärm bei der Ausbildung der Helfer hatte der Ortsverband am ersten Veranstaltungstag die Anwohner der benachbarten Wohnsiedlung „Am Wildbertsstock“ zu einem Empfang eingeladen. Der Nachmittag gehörte ganz den Kindern. Bei verschiedenen Spielen und Wettkämpfen konnten sie sich nach Herzenslust austoben.

Der zweite Tag stand ganz im Zeichen des Jubiläums und der Unterkunftseinweihung. „Jugend im THW“ hieß das Motto des dritten Veranstaltungstages, zu dem die Schüler der beiden Hauptschulen eingeladen worden waren. Hier stellte das THW zusammen mit der Freiwilligen Feuerwehr, dem Deutschen Roten Kreuz und dem Malteser-Hilfsdienst die Arbeit und Aufgaben der Katastrophenschutzeinheiten sowie die Möglichkeiten der Zusammenarbeit vor. Am praktischen Beispiel demonstrierte die THW-Jugendgruppe den Einsatz im Katastrophenfall.

Zum „Waldfest“ am Nachmittag war die Bevölkerung eingeladen, frohe und gemütliche Stunden beim THW zu erleben.

Ein weiterer Höhepunkt der Festlichkeiten war der ökumenische Feld-Gottesdienst am letzten Tag, in dessen Verlauf die Unterkunft eingeweiht wurde. Anschließend zeichnete in Vertretung des THW-Landesbeauftragten Hauptsachgebietsleiter Gert Jochum verdiente Helfer aus.

Praktische Vorführungen und Bergungsübungen kennzeichneten das Programm am Nachmittag, das in einen bunten Abend mündete und seinen Ausklang in einem „großen Feuerwerk“ fand. H. M.

## Zu Gast bei der Freiwilligen Feuerwehr

Der Löschbezirk der Freiwilligen Feuerwehr Reinheim hatte den THW-OV Illingen zu einer Informationsveranstaltung eingeladen. Der Ortsverband nutzte diese Gelegenheit zur Durchführung eines Zeltlagers mit einer Übungseinlage und Ausstellung aller Geräte und Fahrzeuge des Instandsetzungszugs. Die Kameraden der Feuerwehr waren bei der Vorführung und Erklärung der Ausrüstung interessierte und fachkritische Zuhörer und Zuschauer. Es zeigte sich, wie wichtig das Kennenlernen von Fachdienst zu Fachdienst ist. G. J.

## „Tag der offenen Tür“

Der THW-OV Blieskastel führte unter der Leitung von Ortsbeauftragtem Stolz einen „Tag der offenen Tür“ durch. Hierbei konnten die Unterkunft sowie ein kompletter Bergungszug und die Zusatzausstattung besichtigt werden. Vorführungen aus dem Fachdienst „Bergung“ ergänzten das Programm.

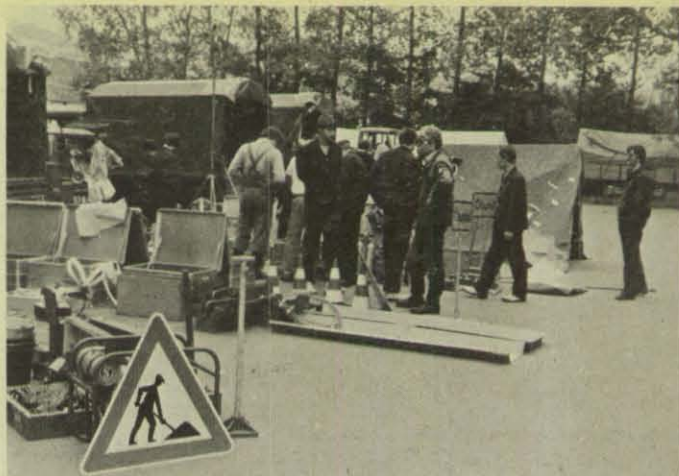
Ein Höhepunkt waren die Vorführungen der Jugendgruppe unter Leitung von Gruppenführer Uhl. Ihre Aufgaben, die Bergung von „Verletzten“ aus Tiefen – als Einweihung des erst kürzlich im ersten Bauabschnitt in Eigenleistung fertiggestellten Trümmergeländes – führten die Jugendlichen gekonnt durch und wurden dafür mit viel Beifall von einigen hundert Zuschauern bedacht. Für das leibliche Wohl der gut besuchten Veranstaltung, an der auch Abordnungen anderer THW-Ortsverbände des Geschäftsführerbereichs teilnahmen, war hervorragend gesorgt.

Kreistagsmitglied Gaa, Regierungsoberamtsrat Martini, Beigeordneter Blatt sowie THW-Landesbeauftragter Günter Faß freuten sich über den gelungenen Tag, zu dessen guten Verlauf auch Ehefrauen und Bräute der Helfer beigetragen hatten. G. F.

## Spaß beim Wasserdienst

Die Jugendgruppe des THW-OV Merzig, geführt vom stv. Ortsbeauftragten Gilbert Braun, hat in ihrem Ausbildungsprogramm den Wasserdienst großgeschrieben. Da der Ortsverband im Rahmen der Wasserdienstplanung im Saarland mit einer Acht-Tonnen-Fähre ausgestattet ist, ist die Heranbildung von Nachwuchskräften im Wasserdienst dringend erforderlich.

Auf dem THW-Übungsgelände an der Mosel wurden die Junghelfer mit dem nassen Element vertraut gemacht. Übungsfahrten mit dem motorgetriebe-



Fachkundig begutachten die Feuerwehrmänner die Geräteausstattung des THW.

nen Schlauchboot brachten bei der praktischen Ausbildung manchen Spaß. Nach kurzer Gewöhnungszeit ging es an die harte Ausbildungsarbeit. Der Motor wurde abgeschaltet, und die Junghelfer mußten zum Stechpaddel greifen. Nach den Kommandos des Ausbilders, Fährenführer Harald Braun, versuchten die Helfer in der Strömung der Mosel das Schlauchboot in die gewünschte Fahrtrichtung zu bewegen. Nach kurzer Zeit stellten die THW-Junghelfer fest, daß das Fahren mit Motorkraft wesentlich leichter ist. H. B.

## THW-Jugendgruppe besuchte Rettungsleitstelle

Im Rahmen ihrer Ausbildung hatte die Jugendgruppe des THW Völklingen die Gelegenheit, die Rettungsleitstelle des Saarlandes beim Winterbergkrankenhaus in Saarbrücken zu besichtigen.

Den ersten Eindruck vom Rettungswesen im Saarland erhielten die Junghelfer im Arbeitsraum der Leitstelle, die Tag und Nacht von mindestens zwei Mitarbeitern besetzt ist. In dieser zentralen Schaltstelle laufen alle eingehenden Notrufe unter der einheitlichen Nummer 110 aus dem ganzen Saarland zusammen. Von hier wird dann der Einsatz der Rettungsfahrzeuge koordiniert, auch der Einsatz des Rettungshubschraubers „Christoph 16“.

Der Funkkontakt der zentralen Leitstelle mit allen Städten und Gemeinden des Saarlandes wird über mehrere Relaisstationen gewährleistet. Um aber die Arbeit leisten zu können, die bei der Vielzahl der Notrufe auf die Mitarbeiter zukommt, steht eine Computeranlage zur Verfügung, die stets mit allen aktuellen Informationen „gefüttert“ wird. Die Anlage ermittelt bei Eingabe der eingehenden Informationen umgehend die am günstigsten postierten Rettungsfahrzeuge. Aufgrund dieser Angaben kann nun über Funk der Einsatzbefehl ergehen, so daß schnelle und fachgerechte Hilfe möglich wird. Alle Gespräche werden mitgeschnitten, um bei Nachfragen den Vorgang nachvollziehen zu können.

Die THW-Junghelfer konnten feststellen, daß die Einsatzkräfte in der Leitstelle auch zu normalen Zeiten nicht über Arbeitsmangel klagen können. Sie brauchen ein großes Maß an Erfahrung, um jede Situation richtig einzuschätzen.

In helle Begeisterung gerieten die Jugendlichen beim Blick in das „Innenleben“ des Computers der Leitstelle. So viel Elektronik war für sie einfach überwältigend. Doch der krönende Abschluß dieses Ausbildungstages war die Besichtigung des Rettungshubschraubers „Christoph 16“ aus nächster Nähe. Einer der Piloten gab der Jugendgruppe technische Erläuterungen und berichtete über seine Aufgabe, den Wettlauf mit der Zeit. M. W.



Nach der Besichtigung ein Gruppenbild vor dem Rettungshubschrauber „Christoph 16“.

## Gasexplosion in Baden-Baden

Wahrscheinlich durch das Versagen der Sicherheitseinrichtungen eines Gasdurchlauferhitzers wurde in Baden-Baden eine Gasexplosion ausgelöst, bei der zwei Frauen verletzt, zwei Wohnungen total zerstört und die anderen sechs Wohnungen in diesem Acht-Familien-Haus mehr oder weniger stark in Mitleidenschaft gezogen wurden.



Als erstes erkundeten die THW-Helfer die Schadenstelle.

Im Einsatz waren die Feuerwehr, das THW, das DRK und der Fuhrpark der Stadt. Die THW-Helfer zogen mit Hilfe des Greifzugs und der Motorwinde des GKW die lose hängenden Mauerteile heraus, steiften die Zwischenwände aus, stützten die Stockwerksdecken ab und trennten einen Ringanker mit dem Brennschneidgerät.

J. Sch.

## Luzerner Zivilschutzbeauftragte im Kreis Esslingen

Mitte November 1981 konnte der THW-Landesverband Baden-Württemberg eine 19köpfige Delegation des Zivilschutzverbandes des Kantons Luzern (Region Ost) im Landkreis Esslingen begrüßen. Untergebracht waren die Schweizer Gäste in der Katastrophenschutzschule des Landes in Neuhausen. Die Betreuung übernahm der THW-OV Kirchheim/Teck, der auch das Programm gestaltet hatte. Im Mittelpunkt des Interesses der Gäste stand die Aus- und Fortbildung der im Katastrophenschutz tätigen Helfer und Führungskräfte in der Bundesrepublik

Deutschland, mit Schwerpunkt auf dem Fachdienst Bergung.

Nach der Begrüßung der Besuchergruppe durch Landrat Dr. Braun und THW-Landesbeauftragten Dipl.-Ing. Rolf Schneider im Landratsamt Esslingen wurde die dortige Befehlsstelle der Katastrophenschutzleitung und der Einsatzleitwagen des Kreises besichtigt. Der Leiter der Landeskatastrophenschutzschule, Kullen, gab eine Einführung in die Organisation des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik und informierte über die Aufgaben der Schule.

Nach dieser Einführung verfolgten die Gäste, die in der Schweiz als „Instruktoren“ für Zivilschutzhelfer tätig sind, eine Bergungsausbildung des THW-OV Kirchheim. Die Lehrvorführung war vom Lehrgruppenleiter an der Landesschule, Lillich, zusammengestellt worden, der den fachkundigen Gästen auch die einzelnen Maßnahmen erläuterte und Fragen beantwortete. Anschließend erhielten die Besucher einen Einblick in die Grundausbildung der Kirchheimer THW-Helfer, speziell in den Bereich „Holzbearbeitung“.

Die Freiwillige Feuerwehr Ochsenwang hatte ihre gemütliche Unterkunft für einen gemeinsamen Abend zur Verfügung gestellt und für die musikalische Umrahmung gesorgt. Die Schweizer Gäste trugen mit einem Sketch ebenso zum Gelingen des Abends bei wie der Verpflegungstrupp des THW-OV Kirchheim, der sich in altbewährter Manier um das leibliche Wohl kümmerte.

Bevor die Gäste zur Rückreise aufbrachen, besuchten sie das Technische Zentrum der Stadt Kirchheim und ließen sich über Aufgaben und Ausstattung des THW-Instandsetzungsdienstes informieren. Bei der Verabschiedung durch THW-Landesbeauftragten Dipl.-Ing. Rolf Schneider und den Kirchheimer THW-



THW-Ortsbeauftragter Gerd Frühling (rechts) erläutert den Gästen die Holzbearbeitung im THW.

Ortsbeauftragten, Gerd Frühling, zeigte sich der Sprecher der Schweizer Delegation, Koch, tief beeindruckt von der

Vielfalt des Erlebten. Er verband seine Anerkennung mit der Hoffnung, daß dies nicht das letzte Treffen gewesen sei und lud die Gastgeber zu einem Gegenbesuch ein.

J. B.

## Bailey-Brücken-Modellbausatz

Über das Bailey-Brückenbaugerät wurde im Zivilschutz-Magazin 12/72 bereits sehr ausführlich berichtet. Damit das THW jederzeit schnell und fachgerecht Ersatzübergänge mit hoher Tragfähigkeit sowie großer freier Stützweite aus diesem vorbereiteten Brückengerät erstellen kann, ist sehr wesentlich, daß die Helfer in der Handhabung des Gerätes gründlich ausgebildet werden und die einzelnen Montagearbeiten beherrschen. Diese Ausbildung wird auf Standortebene bei den THW-Ortsverbänden und an der Katastrophenschutzschule des Bundes – Außenstelle Hoya – durchgeführt.

Vornehmlich für die Ausbildung am Standort ist die Verwendung eines Modellbausatzes aus vielerlei Gründen zweckmäßig. Die THW-Landesleitung Baden-Württemberg regte deshalb bei der obersten Straßenbaubehörde des Landes, dem Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, an, einen derartigen Modellbausatz zu beschaffen. Dieser steht nun den Ortsverbänden des THW, die für den Bailey-Brückenbau über Fachkräfte verfügen, zur Verfügung.

Mit dem Modellbausatz, der sämtliche Bauelemente des Bailey-Gerätes in exakter Verkleinerung im Maßstab 1:6 enthält, können im Unterrichtsraum die verschiedenen Varianten der Brückenmontage äußerst wirklichkeitsnah geübt werden.

Die Helfer des THW-OV Achern haben mit dem Bausatz eine zweiwandige, einstöckige Bailey-Brücke einschließlich dem für die Montage nötigen Vorbau-schnabel während der abendlichen Ausbildung gebaut. Auf einer Brückenlängsseite wurde noch ein Fußgängersteg vorgehängt.

Durch diese Maßnahme – Personen- und Fahrzeugverkehr ist dadurch getrennt möglich – wird die Übergangsleistung erheblich gesteigert.

Durch die Benutzung des Modellbausatzes wird die Ausbildung im Errichten von Behelfsbrücken sehr verbessert. Besonders in der kalten Jahreszeit können mit Hilfe des Modellbausatzes die grundlegenden Einweisungen als Vorstufe für die objektbezogene Ausbildung





Für die Ausbildung am Standort ist der Modellbausatz einer Bailey-Brücke sehr zweckmäßig.

am eigentlichen Gerät vorgenommen werden. Diese Ausbildung erfolgt dann im Regelfall im jeweiligen Brückengerätelager der Straßenbauverwaltung.

Noch zu erwähnen ist, daß der Modellbausatz auch in der Öffentlichkeitsarbeit („Bailey-Brückenbau durch das THW“) großen Anklang findet. Das Fachpublikum ist dabei ganz besonders von der Detaildarstellung beeindruckt. G. K.

### Eine „Schinderei“, die Spaß machte

Nach einem schweren Unwetter wurde ein Holzabfuhrweg in einem steilen Waldgebiet unmittelbar in der Nähe von Schramberg weggespült. Die Erd- und Geröllmassen wurden bis auf eine 150 Meter tiefer liegende Straße heruntergeschwemmt. Nach genauer Untersuchung der Gefahrenstelle kamen Polizei und THW überein, daß der THW-OV Schramberg in zwei Übungseinsätzen Geröllverbauungen und eine Drainage an der Abrutschstelle anbringen sollte.

Beim ersten Einsatz wurden über 16 Meter lange Eichenstämme gefällt und ca. 25 Meter unterhalb des herabgebrochenen Weges mit einer Seilwinde eingezogen. Die übereinandergestapelten Baumstämme wurden mit nebeneinandergestellten Stempeln versehen und mit Weiden verflochten. Mit einem Bagger wurde gleichzeitig der Waldweg bergseitig aufgerissen, so daß eine Drainage eingebracht werden konnte.

Beim zweiten Einsatz wurde dann das Abwasser der Drainage in ein eigens zu diesem Zweck installiertes Fallrohr geleitet. Das Rohr wurde am Hang an Holzpflocken befestigt und dann von oben bis unten eingeschottert. Währenddessen brachten die Helfer 50 Meter unter der ersten eine zweite, kleinere Geröllverbauung an. Zehn Stämme von ca. 25 Zentimeter Durchmesser und einer Länge von acht Metern wurden von Hand an die Verbauungsstelle gebracht und aufeinander geschichtet. Zum Abschluß wurde noch die erste Geröllsperre mit Steinen und Erde aufgefüllt. J. K.

### Naturhöhle gesäubert

Der THW-OV Riedlingen reinigte eine Schachthöhle, die einzige unerschlossene Naturhöhle im Kreis Biberach. Sorgen bei der Säuberung bereitete der schmale Einstieg von etwa 1,5 mal 1,5 Metern und die Höhlentiefe von ca. zehn bis zwölf Metern. Aber für die gut ausgerüsteten Helfer, die mit Seilzug, Materialtonne und vielen weiteren technischen Geräten ausrückten, war das Problem bald gemeistert. Daß sich in den Jahren viel Unrat in der Höhle ge-



Nur eine kleine Öffnung führt in die Naturhöhle hinab.

sammelt hat, bewies ein voller Anhänger, den das THW anschließend abfahren mußte. Nach der Arbeit wurden die THW-Helfer von Landrat Dr. Steuer zu einer Vesper eingeladen. J. B.

### Wintereinbruch erforderte THW-Einsätze

Die Helfer des THW-OV Biberach hatten keinen beschaulichen ersten Advent-Sonntag: Mehrmals mußten sie an diesem Tag in den Einsatz. Der frühe Wintereinbruch mit Regen und großen Mengen Naßschnee forderte seinen Tribut. In Unterharmersbach geriet eine Pkw-Fahrerin mit ihrem Wagen von der Fahrbahn ab und stürzte in den Harmersbach. Glücklicherweise blieb die Fahrerin unverletzt, das Fahrzeug wurde vom THW geborgen.

Zu einem schweren Unfall wurden die Helfer von DRK und THW in die Schotenhöfe gerufen. Im Benedikt-Heim hatte der Freiburger Domchor geprobt, gegen 15 Uhr brach Domkapellmeister Raimund Hug die Proben ab und bat die Chormitglieder, wegen des schlechten Wetters lieber den Heimweg anzutreten. Eine Pkw-Kolonne setzte sich darauf in Marsch. Da brach unter der Schneelast eine Tanne zusammen und fiel auf einen vorbeifahrenden Wagen. Die Fahrerin des vorausfahrenden Wagens stieg aus

und wollte den Insassen des eingeklemmten Fahrzeugs zu Hilfe kommen. In diesem Augenblick brach ein weiterer Baum unter seiner Schneelast zusammen und begrub die junge Frau unter sich. Sie konnte erst geborgen werden, nachdem sich das THW buchstäblich zur Schadenstelle durchgekämpft und die Zufahrt freigeschnitten hatte. Die junge Frau erlitt so schwere Kopfverletzungen, daß im Zeller Krankenhaus nur noch ihr Tod festgestellt werden konnte.

Eine weitere junge Frau erlitt durch diesen Unfall einen so starken Schock, daß sie vom THW mit einer Bergungsschlepe über einen Kilometer weit zu Tal getragen werden mußte.

Aufregung gab es auch um die Beifahrerin der verunglückten jungen Frau, sie hatte nach dem Unfall Hilfe holen wollen und war nicht mehr aufgetaucht. Die Helfer suchten bis zum Einbruch der Dunkelheit die Umgebung ab, da man befürchtete, sie habe sich im Schneetreiben verirrt. Später erfuhren die Helfer, daß diese auch unter Schock stehende Frau von einem Pkw-Fahrer nach Hause gebracht worden war. Sch.

### Deckenabstützungen im Gymnasium

Für die 730 Schüler des Suso-Gymnasiums in Konstanz wäre ein Traum fast in Erfüllung gegangen, für die Verantwortlichen ist aber ein Alptraum vorläufig vorüber. Das vor dem Ersten Weltkrieg erbaute Gymnasium zeigte in den vergangenen Jahren immer wieder Deckenrisse. In der letzten Zeit waren die



Insgesamt haben die THW-Helfer 220 Stützen eingezogen.

Risse immer stärker geworden. Ein hinzugezogenes Ingenieur-Büro für Bau- statik überprüfte die Standfestigkeit des Gebäudes und stellte fest, daß ein leichtes Erdbeben oder eine schnelle Räumung der Schule Einsturzgefahr bedeuten würden.

Der THW-OV Konstanz wurde um Hilfe gebeten und sagte zu. An einem Samstag ging es um 4.00 Uhr morgens los: 220 Stützen wurden eingezogen. Die Arbeit wurde durch ein abgehängtes

Tonnengewölbe erschwert. Durch diese Scheindecken mußte erst eine Aussparung gestemmt werden, um die Stützen bis zur tragenden Decke durchzuführen. Um 18.00 Uhr war die Arbeit beendet. Der Schulbetrieb wurde nicht unterbrochen.

Einige Tage später besichtigte der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Lothar Späth, das Suso-Gymnasium und begutachtete auch die gute Arbeit des Konstanzer THW. Sch.

## THW-Übung mit Wettbewerbscharakter

Im Herbst vergangenen Jahres fand in Wiesloch eine Übung aller fünf THW-Ortsverbände des Rhein-Neckar-Kreises statt, die in ihrer Aufgabenstellung ein Novum darstellte.

Abweichend vom Üblichen entschloß sich die THW-Führung, eine bewertete Übung mit dem Hauptthema „Grundausbildung“ durchzuführen. Es sollten insgesamt neun Gruppen aus den Ortsverbänden Eberbach, Ladenburg, Neckargemünd, Sinsheim und Wiesloch einfache, aber von jedem Helfer zu beherrschende Aufgaben lösen.

Im einzelnen durchliefen die Gruppen einen Parcours mit fünf Aufgaben zu den Themen „Heben schwerer Lasten“ (Dreibock), „Metallbearbeitung“, „Holzbearbeitung“, „Stiche und Bunde“ und „Notbeleuchtung“. Jede übende Grup-

pe wurde von einem Schiedsrichter überwacht, der gleichzeitig auch Daten für die Auswertung auf speziell für diese Übung entwickelten Auswertungsbögen aufnahm. Die Einteilung der Gruppen und Schiedsrichter übernahm die sogenannte Einsatzleitung, die auch für den zeitlichen Ablauf der Übung verantwortlich war. Die Übungsleitung erstellte nach Beendigung aller Aufgaben für jede übende Gruppe eine Art Abschlußbericht, aus dem Schlüsse über den Ausbildungsstand der Gruppe gezogen werden.

Die Übung hat beispielsweise gezeigt, daß einigen Helfern der einfache Ankerstich unbekannt ist oder daß bei falscher Belastung ein Dreibock aus Rundhölzern (10 cm) umfallen kann. Diese Fehler –

ebenso wie der manchmal beobachtete etwas großzügige Umgang mit den Sicherheitsbestimmungen – wären vielleicht bei einer „normalen“ Übung ohne Wettbewerbscharakter nicht aufgetreten. Doch sollten die Helfer auch in Streßsituationen einfache Arbeiten gut ausführen können.

Der Erstplatzierte bei dieser Übung, die Gas/Wasser-Gruppe des Ortsverbandes Neckargemünd, errang 341 Punkte, die meisten Gruppen erhielten um die 270 Punkte und der Letztplatzierte 205 Punkte. K. B.

## Nachruf

Im Alter von 83 Jahren verstarb am 13. Dezember 1981 der frühere Kreis- und Ortsbeauftragte des THW-OV Freiburg

### Willy Jäger

Jäger gehörte zu den Männern der ersten Stunde im THW. Nach Aufbauleistungen und Einsätzen in der Technischen Nothilfe, der er bereits seit dem Jahre 1919 angehörte, wurde Jäger 1950 THW-Helfer im neu gegründeten Ortsverband Freiburg. Schon ein Jahr später wurde er zum Ortsbeauftragten bestellt und leitete den Ortsverband Freiburg bis 1974. An den Gründungen anderer Ortsverbände in Baden-Württemberg war der Verstorbene maßgeblich beteiligt.

Seine ausgezeichneten Kontakte, die Jäger als Stadtrat von Freiburg zu den Behörden und Institutionen hatte, waren in dieser Aufbauphase des THW von unschätzbarem Wert.

Als Orts- und Kreisbeauftragter für Freiburg stellte Jäger seine langjährige Erfahrung in den Dienst des THW und schuf auf diese Weise eine solide und tragfähige Grundlage für eine weitere erfolgreiche Arbeit seiner Nachfolger.

Besonders hervorzuheben ist seine Initiative zu einem „Tag des freiwilligen Helfers“, den Jäger im Jahre 1955 unter Beteiligung aller Hilfsorganisationen ins Leben rief. Die Veranstaltung wird seitdem in regelmäßigen Abständen in Freiburg durchgeführt und hat in vielen Städten inzwischen Nachahmung gefunden.

Für seine großen Verdienste um das THW wurde Jäger das THW-Ehrenzeichen in Gold verliehen.

Das THW wird ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Direktor der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk

Der Landesbeauftragte für Baden-Württemberg



Zu den Wettkampfaufgaben gehörte das Aufstellen eines Dreibocks ...



... sowie das Herstellen einer Überplattung.

## Eine nicht alltägliche Hilfeleistung

Ende November wurde den Helfern des THW-OV Starnberg eine interessante Aufgabe angeboten, bei der vor allem die Atemschutzgeräteträger zum Einsatz kommen sollten.

Im Jahre 1867 entdeckte man in Gaunting bei der Suche nach Wasser die damals stärkste Schwefelquelle im ehemaligen Deutschen Reich. Diese Quelle wurde bis 1905 für Heilzwecke genutzt. Nach 1905 geriet die Quelle in Vergessenheit. Der Brunnen wurde erst im Jahre 1981 bei Umbauarbeiten in einem Haus wieder aufgefunden. THW-Helfer sollten nun den ca. 25 Meter tiefen und aus Ziegeln gemauerten Brunnenschacht erforschen.

Zur ersten Erkundung wurde der Brunnen mit einem 1000-Watt-Scheinwerfer ausgeleuchtet. Am Grunde sah man Wasser spiegeln, der direkte Zugang zum unteren Teil des Brunnens wurde jedoch durch ein querstehendes Teil versperrt. Da nicht bekannt war, ob im Brunnenschacht Sauerstoff vorhanden war, arbeitete sich ein Atemschutzgeräteträger, am Rollgliss-Gerät hängend, bis zu der Sperre vor. Mit dem Atemschutzgerät blieb dem Helfer nicht viel Bewegungsfreiheit, um das Hindernis an einem zweiten Rollgliss-Gerät zu befestigen.

Nachdem der Helfer wieder aus dem Schacht gezogen worden war, sollte das



Abstieg in die Dunkelheit: Erkundung des 25 Meter tiefen Brunnenschachtes.

Heben des sperrigen Teils – ein alter Holzbalken – beginnen. Nach kurzer Anstrengung erledigte sich das Problem aber von selbst; das Holz war durch die Feuchtigkeit im Laufe der Jahre so morsch geworden, daß es unter dem Zug des Hubseils einfach zerbrach und in das etwa sechs Meter tiefer liegende Wasser fiel. Erst jetzt konnte man sehen, daß im Wasser noch ein weiteres, rundes Teil steckte.

Wiederum mußte ein Helfer mit Atemschutz abgelassen werden, um die untere Brunnenregion auf Stabilität des Mauergefüges zu untersuchen und um das zweite Holzteil am Zugseil zu befestigen. Recht zäh löste sich das Teil aus dem Wasser und dem darunter befindli-

chen Schlamm. Als die Oberkante des Schachtes erreicht war, konnten die Helfer sehen, daß es sich hier nicht nur um einen alten Baumstamm handelte, sondern daß sie einen Teil einer alten Wasserleitung geborgen hatten; der Baumstamm war nämlich axial durchbohrt und zeigte Bearbeitungsspuren.

Der Stammabschnitt, der sich im Wasser und im Schlamm befunden hatte, war erstaunlich gut erhalten. Da der Brunnen nach dem Umbau des Hauses in einem Kellerraum endete, konnte das ca. sechs Meter lange Holzstück nicht senkrecht aus dem Brunnen gezogen werden, sondern mußte vorsichtig und abschnittsweise geborgen werden.

C. D. M.

## THW-Ehrenzeichen für Wilhelm Heilmann

25 Jahre war Wilhelm Heilmann Ortsbeauftragter des THW-OV Bayreuth, nun legte er sein Ehrenamt in jüngere Hände, bleibt aber weiterhin THW-Kreisbeauftragter. Heilmann nahm bei seiner Amtsübergabe aus den Händen von THW-Direktor Dipl.-Ing. Hermann Ahrens in Anwesenheit vieler Ehrengäste die höchste THW-Auszeichnung – das Ehrenzeichen in Gold – in Empfang. Ahrens hob in seiner Laudatio hervor, daß mit der Verleihung des THW-Ehrenzeichens die Verdienste eines Mannes gewürdigt werden, der zu den herausragenden Führungskräften im THW gehöre. Heilmann habe sich in außerordentlich intensiver Arbeit für die Fortentwick-

lung seines Ortsverbandes eingesetzt und seine Helfer stets zu höchsten Leistungen angehalten. Sein besonderes Anliegen sei es gewesen, die Ausbildung der Helfer immer weiter zu verbessern, um dadurch einen hohen Leistungsstand zu erreichen. Kleine und große Einsätze hätten den Erfolg seiner Bemühungen sichtbar unter Beweis gestellt.

Ahrens hob auch den vorbildlichen Einsatz Heilmanns beim Ausbau der Unterkunft des Ortsverbandes hervor. Viele Stunden seiner Freizeit habe er dafür aufgewendet und damit den Helfern ein nachahmenswertes Beispiel gegeben.



THW-Ortsbeauftragter Heilmann (3. von rechts) im Kreis seiner Führungsmannschaft.

## Stromerzeuger für THW-OV Starnberg

„Ab nach Kassel“ hieß es Mitte November vergangenen Jahres für einige Führungskräfte und Fahrer des THW-OV Starnberg. Der Landkreis Starnberg hatte im Frühjahr 1981 einen eigenen Stromerzeuger bestellt, ein Aggregat, das, durch einen Dieselmotor angetrieben, eine elektrische Leistung von 61 kVA erzeugt.

Da die Betreuung des Notstromaggregats durch Helfer des THW-OV Starnberg erfolgen sollte, übernahm es der Ortsverband, den Stromerzeuger bei der Herstellerfirma in Kassel abzuholen. In zweitägiger Fahrt erfolgte die Überführung des zweiachsigen Lkw-Anhängers mit dem montierten, geräuschisolierten „Kraftwerk“. Nach der Übergabe des Gerätes an das THW durch Landrat Dr. Rudolf Widmann wiesen Techniker der



Landrat Dr. Rudolf Widmann (rechts) händigt THW-Orts- und Kreisbeauftragten Dieter Wimmer den Schlüssel für das Notstromaggregat aus.

Isar-Amper-Werke die THW-Helfer der Elektro-Gruppe in die Technik der Leitungsnetzeinspeisung über eine Transformatorstation ein.

Das Aggregat, das vornehmlich bei großflächigen Stromausfällen eingesetzt werden soll, ermöglicht es durch eine Synchronisierungseinrichtung, mit weiteren Stromerzeugern parallel geschaltet zu werden, um so auch größere Leistungen erzeugen zu können. C. D. M.

## Dreißig Jahre THW-OV Augsburg

Vor dreißig Jahren haben 25 Helfer den THW-OV Augsburg aus der Taufe gehoben. Was damals mit ein paar Schaufeln, Hacken und einem Schubkarren begonnen wurde, hat sich inzwischen zu einer einsatzfähigen Truppe entwickelt. Den mittlerweile über 260 Helfern, die in einem Instandsetzungszug und fünf Bergungszügen organisiert sind, stehen heute 26 Fahrzeuge zur Verfügung.

Daß es für die Helfer keine Pause gibt, zeigte auch und gerade die Geburtstagsfeier am 13. November 1981. Trotz eines Empfangs durch Oberbürgermeister Hans Breuer mußte der 5. Ber-



Oberbürgermeister Hans Breuer (Mitte) übergibt THW-Ortsbeauftragten Norbert Rother zwei Funkalarmempfänger.

gungszug des Ortsvereins ausrücken: Ein Lkw war auf der Autobahn umgestürzt und es galt, die Ladung zu bergen.

In seiner Ansprache würdigte der Oberbürgermeister die Arbeit des THW und wies darauf hin, daß die Organisation ein unverzichtbarer Bestandteil des Katastrophenschutzes der Stadt sei. Das THW habe, so der Oberbürgermeister, seine gute Arbeit auch im Einsatz für gemeinnützige Zwecke unter Beweis gestellt. Ortsbeauftragten Norbert Rother überreichte Oberbürgermeister Breuer als Geburtstagsgeschenk zwei Funkalarmwecker.

Der Feierstunde vorangegangen war eine Selbstdarstellung des THW-OV Augsburg. Auf den Plätzen der Innenstadt ließen sich die Helfer bei der Arbeit über die Schulter schauen. Vorgeführt wurden die zahlreichen Einsatz- und Arbeitsmöglichkeiten. Die Palette der Demonstrationen reichte vom Abseilen mit dem Rollgliss-Gerät über Bergung „Verletzter“ aus Unfallautos mit Hilfe der Rettungsschere bis hin zu Arbeiten des Instandsetzungszugs.

Bei so viel Interessantem für die Erwachsenen kamen auch die Kinder nicht zu kurz. Für sie hatte das THW einen Spielplatz aufgebaut und betrieben.

Den Abschluß der Festwoche bildete eine Veranstaltung in der Augsburger Stadiongaststätte.

H. P.

## THW-Einsatz nach Schneefall

Obwohl man sich beim THW-OV Hof für die Adventszeit bereits auf etwas mehr Ruhe und Beschaulichkeit eingestellt hatte, begann der Dezember mit einem Paukenschlag: Im ganzen Land hatte es stark geschneit. Die Einsatzzentrale der Polizeidirektion Hof war über die zusätzlich am 1. und 4. Dezember gefahrenen THW-Schichten sehr dankbar, galt es doch, drohende Straßensperrungen durch sturzgefährdete Bäume und liegengebliebene Kraftfahrzeuge abzuwenden. Die altbewährte THW-Einsatzcrew entledigte sich der erteilten Aufträge in gewohnter Manier.

Am zweiten Adventssonntag läutete um 9.15 Uhr beim THW-Ortsbeauftragten das Telefon: Ein mit 11000 Litern Milch beladenes Tankfahrzeug war in der Nähe von Hof infolge Schneeglätte in einen Teich gerutscht. Die Polizei bat das THW um Hilfe bei der Bergung des Fahrzeuges und um Beseitigung eventuell auslaufenden Treibstoffs. Außergewöhnlich viele sonntägliche Zuschauer gaben „gute Ratschläge“, als durch die Saug- und Druckschläuche diesmal frische Milch in einen bereitgestellten Tankanhänger floß.

Gegen Mittag wurde zusätzlich die Feuerwehr angefordert, da für die Lkw-Bergung die Trossen der beiden schweren Kräne auch „wasserseitig“ angeschlagen werden mußten, der THW-OV Hof sein Boot wegen der labilen Eisdecke auf dem Teich jedoch nicht einsetzen konnte und man auf das Schlauchboot der Feuerwehr Hof zurückgreifen mußte. Als gegen 17.00 Uhr der Lastwagen wieder auf dem Damm stand, war noch die Böschung abzusichern, einige Sack Ölbinder wurden vorsorglich ausgestreut.

Bereits zwei Tage später beseitigte die THW-Mannschaft im Auftrag der Polizei rund 25 Bäume, die die Bundesstraße 2 bei Münchberg blockierten.

Die Führung des Ortsverbandes hatte für Samstag, den 12. Dezember 1981, eine Einsatzgruppe zur Unterstützung des seit Tagen im Einsatz befindlichen THW-OV Kronach zusammengestellt. Die Helfer sollten Schnee von Fabrikdächern im Frankenwald schaufeln, um drohender Einsturzgefahr vorzubeugen.

Am Freitag schließlich schrillten gegen 20.15 Uhr die Funkalarmempfänger. Auf dem Flugplatz Hof-Pirk war ein Flugzeug vom Typ „Piper Navayo“ einer finnischen Fluggesellschaft in dichtem Schneetreiben beim Start von der Rollbahn abgekommen und seitlich in den Schnee gerast. Glücklicherweise kamen alle acht Insassen mit dem Schrecken davon. Die Beschädigungen an Tragflächen und Fahrwerk waren erheblich. Nach Freigabe der Maschine durch das Luftfahrt-Bundesamt wurde sie von den THW-Helfern geborgen. In sicherem Abstand war eine Beleuchtung aufgebaut worden. Das Umpumpen des Flugbenzins hatte wegen der tiefen Temperaturen und des starken Windes etwas von seiner Gefährlichkeit verloren, trotzdem mußten außergewöhnliche Sicherheitsmaßnahmen gegen eventuelle Funkenbildung ergriffen werden. Flugleitung, Polizei, Pilot und Flugplatzfeuerwehr leisteten tatkräftige Unterstützung. Weit nach Mitternacht hing die drei Tonnen schwere, zweimotorige Maschine endlich am Haken des Kranfahrzeugs und konnte langsam in die Halle befördert werden.

H. K.

## Elektronische Sirenen für den Warndienst

Am 17. Dezember 1981 begann für den Warndienst ein neues Kapitel:

An diesem Tage wurde in Hambrücken die erste Anlage mit fünf neuartigen elektronischen Sirenen öffentlich in Betrieb genommen. Damit ist der Warndienst dem Ziel, den Aufbau eines leistungsfähigen Warnnetzes abzuschließen, mit dem die Bevölkerung der Bundesrepublik vor den Gefahren eines Verteidigungsfalls rechtzeitig, umfassend und gut verständlich gewarnt werden kann, ein deutliches Stück nähergekommen.

Ein Blick zurück auf die bisherige Entwicklung veranschaulicht wohl am besten die Bedeutung dieser neuen Generation von Warngeräten: Als der Warndienst in der Bundesrepublik aufgebaut wurde, griff man zunächst zurück auf die bereits im Zweiten Weltkrieg bewährte und noch heute nahezu unveränderte Elektrosirene. Diese bezieht ihre Antriebsenergie aus dem öffentlichen Stromnetz. Falls dieses durch äußere Einwirkungen zum Erliegen kommt, ist auch das Sirenenetz nicht mehr funktionsfähig.

Ein erster Schritt, diese Abhängigkeit zu beseitigen, war Anfang der 60er Jahre die Beschaffung mobiler Elektrosirenen mit eigener Stromversorgung. Ihre Aufgabe, bei Ausfall der Stromversorgung die Funktionsfähigkeit des Warnnetzes aufrecht zu erhalten, vermochten diese Geräte aufgrund geringer Stückzahl und begrenzter Lautstärke in Verbindung mit noch unzureichender Beweglichkeit nur bedingt zu erfüllen.

Ein großer Fortschritt waren dann die mit Prebluft unabhängig vom Stromnetz betriebenen Hochleistungssirenen, mit denen eine Fläche von mehreren Quadratkilometern beschallt werden kann.

Mit fortschreitendem Aufbau des Warnnetzes zeigte sich aber, daß es an einem netzunabhängigen Warngerät für kleinstmögliche Beschallung mangelte. Auf Anregung des Bundesamtes für Zivilschutz wurde von einigen Fachfirmen der Bau eines solchen leistungsfähigen Warngeräts auf der Basis bereits entwickelter und auf dem Elektromarkt vorhandener Bauteile in Angriff genommen.

Als Ergebnis dieses Projekts entstand die in Hambrücken erstmals im Rahmen eines Pilotprojektes aufgebaute elektronische Sirene. Bei diesem Warngerät

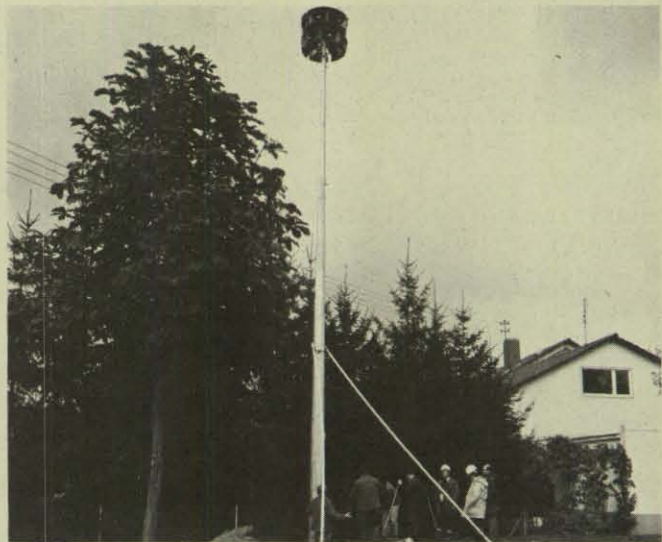
wird das Warnsignal elektronisch durch Tongenerator und Verstärker erzeugt und über mehrere, je nach umliegender Bebauung unterschiedlich angeordnete Lautsprecher abgestrahlt. Außerdem besteht die Möglichkeit, Sprachdurchsagen über Mikrofon, vorbereitete Tonbänder oder Funk durchzuführen. Die Eingabe über Mikrofon erfolgt dabei entweder zentral oder am Steuerschrank der einzelnen Sirene. Zu Testzwecken kann überdies jedes gespeicherte Signal auch mit geringer Lautstärke abgestrahlt werden.

Der Aufbau der elektronischen Sirene ist denkbar einfach. Sie besteht aus einem Schaltschrank mit Tongenerator, Endstufe(n), Netzteil und Notstromversorgung – dies in Baustein-Einschubtechnik – und einer Lautsprechergruppe. Anzahl und Anordnung der Lautsprecher richten sich nach den örtlichen Gegebenheiten. Hierdurch wird eine Anpassung der Schallverteilung an Bebauung, Ortsgrenzen, Bodenwellen, vorherrschende Windrichtung und andere spezifische Einflüsse erzielt.

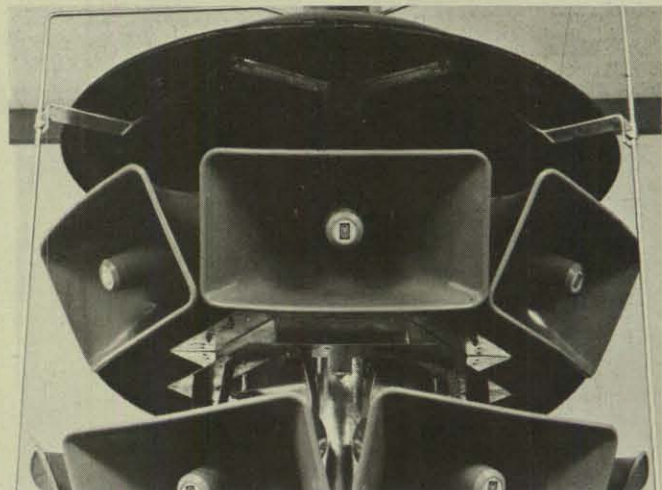
Die Energieversorgung wird durch eine eingebaute, automatische Notstromversorgung sichergestellt, die bei Netzausfall ausreichend Energie für zwanzig volle Alarme liefert. Die wartungsfreien Akkumulatoren werden vom Stromnetz ständig nachgeladen. Durch das Fehlen beweglicher Teile ist die Anlage extrem wartungsarm.

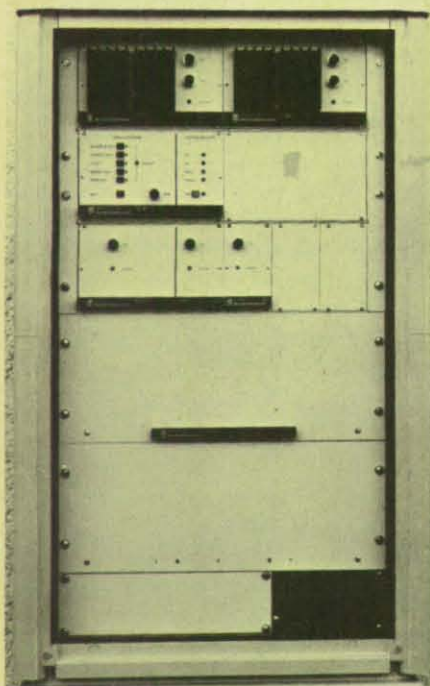
Erste Schallmessungen in Hambrücken ergaben, daß die mit einer Leistung von 500 bzw. 1000 Watt – je nach Lautsprechergruppe – abgestrahlten Warnsignale in ihrer Qualität und Reichweite über den von Elektrosirenen bekannten Standard deutlich hinausragen. Die Sprachdurchsagen waren mit wenigen Einschränkungen – durch starke Windeinwirkung und standortbedingt – gut verständlich. Eine Repräsentativumfrage unter der Bevölkerung ergab sehr gute bis zufriedenstellende Verständlichkeit in fast allen Ortsbereichen. Bei erforderlichen Detailinformationen, die nur verbal gegeben werden können, wie z. B. Einzelheiten einer A-Warnung, ist dies von großem Vorteil.

Die Lautsprechergruppe auf einem Sirenenmast.



Die Anzahl und Anordnung der Lautsprecher richtet sich nach örtlichen Gegebenheiten.





Der Schaltschrank der elektronischen Sirene.

Neben dem Projekt Hambrücken wurden weitere vier Sirenen in Zaisenhausen (Landkreis Karlsruhe) und eine Sirene in Rottenburg (Landkreis Tübingen) installiert. Auch in Bayern sind zehn elektronische Sirenen im Aufbau befindlich.

Damit ist ein Anfang gemacht, auch auf dem Gebiet der örtlichen Einrichtungen des Warndienstes die Neuerungen der Elektronik zu nutzen, um das Warnnetz sicherer, wartungsärmer und kostengünstiger zu machen.

W. P.

Welf König

## Warnamt VIII seit 20 Jahren einsatzbereit

Zwölf Jahre in Rottenburg –  
Überblick über die generelle  
Entwicklung des Warndienstes

(Fortsetzung aus Heft 12/81)

**1971.** Die im April vom BzB herausgegebene Richtlinie für die Einrichtung von Auslösebereichen mit Fernastgeräten verbessert die Möglichkeit, gezielt auf tatsächlich gefährdete Gebiete Warnungen auszusprechen und dafür zu sorgen, daß notwendiger Alarm örtlich ausgelöst wird (vgl. 1976).

Zum Jahresende waren 12358 Warnstellen an das Warnnetz angeschlossen.

**1971/72** wurden Weisungen erlassen und erste Beschaffungsmaßnahmen durch das BzB durchgeführt für den Bau von Kartenaufsichtsplätzen in den Warnämtern.

**1972/73** ergingen um die Jahreswende die Weisungen des BzB zur Planung, Erkundung und Aufstellung eines Netzes von warndiensteeigenen, halbautomatisch arbeitenden, unbemannten Meßstellen (WDMSt). Diese haben das vorgesehene bemannte Beobachtungs- und ABC-Meßstellennetz (BAMSt) des Katastrophenschutzes (KatS) sinnvoll zu ergänzen. Ziel des WD war es, insgesamt 1000 derartiger WDMSt netzartig über das ganze Gebiet der Bundesrepublik Deutschland aufzubauen.

58000 Sirenen und 12345 Warnstellen sind bei Jahresende an das Warnnetz angeschlossen.

**1974** wurde ab 1. Januar die bisherige Bezeichnung „Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz“ geändert in „Bundesamt für Zivilschutz“ (BZS).

**1975** waren mit Stand Ende Dezember 58771 Sirenen und 12760 Warnstellen an das Warnnetz angeschlossen.

**1976** wurde am 9. August durch die Bekanntmachung der Neufassung des Gesetzes über den Zivilschutz (ZSG) das bisher geltende „Erste Gesetz über Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung“ von 1957 ersetzt (BGBl. I Nr. 99 vom 14. 8.). Die rechtlichen Grundlagen für den Warndienst sind auch hier im § 7 enthalten, die Anschlußpflicht lebens- und verteidigungswichtiger Betriebe an den Warndienst regelt § 8.

Mit Stand Ende September resp. Dezember waren 59315/59705 Sirenen und 12532/12507 Warnstellen an das Warnnetz angeschlossen.

Die Verringerung der Warnstellenteilnehmer gegenüber dem Vorjahr war eine unmittelbare Auswirkung der Verwaltungs- und Kreisreform in den Bundesländern. Durch diese Reform wurde die Zahl der bisher selbständigen Gemeinden erheblich verringert, wodurch sich damit auch die Zahl der bisherigen Bedarfsträger verminderte (vgl. 1970).

**1977.** Als Sirenensignale bestanden in den 70er Jahren:

- im Verteidigungsfall
  - Luftalarm – eine Minute Heulton
  - ABC-Alarm – zweimal unterbrochener Heulton von einer Minute, nach 30 Sekunden Wiederholung
  - Entwarnung – eine Minute Dauerton
- im Frieden
  - Feualarm – eine Minute zweimal unterbrochener Dauerton
  - Katastrophenalarm – Signal für Feualarm, nach 12 Sekunden Pause-Signal Entwarnung

**1978** erging im September die Verfügung zur künftig einheitlichen Bezeichnung für Fernastgeräte (Fachd. Wsg.

WD Nr. 5/78). Hiernach werden die Fernastgeräte künftig unterschieden nach

- vorgeordneten
- nachgeordneten
- eigenständigen (vgl. 1971).

Nach jahrelangen Vorarbeiten erfolgte nunmehr die endgültige Weisung zum Beginn des Baues der Kartenanlagen für Einsatzleiter und Verbindungsführer (Fachd. Wsg. WD Nr. 5/78). In diesem Jahr erging auch die Weisung zur verbesserten räumlichen Ausgestaltung und Unterbringung der WDLMSn (Fachd. Wsg. WD 6/78, vgl. auch 1961).

Ende Dezember waren an das Warnnetz 60972 Sirenen und 12152 Warnstellen angeschlossen.

In der DDR tragen seit Januar die Offiziere und Unteroffiziere der Zivilverteidigung (ZV) (vgl. 1970) eine steingraue Uniform mit violetter Paspellierung auf Schulterstücken und -klappen, Kragenspiegel und Ärmelpatten, an Waffenrock und Hose weiße Biesen. Leiter ist der Minister des Innern und Chef der Volkspolizei. Obwohl dem Minister des Innern unterstehend, ist die ZV einschließlich Warndienst militärisch straff gegliedert und wird entsprechend geführt.

**1979** waren in der Bundesrepublik an das Warnnetz angeschlossen: 61511 Sirenen und 12170 Warnstellen.

Die Sirenensignale umfassen nun:

- im Verteidigungsfall
  - Luftalarm
  - ABC-Alarm
  - Entwarnung
- im Frieden
  - Feualarm
  - Rundfunkgeräte einschalten und auf Durchsagen achten – eine Minute Heulton.

Mit dieser Arbeit wurde versucht, einen geschichtlichen Überblick über die Entwicklung des Warndienstes in Deutschland im Frieden, Ersten Weltkrieg, der Nachkriegszeit, vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg zu geben. Die Darstellung erhebt in keiner Weise den Anspruch auf Vollständigkeit. Besonders fehlen nähere Angaben über die Entwicklung in der DDR (vgl. unter 1958).

Es war auch nicht die Absicht des Verfassers, einen umfassenden Bericht über den Warndienst in der Bundesrepublik Deutschland zu geben.

Dennoch mag demjenigen, der sich mit dem Warndienst als einer wichtigen humanitären Aufgabe im Rahmen des Zivilschutzes befaßt, klar werden, wie seit dem Erscheinen von Fluggeräten verantwortungsbewußte Persönlichkeiten und dafür berufene Stellen sich Gedanken machten, die von dieser Entwicklung besonders bei kriegerischen Verwicklungen bedrohte Bevölkerung zu warnen.



Deutsches Rotes Kreuz beschloß zusätzliche Hilfsmaßnahmen

## DRK-Aktion „Ihr Paket für Polen“ gestartet

DRK-Präsident Bargatzky bittet die Bundesbürger um Unterstützung

Das Deutsche Rote Kreuz will seine humanitären Hilfsaktionen in den nächsten Wochen und Monaten aufgrund der unveränderten, äußerst schwierigen Lebensbedingungen in Polen intensivieren. Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Staatssekretär a. D. Walter Bargatzky, rechnet damit, „daß noch über Monate hinaus Spenden nach Polen fließen müssen, um die angespannte Versorgungslage, die nicht zuletzt durch die winterlichen Bedingungen entstanden ist, zu entschärfen.“ „Wenn die Bundesbürger langfristig der notleidenden Bevölkerung helfen wollen“, so erklärte der DRK-Präsident am 19. Januar 1982 vor der Bonner Presse, „dann sollten sie doch bitte die neue DRK-Aktion: „Ihr Paket für Polen“ unterstützen.

Das Deutsche Rote Kreuz startete eine bundesweite Aktion unter dem Motto „Ihr Paket für Polen“. In Bonn wurde von DRK-Mitarbeitern ein Standardpaket im Wert von DM 50 der Öffentlichkeit vorgestellt, das von den Bundesbürgern gepackt und an die DRK-Kreisverbände übergeben werden soll. Die Kreisverbände bringen diese Pakete kostenlos in Sammeltransporten nach Polen, wo sie in Zusammenarbeit mit dem Polnischen Roten Kreuz an die Bevölkerung ausge-

geben werden. Mit dem Inhalt des nachstehend aufgeführten Paketes kann einer vierköpfigen polnischen Familie zwei Wochen lang das Leben erleichtert werden:

1 Tube Zahnpasta (67,5 ml), 1 Stück Seife (150 g), 1 Flasche Shampoo (200 ml), 1 Paket Vollwaschmittel (600 g), 1 Dose Pflanzenöl (600 ml), 2 Becher Margarine (à 500 g), 2 Dosen Kondensmilch (à 340 g), 1 Dose Kakaostrunk (400 g), 2 Tafeln Schokolade (à 100 g), 4 Dosen Wurst (à 125 g), 1 Dose Schweinefleisch (300 g), 1 Dose Rindfleisch (300 g), 2 Dosen Frühstücksfleisch (à 340 g), 2 Dosen Fischkonserven, 3 Beutel Fertigsuppen, 1 Paket Bouillonwürfel, 1 Paket Stärkemehl, 1 Paket gemahlener Kaffee (500 g), Zitronenessenz (75 ml), 1 Paket Zucker (1 kg), 1 Beutel Mischobst (250 g), 1 Paket Haferflocken (500 g), 1 Paket haltbarer Käse (200 g). Als zusätzliche Beigabe werden empfohlen: 500 g Traubenzucker, 1 Beutel Bonbons, 2 Päckchen Puddingpulver, 1 Paket Streichhölzer, 1 Paket Haushaltskerzen, 1 Paket Rasierklingen.

Der gesamte Inhalt wiegt etwa 10 kg und ist in einem Paket der Standardgröße 4 der Deutschen Bundespost unter-

zubringen. Es empfiehlt sich, die einzelnen Artikel, besonders Aufreißdosen oder Plastikflaschen, zusätzlich in Kunststoffbeutel zu verpacken, um zu verhindern, daß sie während des Transportes auslaufen und dabei Lebensmittel ungenießbar machen. Das Speiseöl sollte unbedingt in Blechdosen, nicht in Glasflaschen beschafft werden. Hohlräume sollten mit Papierknäuel, aber nicht mit Zeitungen ausgestopft werden. Auch Waschmittel sollten wegen möglicher Geruchsübertragung in einzelne Kunststoffbeutel verpackt werden.

Das Deutsche Rote Kreuz hat übrigens seit April 1981 für rund 13 Millionen DM Hilfsgüter nach Polen gebracht.

An der afghanisch-pakistanischen Grenze:

### Die Kinder sind die wahren Opfer

Täglich kommen Dutzende von Patienten in das Rotkreuz-Krankenhaus

Mohamed Gul wurde vor drei Tagen von seinen Verwandten in das Krankenhaus des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Peshawar eingeliefert. In diesem 100-Betten-Krankenhaus in der nordwestlichen Grenzprovinz Pakistans leben zur Zeit fast nur ausschließlich verwundete Afghanen, die sich von den Folgen ernster Verletzungen erholen, die sie bei Kampfhandlungen in Afghanistan erlitten haben. Auch am zweiten Jahrestag des Einmarsches sowjetischer Truppen in Afghanistan (27. Dezember 1981) leisteten die Rebellen noch Widerstand, wurden Unschuldige zu bedauernswürdigen Opfern.

Bei dem Patienten Gul handelt es sich um einen achtjährigen Jungen, der während eines Hubschrauberangriffes auf sein Dorf schwer verwundet wurde. Er erlitt bei diesem Angriff eine komplizierte Unterarmfraktur, seine drei Schwestern wurden getötet, seinem zehnjährigen Bruder mußte das rechte Bein unterhalb des Knies amputiert werden, um ihn am Leben zu erhalten.



**DRK-Aktion:**  
**„Ihr Paket für Polen“**

In Bonn stellte das DRK ein „Standardpaket“ im Wert von 50 DM der Öffentlichkeit vor, das von den Bundesbürgern gepackt und den DRK-Kreisverbänden zum – kostenlosen – Transport nach Polen übergeben werden soll.

Mohamed ist nicht das einzige Kind, das seit Beginn der schrecklichen Kampfhandlungen in ein Krankenhaus des Roten Kreuzes eingeliefert wurde. Ein Rotkreuz-Arzt berichtet von dem Leiden eines anderen jungen Patienten: „Er stand auf einer Mine, seine kleinen Beine wurden von der Explosion weggerissen, der Rest mußte vom Operateur entfernt werden. Der Krieg ist grausam, und viele unschuldige Opfer werden getroffen.“ Ein achtjähriges Mädchen wurde mit Granatsplittern im Kopf in das Krankenhaus gebracht. Mit einem dauerhaften Gehirnschaden muß es jetzt weiterleben.

Das Rotkreuz-Personal, das sich aus in- und ausländischen Ärzten und Schwestern zusammensetzt, ist angesichts der gegebenen Situation oft deprimiert und spricht sich deshalb gegenseitig Mut zu. Eine Krankenschwester: „Entweder wir arbeiten oder wir weinen. Manchmal möchten wir am liebsten weinen, aber wir wissen, daß wir arbeiten müssen.“

In dem 100-Betten-Krankenhaus in Peshawar war früher ein Familienheim untergebracht. Die zwei Operationssäle befinden sich in der ehemaligen Küche. Täglich werden Dutzende von Patienten auf Tragen herantransportiert, die ent-



Über das Gebirge nach Pakistan flüchten verwundete Afghanen, in der Hoffnung, hier Hilfe zu finden. Viele Kinder sind unter den Opfern, wie dieser kleine Junge, dem im Rotkreuz-Krankenhaus in Peshawar ein Bein amputiert werden mußte.

setzlichen Wunden werden ordnungsgemäß behandelt, und die vielen Arm- und Beinstümpfe, die hilflos herunterhängen, nach bestem Wissen versorgt. Im Durchschnitt werden pro Tag 25 Patienten operiert. Viele Opfer müssen mehrfach operiert werden, da sich ihre Wunden während ihrer langen Anreise infiziert haben.

Die Operationsräume sind für fast alle Arten von Operationen ausgestattet, aber es wird allgemein befürchtet, daß viele der zumeist ernstlich verletzten Kriegssopfer niemals den Weg ins Hospital finden werden. Sie sterben, während ihre Verwandten versuchen, die Verwun-

deten über das Gebirge zu bringen. Sogar mit einem Esel oder einem Kamel dauert die Reise wochenlang über die schneebedeckten Berge. Das pakistanische Rote Kreuz hat mobile Ärzteteams entlang der Grenze eingesetzt, um möglichst vielen Opfern eine Chance zum Überleben einzuräumen. Manchmal haben die Rotkreuz-Teams Glück und greifen Patienten unmittelbar an der Grenze auf und führen sie schnellstmöglich der ärztlichen Versorgung zu.

Das Deutsche Rote Kreuz, das seit 1979 Hilfsmaßnahmen für Flüchtlinge aus Afghanistan in Pakistan durchführt, wird auch in Zukunft dieses Krankenhaus unterstützen. Anfang 1982 werden Blutkonserven im Wert von 55000 DM nach Peshawar geliefert. In den vergangenen Monaten waren DRK-Ärzte und -Krankenschwestern in diesem Krankenhaus tätig, im Rahmen Internationaler Arbeitsteilung hat nun diese Aufgabe das finnische Rote Kreuz übernommen. Zur Linderung der allgemeinen Not hat das Deutsche Rote Kreuz auch 100 Tonnen Altkleider aus seinen Beständen zur Verfügung gestellt, die ebenfalls im Januar 1982 an die Flüchtlinge verteilt werden. Vor allem mangelt es den rund 2,5 Millionen Flüchtlingen derzeit noch an Kleidung und Medikamenten.

Die Auslandshilfe des DRK im Jahre 1981

### 70 Millionen DM für humanitäre Maßnahmen

DRK stand vor gewaltigen Aufgaben – Schwerpunkte: Italien, Polen und Algerien

Die Auslandshilfe des Deutschen Roten Kreuzes stand nach den Worten seines Präsidenten, Staatssekretär a. D. Walter Bargatzky, im Jahre 1981 vor gewaltigen Aufgaben. Der DRK-Präsident dankte den vielen privaten Spendern, den Spendern aus Wirtschaft und Industrie, den Behörden des Bundes, der Städte, Gemeinden und der Länder sowie den Vertretern der Medien bei der Vorstellung der „DRK-Bilanz für die Auslandshilfe 1981“ für ihre ehrenvolle Unterstützung.

Im Rahmen der DRK-Auslandshilfe setzte das DRK 1981 Mittel im Wert von 70 Millionen DM für Hilfsprogramme in Afrika, Asien, Amerika und Europa ein. In Zusammenarbeit mit den jeweiligen nationalen Rotkreuzgesellschaften, dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland sowie mit den Europäischen Gemeinschaften konnte eine umfangreiche Katastrophen- und Entwicklungshilfe geleistet werden.

### DRK-Auslandshilfe 1981

#### Katastrophenhilfe:

Ägypten	Unterstützung für ein Slumkrankenhaus	5 000,- DM
Algerien	Erdbeben-Wiederaufbaumaßnahmen	4 831 000,- DM
Angola	Nahrungsmittelhilfe	2 500 000,- DM
Äthiopien	Nahrungsmittelhilfe	254 000,- DM
	Delegierteneinsatz für RK-Arbeit der Schwesterngesellschaft	27 000,- DM
Burma	Wirbelsturm	25 000,- DM
China	Flüchtlingshilfe	1 185 000,- DM
Dschibuti	Nahrungsmittelhilfe	804 150,- DM
El Salvador	Restkosten für Konflikthilfe im Vorjahr	210,- DM
Griechenland	Erdbebenhilfe	157 000,- DM
	Soziale Hilfe	5 000,- DM
Haiti	Wirbelsturm	110 000,- DM
Iran	Erdbebenhilfe	217 000,- DM
	Konflikt Iran/Irak	550 000,- DM
Italien	Erdbebenwiederaufbaumaßnahmen	22 200 000,- DM
Jordanien	Choleraepidemie	20 000,- DM
Jugoslawien	Erdbebenhilfe	4 100,- DM
Libanon	Ambulanzen für Konfliktsituation	1 100 000,- DM



Die größten finanziellen Leistungen wurden im vergangenen Jahr in Italien (Wiederaufbaumaßnahmen nach Erdbeben: 22,2 Millionen DM), Polen (Nahrungsmittelhilfe, medizinische Hilfe und Lieferung von Gütern wie Zelte, Kleidung und Woldecken: 10,2 Millionen DM) und Algerien (Wiederaufbaumaßnahmen nach Erdbeben: 4,8 Millionen DM) erbracht. Das DRK-Hilfsschiff „MS Flora“ führte als schwimmende Versorgungsbasis 1981 Aufgaben wie Transport von Hilfsgütern, medizinische Versorgung von Flüchtlingen und der einheimischen Bevölkerung und Rettung von in Seenot geratenen Flüchtlingen vor und in den Ländern Angola, Dschibuti, Indonesien und Mozambique mit großem Erfolg durch (Ausgaben: 4,1 Millionen DM).



Humanitäre Hilfe weltweit leistete das DRK auch im Jahre 1981: im Libanon . . .



. . . für den Wiederaufbau im süditalienischen Erdbebengebiet . . .



. . . und mit vielfältigen Hilfslieferungen in zahlreiche Notstandsgebiete dieser Erde.

Mauretanien	Hilfsgüter	3 600,- DM
Mozambique	Nahrungsmittelhilfe	1 400 000,- DM
Pakistan	Flüchtlingshilfe	359 000,- DM
Somalia	Flüchtlingshilfe	3 089 000,- DM
Sudan	Überschwemmung, Flüchtlingshilfe, Sandsturm	254 800,- DM
Uganda	Nahrungsmittelhilfe	370 000,- DM
	Schlafkrankheitsbekämpfung	388 000,- DM
	Krankenhauswiederaufbau in Nebbi	682 000,- DM
DRK-Hilfsschiff „MS Flora“	Hilfeinsätze in Indonesien, Dschibuti Mozambique, Angola	4 100 000,- DM
Diverse Ausgaben		300 000,- DM
		<hr/> 44 940 860,- DM

**Einzelhilfe:** Summe: 30 000,- DM

**Entwicklungshilfe:**

Bangladesh	Katastrophenschutz	285 750,- DM
Benin	Blutspendewesen/Basisgesundheitswesen, Behindertenarbeit	69 375,- DM
Botswana	Basisgesundheitswesen	211 250,- DM
Ecuador	Blutspendewesen	19 000,- DM
Haiti	Basisgesundheitswesen/Rettungswesen	24 000,- DM
Marokko	Katastrophenschutz	657 000,- DM
Nicaragua	Wiederaufbauhilfe	110 000,- DM
Pakistan	Blutspendewesen	2 500,- DM
Senegal	Basisgesundheitswesen	7 000,- DM
Sri Lanka	Basisgesundheitswesen	405 000,- DM
Togo	Basisgesundheitswesen	37 500,- DM
Tschad	Förderung der RK-Gesellschaft/ Basisgesundheitswesen	105 000,- DM
Zimbabwe	Förderung der RK-Gesellschaft/ Basisgesundheitswesen	90 855,- DM
Projektausgaben, Komplementärmittel, EG-Zuwendungen		1 060 000,- DM

Summe: 3 084 230,- DM

**Nahrungsmittelhilfe (Naturalien-Zuwendungen):**

Äthiopien	1,27 Mio. DM	1 000 t Weizen	345 t Reis
Ghana	3,5 Mio. DM	3 000 t Mais	400 t Öl
Uganda	2,0 Mio. DM	2 000 t Maismehl	

Summe: 6,77 Mio. DM Gesamttonnage: 6 745

**Sachspenden:**

Altkleider, Nahrungsmittel, Medikamente usw. 5 013 241,- DM

**Polenilfe:**

10 200 000,- DM

**Gesamtvolumen der DRK-Auslandsarbeit:** 70 038 331,- DM

Jürgen Huber

Interessante Ergebnisse einer Untersuchung

## Rettungshubschrauber und Notarztwagen – gleichwertige oder konkurrierende Rettungsmittel?

Vor- und Nachteile beider Einsatzmittel – Entscheidend ist der zeitliche Vorteil

Die letzten zehn Jahre waren für den Ausbau des Rettungsdienstes von entscheidender Bedeutung. Es gelang in dieser Zeit, ein nahezu flächendeckendes System von Rettungshubschrauber- und Notarztwagenstützpunkten aufzubauen. Entscheidend hierfür und somit für die Verbesserung des Rettungswesens insgesamt war die Erkenntnis, daß eine Rettungskette zwischen dem Notfallort und der Klinik aufgebaut werden muß und die ärztliche Versorgung des Notfallpatienten bereits vor Ort zu beginnen hat. Die Zeitspanne zwischen Notfall und Beginn der ärztlichen Versorgung muß soweit als möglich reduziert werden.

In diesem Zusammenhang kann auch eine Untersuchung, die im Auftrag der Björn-Steiger-Stiftung erstellt wurde, erwähnt werden. Darin wurde festgestellt, daß verunfallten Patienten, die 14 Minuten nach Eintritt des Unfallereignisses ärztlich erstversorgt werden konnten, in nur ca. 20% Folgeschäden zurückbehielten. Bei einer anderen Untersuchungsgruppe, die erst nach 28 Minuten ärztlich erstversorgt werden konnte, blieben bei 80% Folgeschäden zurück. Diese Ergebnisse verdeutlichen, daß Maßnahmen zur Verbesserung des Rettungswesens die Installation entsprechender Notarztssysteme beinhalten müssen.

Es ist festzustellen, daß Rettungshubschrauber und Notarztwagen hinsichtlich ihrer medizinischen Qualifikation gleichwertige Rettungsmittel sind. Bei Notfällen wird daher die Entscheidung, ob der Rettungshubschrauber oder der Notarztwagen zum Einsatz kommen muß, weniger von medizinischen Kriterien bestimmt werden als vielmehr unter einsatztaktischen Gesichtspunkten zu sehen sein. Hierzu zählen vor allem die Entfernung zum Notfallort und dessen Erreichbarkeit, aber auch wetterbedingte Einflüsse sind zu berücksichtigen.

Hubschrauber haben gegenüber den straßengebundenen Fahrzeugen Vor-

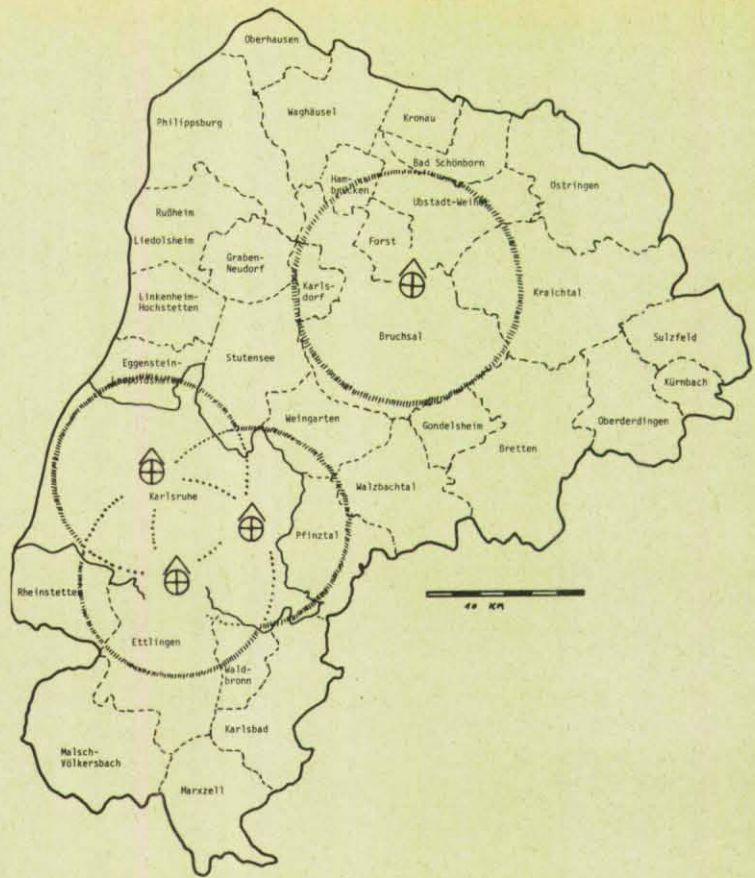


Abbildung 1: Standorte der im Rettungsdienstbereich Karlsruhe stationierten Notarztwagen.

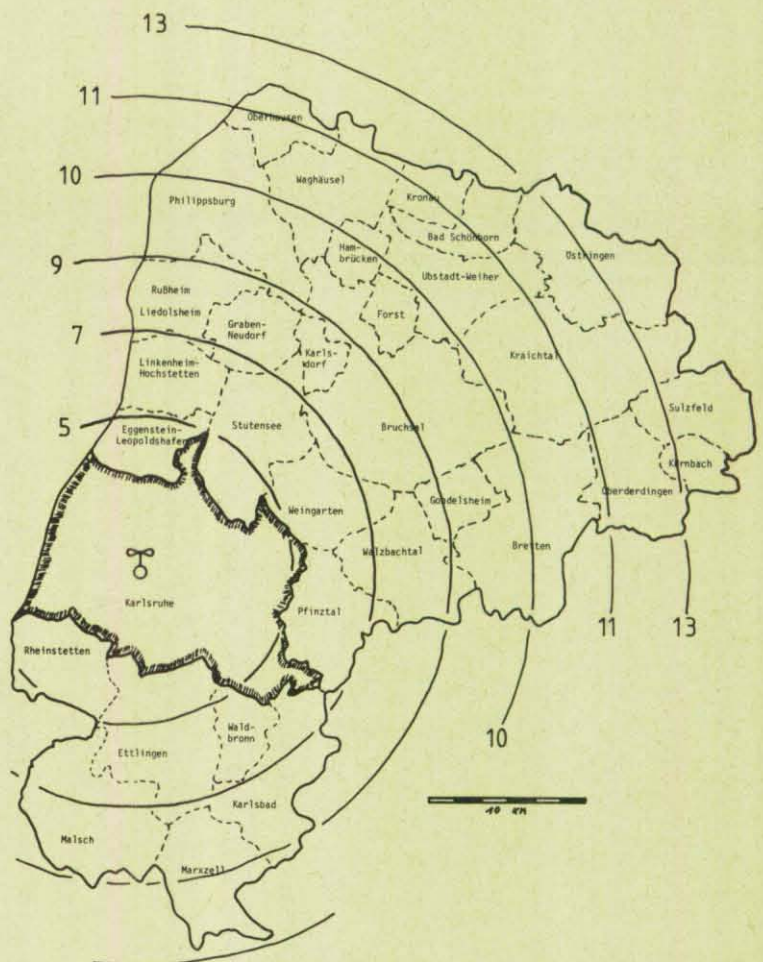


Abbildung 2: Übersicht der Eintreffzeit des in Karlsruhe stationierten Rettungshubschraubers.

und Nachteile. Die Vorteile liegen darin, daß größere Entfernungen und unwegsames Gelände schneller überwunden und die Transporte insgesamt schonender durchgeführt werden können. Die Nachteile liegen vor allem in der starken Witterungsabhängigkeit. Die einsatztaktischen Konsequenzen hieraus sind: Mit dem Notarztwagen wird die notärztliche Erstversorgung in Stadtgebieten bzw. in den den Stationierungsort des NAW umgebenden Bereichen sichergestellt, während der Rettungshubschrauber dies für die Region zu besorgen hat.

Dies müßte selbstverständlich sein. Doch in der Praxis entnehmen wir immer wieder Erfahrungsberichten, aber auch den Medien Berichte, daß vor Ort sich Konkurrenzsituationen zwischen dem Luftrettungs- und dem bodengebundenen Rettungsdienst ergeben. Die Ursachen hierfür sind vielschichtig, dürfen jedoch insgesamt in einer mangelnden Koordination durch die Rettungsleitstellen zu suchen sein, deren räumliche Zuständigkeiten oft zu stark eingegrenzt werden.

Ausgehend von dieser Situation hat die Bundesanstalt für Straßenwesen eine Dokumentation zum Einsatzverhalten des Rettungshubschraubers in Auftrag gegeben. Die entsprechenden Untersuchungen wurden vom Ingenieurbüro für Verkehrstechnik (IVT) in Zusammenarbeit mit dem DRK-Kreisverband Karlsruhe durchgeführt. Die Ergebnisse der Untersuchung sollen neben der Bereitstellung von Grunddaten einen Beitrag zur detaillierten Beschreibung des Ein-

satzgeschehens eines Hubschraubers liefern und mit Hilfe eines Simulationsmodells die Frage nach dem Zeitaufwand der notärztlichen Erstversorgung im Außenbereich näher beantworten. Hierbei hat es sich insbesondere gezeigt, wo und in welchem Umfang Zeitvorteile des Rettungshubschraubers gegenüber dem bodengebundenen Notarztwagen bestehen.

Als Analyseinstrument stand das im Auftrag der Bundesanstalt für Straßenwesen von IVT entwickelte Simulationsmodell „Rettungswesen“ zur Verfügung. Dieses umfangreiche Rechnermodell erlaubt eine detaillierte und weitestgehend wirklichkeitstreuere Abbildung der Entscheidungs- und Einsatzabläufe im Rettungsdienst. Mit Hilfe der Simulationsergebnisse lassen sich die Auswirkungen in bezug auf Kosten und Erfolg bei Änderung der Ausstattung, der Organisation und der Technologie im Rettungswesen abschätzen und beurteilen. Datenbasis der Analyse war die Notarzt dokumentation des DRK-Kreisverbandes Karlsruhe der Monate September, Oktober und November des Jahres 1979 sowie 50 Einsatzprotokolle des in Karlsruhe stationierten Rettungshubschraubers. Zur Überprüfung mit dem Simulationsmodell wurden nun in einem ersten Rechnerdurchgang diese 50 Notfälle durch den in Karlsruhe stationierten Rettungshubschrauber „modellhaft“ versorgt. Hierzu wurde jeweils der gesamte Einsatzablauf im Rechner nachsimuliert. In einem zweiten Rechnerdurchgang wurden nun die 50 Notfälle, jetzt aber mit den vier vorhandenen Notarzt-

wagen, von ihren zugehörigen Notarztwagenwachen aus bedient. Die Standorte und Einsatzbereiche der im Untersuchungsgebiet stationierten Notarztwagen sind der Abbildung 1 zu entnehmen.

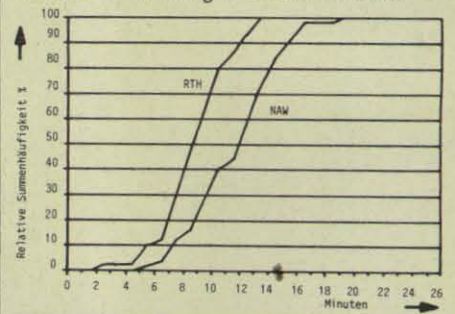


Abbildung 3: Gegenüberstellung der simulierten Eintreffzeit für RTH und NAW bei gleichen Einsatzorten.

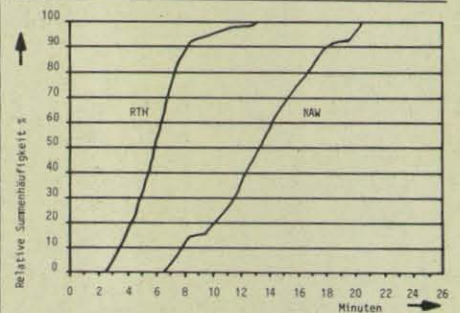


Abbildung 4: Gegenüberstellung der simulierten Transportzeit für RTH und NAW bei gleichen Einsatzorten.

Merkmal	Relative Häufigkeit	Relative Summenhäufigkeit
Unmittelbare Anflugmöglichkeit	65,3 %	65,3 %
Entfernung bis 100 m	8,3	73,6 %
Entfernung 100 - 200 m	4,2 %	77,8 %
Entfernung 200 - 400 m	5,6 %	83,4 %
Entfernung 400 - 600 m	2,8 %	86,2 %
Entfernung 600 - 1000 m	6,9 %	93,1 %
Entfernung mehr als 1000 m	6,9 %	100,0 %
Fehlende Angaben	-	-

Abbildung 5: Landeabstand des RTH zum Einsatzort.

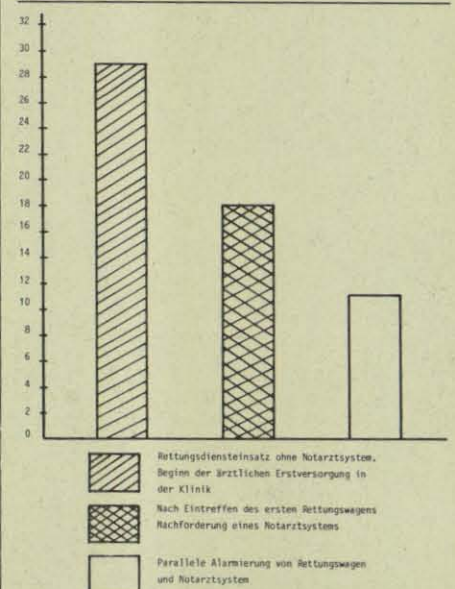


Abbildung 7: Größenordnung des therapiefreien Intervalls.

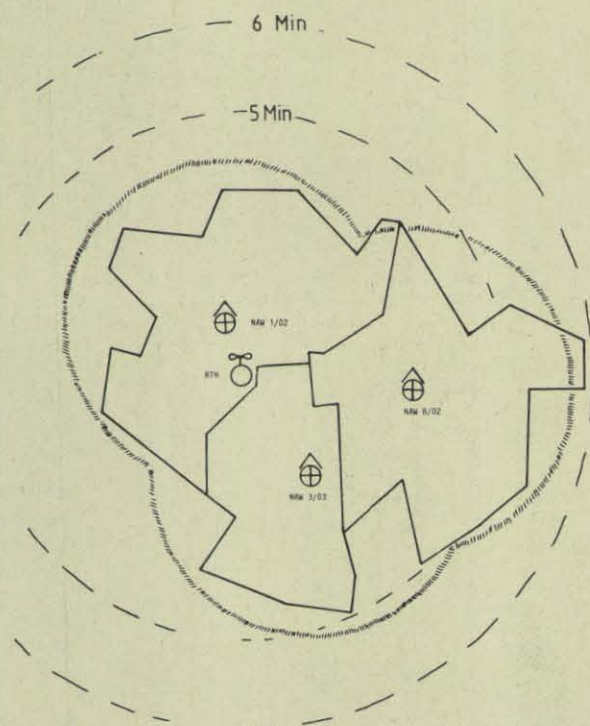


Abbildung 6: NAW-Einsatzbereiche im Stadtgebiet Karlsruhe

Der Ergebnisvergleich beider Simulationsläufe förderte zum Teil erhebliche Zeitunterschiede zwischen Notarztwagen und Rettungshubschrauber bei gleichem Notfallgeschehen zu Tage. Diese Unterschiede lassen sich insbesondere bei der Eintreffzeit sowie der Transportzeit deutlich darstellen.

Ein wichtiges Kriterium zur Bewertung eines Rettungssystems ist seine Eintreffzeit. Für das Luftrettungssystem wurden bei Primäreinsätzen bis 12 Minuten in 83,1%, bis 15 Minuten in 93,2% der Fälle gemessen (Abbildungen 2 und 3). Zum gleichen Einsatzort liegt die in der Simulation ermittelte Eintreffzeit des Notarztwagens um etwa 2 bis 3 Minuten über der entsprechenden Eintreffzeit des Rettungshubschraubers, der im Mittel 9,2 Minuten nach Annahme der Notfallmeldung durch die Rettungsleitstelle am Einsatzort landete. In knapp 12 Minuten sind mehr als 85% der Notfallpatienten bereits durch den Rettungshubschrauberarzt versorgt, während der Notarztwagen in dieser Zeit noch nicht einmal die Hälfte der vergleichbaren Einsatzorte erreicht hat.

Bei der Transportzeit, das ist die Zeitspanne von Übernahme des Patienten in das Rettungsmittel bis zum Eintreffen am Transportziel, zeigt sich die zeitliche Überlegenheit des Rettungshubschraubers besonders deutlich (Abbildung 4). Für den Transport in das nächstliegende Krankenhaus benötigt der Rettungshubschrauber durchschnittlich weniger als die Hälfte der Transportzeit des bodengebundenen Notarztwagens.

Gestützt auf die Ergebnisse dieser Simulation läßt sich feststellen, daß ein Zeitvorteil des Rettungshubschraubers gegenüber dem Notarztwagen zur notärztlichen Erstversorgung im ländlichen Außenbereich vorhanden ist. Dieser beträgt etwa ¼ der Eintreffzeit des Notarztwagens. Oder anders ausgedrückt: Der Notarztwagen benötigt etwa 30% mehr Zeit als der Rettungshubschrauber, um nach Annahme der Notfallmeldung durch die Rettungsleitstelle am gleichen, in der Simulation angenommenen, Einsatzort einzutreffen.

Auch das häufig gegen einen Rettungshubschrauber angeführte Argument, der Hubschrauber könne an vielen Notfallstellen nicht landen, konnte durch die Untersuchung widerlegt werden (siehe auch Abbildung 5). In 65,3% aller Einsätze konnte der Hubschrauber in unmittelbarer Nähe des Notfallortes landen. In 83,3% aller Fälle war der Abstand zwischen Landeort und Notfallstelle geringer als 400 m.

Aus den hier auszugsweise dargestellten Ergebnissen der Untersuchung läßt sich die Forderung ableiten, Luftrettungssysteme grundsätzlich dort einzu-

setzen, wo sie durch ihre systemspezifischen Besonderheiten einen echten Zeitvorteil gegenüber dem bodengebundenen Notarztendienst erreichen können. Gestützt auf die Ergebnisse der Untersuchung lassen sich jetzt auch diejenigen Einsatzgebiete definieren, in denen die bodengebundenen Notarztssysteme schneller als der Rettungshubschrauber eintreffen können. Im Gegensatz zum Versorgungsgebiet des Rettungshubschraubers sind diese Einsatzgebiete nicht kreisrund, sondern müssen sich an den verkehrsmäßigen Infrastrukturen orientieren. In Abbildung 6 ist eine solche gebietsmäßige Untergliederung am

Merkmal	Relative Häufigkeit	Relative Summenhäufigkeit
03 Minuten	10,7 %	10,7 %
04 Minuten	20,0 %	30,7 %
05 Minuten	6,7 %	37,3 %
06 Minuten	12,0 %	49,3 %
07 Minuten	8,0 %	57,3 %
08 Minuten	9,3 %	66,7 %
09 Minuten	4,0 %	70,7 %
10 Minuten	5,7 %	77,3 %
11 Minuten	8,0 %	85,3 %
12 Minuten	5,3 %	90,7 %
13-20 Minuten	9,3 %	100,0 %
Fehlende Angaben	-	-

Abbildung 8: Flugzeit des RTH zum Einsatzort.

Merkmal	Relative Häufigkeit
Innenstadt	1,3 %
Städtischer Randbezirk	3,8 %
Ländliche Ortschaft	27,8 %
Autobahn	5,1 %
Schnellstraße	1,3 %
Bundesstraße	13,9 %
Landstraße anderer Ordnung	7,6 %
Wald - Feld - Wiese	5,1 %
Eisenbahnlinie	2,5 %
Krankenhaus	19,0 %
Flugplatz	1,3 %
Industriegebiet	8,9 %
Rendezvous mit anderem Rettungsmittel	2,5 %

Abbildung 9: Lage des Einsatzortes bei RTH-Einsätzen.

Beispiel des Stadtgebietes Karlsruhe und der dort stationierten drei Notarztwagen dargestellt. Innerhalb der NAW-Einsatzgebiete kann jeder Punkt in weniger als 6 Minuten durch einen NAW erreicht werden. Mit Zunahme der Entfernung zum Rettungshubschrauber-Stationierungsort vergrößert sich natürlich das Einsatzgebiet eines Notarztwagens, in dem er schneller als der Rettungshubschrauber an einer Notfallstelle eintreffen kann.

Neben den aufgeführten räumlichen Dispositionskriterien wirkt sich auch die Art der Alarmierung auf das therapiefreie Intervall aus. Entscheidend dabei ist, ob das Notarztssystem parallel mit anderen Rettungsmitteln alarmiert wird oder ob es durch ein an der Notfallstelle eingetroffenes Fahrzeug nachgefordert werden muß. Während ohne Einsatz eines Notarzt-systems das therapiefreie Intervall etwa 25 bis 30 Minuten beträgt (in ländlich strukturierten Gebieten noch erheblich mehr), läßt es sich bei einer Parallelalarmierung auf 12 bis 16 Minuten reduzieren. Dies ist abhängig von der Verfügbarkeit entsprechender Notarzt-systeme.

Die Dauer des therapiefreien Intervalls wird oft unterschätzt. Im Jahre 1971 benötigten selbst in der Großstadt Hannover 44% aller Unfallverletzten mehr als 20 Minuten, um nach Eintritt des Notfallereignisses in eine Klinik eingeliefert zu werden, wo dann die erste ärztliche Versorgung erfolgte. Bei 25% aller Verletzten betrug die Zeitspanne sogar mehr als 30 Minuten. In den USA wird bei der Rettung von Notfallpatienten das therapiefreie Intervall mit durchschnittlich 40 Minuten angegeben. Für jede halbe Stunde Therapieverzögerung errechnet man eine Steigerung der Mortalitätsrate um 300%. Diese Daten belegen eindeutig, daß dem Zeitgewinn durch Einsatz notärztlicher Systeme entscheidende Bedeutung beikommt. Dabei müssen örtliche Gesichtspunkte oder persönliche Rivalitäten zugunsten einer schnellen und gezielten notärztlichen Erstversorgung zurückstehen. Es ist dabei unerheblich, ob der Notarzt auf dem Boden- oder Luftwege zum Notfallort gelangt. Entscheidend ist der zeitliche Vorteil.

#### Literaturverzeichnis

- Schmiedel, Puhon, Siegener: Zum Einsatzverhalten des Rettungshubschraubers
- Berner, Brüggemann, Snakker: Die Bedeutung des Primäreinsatzes von Rettungshubschraubern für die Prognose Schwerverletzter
- ADAC: Die Luftrettung
- Spier, Harloff: RTH und NAW als verlängerte Arme der Klinik, ADAC Luftrettung
- Unfallverhütungsbericht Straßenverkehr 1979, Deutscher Bundestag

Karl-Ludwig Günsche begleitete den ASB nach Kolberg

## Das rote „S“ im gelben Kreuz – Zeichen der Hilfe für Polen

ASB-Aktion „Lebensmittel für Polen“ gestartet – Hilfslieferung auch für ein Krankenhaus

Bedingt durch die innenpolitische Situation hatte sich vom Herbst 1980 bis zum August 1981 in der Volksrepublik Polen eine sehr kritische Versorgungslage entwickelt. Grundnahrungsmittel, Waschmittel und Medikamente sind seitdem in Polen Mangelware. Besonders kinderreiche Familien, Rentner und andere sozial Schwache haben unter diesen Schwierigkeiten zu leiden.

Aufgrund dieser Situation hat der ASB eine Hilfsaktion für Polen beschlossen. Ausgelöst wurde sie durch die Initiative des ASB Stormarn und Wiemerskamp sowie die Zeitung „Stormarner Tageblatt“. Zusammen wurde im August 1981 eine Aktion geplant, die bis heute noch nicht abgeschlossen ist. Seitdem der erste LKW-Konvoi ab Oldesloe in der Nacht vom 5. und 6. August 1981 nach Polen gefahren ist, haben sich bis heute mehrere Transporte angeschlossen. Dafür sorgen die ASB-Ortsverbände Bad Oldesloe, Heiligenhafen, Hamburg und Hannover-Land.

Über den ersten ASB-Einsatz „Lebensmittel für Polen“ berichtet Karl-Ludwig Günsche, der im Auftrag der Agentur Reuter den ASB nach Kolberg begleitete.

Um 4.32 Uhr gibt Einsatzleiter Dieter Grünberg das Zeichen zum Abmarsch. Schwerfällig setzt sich der kleine Konvoi aus vier Lastwagen und einem Kleinbus im Morgengrauen in Bad Oldesloe in Bewegung. Alle Fahrzeuge zeigen an den Seiten ein großes rotes „S“ im gelben Kreuz – das Zeichen des Arbeiter-Samariter-Bundes. Ziel des Konvois ist Kolberg (Kolobrzeg) im früheren Pommern. An Bord 40 Tonnen Lebensmittel, Medikamente und Waschpulver.

Es sind Spenden von Firmen und aus der Bevölkerung, nach einem Hilfsappell des „Stormarner Tageblattes“ in wenigen Tagen gesammelt. Der Arbeiter-Samariter-Bund, der in derartigen Einsätzen erfahren ist, übernahm die technische Abwicklung der Hilfsaktion; freiwillige Helfer meldeten sich als Begleitpersonal.

An der DDR-Grenze bei Lauenburg gibt es den ersten Halt. Korrekt, aber zurückhaltend zeigen sich die DDR-Grenzer. Drei Stunden immerhin dauert der

Aufenthalt an der deutsch-deutschen Grenze, bevor der Hilfstransport auf die Transitstrecke darf. Knapp 800 Kilometer liegen noch vor den zehn ehrenamtlichen Helfern.

Bei einem Tank-Stopp in der DDR erste Gespräche mit DDR-Bürgern über die Lage in Polen. Der Tankwart, so berichtet Grünberg, verkündet linientreu: „Die Polen sollen arbeiten, dann haben sie auch zu fressen.“ Die Reaktion der DDR-Fernfahrer war drastisch und spontan: Sie bieten dem Tankwart Prügel an, diskutieren mit viel Sympathie die Vorgänge im Nachbarland.

Abends wird die polnische Grenze bei Frankfurt/Oder erreicht. Schweinetransporte – angeblich aus Finnland – stauen sich, die Tiere schreien vor Qual an diesem glutheißen Augusttag. Die Abfertigung

ist schleppend. Während es bei Touristen und zurückkehrenden Polen die DDR-Grenzer sind, die penibel darauf bestehen, daß jedes einzelne Teil ausgeladen, geöffnet und besichtigt wird, sind es bei dem Hilfszug die Polen, die offensichtlich Schwierigkeiten haben.

Als sich auch nach Stunden des Wartens nichts bewegt, wird Einsatzleiter Grünberg energisch: „Wir wollen Euch doch helfen so gut wir es können“, sagt er dem Chef der polnischen Grenzer. „Warum macht Ihr uns denn soviele Schwierigkeiten?“ Antwort: „Ich habe meine Vorschriften“, und dann mit einem kleinen Zögern: „Und wir haben auch schon oft genug Waffen gefunden.“

Touristen aus der Bundesrepublik, aus

Der Lastwagenkonvoi des ASB Stormarn und Wiemerskamp auf dem Weg nach Polen: an Bord 40 t Lebensmittel, Medikamente und Waschpulver.



Nach langer Nachtfahrt erste Frühstückspause vor Rostock.



Frankreich, Italien, Belgien – fast alle sprechen polnisch – zeigen großes Interesse an der Hilfsaktion. Sie haben selber ihre Autos bis zur Grenze der Belastbarkeit vollgeladen mit Lebensmitteln; denn: „Die haben doch nichts“ – wie eine Deutsche erklärt, die Verwandte besuchen will.

Nach einem Wachwechsel bei den polnischen Grenzern gibt es dann grünes Licht für den Transport. Über kleine, aber gut gepflegte Landstraßen rollt er nach Kolberg. 25 Stunden nach der Abfahrt, morgens nach 5.00 Uhr, ist das Ziel erreicht.

Nach drei Stunden Schlaf beginnen die Samariter damit, die Hilfsgüter zu entladen. Der katholische Dekan Josef

Stomski hat von den Behörden eine leere Lagerhalle zur Verfügung gestellt bekommen. Dort werden nun die Pakete gestapelt. Stomski hat schon einen genauen Plan, wie er die so dringend erwarteten Hilfsgüter in seine 13 Pfarreien verteilen wird, damit sie auch wirklich den Bedürftigsten zufließen.

Danach rollen die Lastwagen zum Jerzy-Gromkowski-Krankenhaus. Baby-nahrung, Einwegspritzen, Insulin, Blut-ersatzmittel und Medikamente werden ausgeladen – für Krankenhauschef Jerzy Piatkowski Rettung in der Not.

Der Bedarf des 200-Betten-Krankenhauses – immerhin einziges Krankenhaus für 64000 Menschen – kann derzeit nur zu 60 Prozent gedeckt werden. Opera-

tionshandschuhe, Röntgenfilme, Medikamente fehlen oft. „Notfälle wegen fehlender Geräte oder Medikamente hat es jedoch nicht gegeben“, betont der Chefarzt der Kinderabteilung, Zygmunt Maj. Bisher haben sich die 26 Ärzte des Krankenhauses behelfen können. Doch, so vertraut ein Mitarbeiter den Helfern aus dem Westen an, wenn sie kein Waschpulver mitgebracht hätten, wäre eine Schließung des Krankenhauses vielleicht nicht zu vermeiden gewesen. Man hätte Kittel, Bett- und Operations-wäsche nicht mehr waschen können. Der Rest der Hilfsgüter wird in dem kleinen Dorf Pustary abgeladen. Sammelpunkt für die rund 400 Protestanten des Kirchenkreises, Pfarrer Tadeusz Warczynski will die Pakete gleich am Sonntag nach dem Gottesdienst verteilen. Die Mundpropaganda, so vermutet Gisela Portka, in deren Schuppen die Gaben erst einmal gelagert werden, wird dem Pfarrer ein volles Haus bescheren.

Dankbar für diesen ersten Hilfstransport, der direkt nach Kolberg gekommen ist, zeigen sich alle. Pfarrer, Ärzte und die Bevölkerung. Sie sehen in der Hilfe aus der Bundesrepublik eine Ermutigung in einer Zeit, die sie selbst als schwer bezeichnen; und in einer Entwicklung, deren Ende sie nicht abschätzen können. Bei einigen mischt sich in die Freude und Dankbarkeit eine leise, durch die Erfahrungen der deutsch-polnischen Geschichte genährte Furcht, eines Tages könne ihnen die Rechnung präsentiert werden für die Spenden aus der Bundesrepublik – nach offiziellen Angaben immerhin bisher 8000 Tonnen im Wert von 42 Millionen DM, die allein von einem Komitee aus Regierung, Rotes Kreuz und Kirchen in Warschau verteilt wurden.

In solchen Gesprächen wird zaghaft gefragt, welchen Einfluß Politiker denn wirklich in der Bundesrepublik haben, die Grundbuchsicherheiten für die westlichen Kredite fordern, um so Pommern und Schlesien zurückzukaufen. Für die Helfer aus Bad Oldesloe ist wenig Zeit für diese Gespräche. Sie starten am nächsten Morgen zurück, diesmal liegen 18 Stunden Fahrt vor ihnen. Doch die Strapazen schrecken sie nicht ab. Einsatzleiter Grünberg erklärt: „Am 27. August rollen wir wieder los und bringen den Rest hin.“

**Die Aktion „Lebensmittel für Polen“ ist noch längst nicht abgeschlossen. Immer noch werden neue LKW-Transporte mit Grundnahrungsmitteln, Waschmitteln und Medikamenten zusammengestellt.**

**Geldspenden unter dem Stichwort „Polenhilfe“ werden erbeten auf das Konto 10090060 bei der Bank für Gemeinwirtschaft in Frankfurt.**



**Vor dem Krankenhaus in Kolobrzeg werden die langerwarteten Medikamente abgeladen.**



**Neben den Medikamenten war das Waschpulver für das Krankenhaus von größter Wichtigkeit, sonst wäre eine Schließung vielleicht nicht zu vermeiden gewesen.**



**Seit der ersten Hilfsaktion sind schon mehr als zehn Lkw-Konvois nach Polen gefahren.**

Johannes Haneke

## Tagebuchnotizen eines JUH-Rettungssanitäters

Ein Zivildienstleistender berichtet über seinen Dienst bei der JUH Würzburg

Sommer 1980. Ich werde zum Zivildienst bei der Johanniter-Unfall-Hilfe in Würzburg einberufen. Mit gemischten Gefühlen verlasse ich Essen mit dem Zug. Ich spüre, daß die sorglose, verträumte Schulzeit vorbei ist. Ein neuer Lebensabschnitt beginnt. Was wird mich erwarten?

**2. Tag.** Nach der gestrigen amtsärztlichen Untersuchung und der Einkleidung mit „Weißzeug“ wird's heute ernst: Ich bin als dritter Mann auf dem Rettungswagen eingeteilt. Nachdem mich der Belfahrer, ein bereits voll ausgebildeter Zivildienstleistender, kurz in die Gerätschaften und Bedienungselemente eingewiesen hat, kommt über Funk der erste Einsatz. Aufgeregt höre ich zu: „Akkon zwei von Leitstelle kommen!“ – „Akkon zwei hört“, antwortet der Fahrer. „Fahren Sie Valentin-Becker-Straße. VU an der Tankstelle. Mit Sonder! 8 Uhr 42.“ – „Verstanden“, meldet sich der Fahrer noch kurz, dann heult der Motor des Mercedes 409 auf, und die rasende Fahrt beginnt. Ich rekapituliere, was der Mann am Funk gesagt hat: „Akkon“ ist der Rufname der Fahrzeuge der Johanniter-Unfall-Hilfe, die nach einer israelischen Stadt benannt sind, die von 1191 bis 1291 Hauptsitz der Kreuzritter war. „VU“ heißt Verkehrsunfall, „mit Sonder“ ist das Kürzel für „Fahrt mit Sonderrechten“.

Es bedeutet, daß mit Blaulicht und Martinshorn gefahren wird. Der schwere Rettungswagen, der vom Sauerstoffgerät bis zum Not-EKG alles an Bord hat, jagt durch die engen Gassen. Vor Kreuzungen schaltet der Fahrer zusätzliche Prebluft-Fanfaren ein. Der ohrenbetäubende Lärm macht eine Verständigung kaum noch möglich. Wie gebannt starre ich von hinten durch die Trennscheibe nach vorne. Der Fahrer manövriert den Wagen sicher durch die Schlangen haltender Autos, die die Straße blockieren. Nach drei Minuten haben wir die Notfallstelle erreicht. Wir springen aus dem Fahrzeug. Ist der Unfall schwer? Ich habe weiche Knie. Ein alter VW ist einem entgegenkommenden PKW ausweichen und in ein parkendes Auto hineingefahren. Der 70jährige Fahrer und seine Frau waren nicht angeschnallt und haben mit ihren Köpfen die Windschutz-

scheibe durchschlagen. Wir bergen die Verletzten aus dem Fahrzeug. Im Rettungswagen werden die Patienten blitzschnell versorgt. Die Handgriffe der Sanitäter sitzen. Ich helfe, so gut ich kann, schneide Pflaster zurecht, lege Kompressen an, kontrolliere den Puls und nehme die Personalien auf. Dann geht's zur chirurgischen Ambulanz. Die Frau hat einen leichten Schock und verlangt nach einem Cognac. Einen Moment lang muß ich innerlich schmunzeln. „Nein, wir sind doch keine rollende Bar“, antworte ich und versuche, sie zu beruhigen – eine wichtige Aufgabe des Sanitäters zur Vermeidung eines psychogenen Schocks. „Mein Gott, wie konnte das nur passieren . . .“, jammert sie. Im Krankenhaus angekommen, bringen wir die Frau in die Notaufnahme, wo von jetzt an für sie gesorgt wird. Den Mann fahren wir zur Zahnklinik, da er Schnittverletzungen im Mund hat. Sein Alter und die damit verbundene Verminderung des Reaktionsvermögens sind meiner Meinung nach Ursache des Unfalls gewesen. Der Einsatz ist beendet. Meine Hände sind blutverschmiert – aber daran muß ich mich gewöhnen. Nachdem die schriftlichen Formalitäten erledigt und der Rettungswagen gereinigt sind, melden wir uns über Funk wieder einsatzklar. „Hat Dir das schnelle Fahren mit Sondersignalen oder das viele Blut etwas ausgemacht?“ fragt mich der Fahrer, ein hauptberuflicher Sanitäter. Ich verneine. Das war meine Feuertaufe. Nach einigen kleinen Notfällen und vier Krankentransporten habe ich den ersten Tag hinter mir. Erschöpft genehmige ich mir zusammen mit zwei anderen Zivildienstleistenden in einem Würzburger Biergarten „eine Moaß“.

**32. Tag.** In dieser Woche fahre ich auf einem Krankentransportwagen (VW-Bus) mit. Dieses Fahrzeug dient in erster Linie für normale Patiententransporte wie Ambulanz- oder Heimfahrten, Verlegungen und Einweisungen. Nach acht Stunden Arbeit weiß ich, was ich getan habe. Das Herumheben und Tragen der Patienten kann – insbesondere in engen Treppenhäusern – zur Tortur werden. Kein Wunder, daß Bandscheibenschäden zur Berufskrankheit der Rettungs-

sanitäter geworden sind. Doch mehr als die körperliche Belastung spüre ich die psychische. Die Konfrontation mit dem Tod bringt mich zum Nachdenken. Tagtäglich komme ich mit schwerkranken Patienten zusammen. Die meisten sind totgeweiht. Mit der Zeit habe ich – so makaber das klingen mag – ein Gefühl dafür bekommen, wie lange der eine oder andere noch zu leben hat. Trotzdem versuche ich sie aufzurichten, den total verkrebsten Rentner und das an Leukämie erkrankte 4jährige Mädchen. Gerade bei jungen Menschen ist das sehr depremierend, wenn mich dieses Ohnmachtsgefühl befällt, nicht helfen zu können. Diese Arbeit hat mein Leben und Denken sehr beeinflusst. Nicht nur, daß ich meine Gesundheit nunmehr als viel wertvolleres Gut betrachte. Die Konfrontation mit Kranken und Behinderten hat in mir ein soziales Engagement erweckt, mich für Probleme und Nöte sensibilisiert.

**5 Monate später.** Heute fahre ich zum ersten Mal als zweiter Mann auf dem Rettungswagen mit. Ich habe einen vierwöchigen Rettungssanitäter-Lehrgang und ein vierzehntägiges OP-Praktikum im Krankenhaus hinter mir. Hinzu kommen mehr als vier Monate praktische Erfahrungen aus dem Fahrdienst. Es ist ein schönes Gefühl, Verantwortung zu tragen und sein Können zu beweisen. Jetzt muß ich zeigen, was ich gelernt habe.

**169. Tag.** Nach zehn Krankentransporten – unter anderem nach Wiesbaden – ist der Tag fast gelaufen. Es ist Freitag-nachmittag, Viertel nach vier. Um halb fünf habe ich Feierabend. Meine Gedanken sind schon beim Wochenende. Um sechs geht mein Zug. Plötzlich reißt mich der Funk aus meinen Träumen: „Fahren Sie in die K.-Gasse 17! Notfalleinsatz! Da soll sich jemand erhängt haben!“ Mit Blaulicht und Martinshorn bahnen wir uns einen Weg durch den Berufsverkehr. Notarzt und Polizei treffen mit uns am Notfallort ein. „Im dritten Stock!“ ruft eine Frau. Wir rennen die Treppen hoch. Im Badezimmer empfängt uns ein schrecklicher Anblick: Ein ca. 60jähriger Mann hat sich mit einem am Wasserrohr



Der Krankentransportwagen steht hauptsächlich für Verlegungen von Patienten, Heim- und Ambulanzfahrten zur Verfügung.



Kernstück des Notarztwagens ist das Sauerstoff-Kreisssystem mit Narkose-Teil.



Im sogenannten „Rendezvous-System“ wird der Notarzt mit dem Pkw zum Einsatzort gebracht.



Säuglinge werden in einem Inkubator transportiert, konstante Sauerstoffzufuhr und Temperatur sind dadurch gewährleistet.



Die JUH-Fahrzeuge werden in eigener Werkstatt gewartet. Der Fuhrpark in Würzburg umfaßt fünf Fahrzeuge des Rettungsdienstes und 70 Busse des Behinderten-Transportdienstes.

befestigten Kabel erdrosselt, d. h. mit seinem eigenen Körpergewicht erwürgt. Ein grausamer Tod von mehreren Minuten Dauer. Sein Gesicht ist stark zyantisch (Blaufärbung), die Augen sind herausgetreten, die Zunge schaut aus dem Mund, und am Hals sind bereits tiefe Druckstellen zu erkennen. Wir sind zu spät gekommen – etwa 30 Minuten, stellt der Notarzt fest. Die Mieterin der Wohnung hatte ihren Untermieter durch Zufall gefunden, als sie vom Einkauf kam. Wenige Minuten vor dem Suizid hatte der Rentner Geld von der Sparkasse geholt und seine Schuhe fein säuberlich geputzt. Was hat ihn zum Selbstmord veranlaßt. Eine plötzliche Depression, eine Krankheit, eine Erinnerung? Und warum hat er diesen qualvollen Weg gewählt? Die Zahl derer, die einen Schlußstrich unter ihr Leben setzen und einfach aussteigen wollen, nimmt immer mehr zu – gerade bei jungen Menschen. Oft wurden wir schon zu Tabletten-Intoxikationen, die schmerzloseste und verbreitetste Art, gerufen. Schüler, die in der Schule versagen, Teenager mit Liebeskummer, Jugendliche, die Krach mit ihren Eltern haben; Enttäuschungen und Probleme, die sie nicht mehr bewältigen können, an denen sie verzweifeln, haben bei ihnen den Glauben an das Leben, an die Ziele und Träume zerstört. Wegwerfgesellschaft bis zur letzten Konsequenz. Davon sind nicht nur sensible und psychisch labile Menschen betroffen. Andere flüchten in Alkohol und Drogen. Als Rettungssanitäter kann ich die Symptome bekämpfen, aber die Ursachen?

**197. Tag.** 17 Uhr 48. Wir befinden uns in der Neurologie, 6. Stock, um einen Patienten für die Heimfahrt auf unsere Trage aufzuladen, als sich der Funkalarmwecker in der Brusttasche meines Kollegen meldet: „Piep, piep, piep, Akkon zwei dringend zum Notfalleinsatz!“ In Windeseile legen wir den Patienten zurück ins Bett, rasen mit der Trage zum Aufzug und fahren zum Ausgang. Während wir bei unserem Patienten im Krankenzimmer waren, sind in der Rettungsleitstelle mehrere Notrufe gleichzeitig eingegangen, so daß dringend ein weiterer Rettungswagen benötigt wird. „Akkon zwei einsatzklar!“ melde ich mich per Funk. Man schickt uns zu einer Frühgeburt. Sekunden vor uns trifft der Notarzt ein. Im Wohnzimmer liegt eine junge Frau mit Wehen. Ein Fuß des Kindes ist bereits zu erkennen: Die Diagnose lautet auf Steißblage. Jetzt muß alles blitzschnell gehen, da sich das Baby mit der Nabelschnur selbst erwürgen kann. Einzige Rettung ist der Kaiserschnitt. Mit Sondersignal geht's in Richtung Universitäts-Frauenklinik. Der Kreißsaal wird von der Rettungsleitstelle vorverständigigt.

(Fortsetzung folgt)



Modellehrgang an der Katastrophenschutzschule Bayern

## Rettungsdiensteinsatz bei Strahlenunfällen

Initiative des Bayerischen Staatsministeriums des Innern –  
Rettungssanitäter erhielten Strahlenschutzrüstung

Am 9. November 1981 eröffnete Staatssekretär Franz Neubauer vom Bayerischen Staatsministerium des Innern den Modellehrgang „Einsatz des Rettungsdienstes bei Strahlenunfällen“ als Rettungssanitäter-Fortbildung in der Katastrophenschutzschule Bayern in Gertsried. Der Lehrgang wurde initiiert und unterstützt vom Bayerischen Staatsministerium des Innern und in einer beispielhaften Zusammenarbeit von am Rettungsdienst beteiligten Stellen und Strahlenschutz-Fachinstitutionen durchgeführt. Die Unterrichtskonzeption wurde hauptsächlich von MHD, BRK und BF München erarbeitet und durchgeführt. Den MHD vertrat hier der ABC-Referent im Generalsekretariat, Hans Burgwinkel.

Diese Fortbildungsmaßnahme, die mit 27 hauptamtlichen Rettungssanitätern, darunter vier vom MHD Würzburg, durchgeführt wurde, war die erste ihrer Art in Bayern und dürfte über die Grenzen des Freistaates hinaus Modellcharakter besitzen. Es ist beabsichtigt, nach Auswertung der Veranstaltung den Spe-

ziallehrgang in regelmäßigen Abständen zu wiederholen.

Wie Neubauer in seiner Eröffnungssprache darlegte, sei Zielrichtung des Lehrganges weniger der Störfall in Kernkraftwerken, Forschungsreaktoren und Brennelemente-Fabriken, denn bei der Nutzung der Kernenergie seien in Bayern und in anderen Bundesländern die strengsten Maßstäbe an die Sicherheit der Anlagen und an den Gesundheitsschutz der Bevölkerung angelegt. Wichtiger, so Neubauer, seien die Gefahren, die durch die zunehmende Verwendung von radioaktiven Stoffen in Industrie und Medizin bei der Beförderung dieser Stoffe auf der Straße auftreten können. Bei den Spezialfahrzeugen, die täglich mit radioaktivem Material unterwegs seien, ließen sich trotz aller Sicherheits- und Vorsichtsmaßnahmen Unfälle, bei denen ionisierende Strahlung freiwerde, nicht von vornherein völlig ausschließen.

Den daraus resultierenden Bedürfnissen entspricht das Fortbildungskonzept der nuklearspezifischen Sondereinweisung.

Das Rettungsdienstpersonal soll bei Einsätzen an strahlengefährdeten Stellen unter den dort herrschenden erschwerten Bedingungen in der Lage sein, unter Beachtung von der jeweiligen Situation angepassten Schutzgrundsätzen

- Gefahrenbereiche zu erkennen,
- lebensrettende Sofortmaßnahmen durchzuführen,
- verletzte Personen aus dem Gefahrenbereich zu retten,
- behelfsmäßige, stufenweise Maßnahmen zur Verringerung einer Kontamination (soweit vertretbar und notwendig) durchzuführen,
- radioaktiv kontaminierte Personen in ein mit strahlenmedizinischen Behandlungsmöglichkeiten ausgestattetes Krankenhaus zu transportieren und
- nach dem Transport die notwendigen Folgemaßnahmen zu treffen.

Neben den organisatorischen Maßnahmen und einer spezifischen Ausbildung gehört auch eine gute, den speziellen Bedürfnissen des Rettungsdienstes bei Strahlenunfällen entsprechende Ausrüstung zu den Voraussetzungen für einen optimalen Einsatzerfolg. Neubauer konnte daher den Vertretern der an der Durchführung des Rettungsdienstes be-



Bei der Eröffnung des Lehrgangs: Staatssekretär Neubauer, MHD-Landesbeauftragter Graf Strachwitz und ABC-Referent Burgwinkel vom MHD-Generalsekretariat (von links).



Retten eines Verletzten nach einem Unfall, bei dem Radioaktivität freigesetzt wurde.



Abschlußübung unter Winterwetterbedingungen. Fotos: B. Endres



Der MHD erhielt aus den Händen von Staatssekretär Neubauer einen kompletten Satz der Strahlenschutzrüstung.

teiligten Hilfsorganisationen zehn komplette Sätze einer besonderen Strahlenschutzrüstung übergeben. Die Ausrüstung für den MHD nahm Diözesange-schäftsführer Hebling aus Würzburg im Beisein vom MHD-Landesbeauftragten, Graf Strachwitz, entgegen. Dem MHD stehen damit bereits drei Sonderausrü-

stungen im Bereich Würzburg zur Verfügung. Ein Satz dieser Sonderausrüstung beinhaltet jeweils für zwei Rettungssanitäter u. a. Schutzkleidung mit Atemmaske, Meß- und Warngeräte, Notersatzkleidung, Abdeckmaterial und Verbandstoffe.

Damit stehen nunmehr in Bayern für 114 Rettungssanitäter Strahlenschutz-ausrüstungen zur Verfügung. Die Kosten

hierfür, rund 400000 DM, hat der Freistaat Bayern getragen.

Ein besonderer Dank gebührt dem Bayerischen Staatsministerium des Innern und der Katastrophenschutzschule Bayern, deren Koordinierung und tatkräftige Unterstützung den Erfolg dieses für die Rettungsorganisationen bedeutsamen Lehrgangs sicherten, so daß weitere Lehrgänge folgen können. H. B.

Betrieb des Hilfskrankenhauses würde 153 Fachkräfte erfordern, darunter zwölf Ärzte und drei Hilfskräfte.

Bei der Übergabe der Einrichtung unterstrich der Katastrophenschutzreferent des rheinland-pfälzischen Sozialministeriums, Regierungsdirektor Werther, die Landesregierung sei entschlossen, in naher Zukunft im Land insgesamt 15 Hilfskrankenhäuser in den Stand der Funktionsfähigkeit zu versetzen. Damit soll die Versorgung von Kranken und Verletzten in Katastrophen- und Verteidigungsfällen gesichert werden.

Die Hilfskrankenhäuser sollen im Ernstfall mit ihren unterirdischen Operations-, Behandlungs- und Wirtschaftsräumen die Versorgung von 400 bis 500 Patienten übernehmen, die in den oberirdischen Räumen – etwa von Schulen – untergebracht werden. Angegliedert sind die HKH jeweils an ein Stammkrankenhaus der Umgebung, von dem im Katastrophenfall Personal abgezogen wird.

## Fahrbare Sanitätsstation eingeweiht

Eine beim Malteser-Hilfsdienst bundesweit einzigartige fahrbare Sanitätsstation wurde in Karlsruhe ihrer Bestimmung übergeben. In mehr als 650 Stunden Eigenarbeit haben die Helfer des MHD Karlsruhe einen gebrauchten Kastenwagen zum „rollenden Sanitätszelt“ umgerüstet, das die Nachteile eines Zeltes (z. B. Hitze, Kälte, Feuchtigkeit) nicht aufweist. Das Fahrzeug ist schnell überall einsetzbar und vom Wetter unabhängig, dient aber nicht zum Transport von Kranken und Verletzten, betonte MHD-Stadtbeauftragter Günter Halmich bei der Einweihung.

Mit dem neuen Fahrzeug sind die Karlsruher Malteser in der Lage, bis zu sechs Verletzte (fünf sitzende, ein liegender) gleichzeitig zu versorgen – ideale Voraussetzungen also für Großveranstaltungen aller Art, aber auch für Großeinsätze von Polizei und Feuerwehr sowie für Einsätze im Rahmen des Katastrophenschutzes. Zwischenzeitlich wurde der MHD Karlsruhe in den Alarmplan der Berufsfeuerwehr aufgenommen.

Die fahrbare Sanitätsstation verfügt über eine moderne Ausrüstung: Alles notwendige Sanitätsmaterial einschließlich Notarztkoffer, zentraler Sauerstoffversorgung, EKG-Gerät und auch Notfallmedikamente sind vorhanden. Sogar an Kleinigkeiten wie Baby-Windeln, Puder, Öl, Flaschenwärmer – also an alles, was die Versorgung eines Kleinkindes erfordert – wurde gedacht. Eine Rampe ermöglicht es auch Rollstuhlfahrern, in das Fahrzeug zu kommen, und ein Notstromaggregat sichert die Unabhängigkeit vom Stromnetz. Die fahrbare Sanitätsstation kann durch die Besetzung mit einem Arzt sofort zur Ambulanz werden; ansonsten ist das Fahrzeug mit Rettungssanitätern bzw. Pflegedienstleistern oder Schwesternhelferinnen besetzt. Aber auch der Nachwuchs wird darauf Dienst tun. Im funktechnischen Bereich ist das Fahrzeug ebenfalls gut ausgerüstet. Ergänzt wird das „Zelt auf Rädern“ im Bedarfsfall durch einen Krankentransportwagen, der schwerer Verletzte ins Krankenhaus bringen kann, während die Erstversorgung für weitere Verletzte in dem Fahrzeug erfolgen kann.

Zur Einweihung konnte der Stadtbeauftragte Günter Halmich Bürgermeister, Landtagsabgeordnete, Stadträte, den Prälaten des Dekanats Karlsruhe, den Diözesanleiter Prof. Dr. Stärk (Diözese Freiburg), die Spitzen der Polizei und Feuerwehr, Vertreter von namhaften Firmen, Vereinen und Organisationen sowie der Luftwaffe begrüßen. Stadtpfarrer Haller von St. Josef nahm die Fahrzeugweihe vor.

Für die aktiven Helferinnen und Helfer des MHD Karlsruhe hat sich die Mühe des schwierigen Umbaus gelohnt; für ihre Idee interessieren sich auch andere Hilfsorganisationen.

## Luftrettungsstation übernommen

Vom Rettungsdienstzweckverband Würzburg wurden MHD und BRK mit der Durchführung des Luftrettungsdienstes von der Station Ochsenfurt aus beauftragt. Bisher hatte der ADAC diesen Dienst geleistet. Der Hubschrauber, vom Bundesinnenminister im Rahmen des erweiterten Katastrophenschutzes zur Verfügung gestellt, trägt den Namen „Christoph 18“. Er wird von Piloten des Bundesgrenzschutzes geflogen und ist mit Ärzten des Kreiskrankenhauses Ochsenfurt und Notärzten und Rettungssanitätern von MHD und BRK besetzt. „Christoph 18“ ist täglich von Sonnenauf- bis Sonnenuntergang einsatzbereit und ergänzt den bodengebundenen Rettungsdienst in den Bereichen Würzburg, Schweinfurt, Aschaffenburg, Tauberbischofsheim und Kitzingen. Sein Einsatzradius beträgt bis zu 70 km Luftlinie.

## Hilfskrankenhaus übernommen

Der MHD Rülzheim hat im Oktober das Hilfskrankenhaus Hochstadt zur Betreuung übernommen. Damit ging er die Verpflichtung ein, ein Hilfskrankenhaus aufzustellen, in dem Helfer aus dem medizinischen und technischen Bereich vertreten sind. Insgesamt soll der HKH-Zug 50 Helfer umfassen. Der

## Miniröcke aus MHD-Lager in die Sahara

Die Miniröcke aus deutschen Textilbetrieben sind heute in der Südsahara der letzte modische Schrei. Schuld daran ist das Notlager des MHD und der Caritas in Paderborn. Denn die in Deutschland nicht mehr gefragten Röcke, die zu Ladenauffhängern in den Geschäften wurden, wandern dank der Initiative des Paderborner MHD-Helfers und Lagerlogistikers Erich Reinsberg nicht mehr in den Reißwolf, sondern nach Obervolta oder in den Tschad, nach Uganda oder Chile. Und dort, das schreiben die christlichen Partnerorganisationen, lösen sie als lang erwartetes Kleidungsstück bei den armen und ärmsten Menschen als Geschenk große Begeisterung aus. „Was bei uns in die Mülltonne wandert, kann in Afrika, Asien oder Südamerika Menschen das Leben retten“, erläuterte Reinsberg. Denn jährlich mehrere hundert Briefe zeigen von Kampala bis in die Slums von Sao Paulo, daß die meisten Menschen dort nicht einmal mehr Textilien als eine Kleidungsgarnitur besitzen, während in Deutschland ganze fehleingekaufte Produktionen wieder zu Lumpen maschinell gerissen werden.

40000 Kleidungsstücke hat das Paderborner Katastrophenlager des Erzbistums in diesem Jahr bisher verschickt, um in den verschiedenen Ländern zu helfen. Doch die bundesweite Hilfe für die Ärmsten in der Dritten Welt ist ins Stocken geraten. Explodierende Frachtkosten und die geringere Bereitschaft zu Altkleiderspenden machen es den kirchlichen Einrichtungen immer schwerer, diese Hilfe für Afrika oder Südamerika zu leisten.



Sachstandsbericht zur Feuerschutzsteuer

## Die Steuer dient der Grundfinanzierung der Freiwilligen Feuerwehren

Von R. Voßmeier, Bundesgeschäftsführer des DFV –  
(Fortsetzung aus Heft 12/81)

### 3.0 Maßnahmen zur Novellierung des Verteilerschlüssels

So erfreulich es im Dezember 1979 war festzustellen, daß trotz der langen Beratungszeit im Gesetzgebungsverfahren durch die Novellierung des Feuerschutzsteuergesetzes und damit die Wiedereinführung der Steuerpflicht für die Verbundene Hausrats- und Gebäudeversicherung das Gesamtaufkommen aus der Feuerschutzsteuer nach einer damaligen Schätzung des Gesetzgebers künftig um jährlich rd. 40 Mio. DM verbessert wird, liegt nun die Befürchtung nahe, daß ab 1. 1. 1984 keine ausgewogene Verteilung des Aufkommens mehr erfolgt, wenn es im Gesetzgebungsverfahren nicht rechtzeitig gelingt, den § 11 des Gesetzes „Zerlegung des Aufkommens“ neu zu fassen. In diesem Fall würde sich die Verteilung der Feuerschutzsteuer nicht mehr wie sonst nach der Belegenheit der versicherten Objekte, sondern allein nach dem Sitz des Versicherungsunternehmens richten (siehe Pos 3.2). Die Folge wären teilweise erhebliche Mindereinnahmen für einige Länder und eine insgesamt ungerichte und unbefriedigende Verteilung. Bund und Länder hatten seit der Verabschiedung des jetzigen Feuerschutzgesetzes insgesamt vier Jahre Zeit, die für ein Gesetzgebungsverfahren notwendigen Vorverhandlungen zu führen; die Hälfte dieser Zeit ist aber im wesentlichen ungenutzt verstrichen. Für die notwendigen Vorverhandlungen zwischen den Ländern und für das Gesetzgebungsverfahren im Bundestag und Bundesrat stehen nur noch zwei Jahre zur Verfügung.

### 3.1 Neuer Verteilungsmodus wichtig

Die Bundesländer und das Bundesfinanzministerium sind durch die befristete Gültigkeitsdauer des Feuerschutzsteuergesetzes aufgerufen, einen neuen Modus zur „Zerlegung des Aufkommens“ (Verteilerschlüssel) zu finden

und diesen rechtzeitig ins Gesetzgebungsverfahren einzubringen. Im Interesse der Verbesserung des Brandschutzes in der Bundesrepublik wäre es nicht zu vertreten, wenn Länder durch passives Verhalten eine termingerechte Einigung auf einen neuen Verteilungsmodus verhindern. Es liegen Anzeichen dafür vor, daß die notwendige Einigung zwischen den Ländern und mit dem Bundesfinanzministerium eine sehr schwierige Beratungsphase erfordert.

### 3.2 Veränderungen bei den Einnahmen

Wird die „Zerlegung des Aufkommens“ nicht fristgerecht mit Gesetzeskraft neu geregelt, gibt es in den Ländern erhebliche Verschiebungen im Steueraufkommen, da dann die Steuereinnahmen allein den Ländern zufließen, in denen die Versicherer ihren Verwaltungssitz haben.

Dieses würde in einigen Bundesländern zu erheblichen Mindereinnahmen führen, und andere Bundesländer erhielten demzufolge wesentliche Mehreinnahmen. Diese letztlichen Auswirkungen sind nicht im Sinne des gesamten deutschen Brandschutzwesens.

Sollte es nicht zu einer neuen Vereinbarung über den Verteilermodus kommen, würden einige Bundesländer – da sie nicht den Sitz von Versicherungszentralen in ihrem Gebiet haben – erhebliche Einbußen haben. Nach einer 1979 erfolgten überschlägigen Berechnung bei Aufkommen durch die privaten Versicherer ergäben die Einbußen für:

Baden-Württemberg	rd. 48 %
Bayern	rd. 45 %
Berlin	rd. 71 %
Bremen	rd. 56 %
Niedersachsen	rd. 3 %
Rheinland-Pfalz	rd. 96 %
Saarland	rd. 82 %
Schleswig-Holstein	rd. 98 %

### 4.0 Forderungen der Feuerwehren

Die zuständigen Ministerien der Bundesländer und das Bundesministerium der Finanzen werden aufgerufen, die bis Ende 1983 noch zur Verfügung stehende Zeit baldigst dafür zu nutzen, sich auf einen praktikablen neuen Verteilungsmodus zu einigen. Die Feuerwehren der Bundesrepublik gehen davon aus, daß die in den Vorverhandlungen beteiligten Stellen sich so rechtzeitig auf einen neuen Modus einigen, daß Bundestag und Bundesrat noch ausreichend Zeit für das Gesetzgebungsverfahren haben, damit mit Wirkung vom 1. Januar 1984 ein novelliertes Feuerschutzsteuergesetz in Kraft treten kann. Des weiteren gehen die Feuerwehren davon aus, daß die politischen Parteien des Bundestages und Bundesrates bei der jetzt anstehenden Novellierung des § 11 nicht erneut in so langwierige und zeitraubende Diskussionen verfallen wie bei der Novellierung des Gesetzes in den Jahren 1978/79.

Die Feuerwehren weisen mit Nachdruck darauf hin, daß das Feuerschutzsteuergesetz als Bundesgesetz erhalten bleiben muß und daß der künftige Verteilungsmodus so gewählt wird, daß alle Länder, Kreise und Kommunen einen ihnen zustehenden Anteil am Aufkommen der Feuerschutzsteuer erhalten.

Die diesem Sachstandsbericht beigefügten Anlagen (Tabellen) dienen einer sachgerechten Beratung der finanziellen Situation im deutschen Brandschutzwesen.

### Delegiertenversammlung des DFV

Die nächste Delegiertenversammlung des Deutschen Feuerwehrverbandes findet am **Samstag, dem 27. März 1982, in Berlin** statt. Die Delegiertenversammlung legte diesen Termin in ihrer letzten Tagung fest. Gemäß Satzung des DFV wird diese Delegiertenversammlung hiermit bekanntgegeben.

Deutscher Feuerwehrverband  
Bonn, im Januar 1982

## Wir sammeln

Für den Aufbau einer umfangreichen Sammlung bittet der Deutsche Feuerwehrverband um Zusendung von **Ärmelabzeichen mit Stadtwappen**, wie diese bei den Feuerwehren der Bundesrepublik in vielen Gemeinden und Städ-

ten auf dem Dienstroick getragen werden. Ferner bittet der DFV um Überlassung von **Festschriften**, die von den Feuerwehren aus Anlaß von Jubiläen oder anderen Anlässen herausgegeben werden.

Der DFV bittet alle Feuerwehren, von den Ärmelabzeichen bzw. den Festschriften jeweils drei Stück zuzusenden:  
Deutscher Feuerwehrverband  
Postfach 200269  
5300 Bonn 2



### Schankerlaubnis für Vereine an Festtagen keine Konkurrenz

Vereine dürfen an Festtagen Gaststätten Konkurrenz machen: Eine vorübergehende Schankerlaubnis für örtliche Vereine und Organisationen an Festtagen verletzt die Gastwirte nicht in ihren Rechten, sondern allenfalls in ihren rechtlich nicht geschützten wirtschaftlichen Interessen. Diese Entscheidung traf das Koblenzer Oberverwaltungsgericht (OVG) in einem kürzlich bekanntgewordenen Urteil in zweiter Instanz. Das Gericht wies damit die Klage eines Gastwirtes gegen die Verbandsgemeinde Bitburg-Land zurück.

Der Kläger aus dem Landkreis Bitburg-Prüm hatte sich dagegen gewandt, daß für die Kirmestage im September 1979 der örtlichen Feuerwehr die gastronomische Betreuung eines Festzeltes erlaubt

worden war. Das Verwaltungsgericht Trier hatte die Klage des Wirtes abgelehnt, die vorübergehende Schankerlaubnis sei zu Unrecht erteilt worden. Das Gericht begründete seine Entscheidung damit, es entspreche ländlichem Brauchtum, wenn örtliche Vereine an Festtagen auch ein Festzelt bewirtschaften. Das OVG wies die Klage aus formellen Gründen ab. Die gesetzliche Regelung, auf die der Wirt sein Begehren stütze, habe Konkurrenz zu schützen (Aktz.: 2 A 10/81).

### Gesucht werden . . .

Fotos von den früheren Vorsitzenden des Deutschen Feuerwehrverbandes  
1874–1876 Ingenieur und Kreisbrandmeister Wilhelm Reutter (Braunschweig)

1880–1887 Turnlehrer und Feuerlöschdirektor Gustav H. Ritz (Dresden)

1888–1904 Kaufmann, Stadtrat und Branddirektor Gustav Schulze (Delitzsch/Provinz Sachsen)

1911–1928 Justizrat und Kreisbrandmeister Heinrich Lang (Landau/Pfalz)

1928–1936 Hafnermeister, Gewerberat und Landesbranddirektor Adolf Ecker (München)

Der Deutsche Feuerwehrverband bittet die Leser dieser Zeitschrift, einmal in ihren Archiven zu überprüfen, ob sie dem Verband leihweise für eine kurze Zeit ein Foto dieser zuvor genannten Herren, die in den angegebenen Zeiträumen als Vorsitzende des Deutschen Feuerwehrverbandes tätig waren, ausleihen können. Zur Vervollständigung seines Archives sucht der Verband dieses Material. Die zur Verfügung gestellten Aufnahmen werden nach Anfertigung eines Repros unversehrt umgehend zurückgegeben.

Noch keine Katastrophe

## Schweres Schiffsunglück auf dem Neckar

DLRG-Rettungsschwimmer probten den Ernstfall

Im Rahmen des Mannheimer Herbstfestes „Kurpfalz im Quadrat“ fand u. a. eine Rettungsübung auf dem Neckar, oberhalb der Kurpfalzbrücke, statt. Dieser Standort wurde bei der Vorbereitung nicht von ungefähr gewählt, denn er liegt in unmittelbarer Nähe des zweitgrößten Binnenhafens Deutschlands und in Höhe dichtbesiedelter Wohngebiete rechts und links des Neckars.

Mannheim war in diesen Tagen ganz auf „Wasser“ eingestellt, denn zeitgleich mit dem Herbstfest fand auch der „Deutsche Binnenschiffahrtstag“ an Rhein und Neckar statt. Zehntausend Besucher erlebten auf dem Neckarvordland eine eindrucksvolle Demonstration in Sachen Katastrophenschutz. Um 16.00 Uhr kündigten weiße und rote Rauchsäulen eine sich anbahnende Katastrophe an. „Mit geballter Kraft aller verfügbaren Rettungsmittel“, so berichtete später die lokale Presse, rückten die Wasserfahrzeuge der Polizei, der Feuerwehr und der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft (DLRG) an, um die brennende Schute auf dem Neckar oberhalb der Kurpfalzbrücke zu löschen und Menschen in Sicherheit zu bringen.

Als „Tankschiff“ diente ein ausgemustertes Kahn, der für die Übung speziell präpariert wurde. Alles sollte so echt wie möglich simuliert werden. Dies gelang auch hervorragend. Die Wasserschutzpolizei sicherte innerhalb kürzester Zeit die Gefahrenzone ab, um unbeteiligte Schiffe der stark frequentierten Linie von der Gefahrenstelle fernzuhalten. Männer der Wasserschutzpolizei Baden-Württemberg gingen in Schutzanzügen an Bord des Tankschiffes, um die Besatzung, die möglicherweise durch das ausströmende Gas bewusstlos war, in Sicherheit zu bringen. Das Spezialboot der Wasserschutzpolizei ist durch einen permanenten Luftüberdruck im Inneren des Schiffes explosionssicher. Durch diesen Überdruck wird das Eindringen von Gasen verhindert.

Dann kam plötzlich der Hilferuf: „Mann über Bord!“ Die DLRG Mannheim war gefordert und mußte nun in Aktion treten. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte das Löschboot der Feuerwehr den Tanker und die Wasseroberfläche schon mit einem Schaumteppich abgedeckt. Das



Die Feuerwehr löscht mit Wasser aus allen Rohren.



Starker Qualm erschwert die Rettungsarbeiten.



Rettungsschwimmer der DLRG bergen die „Opfer“.

neue Rettungsboot „Shadow“ der DLRG, das erst vor wenigen Wochen an gleicher Stelle seine Jungfernfahrt hinter sich gebracht hatte, erlebte nun seine erste Bewährungsprobe. Die „Shadow“ durchpflügte den dichten Schaummantel bis zur Unfallstelle. Dort angekommen, gingen sofort DLRG-Rettungstaucher zu Wasser. Nach wenigen Minuten war es den Tauchern gelungen, das „Opfer“ zu bergen und sicher an Bord des Rettungsbootes zu bringen. Noch an Bord wurden Erste-Hilfe-Maßnahmen eingeleitet, die Rettungsleitstelle über Funk informiert und das „Opfer“ dem Notarzt und der Sanitätsorganisation am Ufer übergeben.

Was hier vor 10000 interessierten Zuschauern abließ, dauerte nur wenige Minuten und war eine Übung. Sie war unter hervorragender Regie der Wasserschutzpolizei ausgeknobelt und überwacht worden. Aber es war trotz der Kulisse und der Spezialeffekte kein Show-Spektakel, sondern eine unerläßliche Übung für den Ernstfall. Das Zusammenspiel zwischen Wasserschutzpolizei, Feuerwehr, DLRG und Sanitätsorganisation funktionierte reibungslos.

Als Fazit darf die DLRG Mannheim feststellen, daß sie voll in den Katastrophenschutz integriert und Vollwertiges zu leisten imstande ist.

Roland Kaiser

# Frachter kollidierte mit Ausflugsschiff

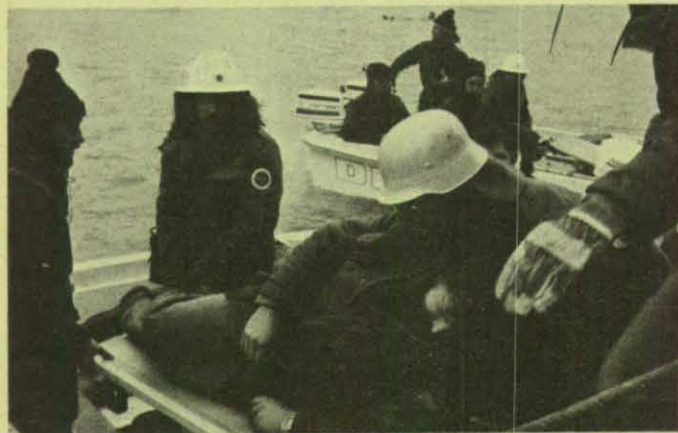
Alarmübung der DLRG zusammen mit ASB und THW in Dortmund



DLRG-Rettungsboote nehmen „Verunglückte“ auf. Ein Handicap für die im Wasser treibenden Personen waren die Wassertemperaturen von nur 5 Grad sowie die überhöhen Spundwände am Ufer, die ein Herausklettern aus dem Wasser unmöglich machten.



Abtransport eines „Verletzten“ mit dem Katastrophenschutzboot „Westfalen 3“.



Helfer des ASB übergeben „Verletzte“ an die DLRG-Bootsbesatzung.



Aufmerksame Beobachter der Übung – das Fernsteam Riefenstahl.

Einsatzbereitschaft, Zusammenarbeit und Wintertauglichkeit probten Anfang Dezember im Bereich des Dortmundener Industrie-Hafens die DLRG, der Arbeiter-Samariter-Bund und das Technische Hilfswerk. Insgesamt nahmen 295 Helfer mit 16 Rettungsbooten, Sanitätsfahrzeugen und einer Ponton-Ausrüstung teil.

Ein Unglück größeren Ausmaßes war inszeniert worden: Ein mit 200 Kindern besetztes Ausflugsschiff kollidierte mit einem Frachter. Beide Schiffe sanken, schnelle Hilfe ist nötig. Die Dortmundener Feuerwehr ist durch Unfälle auf der Bundesstraße 1 und durch ein Feuer in der Universität gebunden. Glücklicherweise sind aber im Bootshaus der Stadt Dortmund Rettungs- und Tauchergruppen anlässlich eines Lehrgangs versammelt und können gleich eingesetzt werden. Rettungsboote aus den DLRG-Bezirken Dortmund, Bochum, Hagen und Witten können schnellstens zur Unfallstelle eilen.

Das THW hatte mit Pontons das mit dem Bug aus dem Wasser ragende Passagierschiff zu markieren. Die in kaltem Wasser treibenden Menschen, Verletzte und Unterkühlte (es handelte sich um DLRG-Taucher), wurden von der DLRG geborgen und vom ASB auf einem schnell eingerichteten Verbandplatz versorgt. Schwerer „verletzte“ Personen wurden mit Sanitätsfahrzeugen in Kliniken gefahren.

Ein WDR-Fernsteam (Riefenstahl) nahm an der Übung teil und berichtete ausführlich in der Sendung des 1. Programms „Hier und Heute“ über die Ereignisse.

Es zeigten sich – wie bei allen vorherigen Übungen auch – Schwachpunkte, die nur durch stetes Üben ausgemerzt werden können, wie Übungsleiter Gerdt Neumann feststellte. Die drei Organisationen, jede ist in ihrem Bereich führend, sind in der Zusammenarbeit besser zu koordinieren. Bleibt zu hoffen, daß in Zukunft für solche Übungen auch die Mittel zur Verfügung stehen.

H.-W. B.



Nach hartem Einsatz – Entspannung auf „Tauchmannsart“.

## Presseschau des Inlands

### Bayerns Landtag setzt neues Feuerwehrgesetz in Marsch

Mit guten Wünschen wie „Gott zur Ehr', dem Nächsten zur Wehr“, aber auch „Wasser marsch!“ hat der Landtag einstimmig das neue bayerische Feuerwehrgesetz verabschiedet. Es ersetzt eine Regelung, die noch von der Militärregierung im Jahr 1946 erlassen worden war. Innenminister Gerold Tandler betonte ebenso wie Sprecher aller drei Fraktionen, daß die Grundsätze von Freiwilligkeit und Ehrenamtlichkeit auch in Zukunft gelten werden.

Das Gesetz soll den rund 300000 Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehren im Freistaat zeitgemäße soziale und rechtliche Sicherheit bei ihrer gefährlichen Aufgabe verschaffen. Um sie zu ersetzen, wären rund 40000 Berufsfeuerwehrleute notwendig. Zur Zeit gibt es im ganzen Land nur wenig mehr als 2250 hauptberufliche Feuerwehrmänner.

In den vergangenen beiden Jahren nahm die Zahl der Einsätze um das Zweieinhalbfache auf mehr als 10000 zu, heißt es in der Begründung des Gesetzes. Die Sachversicherer schätzen, daß die Feuerwehren fünf- bis sechsmal mehr Werte sichern, als die Summe der Brandschäden ausmacht: Allein 1979 rund 265 Millionen Mark. Obwohl das neue Gesetz auch Konsequenzen aus der Gemeindegebietsreform zieht, bleiben die Ortsfeuerwehren trotz gewisser Widerstände aus der CSU als Vereine erhalten. Das Gesetz trat am 1. Januar 1982 in Kraft.

(Süddeutsche Zeitung, München)

### Vier Verordnungen für die Versorgung

Die Bundesregierung hat jetzt die vier vorbereiteten Verordnungen für die Versorgung mit Kraftstoff, leichtem Heizöl, Elektrizität und Gas im Falle einer Versorgungskrise verabschiedet. Das Bundeswirtschaftsministerium weist darauf hin, daß diese Maßnahmen ausschließlich für die Krisenvorsorge getroffen worden sind. Die aktuelle Versorgungslage sei gesichert. Die vier Verordnungen sind erst anwendbar, wenn die Bundesregierung durch eine besondere Ver-

ordnung feststellt, daß die Energieversorgung gefährdet oder gestört ist. Für die Benzinversorgung ist im Ernstfall ein Bezugsscheinsystem vorgesehen. Für Heizöl soll die Menge, die in einem bestimmten Zeitraum bezogen worden ist, aufgrund der aufzubewahrenden Rechnungen gekürzt werden.

(Frankfurter Allgemeine Zeitung)

### „Rettungssanitäter besser ausbilden“

Ein Berufsbild für Rettungssanitäter mit einer Ausbildungszeit von mindestens zwei Jahren muß nach Ansicht des „Berufsverbandes der Rettungssanitäter“ geschaffen werden. Auf einer Fortbildungsveranstaltung in Marburg, an der über 100 Rettungssanitäter aus Hessen und anderen Bundesländern teilnahmen, wurde die mit derzeit 13 Wochen zu geringe Ausbildungszeit kritisiert. Durch ein flächendeckendes Notarztsystem und eine bessere Qualifizierung des Rettungspersonals könnten von den etwa 200000 Notfalltodesfällen im Jahr rund 10 Prozent noch gerettet werden. Die Forderung nach einem hessischen Rettungsdienstgesetz wurde von einem Sprecher des Hessischen Sozialministeriums mit dem Hinweis auf das Fehlen einer bundeseinheitlichen Regelung zurückgewiesen.

(Frankfurter Rundschau)

### DDR baut in Schulen Luftschutzkeller

Die DDR bereitet die Einrichtung von Luftschutzkellern auch in den Schulen vor. Jüngste Ostberliner Veröffentlichungen besagen, daß im thüringischen Bezirk Suhl Schüler während des obligatorischen einwöchigen Zivilverteidigungslehrgangs in ihren Unterrichtsstätten die Einrichtung eines Schutzraumes üben. Das sei an der „Mehrzahl der Schulen“ des Bezirkes geschehen. Gleichzeitig mehrten sich in DDR-Veröffentlichungen Hinweise auf „Beispielschutzräume“ in Fabriken und Wohngebieten.

Parallel zur organisatorischen und materiellen Vorbereitung auf den Konfliktfall läuft die Einbeziehung nahezu aller Bevölkerungsguppen in den Wehrapparat. In der August-Ausgabe der Funktionsärztezeitschrift „Einheit“ verlangt der Abteilungsleiter des SED-Zentralkomitees für sozialistische Wehrerziehung, Oberst Werner Hübner, daß „jeder Bürger“ durch „größere persönliche Anstrengungen zur Stärkung der Landesverteidigung beizutragen“ habe. Hübner erwähnte dabei ausdrücklich neben Schü-

lern auch die Rentner. Wenn es um den Frieden gehe, so Hübner, müsse eben jeder „persönliche Konsequenzen“ ziehen. „Egoismus und Bequemlichkeit“ würden nicht geduldet.

Daß die „Luftschutzwelle“ auf deutliches Unbehagen stößt und bei den Älteren Erinnerungen an die Zeit vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges weckt, ergibt sich ebenfalls aus östlichen Veröffentlichungen. Vor allem beteiligten sich „Frauen noch nicht im gewünschten Maß“ an der Ausbildung in den Formationen der, dem DDR-Verteidigungsministerium unterstehenden, Zivilverteidigung.

Die Frauen würden sich noch zu oft darauf berufen, daß sie ihre kleinen Kinder nicht allein lassen könnten. Hier weiß die SED inzwischen Abhilfe. In Königswusterhausen, einer märkischen Kreisstadt südlich Berlins, gibt es neuerdings das Vorbild einer „Mutti vom Dienst“. Sie leitet „im Bereitstellungsobjekt den besonderen Raum für Kinderbetreuung“. Hier brauchen die alarmierten Luftschutzhelferinnen ihre Kinder künftig nur noch abzuliefern, ehe sie Einsatzanzug und Ausrüstung empfangen.

Die Ablehnung, auf die das zivile Verteidigungsprogramm in der Bevölkerung stößt, wird auch durch Einzelheiten belegt, die kürzlich über zwei Übungen bekannt wurden, die in Wittenberge und Wismar stattfanden. Ehe der Probe-„Luftalarm“ in Wittenberge ausgelöst werden konnte, mußte die SED-Kreisleitung viele „vorbereitende Gespräche“ führen und in den Wohnbereichen „zahlreiche Hausversammlungen“ organisieren. In die Übung war auch die Reichsbahn einbezogen.

In Wismar ging es am selben Tag um „Schutz von Bevölkerung und der Volkswirtschaft nach gegnerischen Einwirkungen“. Auch in dieser mecklenburgischen Hafenstadt waren zuvor „Agitatoren der Partei“ ausgeschwärmt. Da die „Übungslage“ offenbar größere Verluste annahm, wurden 9. und 10. Klassen (15- bis 16jährige) „geschlossen als Sanitätshelfer eingesetzt“.

Ebenfalls . . . übten in Rostock Verkäuferinnen den Ernstfall. Sie wurden aus ihren Geschäften „evakuiert“ und in einem zentralen „eigenen Schutzraum des Betriebes“ untergebracht. Die Ausgabe von Schutzmasken an die Beschäftigten“ und das Anfertigen behelfsmäßiger Atemschutzmittel bildeten einen Höhepunkt der Übung. Derartige Meldungen häufen sich in letzter Zeit in den außerhalb Ost-Berlins erscheinenden Zeitungen.

(Allgemeine Sonntagszeitung,  
Würzburg)

## Presseschau des Auslands

### Schweiz: Die bisherigen Leistungen

Der Schweizerische Zivilschutzverband (SZSV) begrüßt die in jüngster Zeit angelaufenen Diskussionen um Lücken und Mängel beim Zivilschutz. Seiner Auffassung nach können nur eine ständige kritische Lagebeurteilung und die offene Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit zu optimalen Lösungen führen. Die in Diskussionen und Zeitungsartikeln erwähnten Lücken und Mängel in der Ausbildung und Organisation verschiedener Zivilschutzorganisationen dürfen aber nicht dazu führen, die bisherigen Leistungen des schweizerischen Zivilschutzes in den Schatten zu stellen. Hierzu nur einige Beispiele: Zwischen 1966 und 1980 ist die Zahl der belüfteten Schutzplätze pro 100 Einwohner von kaum 10 auf fast 80% angestiegen; in derselben Zeitspanne wurden über 70000 geschützte Liegestellen in Operationsstellen, Notspitälern, Sanitätshilfsstellen usw. bereitgestellt, und die Zahl der jährlich Ausgebildeten ist in dieser Periode von 260 auf 7650 angestiegen!

Der Zivilschutz ist föderalistisch aufgebaut; die Gemeinde ist sein Hauptträger. Das Marschtempo im Aus- und Aufbau des Zivilschutzes wird deshalb in hohem Maße vom politischen Willen der Kantone und Gemeinden mitbestimmt. Aus dieser Tatsache ergeben sich regionale Unterschiede. Während die einen heute weit über dem Durchschnitt stehen, sind die anderen noch in der Aufbauphase. Der SZSV gibt zu bedenken, daß der Zivilschutz in der Schweiz im Vergleich zum Militär nicht auf eine jahrhundertealte Tradition und Erfahrung zurückblicken kann. Er ist eine sehr junge Organisation, deren Konzeption auf das Jahr 1971 zurückgeht. 1978 wurde das Bundesgesetz über den Zivilschutz in dem Sinne geändert, daß alle Gemeinden zivilschutzpflichtig sind und nicht, wie vorher, nur solche mit über 1000 Einwohnern. Die Folge davon war, daß die Kantone ihrerseits die Erlasse dem Bundesgesetz anpassen und Volksabstimmungen durchführen mußten. Dieser demokratische Prozeß nimmt viel Zeit in An-

spruch und bringt Verzögerungen mit sich. Zieht man diese Tatsache in Betracht, so ist es verständlich, daß der Zivilschutz heute noch nicht überall genau nach Gesetz und Konzeption organisiert und strukturiert ist.

Mit diesen Feststellungen will aber der Schweizerische Zivilschutzverband nicht bestehende Probleme in Abrede stellen. So fehlen in vielen kleinen Gemeinden, die erst seit drei Jahren zivilschutzpflichtig sind, Organisationen und genügend Schutzplätze. Im weiteren sind bezüglich der Ausbildung noch große Anstrengungen nötig, und vielerorts fehlen geeignete Kaderleute.

(Zivilschutz Bern)

### Erdbeben – bietet der Schutzraum Sicherheit?

Zivilschutzräume sind für Waffenwirkungen, für Atomexplosionen berechnet; aber auch schwere Erdbeben können ihnen nichts anhaben. Wer bei einem Erdbeben nicht verschüttet wurde, kann ohne weiteres im Schutzraum Zuflucht suchen und ist dort sicher. Wird es einmal möglich, vor kommenden Erdbeben zu warnen, so kann man die kritische Zeit im Schutzraum zubringen und braucht dort den Einsturz des Hauses nicht zu fürchten. Der Zivilschutzraum ist so gebaut, daß er ein Überleben unter bescheidenen Bedingungen ermöglicht.

Bei Erdbeben wird in gewissen Gebieten die gesamte oberflächennahe Schicht der Erde „geschüttelt“. Die Schwingungen sind langsam (nur wenige Schwingungen pro Sekunde), die Beschleunigungen sind mit ungefähr der Hälfte der Erdbeschleunigung bei starken Erdbeben gering, die auftretenden Geschwindigkeiten aber relativ groß. Gefährlich sind bei Erdbeben hauptsächlich die horizontalen Bewegungen. Durch dieses Schütteln der Erde können Häuser zum Einsturz gebracht werden, instabile Bodenschichten können abrutschen, auf großen Wasserflächen bilden sich Wellen. Bei intensiven Erdbeben können im Boden wegen der Setzungen Risse auftreten, und Gas- und Wasserleitungen und andere Leitungen können bersten.

Es stellt sich die Frage, wo für diejenigen eine erste Unterkunft gefunden werden kann, welche ein Erdbeben einigermaßen heil überlebt haben. Zerstörte und schwer beschädigte Häuser können nicht mehr verwendet werden, und die vom Erdbeben Betroffenen werden es auch vorziehen, nicht in anderen, weniger beschädigten Häusern der Umgebung zu wohnen, aus Furcht vor Nachbeben. Wie die Erfahrungen bei bisheri-

gen Erdbebenkatastrophen – besonders auch in Süditalien im Herbst 1980 – gezeigt haben, wollen die meisten Menschen ihren Wohnort, wenn irgend möglich nicht verlassen. In Süditalien haben sich viele Leute gegen angeordnete Evakuationen gewehrt, auch wenn am Zufluchtsort recht für sie gesorgt würde. In dieser Lage bietet sich nun der Schutzraum als bescheidene, aber sichere und genügende Unterkunft in unmittelbarer Nähe oder im eigenen Haus an.

Zivilschutz-Schutzräume kann man sich als solide „Kisten“ aus Eisenbeton vorstellen, welche meist in Kellergeschossen angeordnet sind. Sie sind dafür berechnet, bei Atomexplosionen ein Überleben in einer gewissen Distanz zu ermöglichen. Beispielsweise schützt ein normaler Schutzraum gerade noch gegen die Wirkungen einer Megatonnenbombe im Abstand von gut 2,5 km Entfernung. Der Luftdruck der Atombombe würde dabei etwa 10000 kg/m<sup>2</sup> ausmachen, und der Schutzraum würde so geschüttelt, daß ein Erdbeben im Vergleich zu diesen Beschleunigungen ganz nebensächlich ist. Auf diese und viele anderen Waffenwirkungen ist der schweizerische Zivilschutzraum berechnet; diese hält er aus.

Würde bei einem starken Erdbeben ein Haus über dem Schutzraum zerstört und in Trümmern auf die Kellerdecke fallen, so wären die Trümmerlasten wesentlich geringer als die Belastung, auf die der Schutzraum berechnet ist.

(Dr. W. Heierli im Pressedienst des Schweizerischen Zivilschutzverbandes, Bern)

### Europäische Gemeinschaft: Gegenseitige Unterrichtung bei Katastrophen

Die EG-Staaten wollen bei Umweltkatastrophen auf ihrem Gebiet künftig die betroffenen Nachbarn unterrichten. Diese Vereinbarung trafen kürzlich in Brüssel die Umweltminister der Zehnergemeinschaft. Nach jahrelangem Ringen kamen sie ferner überein, durch Sicherheitsberichte und Alarmsysteme, aber auch durch technische Vorkehrungen den Schutz der Bevölkerung und der Umwelt künftig besser zu gewährleisten.

Die künftige Informations- und Konsultationspflicht bei Katastrophenfällen betrifft jedoch nicht den Sektor der Atomenergie, der gesondert in der EG geregelt werden soll.

(Kölnische Rundschau)



# Wissenschaft & Technik

## Elektronisches Haus-Informationssystem

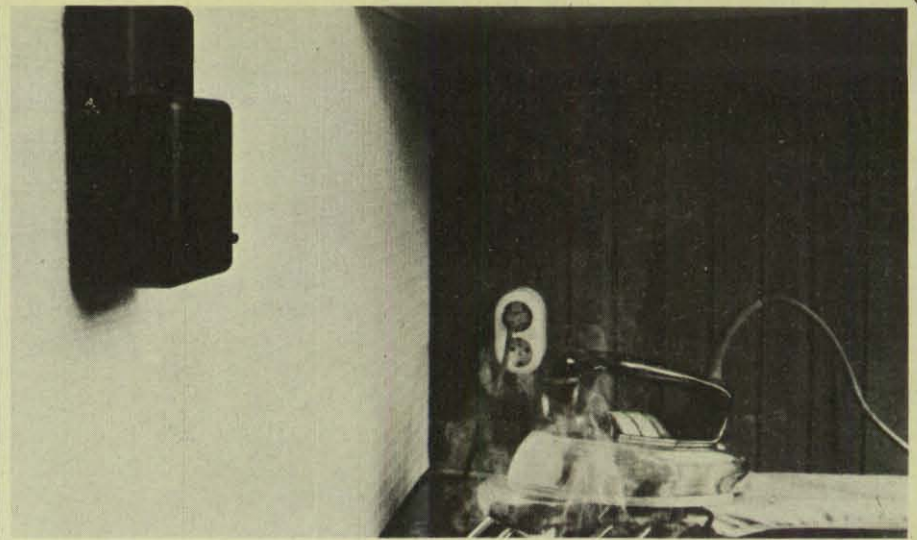
Eine Firma im Sauerland stellte jetzt ein von ihr entwickeltes Überwachungs- und Kommunikationssystem vor, das über vorhandene Steckdosen zu betreiben ist.

Die zentrale Einheit des Systems bildet eine Wechselsprechanlage, die mit bis zu acht Geräten zu einer Ringsprechanlage zusammengeschlossen werden kann. Das Wechselsprechgerät ist auch als Zentrale für verschiedene Steckdosen-Melder einzusetzen. Zu dieser Zentrale gibt es je nach Bedarf mehrere Ergänzungsmöglichkeiten:

- Empfänger für Signale der Melder
- Geräuschemelder zur Überwachung des Babys, eines Kranken usw.
- Ultraschallbewegungsmelder zur Raumüberwachung
- Rauchmelder für CO, Qualm, Ammoniak- und Benzindämpfe
- Gasmelder für Propan, Butan, Methan.

Diese Melder lassen sich über einen Potentiometer auf unterschiedliche Empfindlichkeit einstellen.

Durch seinen modularen Aufbau wird diese Anlage zu einem Multifunktionssystem, das nicht nur eine einfache Kommunikation in Haushalt und Büro ermöglicht, sondern ebenso die Forderung



nach erhöhter Sicherheit im privaten Bereich erfüllt.

Unser Foto zeigt einen angeschlosse-

nen Rauchmelder; die Skizze verdeutlicht die Einsatzmöglichkeiten des Haus-Informationssystems.

## Störfall-Kommission beim Bundesminister des Innern gegründet

Um die Sicherheit gefährlicher Industrieanlagen in der technischen Praxis kontinuierlich weiter zu fördern, ist beim Bundesminister des Innern jetzt die Störfall-Kommission gegründet worden. Die Kommission soll grundsätzliche und aktuelle Sicherheitsprobleme untersuchen und die Methoden und Instrumentarien zur Erkennung und Bewertung von Gefahren, die durch Störfälle hervorgerufen werden können, verbessern. Damit fällt der Kommission die wichtige Aufgabe zu, intensiv bei der Feststellung und Weiterentwicklung des Standes der Sicherheitstechnik mitzuwirken, der in Verwaltungsvorschriften über materielle Sicherheitsanforderungen an industrielle Anlagen im einzelnen umgesetzt werden soll.

Zum Vorsitzenden der Kommission wurde Professor Dr. Ing. Albert Kuhlmann, Geschäftsführer des TÜV Rheinland, gewählt.

Bundesinnenminister Gerhart Rudolf Baum erklärte anlässlich der Gründung der Kommission: „Die Störfall-Kommission wird einen wichtigen Beitrag dazu leisten, den Sicherheitsstandard gefährlicher industrieller Anlagen im Interesse der in der Nachbarschaft solcher Anlagen lebenden Bevölkerung weiter voranzutreiben; hier darf es insbesondere auch angesichts immer neuer technologischer Entwicklungen keinen Stillstand geben. Es muß alles getan werden, damit ein Störfall vom Ausmaß der Seveso-Katastrophe bei uns, aber auch in der gesamten Europäischen Gemeinschaft soweit eben möglich ausgeschlossen wird. Mit unseren nationalen Rechtsvorschriften, die jetzt auch durch die Verabschiedung der sogenannten

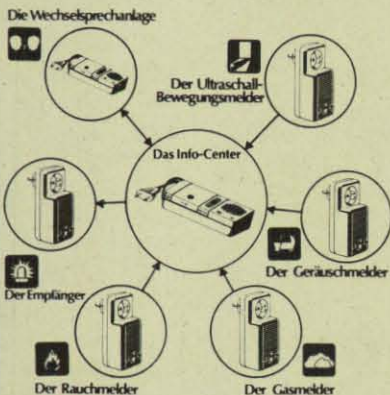
Seveso-Richtlinie der EG ergänzt worden ist, sind wichtige Schritte zur Gewährleistung des Schutzes der Bürger vor den Gefahren durch Störfälle getan worden.“

Zum 1. September 1980 hatte die Bundesregierung – im Vorgriff auf eine seinerzeit nicht erreichbare Regelung im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft – die Störfall-Verordnung in Kraft gesetzt. Sie verpflichtet die Betreiber potentiell gefährlicher Anlagen, die erforderlichen Vorkehrungen zur Vermeidung von Störfällen und zur Minimierung der Auswirkungen etwaiger Störfälle zu treffen. Das Kernstück dieser Verordnung, nämlich die vom Betreiber vorzulegende Sicherheitsanalyse, wird durch eine dem Kabinett gegenwärtig zur Beschlußfassung vorliegende Verwaltungsvorschrift konkretisiert, die die Kriterien für die Erstellung der Analyse und die Prüfung durch die Behörden verbindlich vorgibt.

Aber auch in der Europäischen Gemeinschaft konnte inzwischen insbesondere aufgrund deutschen Drängens ein Durchbruch erzielt und die Vorsorge gegen Störfälle nun für das gesamte Gebiet der Europäischen Gemeinschaft verbindlich vorgeschrieben werden. In der Tagung der Umweltminister der EG im Dezember 1981 ist es – nach mehreren ergebnislosen Beratungen in der Vergangenheit – gelungen, die sogenannte „Seveso-Richtlinie“ zu verabschieden; sie entspricht dem Standard der deutschen Regelung. Diese gemeinschaftliche Rechtsvorschrift mit der Vereinbarung über die grenzüberschreitende Kooperation zur Unfallvorbeugung ist von besonderer Bedeutung für die Bürger in unseren Grenzgebieten.

## Informationstechnik

Kommunikation, Information, Sicherheit für Wohnung, Haus, Praxis und Büro.



Alle Geräte werden einfach über SCHUKO-Steckdosen angeschlossen.

## Neue Bücher

### Die sowjetische Rüstung

#### Pentagon-Papier zur sowjetischen Rüstung

#### Aus dem Amerikanischen

Bernhard und Gräfe Verlag,  
8000 München 38

Am 29. September 1981 präsentierte US-Verteidigungsminister Weinberger der internationalen Presse als Antwort auf die anhaltende Kritik eine Dokumentation seines Ministeriums zum aktuellen Stand der sowjetischen Rüstung. Die Studie, die zum Teil bisher geheimgehaltenes Material – u. a. erstmals ein Foto der SS-20-Rakete – enthält, stellt detailliert Umfang, Gliederung und Bewaffnung der sowjetischen Streitkräfte sowie die Militärdoktrin und die Rüstungsindustrie der UdSSR dar. In einem Anhang wird ferner ein Kräftevergleich USA–UdSSR vorgenommen.

Von besonderem Interesse dürfte der in dem Pentagon-Papier enthaltene kurze Überblick über den Ausbau der sowjetischen Zivilverteidigung sein. Wir zitieren mit freundlicher Genehmigung des Verlages Bernhard und Gräfe:

„Die Zivilverteidigung in der Sowjetunion ist ein unionsweites Programm unter militärischer Leitung. Chef der sowjetischen Zivilverteidigung ist ein Stellvertretender Verteidigungsminister und Armeegeneral. Auf allen Ebenen der sowjetischen Verwaltungsstruktur – nationale Republik, Oblast, Stadt sowie Stadt- und Landkreis (Rayon) – gibt es vollzeitbeschäftigte Zivilverteidigungsstäbe. Solche Stäbe sind auch in bedeutenden Industriewerken und anderen Einrichtungen aufgestellt. Im Frieden sind in der Organisation über 115000 Menschen hauptamtlich beschäftigt. Im Krieg könnte sich ihre Zahl auf über 16 Millionen erhöhen. Die Kosten des Programms belaufen sich auf umgerechnet mehr als zwei Milliarden Dollar im Jahr.

Der Schutz ihrer Führung ist ein vorrangiges Anliegen der Sowjets. Bei einer Kriegs-/Krisenwarnung von nur einigen wenigen Stunden erscheint es möglich, daß die zur Führung der Sowjetunion erforderlichen 110000 Personen in Regie-

rungs- und sonstigen Stellen überleben und ihre Funktionen weiterhin effektiv ausführen können. Dieser Schutz wurde durch die Anlage von tiefen, verbunkerten Schutzbauten in Städten und zahllosen Ausweichstellen bzw. Auslagerungsplätzen erreicht. Mit dem Schutz der Führung – von der nationalen Ebene bis hinunter zum ‚Rayon‘ – soll die Aufrechterhaltung der Führung in der gesamten Gesellschaft sichergestellt sein.

Ein Zivilverteidigungsproblem von vitalem Interesse für die Sowjets liegt in ihrer weiter bestehenden Unfähigkeit, ihre Industrieanlagen zu schützen. Obwohl in der sowjetischen Literatur über die Zivilverteidigung immer wieder darauf hingewiesen wird, daß die Schlüsselindustrien zum Zwecke des Schutzes aufgelockert werden sollten, wurde in dieser Hinsicht noch nicht viel getan.

Die sowjetische Führung hält den Schutz dieser Ressourcen durch ihr Zivilverteidigungsprogramm für einen unverzichtbaren Bestandteil ihrer Strategie. Hier werden sie noch lange zu hohen Investitionen in ihrem Zivilverteidigungsprogramm verpflichtet sein.“

### Die Evakuierung von Mississauga

#### Erfahrungsbericht und Auswertung im Hinblick auf deutsche Notfallschutzplanung

Herausgegeben vom Bundesminister des Innern

Erarbeitet vom Institut für Unfallforschung im TÜV Rheinland

Verlag TÜV Rheinland, 5000 Köln 1

Katastrophen und Unfälle besitzen oftmals eine gemeinsame, aufeinander abbildbare interne Struktur. Vor dem Hintergrund einer vergleichenden Evakuierungsanalyse von ca. 220000 Einwohnern der kanadischen Stadt Mississauga nach einem Chemie-Transportunfall im November 1979 werden alle die Probleme angesprochen, die für die zuständigen Behörden und Forschungseinrichtungen der Bundesrepublik Deutschland von Interesse sind.

Dabei steht die Frage im Vordergrund, wie die aus der Untersuchung gewonnenen Hinweise zunächst auf deutsche Verhältnisse übertragen und dann speziell für die Notfallschutzplanung bei kerntechnischen Anlagen genutzt werden können. Die Analyse der Evakuierung liefert Vorschläge für eine Verbesserung und Erweiterung der Evakuierungsplanung.

Unter Einsatz des Evakuierungs-Simulationssystems EVAS war es möglich, den

Ablauf der Evakuierung mit „harten“ Daten nachzuvollziehen. Die Resultate zeigen, daß mit diesem System der Planung ein Hilfsmittel zur Verfügung steht, das bei Verwendung realistischer Randbedingungen wirklichkeitsnahe Ergebnisse bringt.

### Engine Comp. – Löschfahrzeug 82

Von Dennis Smith

efb-Verlagsgesellschaft mbH,  
6450 Hanau am Main

In dem Buch berichtet der bekannteste Feuerwehrmann der USA, Dennis Smith, aus der Sicht des Praktikers über das tägliche Leben, die Arbeit und die Einsatzerlebnisse einer Löschzugmannschaft der New Yorker Feuerwehr. Sein Löschzug 82, der im Stadtteil Süd-Bronx stationiert ist, ist der meistbeschäftigte Löschzug von New York. Er wird monatlich etwa 700mal alarmiert.

In seinem Einsatz-Report läßt Smith den Alltag eines Feuerwehrmannes lebendig werden, wie er bisher noch nicht dargestellt wurde. Das Buch, das weltweit eine Auflagenhöhe von 11 Millionen Exemplaren erreichte, bietet jedem an der Feuerwehr Interessierten eine aufschlußreiche und spannende Lektüre.

### Infektionskrankheiten

in Deutschland und Touristikgebieten

Von Dr. Wilhelm Greuer

Gustav Fischer Verlag,  
7000 Stuttgart 70

Die Praxis beweist immer wieder, daß der medizinische Laie in gesundheitlicher Hinsicht ungenügend informiert ist. Seit geraumer Zeit fordern die Ärzte, die Gesundheitserziehung der Bevölkerung voranzutreiben. Auf dem Gebiet der Infektionskrankheiten erscheint dies um so wichtiger, als auch heute noch deutsche Touristen im Ausland an – oft sogar tödlich verlaufenden – Infektionen erkranken, die bei besserem Informationsstand vermeidbar wären. Hierzu werden in diesem knappen und allgemeinverständlichen Buch hilfreiche Hinweise gegeben. Und: Der Arzt kann bei informierten Patienten mehr Verständnis für seine Maßnahmen voraussetzen.

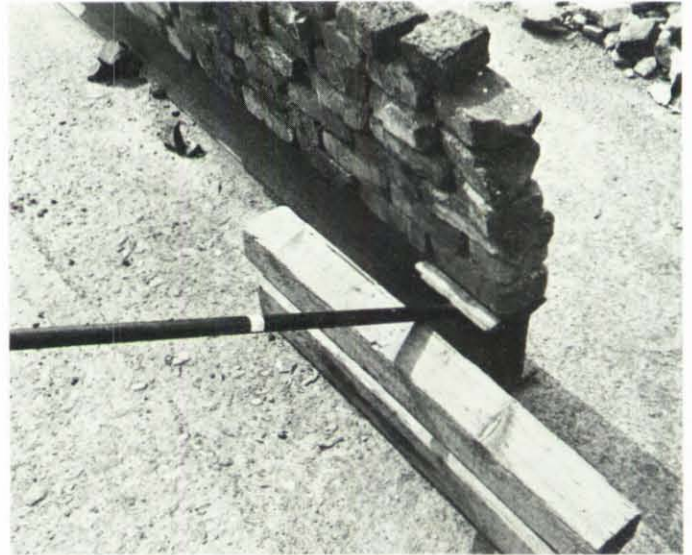
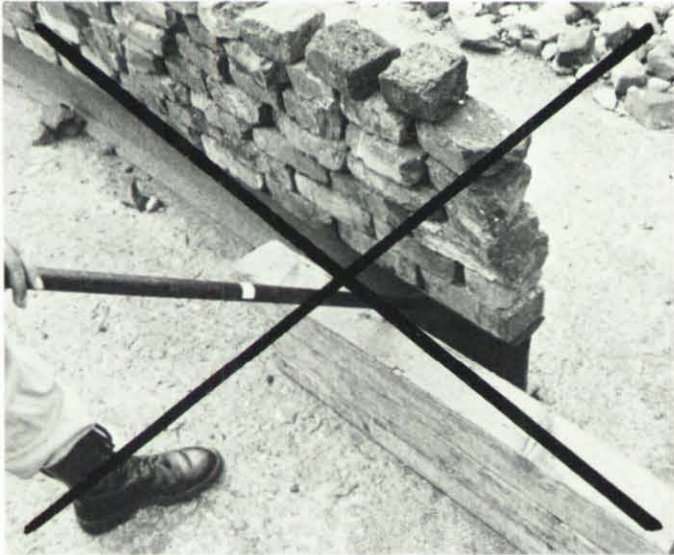
Aber auch dem Arzt selbst wird mit diesem Buch eine aktuelle Information über den Stand der Bekämpfung von Infektionskrankheiten in Deutschland und aller Welt vermittelt, die ihm die Beantwortung von Fragen aus dem Patientenkreis vereinfacht.

Jürgen Lampe

## Das Minimagazin

### Safety first – im Bergungsdienst

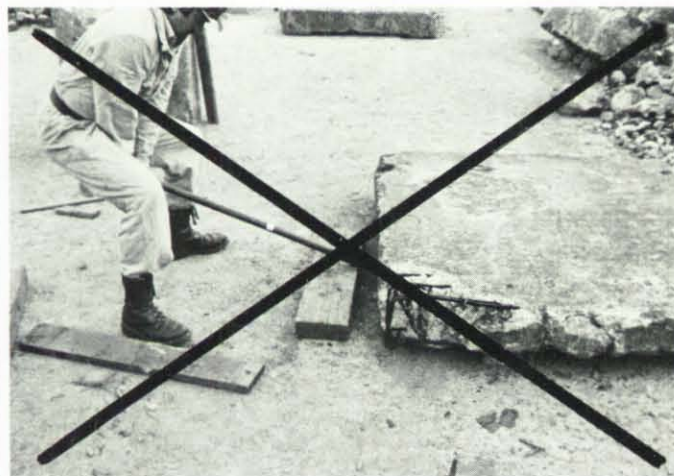
**Hinweis:** Die jeweiligen Ziffern in Klammern beziehen sich auf die BVS-Dienstvorschrift III und zeigen die Fundstelle auf.



Sicherheitshinweis Nr. 31: Glatte Ansatzstellen, z. B. Stahlteile, sind durch Zwischenlager (Holz, Gummi) rutschsicher zu machen (BVS-DV III Nr. 4.4.2.4).



Sicherheitshinweis Nr. 32: Es ist verboten, zur Sicherung von Lasten Steine, Eisenteile oder Rundhölzer zu verwenden (BVS-DV III Nr. 4.4.1).



Sicherheitshinweis Nr. 33: Das Arbeiten mit der Brechstange erfolgt immer seitlich neben der Brechstange stehend (BVS-DV III Nr. 4.4.2.7).

## Die Gas/Wasser-Gruppe im Instandsetzungsdienst



Die Gas/Wasser-Gruppe ist ein Bestandteil des Fachdienstes „Instandsetzung“ im Katastrophenschutz mit der Aufgabe, unter Aufsicht und in Zusammenarbeit mit den Versorgungsbetrieben Schäden an Gas- und Wasserrohrnetzen im Mittel- und Niederdruckbereich zu beheben und die behelfsmäßige Gas- und Wasserversorgung bei gemeindlichen Versorgungsanlagen und öffentlichen Einrichtungen sicherzustellen.

Die Helfer der GW-Gruppe müssen in der Lage sein, auch unter extremen Bedingungen selbständig und fachgerecht eine Rohrverbindung herzustellen. Die richtige Handhabung der Geräte und Werkzeuge aus dem neuen Gas/Wasser-Gerätesatz erlernen die Helfer in Trupp- und Gruppenführer-Lehrgängen an der Katastrophenschutzschule des Bundes in Bad Neuenahr-Ahrweiler.

Unser Titelbild zeigt das Ablängen eines verzinkten Stahlrohrs mit einem Rohrabschneider. Die Bilder auf dieser Seite geben einen Einblick in verschiedene Arbeitsvorgänge. Auf dem Foto links oben wird mit einem Rohrrinnenfräser der Schneidgrat beseitigt. Wie auf das vorbereitete Rohrende mit einer Gewindeschneidkluppe das Gewinde geschnitten wird, zeigt das Foto rechts oben. Sehr sorgfältig muß der Schneidstahl des spanabhebenden Rohrabschneiders eingestellt werden. Er dient zum Trennen einer Gasversorgungsleitung aus Stahl. Die Handhabung zeigt unser Foto links unten.